



HESSISCHER LANDTAG

12. 10. 2005

80. Sitzung

Wiesbaden, den 12. Oktober 2005

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	5495		
Entgegengenommen	5495		
Präident Norbert Kartmann	5495		
33. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend umfassendes Versagen der Sozialministerin			
– Drucks. 16/4516 –	5495		
Abgelehnt	5510		
Petra Fuhrmann	5495, 5504		
Anne Oppermann	5498		
Kordula Schulz-Asche	5500		
Florian Rentsch	5503		
Ministerin Silke Lautenschläger	5507		
Dr. Thomas Spies	5509		
Präident Norbert Kartmann	5510		
42. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Kinderschule anstatt gebührenfreies letztes Kindergartenjahr			
– Drucks. 16/4526 –	5510		
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Kulturpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i>	5524		
24. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Novellierung des Hessischen Kindergartengesetzes dringend notwendig			
– Drucks. 16/4388 –	5510		
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	5524		
30. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Freistellung des letzten Kindergartenjahres von Elternbeiträgen			
– Drucks. 16/4463 –	5510		
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Kulturpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i>	5524		
62. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend das Recht des Kindes auf Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an – früher – länger – besser			
– Drucks. 16/4553 –	5510		
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Kulturpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i>	5524		
Dorothea Henzler	5510, 5513, 5516		
Tarek Al-Wazir	5513		
Karin Hartmann	5514, 5518		
Rafael Reißer	5516		
Kordula Schulz-Asche	5518		
Ministerin Silke Lautenschläger	5521		
Dr. Andreas Jürgens	5523		
Reinhard Kahl	5523, 5524		
Vizepräsident Frank Lortz	5524		
6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) und des Gesetzes über den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (PlanvG)			
– Drucks. 16/4509 –	5524		
<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, überwiesen</i>	5539		
40. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Unterstützung der Kommunen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main			
– Drucks. 16/4524 –	5525		
Abgelehnt	5539		
41. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rücknahme der Dringlichkeitserklärung Kultur			
– Drucks. 16/4525 –	5525		
Abgelehnt	5539		
36. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ablehnung des Kulturzwangsvbands			
– Drucks. 16/4519 –	5525		
Abgelehnt	5539		
Reinhard Kahl	5524, 5538		
Frank Gotthardt	5525		
Minister Volker Bouffier	5525		
Jürgen Walter	5528, 5536		
Ministerpräsident Roland Koch	5530		
Mathias Wagner (Taunus)	5531		
Rudi Haselbach	5534		
Frank-Peter Kaufmann	5535		
Jörg-Uwe Hahn	5536		
Vizepräsidentin Ruth Wagner	5539		
<i>Abstimmungsliste</i>	5569		

Seite	Seite
43. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Modernisierung und Konsolidierung – Hessen auf einem guten Weg in die Zukunft – Drucks. 16/4527 – 5539 <i>Angenommen</i> 5556	10. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zum öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) – Drucks. 16/4504 zu Drucks. 16/3880 – 5556 <i>Nach zweiter Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zurücküberwiesen</i> 5567
37. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Hessen steigt weiter ab – Drucks. 16/4520 – 5539 <i>Abgelehnt</i> 5556	26. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Sicherung einer mittelstandsfreundlichen ÖPNV-Politik – Drucks. 16/4394 – 5567 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> 5567
65. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend zukunftsähige Politik zum Wohle des Landes Hessen – Drucks. 16/4556 – 5556 <i>Abgelehnt</i> 5556 Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) 5539 Jürgen Walter 5542, 5545 Michael Boddenberg 5545 Tarek Al-Wazir 5546 Jörg-Uwe Hahn 5549 Ministerpräsident Roland Koch 5551 Ruth Wagner (Darmstadt) 5555 Vizepräsidentin Sarah Sorge 5556	46. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Novellierung des Gesetzes zum öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNV) – Drucksache 16/3880 – Drucks. 16/4506 zu Drucks. 16/4484 – 5567 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> 5567 Frank-Peter Kaufmann 5556 Hildegard Pfaff 5557 Dr. Walter Lübcke 5559 Dieter Posch 5561 Mathias Wagner (Taunus) 5563 Minister Dr. Alois Rhiel 5565 Reinhard Kahl 5567 Vizepräsidentin Sarah Sorge 5567
9. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet – Drucks. 16/4503 zu Drucks. 16/4360 – 5556 <i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> 5556 Bernhard Bender 5556 Vizepräsidentin Sarah Sorge 5556	48. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/4469 – 5567 <i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> 5567 Vizepräsidentin Sarah Sorge 5567

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsidentin Sarah Sorge
Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Dr. Walter Arnold
MinDirig Eric Seng
MinDirig Carsten Wilke
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Jürgen May

(Beginn: 9.04 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie heute Morgen ganz herzlich mit einem fröhlichen „Guten Morgen“ auf den Lippen zur 80. Sitzung in dieser Legislaturperiode begrüßen und stelle fest

(Unruhe)

– wenn Sie mir zuhören mögen –, dass wir die Tagesordnungspunkte 1, 2, 3, 5, 7, 11 und 34 erledigt haben.

Wir tagen heute bis ca. 17 Uhr, weil wir das vereinbart haben im Hinblick auf die damals vorgesehenen Feierlichkeiten zum heutigen 60. Jahrestag der Bestimmung der Stadt Wiesbaden zur Landeshauptstadt des Landes Hessen. Unbeschadet der Veränderung der Tagesordnung bei der Stadt Wiesbaden haben wir uns darauf verständigt, dass wir das Ende der Sitzung für 17 Uhr anpeilen. Es ist ein Gottesdienst vorgesehen und um 18.30 Uhr ein Festakt der Stadt Wiesbaden. Sie sind über die Terminlage informiert.

Wir beginnen heute mit Tagesordnungspunkt 33, Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend umfassendes Versagen der Sozialministerin, Drucks. 16/4516, mit 15 Minuten Redezeit. Dann folgt Tagesordnungspunkt 42, und die Punkte 24, 30 und 62 rufen wir da mit auf.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, es wäre gut, wenn Sie zuhören würden. – Wir beginnen nach der Mittagspause mit Punkt 43, zusammen mit den Punkten 37 und 65, und werden am Ende der Sitzung die Petitionen aufrufen.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend nachwachsende Rohstoffe in Hessen konsequent nutzen – Potenziale für regionale Produkte, Arbeitsplätze, Einkommen und Wertschöpfung erhöhen, Drucks. 16/4558. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann ist dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen und wird Punkt 67. Er kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Punkt 39 aufgerufen werden. – Das ist so, danke schön.

Meine Damen und Herren, das waren die Mitteilungen. Es folgt noch der Hinweis, dass unsere Fußballmannschaft heute Abend wieder einmal versuchen wird, zu gewinnen.

(Günter Rudolph (SPD): Na, na, na!)

– Das war eine Aufmunterung, Herr Kollege.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

– Herr Bökel, ich bitte Sie, Ihre psychologischen Kräfte wirken zu lassen. Einverstanden? – Sie spielt in Langen gegen eine Stadtauswahl. Die anderen, die nicht dorthin fahren, gucken dann das Spiel gegen China. Es wird morgen früh zu entscheiden sein, wer die schöneren Gesichter machte.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wobei die Landtagsmannschaft öfter gewinnt!)

– Das kann passieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 33** auf:

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend umfassendes Versagen der Sozialministerin – Drucks. 16/4516 –

Es ist eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion vereinbart. Ich erteile Frau Kollegin Fuhrmann für die Fraktion der SPD das Wort.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte diese Rede heute Morgen unter ein Motto stellen, das lautet: Leuchtturm oder Dunkelheit, Baustrup oder Abrissbirne?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Sozialministerium ist ein eminent wichtiges Ministerium. Es ist verantwortlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die Gleichberechtigung und Unterstützung von Menschen und für eine stabile volkswirtschaftliche Situation.

(Beifall bei der SPD)

Frau Lautenschläger, Sie zeigen uns jedoch seit Jahren volkswirtschaftlichen Blödsinn – Herr Hahn hat es so genannt. Sie zeigen uns dies, indem Sie die soziale Infrastruktur zerstören, indem Sie die Frauen- und Familienpolitik an die Wand fahren und in der Arbeitsmarktpolitik laufend alte Kamellen auspacken. Sie sind eine Ankündigungsministerin geblieben und werden mit diesem Attribut in die Geschichte Hessens eingehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten heute eine Zwischenbilanz ziehen, und ich kann sagen: Wer die „Operation düstere Zukunft“ zu verantworten hat, hat sich als Sozialministerin disqualifiziert, und zwar komplett.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich aus der sozialen Verantwortung verabschiedet. Sie haben soziale Einrichtungen platt gemacht. Andere kämpfen Tag für Tag ums Überleben. Aber Sie tun immer so, als wäre alles in bester Ordnung. Sie haben die Schuldnerberatung regelrecht ausgehungert. Sie haben bei den Frauenhäusern um 30 % gekürzt. Sie haben Eltern- und Erziehungsberatungsstellen, Frauenbildungsstätten, Arbeit in sozialen Brennpunkten, Obdachlosenhilfe, Beratung von Haftentlassenen oder das Hessische Mütterbüro auf null gesetzt, n-u-l-l. Damit haben Sie gezeigt: Sie schaffen keine Leuchttürme, sondern tiefe Dunkelheit. Bei Ihnen regiert kein Aufbiltrupp, sondern die Abrissbirne.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer im Ressort für Frauen zuständig ist, muss auch Frauenpolitik machen, Politik für und nicht gegen Frauen. Sie aber haben der Auflösung der Frauenministerinnenkonferenz auf Bundesebene zugestimmt und haben damit ganz klar Ihr Weltbild gezeigt, nämlich Kinder, Küche, Kirche. Sie haben gezeigt, dass Frauenrechte, Gleichberechtigung von Frauen oder Frauenförderung nicht mehr in Ihrem Kopf stattfinden. Sie verstehen einfach nicht, dass es eine eigenständige Frauenpolitik geben muss, weil in dieser Gesellschaft immer noch Diskriminierung herrscht, weil Frauenpolitik kein Anhängsel an Familienpolitik ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie lösen die Frauenabteilung im eigenen Haus auf. Sie nehmen die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst tatenlos hin, die gerade für Frauen mit Kindern ein besonderes Problem darstellt. Es gibt nicht einmal mehr Lippenbekenntnisse zur Frauenförderung. Also auch da kein Leuchtturm, sondern tiefe Dunkelheit in der Frauenpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Familienministerin verweisen Sie immer stolz auf die kleinen kinder- und familienpolitischen Offensivchen. Ihre schrittweise Erhöhung der so genannten Offensivmittel ist ein Witz angesichts der gesellschaftlichen Probleme, die wir haben – das wissen Sie auch –,

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

und angesichts der Höhe der Unterstützung, die Sie den Kindertagesstätten entzogen haben. Ihrer so genannten familienpolitischen Kompetenz verdanken es die Kommunen, dass ihnen bislang sage und schreibe 300 Millionen € entzogen worden sind, die wir als Landesregierung für den Ausbau der Betreuung vorgesehen hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei der CDU)

Ihre kleinen Korrekturen werden das Problem der Betreuungsplätze nicht lösen. – Ich finde es schön, dass die CDU so laut brummelt. Aber es wäre ganz schön, wenn es ein bisschen leiser ginge.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Stichwort: Kindertagesstättengesetz. Ihre Vorgängerin, Frau Mosiek-Urbahn, hat im Jahr 2000 ein Kindertagesstättengesetz angekündigt. Sie haben es 2003 angekündigt, Frau Ministerin, und jetzt haben Sie das Kindertagesstättengesetz um ein Jahr verlängert – eine ganz spannende Angelegenheit. Das heißt, ein Kindertagesstättengesetz wird es frühestens im Jahre 2007 geben. Wie viele Ankündigungen sollen den Ankündigungen eigentlich noch folgen, Frau Ministerin? Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stichwort: Bildungs- und Erziehungsplan. Sie haben diesen Plan angekündigt und dann ein nacktes Baby aus der Taufe gehoben. – Meine Damen und Herren, 20 Modellprojekte stehen ohne jeden Euro aus dem Landestopf da.

Stichwort: Kindergartenerlass. Sie haben es zumindest nicht verhindert, dass der Kollege Bouffier einen total familienfeindlichen Erlass herausgegeben hat,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

durch den Eltern massiv tiefer in die Tasche gegriffen worden wäre. Man könnte sagen, Sie haben es schlicht verpennt. Es könnte aber auch sein – das trifft vermutlich zu –, dass Sie dem bei Ihrem Frauen- und Familienbild sogar zugestimmt haben.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sie machen den Familien das Leben schwer. Familienpolitik ist auch kein Leuchtturm Ihrer Politik, sondern eher ein schiefer Turm von Pisa.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Fuhrmann, gestatten Sie Zwischenfragen?

Petra Fuhrmann (SPD):

Nein. Da ich eigentlich mindestens eine halbe Stunde Redezeit bräuchte, ist mir das jetzt leider nicht möglich.

Sie möchten eine Familienministerin sein, wissen aber sehr wohl, dass Frauen und vor allem die Alleinerziehenden kaum eine Chance haben, Betreuungsplätze zu finden, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Ich sage Ihnen: Ihre Offensive ändert daran überhaupt nichts, auch wenn Sie sie jetzt auf 18, x Millionen hochschauben wollen. Frau Kollegin, bei den Krippen und Hortplätzen scheinen Sie momentan zwar die rote Laterne an Bayern abgegeben zu haben, zu den Schlusslichtern zählt Hessen aber nach wie vor.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Nein, Nordrhein-Westfalen!)

Meine Damen und Herren, wir haben in Hessen für 166.000 Kinder von null bis drei Jahren gerade einmal 9.000 Krippenplätze. Das sind, selbst wenn ich Ihre eigenen Zahlen nehme, leider nur 5,7 % für einen Jahrgang. Das ist ein bisschen wenig, wenn Sie das als Schwerpunkt bezeichnen. Außerdem steigt die Quote logischerweise, weil wir leider weniger Kinder haben. Auch wenn Sie weiter gebetsmühlenartig wiederholen, dass bei dem Ausbau des Betreuungsangebots der Schwerpunkt der Landesregierung auf der Betreuung der unter Dreijährigen liegt, stimmt das einfach nicht. Die GRÜNEN haben Ihnen das neulich vorgerechnet. Aus dieser Offensive werden überwiegend Hortplätze gefördert. Ihre familienpolitische Kompetenz ist also ebenfalls null. Auch hier kein Leuchtturm Familienpolitik, sondern Dunkelheit, kein Bautrapp, sondern Abrissbirne.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem weiteren Punkt. Als Sozialministerin sollten Sie Politik für Menschen mit Behinderungen machen und nicht Politik gegen Behinderte. Bereits vor etlichen Jahren haben wir als SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Gleichstellung von Behinderten eingebracht. Sie haben sich quergelegt, Sie haben verzögert, Sie waren dagegen. Jetzt ist zwar endlich ein Gesetzentwurf über die Zeit gerettet worden, der den Namen aber nicht verdient. Sie haben in Pressemeldungen betont, wie wichtig die Barrierefreiheit ist – immer wieder, wie Sie das in Pressemeldungen tun. Dann haben Sie einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem die Barrierefreiheit eine Kannbestimmung ist. Das wissen die Behindertenverbände. Deswegen haben viele gesagt: Ein solches Gesetz brauchen wir nicht.

Sie reden davon, Politik für Behinderte machen zu wollen – und machen das Gegenteil. Sie haben beim Land das Blindengeld gekürzt. Sie haben bei den familienentlastenden Diensten für Behinderte um 250.000 € gekürzt. Sie haben den Haushaltstitel „Eingliederung Behindeter“ glatt auf null gesetzt. Das ist die Realität. Also auch da kein Leuchtturm, sondern die Abrissbirne. Das spüren die Behinderten in Hessen.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu dem nächsten wichtigen Punkt. Sie sind auch Arbeitsministerin und sollten dies unter Beweis stellen. Frau Ministerin, ich kann mich nicht erinnern, dass das Wort Arbeitsschutz in

den letzten zwei Jahren auch nur einmal aus Ihrem Mund gefallen wäre.

(Zuruf des Abg. Rafael Reißer (CDU))

Es ist an die Regierungspräsidien abgegeben worden, und seither herrscht Schweigen im Walde.

(Michael Boddenberg (CDU): Sagen Sie doch etwas zum Arbeitsschutz!)

Die Zahl der Auszubildenden ohne Schulabschluss – Herr Boddenberg, Sie müssen nur zuhören – ist dramatisch hoch. Sie steigt von Jahr zu Jahr.

(Michael Boddenberg (CDU): Nur Blabla!)

Auch in diesem Jahr werden trotz des hessischen Ausbildungspakts Tausende von Jugendlichen vergeblich auf eine Lehrstelle hoffen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in Hessen kommen inzwischen auf eine Lehrstelle fünf Bewerberinnen und Bewerber. Damit sind wir das Schlusslicht der westdeutschen Flächenländer. Das ist ein Skandal für Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir erreichen in Hessen gerade noch Platz 12 von 16 Bundesländern und liegen damit sogar noch hinter Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass eine Landesregierung das Land so herunterwirtschaftet.

(Beifall bei der SPD)

Sie überlassen das Problem den Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit. Sie tun zu wenig. Sie nehmen den Lehrstellenmangel tatenlos hin, anstatt ihn zur Chefinnensache zu machen. Herr Koch hat es irgendwann einmal zur Chefsache gemacht. Auch das war wieder nur eine Beruhigungsspitze für die Öffentlichkeit. Aber das riesengroße Problem für die jungen Menschen in Hessen lösen Sie nicht. Sie behaupten, die Zahl der Auszubildenden im Landesdienst sei gestiegen. Eine solche Äußerung ist eine glatte Unverschämtheit.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Hermanns (CDU))

Sie verfälschen damit die Statistik, indem Sie die zuvor von Ihnen abgesenkten Zahlen als Grundlage nehmen. Tatsache ist: Mit 834 neuen Ausbildungsplätzen im hessischen Landesdienst – das ist die PE von Frau Lautenschläger – haben Sie nicht einmal die 903 Stellen aus dem Jahr 1999 erreicht, die wir im letzten Regierungsjahr hatten. Im Jahr 2001 waren es sogar nur 696.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

So kann man Politik auch machen. Ich streiche alles auf null zusammen und erhöhe dann um 10 % und sage: Ach, wie toll.

(Günter Rudolph (SPD): Das machen sie ständig!)

Sie und Herr Rhiel vertrauen in Sachen Ausbildung dauernd darauf, dass die Untätigkeit nicht auffällt. Das Handwerk in Hessen will in den nächsten drei Jahren zusätzliche Lehrstellen schaffen. Das ist sehr läblich. Sie tun sowieso viel. Aber wer springt hin, Herr Staatsminister Grüttner? Herr Staatsminister Grüttner muss natürlich auf den Zug aufspringen.

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

Der Mantel des Schweigens ist darüber gelegt. Nun frage ich mich, ob sich das Land an der Finanzierung beteiligen würde. Das fragt sich auch der „Wiesbadener Kurier“. Ich erwarte von der Arbeitsministerin klare Aussagen. Ich erwarte, dass sie sich um die Finanzierung kümmert und nicht, dass sie eineinhalbseitige Pressemitteilungen verfasst, in denen sie sich vor allem selbst lobt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer in der Fortschreibung seiner Förderprogramme das Bestmögliche sieht, wie Sie es sagen, Frau Ministerin, der hat das Problem nicht begriffen, das wir in diesem Jahr haben, der hat nicht begriffen, dass wir mit Platz 12 von 16 Bundesländern nicht zufrieden sein können. Ihrer Ausrede, die immer kommt, die schlechte rot-grüne Bundesregierung ist daran schuld, halte ich entgegen, dass diese Voraussetzungen alle 16 Bundesländer haben. Es macht keinen Sinn, sich dahinter zu verstecken. Denn andere können es offensichtlich besser. Sie können es nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Zweiter Punkt zu der Arbeitsmarktpolitik, zu Ihnen, Frau Arbeitsministerin. Frau Ministerin, immer wieder kommen Sie mit den beiden Schlagworten Niedriglohnsektor und Kombilohnmodell. Das sei die Lösung für den Arbeitsmarkt. Wie oft wollen Sie uns diese Vorschläge eigentlich noch auftischen?

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie auch Ahnung vom Arbeitsmarkt?)

Ihr eigenes Landesprogramm, das damals mit großem Tamtam angekündigt war, das Kombilohnprojekt, sollte der Heilsbringer in Hessen sein. Wenn ich daran erinnern darf: Es war ein totaler Flop.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Es waren gerade einmal 150 Teilnehmende in ganz Hessen, Frau Ministerin: 150.

(Reinhard Kahl (SPD): Enorm!)

Dann gab es eine Evaluierung dieses Modellprojekts in Kassel. Das ist eine wunderbare dicke Broschüre. Ich habe sie mir angeschaut. In dieser Broschüre zum Kombilohnmodell steht eindeutig, dass es Unsinn ist, dass es einfach nicht funktioniert, dass es Mitnahmeeffekte gibt und keine gewünschten Effekte. Insofern sollten Sie an diesem Vorschlag nicht weiter beharrlich festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei Hartz machen Sie keine gute Figur. Erst hagelt es sehr zu Recht großen Protest gegen Ihre Forderung, die Familienangehörigen mit dem Arbeitslosengeld zu belasten – was für ein Aberwitz, Frau Lautenschläger. Es ist aber auch nicht Aufgabe einer Arbeitsministerin, durch die Lande zu ziehen und Optionsschilder an den Rathäusern und Landratsämtern der Kommunen anzubringen.

(Norbert Schmitt (SPD): Richtig!)

Sie erwecken unermüdlich den Eindruck, Sie würden sich um eine Verbesserung von Hartz kümmern. Meine Güte, Sie setzen auf die Vergesslichkeit der Menschen.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Im Vermittlungsausschuss hat die CDU alle Grausamkeiten durchgedrückt, um sich jetzt piensig zurückzuziehen

und zu sagen, sie seien es nicht gewesen, und Verbesserungen zu fordern. Herr Kollege Milde, das ist verlogen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Lautenschläger, Sie wollen eine Sozialministerin sein. Sie haben den Sozialrat ohne Not gestutzt und sich nicht im Geringsten um die Menschen gekümmert, die von Ihren Kürzungen und Streichungen betroffen sind.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

– Herr Kollege, da sollten Sie nicht „Oh!“ sagen. Sie haben noch nicht begriffen, wofür eine Sozialministerin zuständig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, ich komme sofort zum Schluss. – Sie haben die finanziellen Lasten auf die Kommunen abgewälzt. Mit Erlaubnis des Präsidenten: In der „FAZ“ war am 04.10. zu lesen:

Unterdessen ist ihr

– gemeint sind Sie, Frau Lautenschläger –

Sozialhaushalt geplündert worden. Das hat ihr nicht weiter geschadet, weil stets Koch die Angriffe in der Hauptsache auf sich zog. Die Rechtsanwältin aus dem Odenwald hat daraus die Neigung entwickelt, sich hinter dem Chef oder wahlweise, bei Journalistenanfragen, hinter dem Regierungssprecher zu verstecken.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, das ist nicht das Verhalten, das eine Sozialministerin braucht. Frau Lautenschläger, Verstecken ist nicht.

(Beifall bei der SPD)

„Kämpfen für die betroffenen Menschen“, so lauten das oberste Gebot und die Anforderung für die Sozialministerin. Deswegen kann ich sagen: In Ihrem Ressort gibt es keinen Leuchtturm. Es herrscht Dunkelheit. Es ist kein Aufbautrupp unterwegs, sondern die Abrissbirne. Das ist dramatisch für Hessen. – Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Oppermann für die Fraktion der CDU.

(Frank Gotthardt (CDU): Jetzt spricht eine echte Sozialpolitikerin!)

Anne Oppermann (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich in der vergangenen Woche Ihren Antrag gelesen habe, habe ich mich gefragt, wer bei Ihnen den Antrag geschrieben hat

oder wo Sie schreiben lassen. Aber nach dem, was Sie eben ausgeführt haben, Frau Fuhrmann, habe ich den Eindruck, dass Sie den Antrag wirklich selbst geschrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben eine ausgesprochen selektive Wahrnehmung dessen, was in den letzten Jahren an Positivem in der hessischen Sozialpolitik geschehen ist – unter der Verantwortung unserer Sozialministerin Silke Lautenschläger, die eine hervorragende Arbeit macht.

(Beifall bei der CDU)

Sie von der antragstellenden Fraktion mögen ja noch glauben, was Sie in Ihrem Antrag geschrieben und was Sie, Frau Fuhrmann, gerade ausgeführt haben. Die Menschen draußen im Lande wissen es aber besser.

(Zurufe von der SPD)

Damit auch Sie von der Opposition in diesen Wissensgenuss kommen, werde ich Ihnen jetzt zu jedem Punkt Ihres Antrags darlegen, dass Ihre Kritik an der Sozialministerin falsch und unbegründet ist.

Sie schreiben in Ihrem Antrag:

In der hessischen Sozialpolitik ist eine sofortige Kurskorrektur notwendig, damit endlich wieder Politik für Frauen, Familien, Kinder und Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, Behinderte, Auszubildende, Migrantinnen und Migranten sowie für alle Bevölkerungsgruppen, die Beratung und Unterstützung brauchen, gemacht wird.

Frau Fuhrmann, meine Damen und Herren von der SPD, wir verstehen unter einer Politik für Frauen mehr als die Einrichtung einer Frauenabteilung im Sozialministerium oder die Wahrnehmung der Rechte von Frauenbeauftragten.

(Zurufe von der SPD)

Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Dass die Behauptung, die Frauenabteilung sei zerschlagen worden, nicht stimmt, wissen Sie so gut wie ich. Im Gegenteil: Die Integration der Frauenpolitik in die jeweiligen Abteilungen, die Ansiedlung der Stabsstelle Frauenpolitik im Ministerinnenbüro und die Einbindung des Grundsatzreferats Chancengleichheit in die Zentralabteilung sorgen für eine systematische ressortübergreifende Einbindung und damit Förderung der Frauenpolitik in allen anderen Politikfeldern. Damit ist das Thema Frauen überall präsent, nicht nur in einer Abteilung.

Ebenso wenig kann von einer drastischen Beschneidung der Rechte der Frauenbeauftragten die Rede sein. Nein, meine Damen und Herren, Frauenpolitik ist mehr. Frauenpolitik bedeutet eine Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote, Frauenpolitik bedeutet Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauenpolitik bedeutet Vereinbarkeit von Kindererziehung und Studium, Frauenpolitik bedeutet Maßnahmen gegen häusliche Gewalt, Frauenpolitik bedeutet Berufseinsteigerinnen und Berufsrückkehrerinnen zu unterstützen. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Unsere hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger hat viel für die Frauen bewirkt. Wir lassen uns das von Ihnen nicht kleinreden.

(Beifall bei der CDU)

Ein Satz zum Thema Frauenbeauftragte. Die Experimentierklausel, um die das Hessische Gleichberechtigungsge-
setz im Jahre 2002 ergänzt worden ist, bringt die Chan-
cenegleichheit für Frauen in der Verwaltung voran. Mir hat
sich bis heute noch nicht erschlossen, Frau Fuhrmann, warum Sie gegen die Experimentierklausel sind. Lassen Sie uns doch mutig sein und ein neues Instrument anwenden, wenn es der Förderung der Frauen dient.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Beispielhaft möchte ich das Regierungspräsidium in Kas-
sel nennen, da es unmittelbar nach der Gesetzesnovellie-
rung als erste Behörde in Hessen den erweiterten Spiel-
raum genutzt hat und statt der bisherigen stellenbezogene-
nen Quotierung das Instrument des Gender Budgeting anwendet. Dieses Modell hat sich bewährt. Die Mitwir-
kungs- und Beteiligungsrechte der Frauenbeauftragten sind in keiner Weise eingeschränkt worden. Die erweiterten Zuständigkeiten für Themen der Personalentwick-
lung, des Gender Mainstreaming und für das Controlling stärken vielmehr ihre Stellung.

Ich komme zum Thema Familien. Mit der Offensive für Familienpolitik entwickeln wir Hessen zu einem familien- und kinderfreundlichen Land weiter.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Mit dem Landeswettbewerb „Familienfreundliche Kom-
mune“ sind wir in Partnerschaft mit den Kommunen auf dem richtigen Weg. Ich nenne auch den Wettbewerb „Fa-
milienstadt mit Zukunft“ und das Projekt „Studieren mit Kind“.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das reicht nicht! Sie brauchen Geld, sie brauchen Unterstützung!)

Der Wettbewerb „Familienfreundlicher Betrieb“ ist in Vorbereitung. Auch hier ließe sich die Liste fortsetzen.

Meine Damen und Herren, ist Ihnen eigentlich entgan-
gen, dass Hessen Anfang September das Zertifikat für Fa-
milienfreundlichkeit erhalten hat?

(Andrea Ypsilanti (SPD): Aber nicht die Landesre-
gierung!)

Ihnen entgeht so viel. Wahrscheinlich ist Ihnen auch das entgangen.

(Frank Gotthardt (CDU): Die lassen sich von Fak-
ten nicht irritieren!)

Meine Damen und Herren, die Hessische Landesregie-
rung hat sich mit ihrer familienorientierten Personalpoli-
tik bundesweit eine Vorreiterrolle erarbeitet. Das Sozial-
ministerium hat in Berlin das Zertifikat zum Audit „Beruf und Familie“ erhalten, mit dem familienfreundliche Arbeitsbedingungen bescheinigt werden. Unsere Sozialministerin Silke Lautenschläger hat viel für die Familien be-
wirkt. Wir lassen uns das von Ihnen nicht kleinreden.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich komme zum Thema Kinderbetreuung. Die Offensive für Kinderbetreuung, die die Landesregierung 2001 ge-
startet hat, ist ein Erfolgsrenner.

(Lachen des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Meine Damen und Herren, lassen wir Zahlen sprechen. 1998 gab es 200.000 Kinderbetreuungsplätze. Heute sind es mehr als 240.000. 1998 gab es knapp 300 Grundschulen mit Betreuungsangeboten. Dieses Jahr sind es 1.094 Schu-

len. Diese Zahlen muss man sich auf der Zunge zergehen lassen und sich vergegenwärtigen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Für die Offensive für Kinderbetreuung standen im Jahre 2002 9,9 Millionen € bereit. Heute sind es 14 Millio-
nen €.

(Zurufe von der SPD)

14 Millionen € für 338 hessische Städte und Gemeinden und mehr als 32.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder. Die Zahl der Krippen-
plätze ist seit der Regierungsübernahme 1999 um mehr als 50 % auf fast 10.000 verdoppelt worden.

Nehmen wir den Bereich Tagesmütter: Hessen wird zu ei-
nem Land der Tagesmütter. 1.936 Millionen € stehen für den Auf- und Ausbau der individuellen Tagesbetreuung durch Tagesmütter und -väter zur Verfügung. Im Jahre 2001 waren es 740.000 €. Mittlerweile stehen mehr als 13.000 Plätze für unter Dreijährige zur Verfügung. Auch in den nächsten Jahren wird die Kinderbetreuung hohe Pri-
orität bei dieser Landesregierung und insbesondere bei unsrer Sozialministerin genießen. Das kann man von der rot-grünen Vorgängerregierung wahrlich nicht behaupten.

(Zuruf von der SPD: Warum nicht?)

Unsere Sozialministerin Silke Lautenschläger hat viel für die Kinderbetreuung bewirkt. Wir lassen uns das von Ihnen nicht kleinreden.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Thema Jugendliche. Auch hier gäbe es eine Menge zu sagen. Ich nenne beispielhaft die Stich-
worte Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit und Förderung der Jugendverbände. Ich möchte mich aber auf zwei Themen konzentrieren, nämlich auf die Jugendarbeitslosigkeit und den Lehrstellenmangel. Von niemandem wird bestritten, dass die Jugendarbeitslosigkeit bundesweit zu hoch ist und dass der Lehrstellenmangel bundesweit zu groß ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hessen steht auf Platz zwölf!)

Wir brauchen mehr Wachstum. Die Weichen,

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Fuhrmann, werden jetzt gestellt, nachdem die rot-
grüne Bundesregierung abgewählt worden ist. Jetzt kön-
nen die Weichen gestellt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Trotz des bisherigen scharfen Gegenwindes aus Berlin ha-
ben Sozialministerin Lautenschläger und die Landesre-
gierung hier Beachtliches geleistet. 5.000 junge Menschen werden jedes Jahr --

(Petra Fuhrmann (SPD): Hessen steht im Länder-
vergleich hinter Mecklenburg-Vorpommern! Alle
Bundesländer haben die gleiche Bundesregierung!
– Weitere Zurufe von der SPD)

– Frau Fuhrmann, mich wundert Ihre Rede überhaupt nicht mehr. Sie sind ja noch nicht einmal bereit, zuzuhören, wenn man Ihnen Fakten nennt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Doch, ich habe zugehört!)

– Sie sind noch nicht einmal bereit, zuzuhören.

5.000 junge Menschen werden jedes Jahr in Berufsvorberichtungsprogrammen gefördert, die ein Volumen von 18 Millionen € haben.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Wir würden zu gern einmal von Erfolgen der Landesregierung hören! Es gibt aber keine!)

Für die Ausbildungsprogramme werden jährlich ca. 20 Millionen € zur Verfügung gestellt. Damit werden 3.500 Ausbildungsplätze gefördert. Ich kann Ihnen auch den Hessischen Pakt für Ausbildung nennen.

Das sind nur einige wenige Beispiele für Bereiche, in denen die Sozialministerin erfolgreich und umfassend tätig ist. Auch das lassen wir uns von Ihnen nicht kleinreden.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch auf das Thema Arbeitsmarkt und Hartz IV eingehen. In Ihrem Antrag ist das ziemlich kurz behandelt worden. Sie haben es eben etwas ausführlicher dargestellt.

Frau Sozialministerin Silke Lautenschläger ist es zu verdanken, dass die Revisionsklausel aufgenommen wurde. Dass die noch amtierende rot-grüne Bundesregierung, ohne die Ergebnisse der Kommunalerhebung abzuwarten, jetzt den Bundeszuschuss für die Kommunen streichen will, zeigt die Unzuverlässigkeit der noch amtierenden Regierung.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Vorsichtig!)

Mit dem OFFENSIV-Gesetz, dem Existenzgrundlagengesetz und dem Optionsmodell hat Hessen eine Vorreiterrolle für eine innovative Arbeitsmarktpolitik eingenommen. Frau Sozialministerin Silke Lautenschläger hat einen wesentlichen Anteil daran, und das lassen wir uns von Ihnen auch nicht kleinreden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Zur „Operation sichere Zukunft“.

(Petra Fuhrmann (SPD): „Operation düstere Zukunft“!)

Die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der bisherigen Bundesregierung hat zu einem massiven Einbruch bei den Steuereinnahmen geführt und das Land Hessen damit in eine finanziell schwierige Lage gebracht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unsinn!)

Die „Operation sichere Zukunft“ war die größte Einsparaktion in der Geschichte Hessens. Dass auch der Sozialstaat betroffen war, war unvermeidlich. Entgegen Ihren Befürchtungen ist jedoch nicht Not und Elend über dieses Land gekommen. Die Strukturen sind flächendeckend erhalten geblieben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Weil die Kommunen es aufgefangen haben!)

Die Kommunalisierung sozialer Hilfen ist der richtige Weg. Die Kreise und die kreisfreien Städte wissen am besten, wie die Mittel eingesetzt werden müssen. Auch die Zielvereinbarung mit den Kommunen ist ein richtiger Weg.

In der Seniorenpolitik leistet unsere Sozialministerin Lautenschläger Großartiges. Ob es um das Wohnen im Al-

ter oder um die verbesserte Versorgung von Demenzkranken geht: Die Seniorenpolitik ist bei Ministerin Silke Lautenschläger in den besten Händen, und das lassen wir uns von Ihnen auch nicht kleinreden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ebenso lassen wir uns die Erfolge bei der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht kleinreden. Als Beispiele nenne ich den Integrationsbeirat, den Integrationskompass und das Stichwort kultursensible Altenpflege.

Ein wesentlicher Bestandteil der Integration ist die Sprache. Wurden für die Sprachförderung im Jahr 2002 noch rund 700.000 € zur Verfügung gestellt

(Zuruf von der SPD: Was ist mit den Kursen?)

– zu den Kursen komme ich noch –, so ist der Ansatz im Jahr 2005 auf 3,2 Millionen € heraufgesetzt worden.

Ich möchte Sie vorsichtig daran erinnern, dass es unter Ihrer Regierungsverantwortung keine Sprachförderung gab. Das Hessische Sozialministerium hatte 1998 – hören Sie gut zu – umgerechnet knapp 1,5 Millionen € für Integrationsmaßnahmen im Haushalt. 2005 liegt der Ansatz bei knapp 5 Millionen €.

Präsident Norbert Kartmann:

Ihre Redezeit ist zu Ende, Frau Abg. Oppermann.

Anne Oppermann (CDU):

Das ist sehr bedauerlich.

(Lachen bei der SPD)

15 Minuten Redezeit reichen nämlich einfach nicht aus, um das erfolgreiche, umfassende Handeln unserer Sozialministerin darzustellen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Schulz-Asche, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Oppermann, die letzten Worte Ihrer Rede waren bezeichnend. Sie haben gesagt, Sie ließen es nicht zu, dass die Erfolge der Sozialministerin kleingeredet würden, und dass Sie mit 15 Minuten Redezeit nicht auskämen. Wir reden hier nicht über Leuchttürme. Bei dem, was Sie hier vorgetragen haben, handelte es sich nicht um einmal um Glühwürmchen. Mit diesem Vergleich würde man den Glühwürmchen wahrscheinlich unrecht tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Halbzeitbilanz der hessischen Sozialpolitik ist in der Tat vernichtend. Mit anderen Worten: Eine gestaltende und zukunftsweise Sozialpolitik findet in Hessen nicht mehr statt. Bei meinem Verständnis von einem Sozialstaat gehe ich sogar so weit, zu sagen: In Hessen findet Sozialpolitik gerade gegen die Interessen derjenigen statt, die

eigentlich der Unterstützung und der Solidarität der Gesellschaft bedürften.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Politik von Frau Lautenschläger wurde ein in Hessen seit Jahrzehnten bestehender gesellschaftlicher Konsens aufgegeben. Das ist nicht allein eine Frage des Geldes, wie es uns manche glauben machen wollen. Vielmehr bewegen uns alle die Fantasielosigkeit und die Kalt schnäuzigkeit, mit der in Hessen Sozialpolitik gemacht wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die „Operation düstere Zukunft“ ist ein Paradebeispiel dafür. Jede Landesregierung und speziell das Sozialressort mussten immer mit Kürzungen umgehen, und das häufige Unverständnis von Finanzpolitikern – Frank sei entschuldigt –, was die langfristige Einsparwirkung sozialer Leistungen betrifft, kennen Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker jeder politischen Couleur.

Doch die Gretchenfrage in diesem Zusammenhang lautet: Nimmt man als Sozialministerin die Verantwortung an, oder wird man – in diesem Fall: Frau – lediglich zum ausführenden Organ der Finanzpolitik? Auch wenn ich es in der Vergangenheit nur mittelbar miterlebt habe, stelle ich fest, dass es in diesem Land durchaus Sozialministerinnen gab, die sich ihrer Verantwortung für die Sozialpolitik und für die Menschen durchaus bewusst waren.

Was geschah mit der „Operation düstere Zukunft“, durch die in Hessen der sozialen Landschaft innerhalb eines Jahres 30 Millionen € entzogen wurden, nachdem bereits im gleichen Jahr zuvor 4 Millionen € gekürzt worden waren? Die Folge war, dass die finanzielle Grundlage und damit auch die in den Neunzigerjahren konstituierte Zusammenarbeit zwischen Land, Kreisen, Kommunen und den Trägern sozialer Dienstleistungen zusammenbrachen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Damit wurde die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse der Menschen in den verschiedenen Regionen, Kreisen und Gemeinden als sozialpolitisches Ziel aufgegeben. Das ist meiner Meinung nach die heftigste Folge der „Operation düstere Zukunft“. Es wurde und wird immer wieder behauptet, dass die Kürzungen im Sozialbereich unausweichlich und letztendlich intelligent gewesen seien. Doch alle Rechtfertigungsversuche sind von uns bereits widerlegt worden. Deswegen möchte ich hier nicht in die Details gehen, sondern nur einige bestimmte Punkte herausgreifen.

Zur „Operation düstere Zukunft“ ist noch einmal festzuhalten: Sie, Frau Lautenschläger, müssen sich als Sozialministerin den Vorwurf gefallen lassen, gerade bei denjenigen gekürzt zu haben, die unsere Unterstützung und Solidarität am meisten benötigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben bei denen gekürzt, die unsere Unterstützung brauchen, um ihren Platz in der Gesellschaft zu finden oder zu behaupten. Ich nenne z. B. die Obdachlosen und die Menschen, die in benachteiligten Stadtvierteln wohnen, denen Sie das Begleitprogramm „Soziale Stadt“ gestrichen haben.

Sie haben die Landesförderung für die Schuldnerberatung eingestellt und bei der Förderung von Frauenhäu-

sern gekürzt. Entgegen Ihrer virtuellen Öffentlichkeitsarbeit in der Familienpolitik haben Sie die Mittel für die Erziehungsberatungsstellen und die Familienbildungsstätten gestrichen. Das Gleiche gilt für die Jugendberufshilfe.

Sie haben aber auch das gestrichen, was Ihnen ideologisch unlieb war, z. B. die Frauenbildungsprojekte, die Hilfen für jugendliche Strafgefangene, die Mittel für Suchtprävention und Maßnahmen zur Eindämmung von HIV/Aids – obwohl wir gerade sehen, dass die Zahl der mit HIV infizierten Menschen wieder ansteigt. Die Mittel für das, was Ihnen ideologisch in den Kram passte, wurden hingegen nicht gestrichen, sondern zum Teil sogar erhöht. Das gilt z. B. für die Kulturarbeit der Vertriebenen. Auch hier hätten ganz andere Weichenstellungen, z. B. in Richtung Drogenprävention und HIV/Aids-Prävention, erfolgen müssen. All das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Diese Abwendung von denjenigen, die unserer Hilfe bedürfen, ist tatsächlich das größte Versäumnis der „Operation düstere Zukunft“; denn damit haben Sie sich bewusst von dem Anspruch einer modernen Sozialpolitik verabschiedet, nämlich von der Fürsorge für sozial Benachteiligte.

Mittelfristig wird eine bislang gut funktionierende soziale Landschaft ausgetrocknet. Aber langfristig – das ist meiner Meinung nach besonders zu betonen – wird es höhere gesellschaftliche Folgekosten geben, die vor allem dadurch entstehen, dass die Vielfalt der Präventionsangebote nicht mehr existiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein weiterer wesentlicher Punkt, der deutlich macht, wie hier Sozialpolitik betrieben wird, ist die Integrationspolitik. Obwohl es den Integrationsbeirat gibt, in dem sehr viele Menschen sehr engagiert arbeiten, sendet die Landesregierung ständig andere Signale aus. Dazu gehören unter anderem das Kopftuchverbot für alle Beamten und die Tatsache, dass es nach wie vor keinen islamischen Religionsunterricht an den Schulen gibt. Dadurch wird es überhaupt erst ermöglicht, dass Kinder in islamistischen Koranschulen abgeschottet werden.

Das wird auch dadurch deutlich, dass Sie bei den Finanzleistungen für die Integration gekürzt haben. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass Sie einen großen Teil der Mittel für die Sprachförderung ausgeben. In der Migrationsforschung ist es ja auch unbestritten, dass Sprachkenntnisse ein wesentlicher Integrationsbaustein sind.

Meine Damen und Herren, dennoch muss mehr geschehen, damit sich Migrantinnen und Migranten in eine Aufnahmegerüllschaft integrieren können. Das weltweit bestfunktionierende Integrationsmodell ist nicht die Assimilation, sondern die Akzeptanz der Vielfältigkeit der Kulturen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben auch die Integrationsleistungen gekürzt, von 7,2 Millionen € im Jahr 2003 auf 4,9 Millionen € nach der „Operation düstere Zukunft“. Von diesen 4,9 Millionen € entfallen allein 3,3 Millionen € auf Sprachkurse. Meine Damen und Herren, für andere Integrationsleistungen bleibt da nicht mehr viel übrig. Das heißt, auch hier haben Sie sich von der gestaltenden Sozialpolitik verabschiedet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zu einem weiteren Punkt, der Kinder- und Familienpolitik. Auch hier können wir nur Ihr Versagen feststellen. Eine gestaltende und mit finanziellen Mitteln ausgestattete Kinder- und Familienpolitik ist – entgegen der selbstbewährernden Öffentlichkeitsarbeit der Ministerin, die soeben von Frau Oppermann weitergeführt wurde – eigentlich nicht vorhanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Philosophie und die Praxis bleiben trotz moderner Lippenbekenntnisse eher das Modell Kirchhof. Die Familienpolitik der CDU beschränkt sich auf Virtuelles – auf Wettbewerbe, auf „Familienfreundliche Stadt“,

(Petra Fuhrmann (SPD): Auf Familientische!)

„Kinderfreundliche Stadt“, auf Familientage, Fachtage und Familientische. In die Verbesserung der Strukturen wird trotz des belegten Bedarfs nur unzureichend investiert.

Meine Damen und Herren, Kinderfreundlichkeit kann man sicherlich nicht mit Geld kaufen. Dennoch weisen sämtliche Untersuchungen darauf hin, dass ein wesentlicher Grund dafür, dass junge Menschen heute kein oder nur ein Kind bekommen, darin liegt, dass die nötige Infrastruktur fehlt, um Familie und Berufsleben miteinander zu vereinbaren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Dennoch sind die Landesmittel von 66,5 Millionen € im letzten Regierungsjahr von Rot-Grün in Hessen auf jetzt 18,8 Millionen € im Jahr 2005 hinuntergegangen. Meine Damen und Herren, allein das ist ein Beweis dafür, dass Kinder- und Familienpolitik mitnichten ein Schwerpunkt dieser Landesregierung ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Beliebigkeit, mit der man hier glaubt, Familienpolitik machen zu können, zeigt sich auch darin, dass der Demographiebeauftragte der Landesregierung, Herr Grützner, feststellt, dass in Hessen eine Geburtenrate von 1,9 Kindern pro Frau notwendig wäre, um dem zu erwartenden wirtschaftlichen Niedergang Hessens entgegenzuwirken.

Abgesehen davon, dass ich mich frage, wie er eigentlich zu diesem Wissen kommt, denke ich, es wird bestimmt noch einmal Gelegenheit bestehen, darüber zu diskutieren,

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

was das im Prinzip für die Frauenpolitik der Hessischen Landesregierung bedeutet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es gibt auch andere Beispiele für das Versagen der Familienpolitik dieser Hessischen Landesregierung. In einem Beschluss des CDU-Parteitages am 13.11.2004 wurde ein bedarfs- und flächendeckendes Angebot der Kinderbetreuung, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, bis zum Jahre 2010 vorgesehen: Hessen soll zum Land der Tagesmütter werden. Kurze Zeit darauf wurden in den Haushaltsberatungen für diesen gesamten Komplex keinerlei zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt. Stattdessen wurde ein Schloss gekauft.

Meine Damen und Herren, schon solche Gegenüberstellungen zeigen, dass Sie nicht bereit sind, in die Infrastruktur für Familien zu investieren. Das zeigt sich dann auch

an den Zahlen. Zurzeit gibt es – das sind die Aussagen Ihrer eigenen Ministerin – nur 1.448 Tagesmütter in Hessen; nötig aber wären über 5.000.

(Ministerpräsident Roland Koch verlässt die Regierungsbank und nimmt neben Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) auf dem Sitz der Abg. Nicola Beer (FDP) Platz.)

So gibt es im Moment 7.800 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren; bedarfsdeckend – auch nach Beschluss der CDU – wären aber 32.000.

Meine Damen und Herren, allein diese Zahlen belegen doch, wie weit Sie davon entfernt sind, Ihre eigenen Versprechungen wahr zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Noch so ein Lieblingskind von Ihnen, bei dem das Virtuelle überwiegt und nur wenig Inhalt vorhanden ist: die Offensive für Kinderbetreuung. Mit diesem Förderprogramm macht Hessen angeblich einen Riesenschritt nach vorne – der Stapel der Presseerklärungen dazu ist praktisch nicht mehr zu überschauen. Aber von den 29.782 Plätzen aus der Offensive für Kinderbetreuung – die angeblich ein Programm für unter Dreijährige ist – wurden im Jahr 2005, also im laufenden Jahr, 23.469 für Schulkindergarten finanziert.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, das Programm „Offensive für Kinderbetreuung“ ist mitnichten ein Kleinkinderprogramm,

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

sondern dient dazu, die Defizite der Landesregierung in der Hortbetreuung auszugleichen. Dafür werden diese Gelder verwandt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Obwohl jedes Jahr eine vierstellige Zahl neuer Plätze entstehen müsste, um die nachfragegerechte Betreuungsquote zu erreichen, sind im Jahr 2002 325 Plätze entstanden, im Jahr 2003 477 und im Jahr 2004 rund 600. Meine Damen und Herren, um bis zum Jahr 2010 unser Ziel tatsächlich zu erreichen, bräuchten wir jährlich eine mindestens vierstellige Zahl neuer Plätze. Wenn Sie in diesem Tempo mit dem Ausbau weitermachen, brauchen wir 34 Jahre, um die Betreuungsquote von 20 % zu erreichen. Das ist wirklich ein Armutszeugnis für diese Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Da ist es eigentlich nur noch das i-Tüpfelchen, wenn ich hier den Erlass des Innenministers vom 03.08.2005 erwähne, in dem defizitäre Kommunen angewiesen werden sollten, für Kinderbetreuungseinrichtungen kostendeckende Elternbeiträge zu erheben.

(Rudi Haselbach (CDU): Das stimmt überhaupt nicht!)

Meine Damen und Herren, hier schwieg die Familienministerin vornehm, und obwohl es in der CDU-Fraktion schon brodelte, verlor Frau Lautenschläger kein Wort dazu. Zum Glück und dank des hartnäckigen Insistierens der Opposition, auch auf kommunaler Ebene, ist dieser

Erlass nun obsolet und unser grüner Formulierungsvorschlag übernommen worden.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Themenkomplex kommen, zum Thema Arbeitsmarktpolitik. Bundesweit bekannt wurde die Hessische Sozialministerin mit ihrer Auffassung, dass bei der Arbeitslosenhilfe und beim Arbeitslosengeld erheblicher Missbrauch bestünde, der schärfer bekämpft werden müsste, sowie durch die Forderung nach der Heranziehung von Familienangehörigen zur Finanzierung von Langzeitarbeitslosigkeit.

(Ein Bediensteter hantiert an einer technischen Einrichtung am Boden neben dem Rednerpult.)

– Entschuldigung, ich bin etwas irritiert. Muss das sein, wenn ich hier meine Rede halte?

(Heiterkeit und Zurufe)

Zuerst dachte ich, es sei der Ministerpräsident, der versucht Anschluss zu finden.

(Allgemeine Heiterkeit – Roland Koch (CDU): Ich bin mir aber nicht sicher, ob Sie dann unterbrochen hätten!)

– Ach, Herr Ministerpräsident, für Sie unterbreche ich gerne,

(Heiterkeit)

was immer das heißt.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Bundesweit wurde die Hessische Sozialministerin dadurch bekannt, dass sie den erheblichen Missbrauch bei ALG-II-Empfängern massiv bekämpfen wollte, sowie durch die Heranziehung von Familienangehörigen zur Finanzierung. Ansonsten schwamm sie im Gefolge desjenigen, den ich gerade erwähnt habe – der seine selbst in Wisconsin überholte Philosophie „Nur wer arbeitet, darf auch essen“ bundesweit wie sauer Bier angeboten hat.

Meine Damen und Herren, obwohl Roland Koch als Vertreter der B-Länder im Vermittlungsverfahren zum Sozialgesetzbuch II – also zu Hartz IV – teilgenommen hat bzw. sogar deren Verhandlungsführer war, zeigte sich das Sozialministerium überfordert, in der vorgeschriebenen Frist ein hessisches Ausführungsgesetz zum SGB II vorzulegen. Auch das vorgelegte Vorschaltgesetz war ein Flop und in der Folge unrühmlich. Erwähnt sei hier nur die peinliche Falschmeldung zur Anzahl der Optionskommunen, die in Hessen zum Zuge kommen sollten. In der Pressekonferenz, die vor ungefähr einem Jahr stattgefunden hat, musste der Regierungssprecher einspringen. Er hat verkündet, man stünde im Kontakt mit allen anderen Staatskanzleien und Fachabteilungen, und deshalb sei man sich bei dieser Zahl sicher. Zwei Tage später war das dann alles nur noch Humbug.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Letztendlich hat die Hälfte der hessischen Kommunen optiert. Lassen Sie mich deswegen noch ein Wort zu Ihrer Arbeitsmarktpolitik sagen. Wir haben mehrfach darüber diskutiert: Das Entscheidende neben allen anderen Problemen, die wir hier mit den Optionskommunen und dem

Weitergeben von Zahlen haben, ist, dass die kommunale Arbeitsvermittlung gescheitert ist. Es ist das eingetreten, wovor wir immer gewarnt haben, nämlich dass die Abschottung der Optionskommunen von der Arbeitsagentur letztendlich auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen wird. Das Ergebnis: Die Optionskommunen haben bis zum 30.06.2005 4.419 Arbeitslosengeld-II-Empfänger in den ersten Arbeitsmarkt integriert, die Arbeitsgemeinschaftskommunen haben hingegen bis zum 31.08.2005 insgesamt 15.167 Personen aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit vermittelt.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, ich habe Ihnen das verbale Tête-à-tête mit Herrn Koch schon gutgeschrieben. Bitte kommen Sie jetzt zum Ende.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Alles klar, ich komme zum Ende. – Meine Damen und Herren, allein schon dies zeigt das Versagen der Landesregierung.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich finde den Tenor des SPD-Antrags nicht in allen Formulierungen glücklich. Aber letztendlich fordert er die Landesregierung auf, wieder die sozialpolitische Verantwortung zu übernehmen. Darin können wir ihn nur unterstützen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich erteile Herrn Abg. Rentsch für die Fraktion der FDP das Wort.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt legen Sie aber einmal zu!)

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss zunächst erkennen, dass die FDP-Fraktion einen neuen Fraktionsvorsitzenden hat – Herr Koch hat die Seiten gewechselt. Aber kein Wunder, bei dem, was sich da in Berlin anbahnt, kann ich das nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Norbert Schmitt (SPD))

Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie erlauben mir eine Vorbermung. Sie haben gerade gesagt, bei der FDP herrscht Bewegungsarmut.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht wirklich!)

Es war so, dass Herr Kaufmann zweimal zu mir kam und fragte,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einmal!)

warum wir noch nichts abgegeben hätten. Ich denke, es sorgt auf jeden Fall für Bewegung bei den GRÜNEN, wenn sich die FDP so verhält. Das ist doch schon etwas,

(Beifall bei der FDP)

wenn sich einige Kollegen der GRÜNEN richtig bewegen.

Meine Damen und Herren, meine zweite Vorbemerkung. Ich weiß nicht, wie Sie das in Berlin organisieren wollen. Ich bin relativ überrascht. Wie wollen Sie eine große Koalition organisieren?

(Zuruf der Brigitte Hofmeyer (SPD))

Sie sind ja völlig zerstritten. Ich bin gespannt, ob solche Anträge auch auf Berliner Ebene kommen werden.

(Lebhafte Zurufe)

Vielleicht sollten Sie einmal überlegen, ob Sie auch eine gemeinsame Klausurtagung hier in Hessen abhalten sollten.

(Norbert Schmitt (SPD): War das ein Angebot für eine Ampel? Dariüber reden wir!)

Ich denke, das bietet sich an, Herr Kollege Schmitt. Sie müssen ein Stück zusammenrücken. Wir können vielleicht die Plätze tauschen; das würde sich auch anbieten.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Sie waren ja nicht beweglich, Herr Rentsch!)

Dann können Sie sich besser austauschen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Rentsch, gestatten Sie Zwischenfragen?

(Florian Rentsch (FDP): Ich gestatte Zwischenfragen, natürlich!)

Die Frau Abg. Fuhrmann möchte etwas fragen. Bitte schön.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Kollege Rentsch, lieber Florian!

(Zurufe: Oh! – Norbert Schmitt (SPD): Hochinteressant!)

Ich möchte gerne fragen, warum sich die FDP, wenn hier eine große Koalition an die Wand gemalt wird, die noch gar nicht beschlossen ist, sondern über die höchstens verhandelt wird, eigentlich jedem Gespräch mit einer großen demokratischen Partei verweigert hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das stimmt!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abgeordneter.

Florian Rentsch (FDP):

Sehr geehrte Kollegin Fuhrmann, liebe Petra – wenn ich das anfügen darf –,

(Heiterkeit)

die FDP hat ja Gespräche mit der CDU, einer großen demokratischen Partei, geführt.

(Erneute Heiterkeit)

Infofern läuft die Frage auf jeden Fall ins Leere.

(Norbert Schmitt (SPD): Die CDU ist aber die kleinere Partei!)

Meine Damen und Herren, kehren wir zurück zu dem Thema des heutigen Tages, dem Antrag der SPD zum „umfassenden Versagen der Sozialministerin“; so ist er ja betitelt. Der Antrag ist – das sieht man beim ersten Lesen, und ich glaube, diese Ansicht teilen viele Kollegen – wenig konstruktiv. Frau Fuhrmann, Sie haben in dem Antrag eine Situationsbeschreibung aus Ihrer Sicht vorgenommen. Das kann man machen. Wir werden gleich zu den einzelnen Punkten kommen. Aber ich habe – ich dachte, es gäbe eine Seite 2 – Vorschläge der SPD zur Sozialpolitik vermisst.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben jetzt einiges gesagt; das will ich nicht bestreiten. Aber zumindest der Antrag hat zu diesem Thema relativ wenig ausgesagt.

Meine Damen und Herren, die SPD thematisiert verschiedene Punkte der letzten Jahre – sicher auch Schwerpunkte der hessischen Sozialpolitik –, die wir an dieser Stelle nicht zum ersten Mal diskutieren. Das Thema „Operation sichere Zukunft“ war auch aus Sicht der Liberalen in diesem Haus aus mehreren Gründen kein Glanzstück der Landesregierung.

(Reinhard Kahl (SPD): Richtig!)

Wir sind der Auffassung, dass nicht nur der Stil, wie die „Operation sichere Zukunft“ vorgenommen wurde, falsch war, sondern es hat sich auch gezeigt, dass in Bereichen gespart, ja so gekürzt worden ist, dass eine nachhaltige Entwicklung der Sozialpolitik nicht mehr möglich ist. Es hat sich um kurzfristige Sparergebnisse gehandelt, die eine nachhaltige positive Entwicklung letztendlich nicht fördern.

Was wir wollen, ist eine Sozialpolitik, die auf die wichtigen Zukunftsfelder setzt. Das sind die Bereiche Kinder, Jugend und Familie; das ist ganz klar. Darauf legt die FDP auch ihren Schwerpunkt in der Sozialpolitik.

Aber es gibt natürlich auch andere wichtige Themen. Deshalb sage ich: Das Sparpaket war – ich glaube, das müsste die Landesregierung selbst feststellen, wenn sie das kritisch begutachtet – kein Erfolg. Die Landesregierung muss erkennen, dass das Sparpaket in verschiedene Bereiche eingegriffen hat, wo wir zwar kurzfristig Einsparungen, langfristig aber höhere Kosten haben werden. Meine Damen und Herren, das ist sicher nicht der richtige Weg für eine moderne Gesellschaftspolitik in Hessen.

(Beifall bei der FDP)

Allerdings – das muss man klar erwähnen – werden hier verschiedene Punkte vermischt. Die SPD schreibt einige Zeilen zur Arbeitszeitverlängerung unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, sozusagen unter dem Gender-Gedanken, und vor allem unter dem Gesichtspunkt der Familienfreundlichkeit. Die Liberalen in diesem Haus sind nicht der Meinung, dass das Thema Arbeitszeitverlängerung so einseitig diskutiert werden kann, Frau Fuhrmann.

Die Arbeitszeitverlängerung in Hessen war ein richtiger Schritt und eine nachhaltige Entscheidung, um die Kosten des Landes im Bereich des Personalwesens zu minimieren. Wenn Sie sehen, wie viele Stunden Menschen außerhalb des öffentlichen Dienstes arbeiten – nehmen Sie einmal Kolleginnen und Kollegen hier im Haus –, werden Sie feststellen, dass 42 Stunden in der heutigen Gesellschaft

ein relativ kurzer Zeitraum sind. Sie müssen das auch zu der Tatsache gegenrechnen, dass Menschen im öffentlichen Dienst fast unkündbar sind. Die Entscheidung hat sicher nicht allen gut gefallen; das ist völlig klar. Sie stellt einen Einschnitt und auch eine Belastung für Familien dar. Aber dieser Punkt kann nicht isoliert gesehen werden.

Zum Zweiten ist es auch so, dass Familien nicht nur von Frauen gesteuert werden; so aber sagt es Ihr Antrag aus. Familienbetreuung wird in einem modernen Land auch von Männern übernommen,

(Petra Fuhrmann (SPD): Ja, aber die 3 % können wir im Moment noch vernachlässigen!)

sicher noch untergeordnet; aber auch Männer tun etwas für Familien. Insofern ist der Antrag an dieser Stelle sehr engstirnig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema Frauen. Die hessische Familienministerin hat – die FDP hat das unterstützt – im Rahmen der Novellierung des Hessischen Gleichstellungsgesetzes gemeinsam mit der FDP ein Gesetz mit der Experimentierklausel vorgelegt, das unserer Meinung nach viele Ansätze bietet, um eine wirkliche Politik nach dem Gender-Mainstreaming-Gedanken zu machen. Ich will anfügen, dass ich dann, wenn wir über die Frauenpolitik diskutieren, oft das Gefühl habe, dass wir sehr unterschiedliche Ansätze haben und Gender Mainstreaming sehr unterschiedlich auslegen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das stimmt eindeutig!)

Ich habe oft das Gefühl, dass Sie, Frau Kollegin Fuhrmann, liebe Petra – ich darf das noch einmal anfügen –, die Frauenpolitik unter dem alten Fördergedanken und nicht unter dem Aspekt des Amsterdamer Vertrages sehen. Gender Mainstreaming ist eben mehr als alte Frauenförderung.

(Heiterkeit – Zurufe)

– Herr Ministerpräsident, vielen Dank. Sie haben Recht. Es ist mehr als eine Förderung nach dem alten Muster. Ein solcher Versprecher kann bei diesem Thema in der Erregung schon einmal passieren.

Immerhin hat die SPD festgestellt, dass in der Frauenpolitik anscheinend nur zwei kritische Punkte herauszugreifen sind. Insofern hat die Ministerin, denke ich, hier keine schlechten Resultate vorzulegen.

Die Familienpolitik ist ein Schwerpunkt, den wir als FDP ganz weit oben ansiedeln. Da, muss ich sagen, hat die CDU die Messlatte sicher selber sehr hoch gelegt. Die CDU hat ja gesagt: Bis 2010 wird eine flächendeckende Betreuungsquote umgesetzt sein. – Wir haben hierüber im Sozialpolitischen Ausschuss auch sehr energisch diskutiert. Dort war zu hören, dass das in Schritten erfolgen soll, Frau Ministerin.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber nicht in Schritten!)

Sie wissen auch, dass Sie das Ergebnis bis 2010 mit einer Erhöhung der Fördermittel aus der Offensive für die Betreuung der Kinder von 14 auf 18,2 Millionen € nicht erreichen können. Das wird nicht ausreichend sein, und mit kleinen Schritten werden Sie die große Etappe nicht hinter sich bringen können. Deshalb sind wir sehr gespannt, was die Landesregierung an dieser Stelle weiter vorschla-

gen wird. Wenn man einen Titel wie „Familienland Nummer eins“ ausgibt,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Sehr gut!)

muss man den Titel auch mit Argumenten und Leistungen unterfüttern. Davon aber sind wir weit entfernt, Frau Ministerin. Dort gibt es noch viel zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ein weiterer Aspekt bei der Familienpolitik war die Entscheidung des hessischen Innenministers, einen Erlass herauszugeben, nach dem die Familien durch die Kommunen quasi benachteiligt werden sollten. Meine Damen und Herren, wir haben darüber im letzten Plenum energisch diskutiert. Die Landesregierung hat den Erlass zurückgezogen. Wir werten das auch als Erfolg der sehr berechtigten und konstruktiven Kritik der Opposition.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nicht werten, wer dafür verantwortlich war, dass es so weit gekommen ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir! – Weitere Zurufe: Wir!)

– Sie bestimmt nicht. – Ich will auch nicht werten, wer in der Landesregierung dafür verantwortlich war, dass es so weit gekommen ist. Man kann es auch als Erfolg von Frau Lautenschläger auslegen, dass der Innenminister seinen Erlass zurückgenommen hat.

(Lachen bei der SPD)

Wir werden dazu sicher noch einiges hören.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist, was hinten herauskommt, um einen großen deutschen Politiker zu zitieren. Insofern sind wir froh, dass der Innenminister den Erlass im Sinne der hessischen Familien zurückgenommen hat; denn der Weg war falsch. Ich glaube, das haben Sie auch erkannt.

(Norbert Schmitt (SPD): Er hatte sich doch in der Debatte verdrückt!)

Der Antrag geht weiterhin auf das Thema „Menschen mit Behinderung“ ein und kritisiert das Gleichstellungsgesetz der Landesregierung, das wir gemeinsam mit der CDU im Landtag eingebracht haben. Frau Fuhrmann, bei der Diskussion darüber wundere ich mich wirklich darüber, dass immer noch die Argumente, die wir vorgetragen haben und die von Ihnen bis jetzt nicht widerlegt sind, angeführt werden.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir sind vom Status quo ausgegangen und haben gesagt: Wir haben in Hessen ein Konnexitätsprinzip. Das heißt: Wenn das Land verpflichtende Maßnahmen für die Kommunen beschließt, muss das Land sie auch bezahlen. Das war die Ausgangslage. Wir haben nach der Anhörung ein Gesetz formuliert, das zugegebenermaßen nicht so weit geht, wie sich das die Behindertenverbände in Hessen gewünscht haben; das ist unbestritten. Aber wir haben ein Gesetz formuliert, das das Machbare umsetzt und auch Möglichkeiten eröffnet, in den Kommunen über Zielvereinbarungen zu guten Ergebnissen zu kommen. Sie haben damals angekündigt, Frau Fuhrmann, Sie würden das Konnexitätsprinzip mit einem eigenen Gutachten widerlegen. Wir warten auf das Gutachten noch heute.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Wir sind gespannt, ob Sie es noch vorlegen. Wir können es dann gern nachlesen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt betrifft die Themen Arbeitsmarkt, Lehrstellen etc. Das ist einer der Hauptpunkte, die Sie kritisieren, und da bin ich sehr gespannt, was sich in Berlin ergeben wird. Ich glaube, wir können der Ministerin in diesem Haus viel vorwerfen – es gibt in jeder Fraktion unterschiedliche Positionen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in der Sozialpolitik; die FDP legt den Schwerpunkt auf Kinder, Jugend und Familie –, aber ich finde es wirklich ein starkes Stück, wenn gesagt wird, die Ministerin habe im Bereich des Arbeitsmarktes nichts getan. Man kann ihr viel vorwerfen; aber das Thema Arbeitsmarkt war bei dieser Landesregierung wirklich gut aufgehoben.

(Beifall bei der FDP)

Wir können die Debatte darüber hier gern noch einmal führen, wenn Sie auf Bundesebene gemeinsam mit der CDU die Optionsidee deutschlandweit umsetzen. Auf diesen Tag freue ich mich ganz besonders.

(Beifall bei der FDP)

Denn so wird es kommen. Auch hier müssen wir wirklich zur Ehrlichkeit zurückkehren. Man kann vieles kritisieren; aber ich glaube, das Thema Arbeitsmarkt ist in Hessen wirklich in guten Händen.

Die Optionsidee hat Hessen – mit 13 Kommunen bundesweit Spitze, das ist völlig unbestritten – weitgehend umgesetzt. Hartz IV läuft in vielen Kommunen wirklich vorbildhaft. Es hat sich auch gezeigt – deshalb ist die Statistik, die Sie, Frau Kollegin Schulz-Asche, gerade angeführt haben, nicht zutreffend –, dass die Optionskommunen eine gute Arbeit zum einen für die Betroffenen und zum anderen auch für die betroffenen Wirtschaftsunternehmen machen. Wenn Sie sich mit den Optionskommunen und mit betroffenen Wirtschaftsunternehmen unterhalten, stellen Sie fest, dass in Hessen ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Es ist nicht mehr so, dass es ein Amt gibt, an das sich Menschen wenden können, sondern es gibt eine direkte Ansprache.

Ich war vor zwei Wochen in Marburg. Wir haben dort mit den Kollegen gesprochen und gestritten. Dort ist ein Kollege von Ihnen beteiligt: Herr Kollege McGovern leitet dort sozusagen den Bereich des ALG II. Das ist eine Erfolgsgeschichte, weil das erste Mal eine direkte Ansprache der Betroffenen stattfindet. Die Förderpolitik betrifft auf der einen Seite die Menschen, die sie brauchen, und es gibt eine direkte Ansprache der Wirtschaft durch die Bundesagentur für Arbeit, was wir früher nicht hatten. Das sind zwei erhebliche Erfolge, und deshalb kann man hier nicht von einem Misserfolg, sondern man muss von einem Erfolg sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin bei dem Thema Hartz IV auch sehr gespannt, wie Sie das in Hessen weiter betreiben wollen. Ihr vorgelegter Antrag – ich nehme einen Antrag vorweg, Frau Kollegin Schulz-Asche – ist wieder einmal rückwärts gewandt. Sie gehen auf ein Thema ein: Bundesagentur für Arbeit, Stärkung der Kommunen, die nicht in der Option sind. Wir haben doch die Erfolge, die wir uns gemeinsam in den Kommunen anschauen können. Mir ist wirklich nicht klar, warum Sie, Frau Kollegin Schulz-Asche, weiter an einer Idee haften, die mittlerweile durch die Praxis widerlegt ist. Es

wäre schön, wenn Sie so ehrlich sein könnten – ich lasse keine Zwischenfragen zu –,

(Heiterkeit)

zuzugeben, dass das, was in den Optionskommunen an Arbeit gemacht wird, wirklich ein Erfolg ist.

Meine Damen und Herren, wir bedauern, dass der Antrag der SPD relativ wenig Konstruktives anbietet. Frau Fuhrmann hat in ihrer Rede, wie gesagt, einen Gesamtverriss der Landesregierung vorgenommen. Das steht der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Hause zu. Aber sie hat nichts zu dem Thema gesagt, wie es in Hessen mit der Sozialpolitik weitergehen kann. Frau Ministerin, was wir als Liberale von Ihnen erwarten, ist, dass Sie eine stärkere Schwerpunktsetzung in den Bereichen Kinder, Jugend und Familie vornehmen.

(Beifall bei der FDP)

Das kann auch dazu führen – das ist dann die Schattenseite dieser Schwerpunktsetzung –, dass andere Bereiche stärker in den Hintergrund treten. Aber das würden wir als FDP in Kauf nehmen, wenn wir wirklich eine klare Schwerpunktsetzung für die Zukunft der Gesellschaft in Hessen vornehmen könnten.

Des Weiteren vermisste ich immer noch eine wirkliche wirkungsorientierte Steuerung der Sozialpolitik in unserem Bundesland. Es kann nicht sein, dass wir weiterhin in einem Berichtswesen verhaftet sind, wo Menschen und Verbände, die eine Zuwendung bekommen, einen Bericht abgeben, dass sie die Mittel ordnungsgemäß ausgegeben haben, und wir relativ wenig darüber wissen, wie das Geld bei den Betroffenen angekommen ist. Da müssen wir wirklich weiterkommen. Wir haben dazu Vorschläge gemacht. Vielleicht kommen wir darüber doch noch in die Diskussion. Wir werden dieses System auf jeden Fall brauchen, wenn wir in den Prozess der Kommunalisierung einsteigen. Dann muss es vorgelegt werden, Frau Ministerin. Dann erwarten wir von Ihnen auch klare Vorschläge, wie wir das vornehmen wollen. Es kann nicht sein, dass wir den Bereich der sozialen Hilfen in Hessen kommunalisieren, auf die Kommunen übertragen, und das Land dann aus der Verantwortung zurücknehmen. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der FDP)

Wir als Land müssen die Steuerung der Sozialpolitik, der Gesellschaftspolitik in Hessen weiter in den Händen behalten. Nur wenn wir das haben, hat das Land auch eine Rechtfertigung; denn sonst, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssten wir uns überlegen, ob wir die Landesebene nicht vollständig abschaffen. Dann können wir alles auf die Kommunen übertragen. Dann haben wir noch den Bund, der zwar unter Schwarz-Rot keine Wunderdinge vollbringt, aber wahrscheinlich immerhin regieren wird. Also das Land muss seine Steuerungsfunktion behalten. Es muss ganz klar festlegen, was wir in der Sozialpolitik brauchen, welche Bedürfnisse die Menschen in Hessen haben und welche Schwerpunkte das Land setzt.

Da sagen wir Ihnen zum Abschluss: Wir würden uns wünschen, dass die CDU mehr den Schwerpunkt im Bereich Kinder, Jugend und Familie setzt. Dort gibt es Nachbesserungsbedarf. Wir werden zu dem Antrag der SPD mit „Enthaltung“ votieren. Der Antrag enthält im ersten Absatz einiges Richtiges. Ansonsten ist der Antrag leider völlig fehlgeleitet. Er kann keine Zustimmung von uns bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat die Frau Sozialministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Fuhrmann, es freut mich immer wieder, dass Sie mich zum Anlass nehmen, hier gemeinsam zu diskutieren. Nur, liebe Frau Kollegin Fuhrmann, ein ganz kleines bisschen könnten Sie zumindest beginnen, sich mit Sozialpolitik in Hessen auseinander zu setzen und die Zahlen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Grottenschlechte Politik!)

Es dient ja immer der Wahrheitsfindung, wenn man sich mit Haushaltzzahlen auseinander setzt. Deswegen möchte ich Ihnen auch heute Morgen noch einmal einige Zahlen zu den Schwerpunkten nennen, die der Kollege Rentsch eben noch einmal angemahnt hat und die wir genau in den Bereichen, wenn es um Familienpolitik geht, wenn es um Kindergarten und Familie geht, in Hessen 1999 gemeinsam mit der FDP umzusetzen angefangen haben und jedes Jahr fortsetzen.

Ich will nur einige Erinnerungsposten nennen. Im Jahr 1999: Kindergartengesetz in Hessen ohne Investitionsmitfördern, weil die Investitionen bis dorthin getätigten waren. Damals waren nach dem Kindergartengesetz noch 54,58 Millionen € im Haushalt. Im Jahr 2006 werden es 75 Millionen € nach dem Hessischen Kindergartengesetz sein. So sehen es die Planungen vor.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt aber auch, dass die Zahl der Plätze weiter zugenommen hat und dass wir im gesamten Kinderbetreuungsbereich von der Krippe über den Kindergarten bis zum Hort in dieser Zeit eine Zunahme von 20.000 Plätzen haben.

(Beifall bei der CDU – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die hören überhaupt nicht zu!)

Das macht deutlich, dass in Hessen nicht nur im Krippenbereich Bedarf bestand, sondern dass wir nach wie vor im Kindergartenbereich Bedarf hatten und wir gerade, auch wenn Sie heute nichts mehr davon hören wollen, im Hortbereich anfangen mussten, aufzubauen, damit es eben gerade für die Schulkinder von der betreuenden Grundschule bis mittags zum Hort überhaupt Angebote in ausreichendem Maße in Hessen gibt. Das ist nach wie vor ein Thema. Darüber brauchen Sie nicht zu klagen, meine Damen und Herren von Rot-Grün; denn Sie hatten dafür gesorgt, dass der Hort genauso wie die Betreuung in den Schulen in Hessen vor 1999 nicht stattfand.

(Beifall bei der CDU)

Aber Zahlen machen es ja immer einfacher, damit umzugehen. Nehmen Sie die Offensive für Kinderbetreuung, die im Jahr 2000 noch mit 3,5 Millionen € ausgestattet war und in diesem Jahr mit über 14 Millionen € ausgestattet ist. Für das nächste Jahr planen wir mit über 18 Millionen €. All das macht deutlich, dass es hier nach wie vor Handlungsbedarf gibt; aber im Jahr 2010 wird der aus unserer Sicht im Bereich der Krippen umgesetzt sein. Aber es muss selbstverständlich auch weiter etwas gemeinsam mit der kommunalen Seite getan werden.

Da will ich Ihnen nur sagen, dass es schon spannend ist – das wird sicher auch in Berlin die Koalitionsverhandlungen spannend machen –, zu sehen, wie man damit umgeht, dass auf der einen Seite den Kommunen 1,5 Milliarden € für Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden sollen,

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben doch den Kommunen 50 Millionen € pro Jahr genommen!)

wovon aber noch nichts angekommen ist, dass auf der anderen Seite der Kollege Clement dort weitere Kürzungen vornimmt bzw. mit Zahlen hantiert, die keinem Menschen offen gelegt wurden. Das werden wir jetzt hoffentlich gemeinsam in Verhandlungen schaffen, damit wir die Zahlen auch behandeln können.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Da haben Sie ausnahmsweise einmal Recht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über diese Zahlen sprechen, dann wird das deutlich machen, dass wir, wenn die Mittel ankommen, natürlich auch gemeinsam viel schneller den Bereich der Kinderbetreuung umsetzen können, damit es wieder einen Schub für Krippenplätze geben wird und wir uns das genauso mit auf die Fahne schreiben, Krippe und Tagesmutter weiter zu fördern und die Angebote in Hessen weiter vorbildlich auszubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn wir zu den Punkten kommen, gehört dazu auch, dass wir einen Bildungsplan, von dem Sie überhaupt nicht sprechen,

(Petra Fuhrmann (SPD): Von dem habe ich gesprochen! Sie haben nur nicht zugehört!)

für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen einführen und dort erstmals Möglichkeiten der Verzahnung schaffen, um gerade in den Kindergärten und Grundschulen, wo es einen großen Ansturm gibt, nicht nur Betreuung zu organisieren, sondern eben auch den Bildungsschwerpunkt deutlich zu verstärken. Das wird Schwerpunkt der Landesregierung bleiben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was haben Sie dafür in Ihrem Landshaushalt veranschlagt?)

– Frau Kollegin Fuhrmann, ich weiß, dass Sie gerne dazwischenrufen, aber ich kann Ihnen sagen: Das Audit Familie und Beruf, das Audit an den Universitäten, die Gründung einer Stiftung, die mit Geld ausgestattet wurde und z. B. im Bereich der Universität Gießen sowohl Forschung betreibt als auch die praktischen Umsetzungsmaßnahmen mit aufnimmt, all das sind Punkte, die wir in den vergangenen Jahren umgesetzt haben und die ich – das kann ich Ihnen versichern – weiter umsetzen werde.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört dann auch, dass wir Programme für allein erziehende junge Mütter gemacht haben, damit sie in Ausbildung kommen können. Diese Programme sind tatsächlich ein Erfolgsschlager geworden und werden hoffentlich bald auch noch von weiteren Ländern übernommen; denn die Teilzeitausbildung für junge Mütter ist ein ganz wichtiger Punkt, der Berufschancen für diese eröffnet und Familie, Beruf und Ausbildung überhaupt erst unter einen Hut bringt.

Die Sprachförderung im Kindergarten und viele weitere Punkte wären hier anzuführen. Es scheint so, als wollten Sie sich mit dem, was sich in Hessen sehr positiv entwi-

ckelt, nicht auseinander setzen; aber ich glaube, Sie haben sich auch gar nicht die Mühe gemacht, sich in vielen Bereichen vor Ort das anzusehen, was hier passiert.

Das Gleiche gilt – das hat auch Kollege Rentsch gerade angesprochen – bei den Arbeitsmarktprogrammen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch liebe Kollegin Schulz-Asche, bei den Arbeitsmarktprogrammen oder beim Thema Option wäre es an der Zeit, dass Sie vielleicht beginnen, beide Bereiche anzuschauen, die Optionskommunen auf der einen Seite, die nach wie vor vorbildliche Arbeit machen, und das zum Teil unter sehr schwierigen Bedingungen, weil ihnen Akten erst sehr spät oder unvollständig zur Verfügung gestellt wurden, aber genauso die Arbeitsgemeinschaften in Hessen. Es kommt nicht von ungefähr, Frau Kollegin, dass die Arbeitsgemeinschaften in Hessen zu einem großen Teil den kommunalen Hut aufsetzen, weil sie vorher zum Teil an der Option Interesse hatten, aber jetzt auch wiederum sagen: Endlich werden uns die Fesseln von Nürnberg genommen, und wir können communal auch die Arbeitsgemeinschaft steuern. – Es gibt enge Kontakte und regelmäßigen Gedankenaustausch, und die Vorschläge nehmen wir als Land jedes Mal auf. Die Vorschläge sind in den letzten Jahren immer wieder die gleichen: Wir brauchen weniger zentrale Steuerung aus Nürnberg, sondern mehr Kompetenz vor Ort. – Das wird, kann ich Ihnen versichern, die Hessische Landesregierung auch an dieser Stelle weiter verfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Aber das Thema Arbeitsmarkt ist natürlich sehr vielfältig. Schauen Sie es sich einmal genauer an, auch im Landeshaushalt. Die Programme zur Ausbildung und zur Arbeitsmarktgestaltung, die in den vergangenen Jahren weiter aufgestockt wurden, funktionieren dort sehr gut. Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, es scheint ja Rot-Grün nicht wirklich zu interessieren, was dort passiert. Aber schauen Sie sich doch bitte einmal, wenn Sie über Sozialpolitik sprechen, alle Felder genau an. Wenn wir über Ausbildung reden, gehört Altenpflege mit dazu. Das sind Punkte, die Sie überhaupt nicht hören wollen, weil die Ihnen nämlich richtig wehtun. In der Altenpflege haben wir erst einmal die Ausbildung reorganisiert. Wir haben sie in Ordnung gebracht und etabliert, eine Kampagne gemacht, dass wieder Altenpflegeausbildung in Hessen stattfindet.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Frau Fuhrmann, regen Sie sich doch nicht so auf. Ich kann Ihnen die Zahlen im Detail vortragen.

Die Zahlen in der Altenpflegeausbildung in Hessen haben wir gesteigert – vom Jahre 2002 mit rund 1.400 Plätzen bis zu diesem Jahr in den Landesplätzen auf über 2.300 Plätze. Das Spannende an der Sache, was Rot-Grün wiederum nicht nennt, ist, dass das Land Hessen seine Mittel ausgebaut hat, aber der Bund parallel die Maßnahmen für die Umschüler gestrichen hat. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall und Zurufe von der CDU)

Dort sind die Plätze von 1.500 auf inzwischen 1.300 zurückgegangen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Nummer funktioniert noch drei Wochen!)

Inzwischen gibt es nur noch ganz wenige Bildungsgutscheine, die überhaupt ausgegeben werden. Unterhalten

Sie sich vor Ort mit den Altenpflegeheimen, was es bedeutet, wenn die Umschüler herausfallen, wenn es nicht mehr möglich ist, dort mitzufinanzieren, um Ausbildung möglich zu machen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es ist ein Skandal, dass Sie sich um diesen Bereich der Ausbildung überhaupt nicht kümmern.

(Beifall und Zurufe von der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Unverschämtheit!)

Anzufügen wäre im Übrigen, dass wir die Helferausbildung in der Alten- und Krankenpflege eingeführt haben – auch gegen Widerstände aus Ihren Reihen –, um Menschen mit Hauptschulabschluss weiter Zugänge zu ermöglichen, Modellprojekte zwischen Alten- und Krankenpflegeausbildung mit Bundesmitteln in Hessen gemeinsam zu initiieren, weil wir gesagt haben: Wir brauchen mehr Verzahnungen und müssen in diesen Berufen, die gerade für die Zukunft unserer Gesellschaft ganz wichtig sind, die nämlich auch etwas mit demographischer Entwicklung zu tun haben, mehr unternehmen. – Das alles hört man von Ihnen nicht, wenn es um Ausbildungsplätze geht. Das wollen Sie lieber vergessen, denn da haben Sie grundsätzlich versagt.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es gäbe eine ganze Reihe von weiteren Punkten, über die wir uns heute Morgen unterhalten könnten, ob es das Thema Krankenhäuser ist, wo Hessen vorbildlich das Krankenhausbauprogramm aufgelegt und ausgebaut hat. Wir haben die höchste Investitionsquote unter den Bundesländern, wenn es um die Pauschalförderung in Krankenhäusern geht, weil wir genau wissen, dass das wichtige Faktoren sind, die künftig ausgebaut werden müssen und die nicht nur Ausbildungs-, sondern auch Arbeitsplätze in Hessen bedeuten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt viele Punkte, die noch zu nennen wären. Ich habe aber bisher im Ausschuss nicht erlebt, dass Sie sich für diese eigentlichen Punkte interessieren. Sie beklagen das Thema Frauenförderung. Dabei haben wir im Gesetz eine Experimentierklausel eingeführt, um mehr Möglichkeiten zu eröffnen. Die wird hervorragend genutzt, was sich gerade im Bereich des Regierungspräsidiums in Kassel zeigt. – Die Landesverwaltung ist nach wie vor Vorreiter, wenn es darum geht, behinderten Menschen einen Arbeitsplatz zu geben und die Quote überzuerfüllen. Alles das sind Punkte, die in den vergangenen Jahren umgesetzt wurden, die wir weitermachen.

Als letzten Punkt möchte ich die Kommunalisierung von Förderprogrammen nennen. Der Kollege Rentsch hat die Frage angesprochen, wie wir mit der Kommunalisierung umgehen und wie wir dort Gelder wirklich zielgerichtet einsetzen können. Herr Kollege Rentsch, ich hoffe auf Ihre Unterstützung, wenn es um die Landeshauptstadt geht, dass wir dort die Zielvereinbarungen abschließen. Aber hier wurde erstmals zwischen Kommunalen Spitzenverbänden, dem Sozialministerium und den Ligaverbänden eine Zielvereinbarung entwickelt, die es möglich macht, Gelder zielgerechter und genauer einzusetzen und dort ein Berichtswesen einzuführen, das tatsächlich mit den Zielen verbunden ist und nicht nur bewirkt, dass irgendwelche Daten erhoben werden, die dann keiner einsetzt, wenn es darum geht, die Mittel zu verausgaben.

Das ist vorbildlich, und das geht jetzt in die zweite Phase, wenn es um den Abschluss geht. Dort arbeiten wir hervorragend mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege wie auch mit der kommunalen Seite zusammen. Das ist ein Punkt, wo wir Mittel zielgerecht einsetzen, was zu Zeiten von Rot-Grün in keiner Weise aufgebaut wurde und nach wie vor in den Kinderschuhen ist, um jetzt mit der Liga umgesetzt zu werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, von Rot-Grün müssen wir uns sowohl im Bereich von Arbeitsmarktprogrammen als auch beim Thema Familienförderung keine Ratschläge geben lassen. Wir setzen in Hessen unser Regierungsprogramm zielgerichtet um. Das heißt, Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung für Kinder und Jugendliche werden weiter ausgebaut, und im Arbeitsmarkt werden wir genau schauen, was dort vereinbart wird, denn die Option ist heute schon ein Erfolg. Den wollen wir gerne auf alle anderen übertragen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Dr. Spies.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, wir hatten wirklich erwartet, dass Sie die Gelegenheit nutzen und uns ein bisschen über Ihre Vorstellung von Sozialpolitik und darüber, wie Sie den desolaten Zustand in Hessen in Zukunft korrigieren wollten, erzählen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Wir hatten Visionen erwartet und haben Illusionen einer virtuellen Sozialpolitik bekommen.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Lesen Sie einmal Ihren Antrag!)

Nichts. Aber auch wirklich an keiner einzigen Stelle erkennt man eine Einsicht daran. Der Bierdeckel scheint für die Union eine besondere Bedeutung zu haben. Jedenfalls passt die Sozialpolitik in Hessen auf einen solchen, wenn man Ihren Erfolg messen will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich fange mit einem Beispiel an. Frau Ministerin, Sie wollen uns hier immer erzählen, eine der bedeutendsten Leistungen der Sozialpolitik in Hessen in Ihrer Amtszeit sei nun ausgerechnet Familienpolitik und Betreuungspolitik. Dann kommen Sie mit Litaneien von Zahlen. Die beginnen eigenartigerweise immer erst im Jahre 2000. Im Jahr 2000 gab es Landesmittel für Kinderbetreuung von 2 Millionen €. Und Sie begrüßen es, dass Sie das auf 17 Millionen € gesteigert haben. Das begrüßen wir auch. Aber mit großem Bedauern nehmen wir hin, dass diese 2 Millionen gerade einmal 3 % der Mittel waren, die Rot-Grün für Kinderbetreuung ausgegeben hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie es über die Jahre auf ein stolzes Viertel der Landesmittel gebracht haben, die noch Rot-Grün für Kinderbetreuung ausgegeben hat, nämlich gerade einmal 17 Millionen gegenüber 66 Millionen €, und dann ständig er-

klären wollen, das sei eine bedeutende landespolitische Leistung,

(Ministerpräsident Roland Koch: Sie müssen nicht schreien!)

dann kann man doch nichts anderes sagen, als dass Sie die Leute über den Tisch ziehen wollen. Meine Damen und Herren, wenn man sich die Steigerung der Zahl der Betreuungsplätze anschaut, nehmen wir das mit Freude zur Kenntnis. Frau Oppermann, ich habe mit Interesse Ihre Zahlen gehört. Es wäre einmal sehr interessant, wie viele dieser zusätzlichen Betreuungsplätze eigentlich nur dadurch entstanden sind, dass eine bundesrechtliche Änderung mit der Möglichkeit für Tagesmütter, nach Registrierung einen Rentenversicherungsbeitrag mitfinanziert zu bekommen, dazu geführt hat, dass sich Tagesmütter registrieren lassen, die nun auf einmal als zusätzliche Betreuungsplätze erscheinen. Die gab es vorher genauso. Es wusste nur keiner.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir gerade die Familienpolitik dieser Landesregierung anschau: Statt Familienpolitik finden Familientage statt. Diese Landesregierung des Wettbewerbswesens – ich weiß, dass Sie den Wettbewerb so loben. Aber Familienwettbewerbe ersetzen keine Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mit Interesse gehört, wie Sie zum Schluss angefangen haben, ausgerechnet die Gesundheitspolitik dieser Landesregierung zu loben, die seit über zwei Jahren nicht in der Lage ist, auch nur eine vorsichtige Prognosezahl, was z. B. die Versorgungsbedarfe im Gesundheitsbereich angeht, zu liefern. Seit zwei Jahren fordern wir das ein, seit zwei Jahren gibt es das nicht. Dann wäre ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig, mich dafür zu rühmen. Ich schaue mir an, wie Sie die Kommunalisierung sozialer Leistungen betreiben. Dann entdecke ich – es überrascht mich immer wieder – eine große Übereinstimmung mit Herrn Rentsch, sozusagen einem heimlichen Etatist in den Reihen der FDP; jetzt hört er gar nicht zu. Er hat völlig Recht. Wie Sie Kommunalisierung betreiben, ist es nichts anderes als die Entledigung der Landespolitik von der Verpflichtung für Soziales. Nein, meine Damen und Herren, früher konnte man darauf vertrauen, dass konservative Sozialpolitik, aus christlicher Soziallehre gespeist,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

zwar eine gewährende Wohlfahrtspolitik war, eine, die immer ein bisschen den Gestus der Gnadenhaltung in sich trug, aber doch die Verantwortung für das Gemeinwohl an dieser Stelle sehr ernst nahm. Darin unterscheiden wir uns sehr grundsätzlich, weil Sozialdemokraten Sozialpolitik als einen Anspruch der Empfänger betrachten und nicht als eine Gnadenleistung. Was wir aber in Hessen feststellen müssen, ist, dass diese Grundlage hessischer Sozialpolitik völlig entfallen ist. Sozialpolitik findet in Hessen nicht mehr statt. Diese Ministerin ist die Totengräberin einer hessischen Sozialpolitik. Das hat Hessen nicht verdient. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Da es sich um einen Entschließungsantrag handelt, können wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 16/4516, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltung? – Damit stelle ich fest, der Antrag ist abgelehnt bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Ablehnung durch die Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion der FDP.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 42** auf:

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Kinderschule anstatt gebührenfreies letztes Kindergartenjahr – Drucks. 16/4526 –

Dazu rufe ich **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Novellierung des Hessischen Kindergartengesetzes dringend notwendig – Drucks. 16/4388 –

Ebenso rufe ich **Tagesordnungspunkt 30**:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Freistellung des letzten Kindergartenjahrs von Elternbeiträgen – Drucks. 16/4463 –

sowie **Tagesordnungspunkt 62** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend das Recht des Kindes auf Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an – früher – länger – besser – Drucks. 16/4553 –

Die vereinbarte Redezeit für diese Tagesordnungspunkte beträgt 15 Minuten je Fraktion. Ich erteile zunächst Frau Kollegin Henzler für die Fraktion der FDP das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dorothea Henzler (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eben sehr emotionale und gegensätzliche Reden gehört. Ich will deshalb doch einmal festhalten, dass es auch Themen gibt, bei denen Gemeinsamkeiten bestehen. Das ist zumindest vom Grundsatz her so. Diese Gemeinsamkeiten betreffen den weiter einzuschlagenden Weg. Außerdem haben diese Gemeinsamkeiten sehr viele Veränderungen im Bewusstsein der Bevölkerung und im Bewusstsein der Politik erbracht.

Als ich 1985 in Oberursel als Stadtverordnete anfing, begann die Diskussion über einen Kindertagesstättenentwicklungsplan. Der Kommentar des damaligen Sozialdezernenten lautete so – Herr Staatssekretär Krämer kennt ihn sehr gut, später war es nämlich sein Kämmerer –: Er wolle doch einmal anmerken, dass es in Oberursel noch Mütter gebe, die ihren Kindern ein Mittagessen kochen könnten, deshalb bräuchte man in Oberursel keinen Kindertagesstättenentwicklungsplan.

Die Kommentierung des Sozialdezernenten der Nachbarstadt Bad Homburg war wie folgt: Soll ich die Kindergärten bauen, damit die Mütter morgens auf den Tennisplatz gehen können?

So verlief die Diskussion 1985. Das ist inzwischen 20 Jahre her. Trotz allem will ich bemerken, dass sich in diesen 20

Jahren in den Köpfen der Bevölkerung und auch in der politischen Meinung eine wirklich deutlich spürbare Veränderung zum Thema Kinderbetreuung und Kindertagesstätten ergeben hat.

(Beifall bei der FDP – Nicola Beer (FDP): Gott sei Dank!)

– „Gott sei Dank“ ist das so, das kann man wohl sagen.

Mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Eltern Familie und Beruf vereinbaren wollen und auch müssen. Das beginnt damit, dass Frauen heute berufstätig und gut ausgebildet sind. Sie ergreifen einen Beruf. Dann erhebt sich natürlich die Frage, was Mann und Frau machen: Entscheiden sie sich für oder gegen ein Kind? Entscheiden sie sich für oder gegen den Beruf? Wenn Sie die Betroffenen wirklich fragen, können Sie feststellen, dass sie im Grunde genommen beides wollen. Sie möchten einen Beruf haben. Sie möchten aber auch eine Familie haben.

Inzwischen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass es, volkswirtschaftlich gesehen, unsinnig ist, gut ausgebildete Frauen an den Herd zu schicken. Wenn Sie mit Personen aus den Firmenleitungen sprechen, werden Sie feststellen, dass die Ihnen sagen: Wir haben Frauen, die in ihrem Beruf top sind. Wenn die in den Mutterschutz gehen und wir sie durch eine neue Person ersetzen müssten, die wir komplett neu aufbauen müssten, dann würde uns das unendlich viel mehr Geld kosten, als wenn wir ihnen während der Zeit des Mutterschutzes die Gelegenheit bieten, sich weiter- und fortzubilden, und ihnen hinterher jegliche Möglichkeit der Teilzeitarbeit bzw. der Flexibilisierung der Arbeitszeit anbieten.

In vielen Firmen hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die Eltern sehr viel ruhiger und produktiver arbeiten, wenn sie wissen, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind, und wenn sie wissen, dass es auch Maßnahmen für den Notfall gibt, also etwa für den Fall, dass ein Kind einmal krank wird. Es beruhigt sie, wenn sie wissen, dass ihnen dann die Arbeitgeberseite entgegenkommt.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem hat sich auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Erziehung und die Sozialisierung der Kinder sehr viel besser und einfacher erfolgen kann, wenn sie möglichst früh mit anderen Kindern zusammenkommen und damit aus der Königsrolle der so genannten Einlinge herauskommen. Denn heute gibt es überwiegend die Ein-kindfamilie.

Viele dieser Erkenntnisse hat schon die in der Legislaturperiode von 1995 bis 1999 tagende Enquetekommission „Familienfreundliches Hessen“ des Hessischen Landtags zusammengetragen und in ihren Bericht hineingeschrieben. Ich habe die Diskussion über die Kinderbetreuungseinrichtungen verfolgt und kann deshalb sagen: Vieles, was diese Enquetekommission damals gesagt hat, findet sich jetzt in dem wieder, was die Politik umsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Seit Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-Studie hat die Kindertagesbetreuung eine Doppelfunktion. Wir sind uns alle darüber einig, dass man seit Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-Studie der Auffassung sein muss, dass in der Kindertagesstätte die Aufgabe der Betreuung von dem Bildungsauftrag nicht mehr getrennt werden kann.

Das wird auch durch die Hirnforschung belegt. Zum Beispiel gibt es die Aussage, dass, wenn man eine Fremdspra-

che bis zum fünften Lebensjahr lernt, sie in der gleichen Hirnhälfte erlernt wird, in der man auch die Muttersprache lernt. Deshalb muss die Fremdsprache in diesem Fall im Gehirn nicht übersetzt werden. Deshalb spricht man eine Fremdsprache, wenn man sie bis zum fünften Lebensjahr gleichzeitig lernt, so gut wie die Muttersprache.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Diskussion über die Kindertagesstätten können deshalb die Aspekte Bildung und Betreuung sowie die Kosten der Bildung und der Betreuung nicht mehr gesondert diskutiert werden. Das kann man nur noch gemeinsam besprechen.

Über den Kindergarten wurde in Hessen in letzter Zeit unter Bezugnahme auf diese drei Aspekte sehr kontrovers diskutiert. Ausschlaggebend hierfür war zum einen das Grundsatzurteil des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel zur Finanzierung der Betriebskostenzuschüsse. Auf manche Gemeinden werden dadurch etliche zusätzliche Kosten zukommen, falls das wirklich umgesetzt werden sollte. Dann gab es die Leitlinie des Innenministers zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte. Sie ist zum Glück zurückgezogen worden. Denn sie hat auch eine für uns nicht tragbare Regelung hinsichtlich der Elternentgelte enthalten.

Kindergartenplätze und ein gutes Angebot an Betreuungseinrichtungen sind für die Städte und die Kreise ein Standortfaktor. Den sollte man insbesondere auch mit Blick auf die demographische Entwicklung bei weitem nicht unterschätzen.

(Beifall bei der FDP)

Die Einführung des Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder von 0 bis 10 Jahren, der jetzt in die Erprobungsphase geht, ist ein weiterer guter Schritt in die richtige Richtung. Denn zum ersten Mal gibt es eine Leitlinie für die Betreuung und Bildung der Kinder von Geburt an.

Begonnen hat die ganze Debatte über die Gebühren für die Nutzung der Kindergärten im Jahre 2001, und zwar mit einer Rede, die Dr. Wolfgang Gerhardt auf dem Bundesparteitag der FDP in Düsseldorf gehalten hat.

(Beifall bei der FDP)

Weit vorausdenkend – das macht er immer so – hat er damals die Frage gestellt: Warum müssen Eltern in der Anfangsphase, also in der Phase, in der die Kinder noch klein und die Eltern ohnehin finanziell sehr stark belastet sind, für die Bildung ihrer Kinder relativ viel Geld bezahlen, während die Kinder später, wenn sie eigentlich erwachsen sind – sie sind dann schon volljährig und studieren –, kostenlos studieren dürfen? Durch diese Provokation – das war schon ein bisschen provokativ – wurde eine Diskussion angestoßen. Sie kam damit ins Rollen. Heute beschäftigen wir uns deshalb mit den Gebühren für die Kindertagesstätten.

Der Wunsch der Entlastung der Eltern einerseits und die Aufgabe, alle Kinder an elementare Bildung heranzuführen und das Sozialverhalten und die kognitiven Fähigkeiten zu fördern, würden am besten durch das Modell der Kinderschule der FDP erfüllt. Ich will den Begriff noch einmal erklären. Ich konnte nach Lesen des Antrags der GRÜNEN erkennen, dass das Modell anscheinend immer noch nicht ganz richtig verstanden wird, obwohl wir es vor zwei Jahren vorgestellt haben.

(Zuruf)

– Der Begriff wurde gewählt, weil er zeigt, dass wir die Verknüpfung von Kindergarten und Schule wollen. Dies soll wirklich ein Bindeglied in der Ausbildung der Kinder und zur Vorbereitung auf die Schule sein. Es soll sich dabei um ein für alle Fünfjährigen verpflichtendes Jahr handeln. Am Beginn dieses Jahres muss zunächst eine ausgiebige Diagnose der Stärken und Schwächen jedes Kindes stehen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Durch ein auf das jeweilige Kind abgestimmtes Gesamtkonzept mit spielerischem Lernen, musischen und künstlerischen Aktivitäten, Lernen im naturwissenschaftlichen Bereich sowie mit Bewegung und Gesundheitserziehung sollen die kognitiven, sozialen und motorischen Fähigkeiten der Kinder gefördert werden. Damit soll die Grundlage für die spätere Freude am Lernen gelegt werden.

(Beifall bei der FDP)

Die GRÜNEN kritisieren das in ihrem Dringlichen Antrag. Darin wird nämlich ausgesagt, das sei eine einseitige Vorbereitung auf die Schule. Das ist es natürlich nicht. Vielmehr werden die Begabungen spielerisch ausgebildet werden. Fehlende Fähigkeiten sollen in einem Aufholprozess erworben werden. Natürlich soll es letzten Endes auch auf die Schule vorbereiten und die Startchancen verbessern.

Das ist ab dem fünften Lebensjahr nicht zu früh. Ich weiß: Viele stoßen sich daran, dass dann ab dem fünften Lebensjahr eine Art Schulpflicht bestehen würde. – Sie sollten sich aber einmal in unseren Nachbarländern umschauen: Da gehen die Kinder selbstverständlich ab dem dritten Lebensjahr in vorschulische Einrichtungen, manchmal geschieht dies verpflichtend auch ab dem vierten oder fünften Lebensjahr.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum macht man das dann nicht ab dem dritten Lebensjahr?)

– In Frankreich sind die Kinder in der Ecole maternelle ab dem zweiten Lebensjahr. Das ist freiwillig. Aber im Grunde genommen besuchen fast alle Kinder die Ecole maternelle.

Durch individuelle Förderung sollen Defizite ausgeglichen und Begabungen speziell gefördert werden.

Bei der Kinderschule handelt es sich um ein pädagogisches Konzept. Räumlich kann sie an eine Kindertagesstätte oder an eine Grundschule angebunden sein. Das kann je nachdem erfolgen, wo sich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung freie Räume ergeben.

Die Kinderschule soll mit Erzieherinnen, Sozialpädagogen und Grundschulpädagogen besetzt werden. Außerdem muss sie ein eigenes pädagogisches Konzept haben. Hierzu könnte man sicherlich sehr viel von den Eingangsstufen lernen, die im Grunde genommen auch mit Kindern ab dem fünften Lebensjahr beginnen.

Die Kinderschule weist eindeutige Vorteile auf. Sie ermöglicht eine finanzielle Entlastung der Eltern. Außerdem ermöglicht sie eine individuell abgestufte vorschulische Bildung aller Kinder.

(Beifall bei der FDP)

Da alle Kinder erfasst würden, würden sie alle auch die gleichen Startbedingungen haben. Das wäre wirkliche Chancengleichheit. Nachher werden wir wieder über ei-

nen Gesetzentwurf reden, bei dem es um Chancengleichheit gehen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die verpflichtende Kinderschule ist natürlich eine Schule und damit eine Angelegenheit des Staates. Sie fällt damit in die Zuständigkeit des Landes. Allerdings fordern wir weitergehend, dass, je mehr die Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen werden, sie in Zukunft auch in die Zuständigkeit des Kultusministeriums überführt werden sollen.

Die Kinderschule kann durchaus finanziert werden. Denn mit ihr würden die Vorschulklassen überflüssig. Die Eingangsstufen könnten aufgelöst werden. Außerdem würde auch der flexible Eingang, der zusätzlich Personal bindet, mit der Einführung der Kinderschule entfallen.

Die Kommunen und die freien Träger würden für einen ganzen Jahrgang die Betreuungskosten in den Kindergärten sparen.

Die Kinderschule stellt also das Königsmodell dar. Unabhängig davon ist aber auch eine Weiterentwicklung der Kindertagesstätten notwendig. Wegen der demographischen Entwicklung – wir haben weniger Kinder – ist eine Öffnung der Kindertagesstätten für jüngere Kinder, also solche ab dem zweiten Lebensjahr, sinnvoll. Die Räume gibt es. Das Personal ist vorhanden. In vielen Kommunen wird das bereits gemacht. Auch eine Öffnung dieser Einrichtungen für die Schulkinder am Nachmittag wird mittlerweile durchgeführt, wenn sich dort nicht mehr so viele Kindergartenkinder in den Räumen aufhalten.

Dazu bedarf es in den Kindertagesstätten aber eines besseren und weiter gehenden Personalmixes. In diesem Zusammenhang müssen wir durchaus noch einmal über die Mindeststandards und die für den Kindergarten zugelassenen Personalkapazitäten reden. Kinderkrankenschwestern, Kinderpfleger oder auch Grundschullehrerinnen gehören dort mit hin, die zusätzlich die Vorbereitung auf die Grundschule übernehmen könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es ist auch nicht einzusehen, dass man in den Kindergärten nicht mehr Eltern oder Großeltern einbezieht. Wir machen das jetzt sogar bei den Unterrichtsausfällen in den Schulen. Wenn man Menschen hat, die mit Kindern gerne umgehen, die mit Kindern etwas machen können, dann kann man sie genauso gut in den Kindergarten holen. Es gibt zum Teil schon sehr erfolgreiche Versuche mit Lesepaten, wo ältere Menschen in den Kindergarten gehen und mit den Kindern lesen, den Kindern vorlesen oder auch Märchen erzählen – eine Erfahrung, die viele Kinder zu Hause in der Familie gar nicht mehr machen können.

Auch die Erzieherinnenausbildung bedarf anderer Schwerpunkte. Sie sollte auch mehr Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und dadurch bedingt auch Aufstiegsmöglichkeiten aufweisen. Auch hier muss man überlegen, ob man eine Fortbildungspflicht für Erzieherinnen einführt, wie wir sie jetzt für die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen eingeführt haben.

Zu den vorliegenden Anträgen möchte ich Folgendes sagen: Wir unterstützen natürlich grundsätzlich die Forderung nach einer Gebührenfreiheit für die halbtägige Betreuung in Kindertagesstätten. Eine ganztägige Betreuungsgarantie für alle Kinder quasi von Geburt an, wie sie im Dringlichen Antrag der GRÜNEN steht, halten wir

allerdings weder für finanziert noch für wünschenswert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine lieben Damen von den GRÜNEN, das geht auch an den Wünschen der Eltern völlig vorbei.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völliger Käse!)

Ich habe es vorhin gesagt: Eltern wollen eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber nicht unbedingt dadurch, dass sie die Kinder den ganzen Tag in eine Betreuungseinrichtung geben.

(Beifall bei der FDP)

Sie wollen das mit flexiblen Arbeitszeiten vereinbaren können.

(Sarah Sorge und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um das Angebot, nicht um eine Pflicht!)

Es geht hier um eine Betreuungsgarantie. Es tut mir sehr Leid, das halte ich weder für finanziert noch für wünschenswert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben schon immer argumentiert, dass wir das System der Bildungsfinanzierung vom Kopf auf die Füße stellen wollen. Das heißt, es muss mehr bei den Kindertagengebühren getan werden. Allerdings ist die bloße Forderung nach Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr im Antrag der SPD unserer Meinung nach zu kurz gegriffen. Allein die Tatsache, dass Eltern ein Jahr lang nichts für den Kindergartenbesuch bezahlen müssen, gewährleistet nicht, dass alle Vorschulkinder tatsächlich zwecks Bildung und Erziehung in den Kindergarten gehen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Es ist uns zwar bewusst, dass der Prozentsatz der Kinder, die nicht in den Kindergarten gehen, mit 3 bis 5 % relativ gering ist. Aber genau diese Kinder sind die Risikogruppe, die man eigentlich erfassen müsste. Ich bin mir nicht sicher, ob für diese Elternguppe die Gebührenfreiheit ein Anreiz ist, ihre Kinder in die Kindertagesstätte zu schicken.

(Beifall bei der FDP)

Sozialhilfeempfänger zahlen bereits jetzt keine Kindertagengebühren. In vielen Kommunen, z. B. auch meiner eigenen, gibt es dann Zuschüsse zu Einkommen, die direkt über dem Sozialhilfesatz liegen.

Ich nenne ein ganz krasses Beispiel: Bad Homburg erlässt jetzt den Eltern die Kindertagengebühren. Wer die Stadt Bad Homburg kennt, der weiß, dass diese Stadt viel Geld hat. Der weiß aber auch, dass die Eltern, die in dieser Stadt leben, nicht gerade zu den Ausgegrenzten und den schlechtesten Verdienstern gehören. Von daher weiß ich nicht, ob es nicht Kommunen gäbe, wo dieses Verfahren wesentlich notwendiger wäre. Aber diese Kommunen haben meistens auch nicht so viel Geld, um das zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP)

Sie bleiben mit Ihrer Antragsbegründung, wonach das letzte Kindergartenjahr ein kostenfreies Regelbesuchs-

jahr werden soll, nicht sehr deutlich. Es ist nicht ganz klar: Müssen die Kinder dahin? Ist es Pflicht, oder ist es ein freiwilliger Besuch, der halt nur nichts kostet? Wo ist das pädagogische Konzept für dieses letzte Jahr? Wird es ein Vorbereitungsjahr auf die Schule? Beinhaltet es alle diese Forderungen wie bei der Kinderschule, die wir für ganz eminent halten?

Wir finden auch den Weg, die Träger voll zu entlasten und das Ganze mit Landesmitteln auszugleichen, nicht sehr sinnvoll und auch nicht ausreichend. Sehr viel sinnvoller wäre es, wenn sich die Bundesregierung – wir werden sehen, was die neue Bundesregierung macht – statt für eine Erhöhung des Kindergeldes für Betreuungsgutscheine für Eltern entscheidet, sodass man den Eltern die Gutscheine in die Hand gibt und sagt: Suche dir die Betreuungseinrichtung deiner Wahl.

(Beifall bei der FDP)

Dann wären wir vom Angebotsprinzip zum Nachfrageprinzip gekommen. Die Eltern könnten als Nachfrager auftreten, und die Kindertagesstätten wären dazu angeleitet, sich sehr viel mehr als Serviceunternehmen für die Eltern darzustellen und sich sehr viel mehr nach den wirklichen Bedürfnissen zu richten.

Meine Damen und Herren, wir sind in allen Dingen nicht so weit auseinander, was wir für Kinder und Betreuung wollen. Aber ich denke, wir müssen den Mut haben, wirklich zu sagen: Wir brauchen ein verpflichtendes Vorschuljahr, wir brauchen ein verpflichtendes Jahr vor der Schule für alle Kinder, damit wir alle Kinder fördern können und damit wir alle Kinder nicht zulasten der Eltern, sondern gebührenfrei betreuen und weiter auf die Schule vorbereiten können. – Haben Sie den Mut, und unterstützen Sie das Konzept der FDP.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abg. Al-Wazir das Wort.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Henzler hat den Antrag der GRÜNEN angesprochen und hier ein bewusstes oder unbewusstes Missverständnis zum Besten gegeben, das ich aufklären möchte. Wir wollen genau keine Zwangsbeglückung. Frau Kollegin Henzler, das ist übrigens auch der Grund, warum die hessische Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich gegen das verpflichtende Vorschuljahr ausspricht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen vielmehr „Betreuungsgarantie“. Das bedeutet aus unserer Sicht bei den unter Dreijährigen eine Quote von mindestens 20 % Plätze eines Jahrgangs. Es wird im ersten Lebensjahr weniger als 20 % Bedarf sein. Im dritten Lebensjahr wird es mehr sein. Im Schnitt glauben wir, dass für ungefähr 20 % der Kinder eines Jahrgangs bei den unter Dreijährigen von den Eltern ein Betreuungsplatz abgefragt wird. Wir haben diese Zahl nicht erfunden, sondern wir haben die Zahl aus einem Gutachten des DIW für die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das ungefähr von 20 % Bedarf ausgeht. Wir

schätzen, dass es vielleicht sogar ein bisschen mehr sein könnte.

Aber allein schon die Zahl von 20 % deutet darauf hin, dass wir niemanden zwangsbeglückeln wollen. Denn mit 20 % eines Jahrgangs kann man nicht einen ganzen Jahrgang zwangsbeglücken. Es geht vielmehr darum, dass die Eltern, die einen Betreuungsplatz wünschen, ihn finden sollen. Diejenigen, die ihn nicht wünschen, brauchen ihn auch nicht. Darum geht es, um nichts anderes. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Henzler, Sie haben das Wort zur Antwort.

(Frank Gotthardt (CDU): Die FDP hätte man mit 18 % beglückt können!)

Dorothea Henzler (FDP):

Herr Gotthardt, ich sage Ihnen, in Schmitten haben wir über 20 %, in Oberursel haben wir 16,6 %. Ich bin sehr beglückt über unsere Ergebnisse.

(Frank Gotthardt (CDU): Sie sehen auch ganz beglückt aus!)

Herr Al-Wazir, ich will Ihnen jetzt antworten. Sie haben in Ihrem Antrag ganz klar geschrieben:

Ein erster Schritt ist der bedarfsdeckende Ausbau von Angeboten, abgesichert durch eine ganztägige Betreuungsgarantie für alle Kinder.

Das steht darin. Da steht nichts von 20 %, und auf diesen Text habe ich mich bezogen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bedarfsdeckend!)

– „Ganztägige Betreuungsgarantie“ steht hier.

Wenn wir über das Wort Garantie sprechen, dann wissen Sie ganz genau, dass die CDU mit der Unterrichtsgarantie in Hessen sehr geworben hat, dass wir das Wort aber nie in den Mund genommen haben. Ich halte eine Garantie, die man Eltern gegenüber ausspricht, und auch noch eine ganztägige Garantie für nicht realisierbar. Sie können in Hessen keine ganztägige Garantie garantieren. Sie können sagen, unser Wunsch ist, dass wir soundso viele Plätze anbieten, dass wir die 20 % – da sind wir nicht auseinander – zu bekommen versuchen. Aber dann müssten Sie das etwas genauer in Ihren Antrag schreiben. Ich habe mich genau auf die Formulierung Ihres Antrags bezogen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, es gibt keine Kurzintervention zur Kurzintervention. Das müssten wir beschließen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eigentlich schade!)

– Eigentlich schade. Gut, wenn wir rund sitzen, schwätzt jeder mit jedem. Dann hält man alles auf.

Das Wort hat Frau Kollegin Hartmann für die Fraktion der SPD.

Karin Hartmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei diesem Punkt hat meine Kollegin Henzler schon angekündigt, dass wir gar nicht so weit auseinander sind. Deshalb möchte ich eingangs noch einmal appellieren, dass in einem ressourcenarmen Land wie dem unseren, das sich zudem noch mit dem steigenden demographischen Druck auseinander setzen muss, auf die Frage nach Zukunftsinvestitionen nur eine Antwort gegeben werden kann: Die Priorität der Investitionen muss auf Bildung und Betreuung liegen.

Insbesondere bei der elementaren Bildung bedarf es deshalb eines grundlegenden Perspektivwechsels. Mittel für Bildung, Betreuung und Erziehung müssen endlich als Zukunftsinvestitionen angesehen werden. Alle diesbezüglich vorliegenden Studien, egal ob von der bayerischen Wirtschaft, von der GEW oder der Bundesregierung in Auftrag gegeben, bestätigen, dass ein gutes Betreuungs- und Bildungsangebot zu einer Erhöhung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung führt. Länder wie die skandinavischen Länder, die diesen positiven Effekt schon früh erkannt haben, verfügen nicht nur über deutlich erfolgreichere Sozial- und Bildungssysteme, sie erzielen bei internationalen Bildungsvergleichen auch die besseren Ergebnisse.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will nicht bestreiten, dass es Mut, Geduld und auch Geld erfordert, diesen Umbau des Bildungs- und Betreuungssystems vorzunehmen. Da reicht es nicht aus, mit Aushängeschildern, Ankündigungen oder schönen Plänen aktiv zu werden, wie es diese Landesregierung macht. Dazu bedarf es nicht nur der schönen Worte, sondern auch konkreter Finanzierungskonzepte.

(Beifall bei der SPD)

Sicherlich wird die Ministerin wieder auf die fehlenden Mittel für den Umbau verweisen. Da kann ich wiederum nur auf Rheinland-Pfalz verweisen. Andere Bundesländer haben den Mut und setzen ihre Prioritäten dort, wo es notwendig ist. Rheinland-Pfalz hat auch nicht mehr Geld als Hessen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie haben viel weniger! Daher bekommen sie viel Geld von uns! Die zahlen das mit unserem Geld!)

Aber dort geht man einen anderen Weg. Man geht den Weg, das letzte Kindergartenjahr als Vorschuljahr von Elternbeiträgen freizustellen. Es ist halt eine Frage der Prioritätensetzung, Herr Milde, ob ich Schlösser und Parkplätze kaufe oder ob ich auf struktureller Ebene Voraussetzungen für zukunftsfähige Bildungsprozesse schaffe.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Bei der frühkindlichen Bildung liegen die Positionen zwischen den Fraktionen, insbesondere zwischen SPD und FDP, gar nicht so weit auseinander. Ich würde mir wünschen, dass wir die vorliegenden Anträge endlich zur Kenntnis nehmen und in den zuständigen Ausschüssen diskutieren. Ich möchte auch ausdrücklich darum bitten, die Diskussion nicht nur im Sozialpolitischen Ausschuss zu führen. Denn wir haben ähnlich wie die FDP das Verständnis davon, dass gerade Vorschule oder Kinderschule dort angesiedelt werden muss, wo sie in den fortschritt-

lichen Ländern angesiedelt sind, nämlich im Kultusministerium. Daher möchte ich ausdrücklich darum bitten, dass wir die Diskussion nicht nur im Sozialpolitischen, sondern auch im Kulturpolitischen Ausschuss führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sollten diese Anträge nutzen, um in einen konstruktiven Dialog darüber einzusteigen, wie wir in Hessen gemeinsam die Bereiche Bildung und Betreuung zum Mittelpunkt der politischen Anstrengungen machen können.

Was das Konzept anbelangt, Frau Henzler – der Antrag ist zugegebenermaßen sehr kurz gefasst –: Wir haben mit unserem Vorschulkonzept bereits seit 2002, ebenso wie Sie, sehr dezidiert ein konkretes Konzept auf den Tisch gelegt, wie wir uns eine Verbesserung der vorschulischen Bildung und Erziehung vorstellen. In diesem Konzept haben wir auch festgelegt, dass es ein verpflichtendes Vorschuljahr sein soll und es den Eltern nicht anheim gestellt werden soll, ob sie ihre Kinder hinschicken oder nicht. Nach wie vor besuchen ca. 8 % aller Fünfjährigen keinen Kindergarten. Ein Drittel aller Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, kommt aus sozial benachteiligten Familien. Diese wollen wir erfassen, mindestens im letzten Kindergartenjahr. Deshalb wollen wir dieses Vorschuljahr auch als verpflichtendes Vorschuljahr. Aber anders als Sie wollen wir dieses Vorschuljahr nicht an Schulen, sondern an Kindertagesstätten angliedern.

(Beifall des Abg. Reinhart Kahl (SPD))

Das hat zweierlei Gründe. Zum einen geht es uns darum, dass es organisatorisch und finanziell zurzeit einfacher sein wird, das Vorschuljahr an Kindertagesstätten anzugliedern. Dort sind die Kapazitäten vorhanden. Dort ist auch das Know-how vorhanden. Dort ist es auch möglich, Kinder spielerisch und trotzdem mit einem verbindlichen pädagogischen Konzept auf die Schule vorzubereiten.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Mir geht es auch darum, dass wir die Schulpflicht und den Leistungsdruck, der in der Schule unweigerlich entsteht, nicht um ein Jahr vorverlagern, sondern dass wir Kindern insbesondere aus Familien mit sozialer Benachteiligung die Chance eröffnen, in diesem letzten Kindergartenjahr Entwicklungsdefizite zu kompensieren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb halten wir die Anbindung an Kindertagesstätten für sinnvoller. Ich bin auch der Überzeugung, dass, wenn man diese Kinderschule oder dieses Vorschuljahr an Schulen anbinden würden, zusätzliche Kapazitäten gebunden würden, weil sowohl ein räumlicher als auch ein personeller Zusatzbedarf entstehen würde, ein Bedarf an zusätzlichen Lehrern, den wir im Moment finanziell und organisatorisch aus meiner Sicht nicht decken könnten.

Meine Damen und Herren, die frühkindliche Bildung beginnt bereits mit der Geburt. Es reicht nicht aus, frühkindliche Bildung auf das letzte Kindergartenjahr zu reduzieren.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das sehen wir genauso wie die GRÜNEN. Deshalb muss dieses Vorschuljahr in ein frühkindliches Bildungs- und Betreuungskonzept eingebunden werden. Dieses Vorschuljahr muss aber innerhalb dieses Konzeptes eine hervorgehobene Position einnehmen. In dem vorliegenden

Bildungs- und Erziehungsplan kommt gerade der Bereich vorschulische Erziehung, Kooperation von Schule und Kindergarten aus unserer Sicht zu kurz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit unserem vorliegenden Antrag fordern wir die Landesregierung auf, ähnlich wie in Rheinland-Pfalz ein Finanzierungskonzept vorzulegen, das es den Kommunen ermöglicht, das letzte Kindergartenjahr für die Eltern beitragsfrei zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir beklagen, dass es zu wenige Kinder gibt. Um das zu ändern, bedarf es verlässlicher Strukturen für Eltern, aber auch verlässliche Strukturen für diejenigen, die die Plätze schaffen müssen, d. h. für die Kommunen. Wenn ich mir dann überlege, dass die Sozialministerin unkommentiert hinnimmt, dass der Innenminister einen Erlass herausgibt,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ah!)

der nicht nur den Ausbau von Strukturen verhindert, sondern sogar dazu tendiert, bestehende Strukturen zu zerstören, dann denke ich, dass sich in dieser Landesregierung noch viel ändern muss, wenn man mehr Kinderfreundlichkeit erreichen will.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Mir ist auch ganz wichtig, dass es eine Reform der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher gibt.

(Beifall der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

Im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Erziehungsplan habe ich immer wieder betont, mehr Bildung im elementaren Bereich sei nicht kostenfrei zu haben. Für qualifizierte Bildungsangebote brauchen wir gut ausgebildete Fachkräfte. Deshalb müssen wir auch in die Ausbildung und in die Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie von Lehrerinnen und Lehrern investieren. Es bedarf also der Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildungsarbeit. Man kann nicht einfach einen Plan vorlegen und den Kräften, die dort tätig sind, etwas aufzwingen, sondern man muss ihnen auch die Möglichkeiten geben, mehr Bildung zu vermitteln.

Die Anträge der GRÜNEN bezüglich einer Novellierung des Kindertengesetzes spiegeln auch unsere langjährige Forderung nach einem Kindertagesstättengesetz wider. Aus unserer Sicht greift der vorliegende Antrag aber etwas zu kurz, denn wir wollen die CDU nicht aus der Verantwortung für ihre Versprechen entlassen. Meine Kollegin Fuhrmann hat vorhin gesagt, dass die Sozialministerin eigentlich die Ankündigungsministerin ist. Das gilt nicht nur für diese Sozialministerin. Das gilt auch für ihre Vorgängerin. Das gilt für den Ministerpräsidenten.

Ich habe mir die Regierungserklärung von 1999 angesehen. Der Ministerpräsident hatte angekündigt, die veralteten Kindertagesstättentrichtlinien novellieren zu wollen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Die Amtsvorgängerin von Frau Lautenschläger hat am 18.09.2000 Folgendes gesagt:

Die Landesregierung strebt ein einheitliches Gesetz an, mit dem eine Grundlage für alle Arten von Kindertageseinrichtungen und individueller Tages-

betreuung geschaffen sowie die Landesförderung vereinheitlicht und vereinfacht wird, ...

(Petra Fuhrmann (SPD): Das war 2000!)

– Das war 2000. Jetzt haben wir 2005.

(Norbert Schmitt (SPD): Ein halbes Jahrzehnt ist schon um!)

Auch Frau Lautenschläger hat Ähnliches verkündet. Wir warten immer noch auf dieses Kindertagesstättengesetz.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht damit getan, ein schier unüberschaubares Ge- wirr von Gesetzen, Richtlinien, Verordnungen und Standards auf den Tisch zu legen und kein Konzept, das für diejenigen, die vor Ort Tagesstätten ausbauen wollen, eine Hilfestellung wäre. Ein solcher Gesetzentwurf liegt immer noch in der Schublade und wird, warum auch immer, nicht auf den Tisch gelegt. Es ist notwendig, die bestehenden Kinderbetreuungsangebote unter einen Hut zu bringen und darzulegen, wie ein für die Eltern kostenfreies verpflichtendes Vorschuljahr für alle Fünfjährigen für die Kommunen finanziert werden kann.

Manchmal denke ich, es ist vielleicht ganz gut, dass die Regierung nichts vorlegt. Dann kommt es wenigstens auch nicht zu Verschlechterungen. Denn manchmal habe ich den Eindruck, dass diese Regierung nach dem Motto handelt: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ Auch da komme ich noch einmal auf die Regierungserklärung von 1999 zurück. Da hat der Ministerpräsident angekündigt:

Wir sind bereit, einen Teil der Mittel, die nicht mehr für Investitionen im Kindergartenbereich benötigt werden, in Zuwendungen zu den Betriebskosten der Einrichtungen umzuwidmen.

Wenn ich mir anschau, was passiert ist: Die investiven Mittel sind nicht umgewidmet worden, sondern sie sind gestrichen worden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die originären Betriebskostenzuschüsse sind gestrichen worden, bzw. diese Sozialministerin brüstet sich damit, dass das Land die Mittel der Kommunen, die im Kommunalen Finanzausgleich stehen, für Kinderbetreuung ausgibt. Das sind keine originären Landesmittel. Das sind die Mittel der Kommunen. Auch wenn sie das immer wieder behaupten, wird diese Behauptung dadurch nicht richtiger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssen sich auch immer wieder anhören, dass zu rot-grüner Zeit über 60 Millionen originärer Landesmittel für Kinderbetreuung ausgegeben wurden. Sie haben diese Mittel im Jahr 2000 auf ganze 2,1 Millionen reduziert. Jetzt brüsten Sie sich damit, wenn sie ein paar Offensichen starten und wieder etwas draufsatteln, und lassen sich dafür feiern. Die Wahrheit ist: Sie haben die Kinderbetreuung an die Wand gefahren. Wenn es eines Beweises bedarf, dass die Politik, die Sie hier betreiben, eine Politik nach Gutsherrenart ist, dann war es der Erlass des Innenministers.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Den Text hatten wir vor fünf Minuten schon!)

Das ist ein typisches Beispiel. Statt verlässliche Strukturen zu schaffen und den Trägern Finanzierungssicherheit

zu geben, machen sie Miniprogramme, deren vorrangiges Ziel eine pressemäßige Vermarktung ist, und schieben über die Hintertür Beschränkungen ein, sodass noch nicht einmal die vorliegenden Strukturen erhalten werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, halten Sie die Familien nicht für so dumm, dass sie die vollmundigen Ankündigungen dieser Landesregierung nicht durchschauen könnten. Gernade wenn sie selbst Kinder haben, erkennen sie sehr schnell, dass zwischen den rosaroten Seifenblasen und der grauen Realität eine ziemliche Diskrepanz besteht.

(Beifall bei der SPD)

Diese Diskrepanz gilt es gemeinsam anzugehen. Machen Sie doch endlich einmal Nägel mit Köpfen. Stimmen Sie unserem Antrag auf ein verpflichtendes, für Eltern kostenfreies letztes Kindergartenjahr zu. Es reicht nicht, mit dem Blick auf die demographische Entwicklung die Überalterung unserer Gesellschaft zu beklagen und zu jammern. Wenn ein wirkliches Interesse an der Erhöhung der Geburtenrate besteht, muss Kinderbetreuung endlich das zentrale Thema in unserer Landespolitik werden. Sie ist heute schon ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema. Es wird nicht damit getan sein, Wohltaten anzukündigen. Legen Sie ein Konzept vor, wie diese Wohltaten umgesetzt werden können.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was ist in Kassel bei der CDU los?)

Karin Hartmann (SPD):

Legen Sie ein Kindertagesstättengesetz vor, das den Kommunen den finanziellen und organisatorischen Rahmen für die Umsetzung eines qualifizierten Bildungs- und Betreuungsangebots für Kinder von 0 bis 10 Jahren bietet. Stimmen Sie unserem Antrag auf Einrichtung eines Vorschuljahres zu.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Henzler hat das Wort zu einer Kurzintervention.

Dorothea Henzler (FDP):

Liebe Frau Kollegin Hartmann, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil Sie hier Dinge erzählt haben, zu denen ich feststellen muss, Sie haben es immer noch nicht begriffen, und Sie haben auch nicht richtig zugehört.

(Petra Fuhrmann (SPD): Na, na, na!)

Ich habe sehr deutlich gesagt, dass es zweitrangig ist, wo die Kinderschule stattfindet: ob im Kindergarten oder in der Schule, das hängt von den räumlichen Gegebenheiten vor Ort ab. Es gibt mittlerweile Grundschulen, die Raumkapazitäten frei haben. Das Gleiche gilt für die Kinderta-

gesstätten. Von daher gesehen ist das kein Gegenargument.

Zweitens. Sie sprechen von einem verpflichtenden Jahr – aber im Kindergarten und mit den gleichen Ressourcen. Das geht nicht. Dann kann man die Aufgaben, die ein Vorschuljahr oder eine Kinderschule erfüllen sollte, nicht leisten. Man braucht zusätzliches Personal, und man braucht auch eine deutliche Orientierung auf das, was in diesem einem Jahr geschehen soll.

Sie sagen, Sie lehnen den Begriff „Kinderschule“ ab, denn „Schule“ bedeute Leistungsdruck, und Leistungsdruck sei von vornherein schlecht. Ich muss dazu ganz ehrlich sagen: Für Kinder, seien sie noch so klein, ist jede Leistung, auch eine spielerisch erzielte, ein Erfolg, und dieser Erfolg macht ihnen Freude. Genau diese Freude sollen die Kinderschulen wecken. Sie sollen den Kindern zeigen: Jeder kleine Fortschritt ist eine große Leistung. Das macht ihnen Freude. Diese Freude am Erfolg soll für das spätere Leben geweckt werden. Ich denke, die Kinderschule braucht ein eigenes pädagogisches Konzept. Sie braucht keine eigenen Räumlichkeiten, aber ein pädagogisches Konzept und zusätzliche Ressourcen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Das Wort hat der Kollege Reißer für die CDU-Fraktion.

Rafael Reißer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Hessische Kindergartengesetz ist im Jahre 2000 in Kraft getreten und wurde inzwischen mehrfach qualitativ angepasst.

Alle neu erlassenen bzw. geänderten Gesetze werden nach fünf Jahren evaluiert. Wenn die Evaluation des Kindergartengesetzes abgeschlossen ist und die nötigen Konsequenzen gezogen wurden, kann die Gültigkeitsdauer des Gesetzes um fünf Jahre verlängert werden. Da noch nicht alle Ergebnisse vorliegen, wird die Gültigkeitsdauer dieses Gesetzes um nur ein Jahr verlängert. Die in Ihrem Antrag aufgestellte Behauptung, die Verlängerung der Gültigkeitsdauer um ein Jahr sei unzureichend, ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegenteil, solange die notwendigen Auswertungen nicht abgeschlossen sind, ist es absolut sinnvoll, die Gültigkeit des Gesetzes um nur ein Jahr zu verlängern. Es ist doch unser aller Ziel, das Gesetz zu überprüfen und gegebenenfalls so zu korrigieren, wie es die Erkenntnisse aus der Evaluation empfehlen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU-Fraktion hält es für besser, das Gesetz sorgfältig zu novellieren, anstatt jetzt eine Gesetzesänderung mit heißer Nadel zu stricken.

(Reinhard Kahl (SPD): Die Nadel ist schon mehrfach kalt geworden!)

Die Opposition in diesem Hause tut immer so, als würde sie alles immer viel besser und schneller machen. Diesen Anspruch erhebt sie immer wieder. Das hat aber mit der Realität nichts zu tun. Sie sollten nicht vergessen, dass das, was Sie als Opposition uns und den Menschen in Hessen

immer wieder vorgaukeln, in krassem Widerspruch zu dem steht, was in Ihrer Regierungszeit in der Familienpolitik gemacht wurde.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Reinhard Kahl (SPD): Wir haben Kindergartenplätze geschaffen, zusammen mit den Kommunen!)

Vor 1999 war es nicht weit her mit der rot-grünen Familienpolitik. Das kann man genauestens nachlesen. Erst seit der Regierungsübernahme durch CDU und FDP haben die Familien wieder eine Priorität in der hessischen Politik. Wir haben Hessen in diesem Bereich nach vorne gebracht – nicht nur in diesem Bereich. Sie sollten die Sache daher etwas unaufgeregter angehen.

Die Tatsache, dass Sie sich darüber beschweren, dass das Kindergartengesetz nur um ein Jahr statt um fünf Jahre verlängert wird, zeigt, von welcher Qualität Ihr Antrag ist. Das Gesetz muss gründlich überprüft werden, bevor die Gültigkeitsdauer um fünf Jahre verlängert wird.

Nun komme ich zum Antrag der SPD-Fraktion. Ihr Antrag zeigt einmal mehr, dass die hessische SPD keine politische Verantwortung zu tragen hat, dass sie keine tragen will und dass sie auch keine tragen kann.

(Beifall bei der CDU)

Dies erkennt man allein schon daran, dass Sie sich nicht einmal die Mühe machen, auch nur im Ansatz ein Finanzierungskonzept vorzulegen. Von Ihnen kommt immer nur die Plätschüte, das müsse vom Staat bezahlt werden. Eigene Vorschläge haben Sie aber nicht gemacht.

Sie stellen sich hierhin und sagen, Sie wollen das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei machen. Wie das finanziert wird, interessiert Sie überhaupt nicht. Oder müssen wir es andersherum verstehen? Ich mache einmal einen anderen Gedanken auf: Wollen Sie den Kommunen die Finanzierung aufbürden? Das würde die Kommunen vor gewaltige finanzielle Probleme stellen. Das wäre natürlich auch ein massiver Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. So etwas kann kein ernst gemeinter Beitrag sein. Ich denke, es ist unser aller Anliegen, den Familien in unserem Land eine qualitativ möglichst gute und kostengünstige Kinderbetreuung anbieten zu können.

(Petra Fuhrmann (SPD): Deshalb hat Bouffier diesen Erlass gemacht!)

Das letzte Kindergartenjahr ist das unproblematischste. Fast alle fünfjährigen Kinder gehen in unserem Land in den Kindergarten. Das zeigt zum einen, dass es genügend Kindergartenplätze gibt, und zum anderen, dass das Angebot vonseiten der Eltern angenommen wird. Dafür sorgen nicht zuletzt auch die nach Elterneinkommen gestaffelten Beiträge und die Möglichkeit der Kostenübernahme durch das Jugendamt bei Eltern mit geringem Einkommen. Auch den Kommunen ist es natürlich freigestellt, im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung eigene Handlungsspielräume bei der Bemessung der Kosten der Kindergartenplätze zu nutzen. Eines dürfen wir aber nicht machen – das zeigt uns das Beispiel Kassel in ganz dramatischer Weise –: Wenn man im Wahlkampf kostenlose Kindergartenplätze verspricht und dann, wenn man gewählt ist, nicht mehr zu seinem Wort steht, dann ist das schädlich für die Kinder- und Familienpolitik in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU)

Wie sähe die Situation für das Land aus? Ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr würde den Landeshaus-

halt mit Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe belasten. Angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte erscheint es mir fraglich, ob wir Millionenbeträge in die Gebührenfreiheit des letzten Kindergartenjahres stecken sollten. Ich sage das, obwohl das Ziel im Prinzip nicht schlecht ist.

Es gibt in der Kinderbetreuung aber Bereiche, die eine höhere Priorität haben als das letzte Kindergartenjahr. Hierzu gehört ohne Zweifel die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Darin sind wir uns sicherlich weitgehend einig. Wir müssen außerdem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Die Hessische Landesregierung und die CDU-Fraktion sind hier auf einem guten Weg. Bei der Betreuung unter Dreijähriger brauchen wir zudem mehr Elternunterstützung. Wir haben zwar schon viel erreicht, aber das Angebot – gerade in der Kinderbetreuung – sollte weiter ausgebaut werden.

Allerdings müssen wir verantwortungsvoll darauf achten, dass sowohl die kommunalen Haushalte als auch der Landeshaushalt nicht über Gebühr belastet werden. Eine Finanzierung des letzten Kindergartenjahres über eine höhere Verschuldung im Landeshaushalt verbietet sich, weil dies die Kinder später dazu zwingen würde, die finanziellen Folgekosten zu tragen. Das kann nicht das Ziel unserer Politik sein. Es gilt also, ein rechtes Maß aus guter Familienpolitik und seriöser Finanzierung zu finden. Genau das tut die Opposition aber nicht. Sie fordert, fordert, fordert, aber sie macht sich keine Gedanken darüber, wie das seriös finanziert werden soll.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Überhaupt nicht, Herr Kollege, das wissen Sie ganz genau! Sie haben alle unsere Anträge zum Haushalt abgelehnt! Erzählen Sie nicht so einen Unsinn!)

Eine anständige Opposition sollte sich nicht so verhalten. Daher glaube ich, dass wir mit unserer Politik des überlegten Ausbaus der Kinderbetreuungsangebote auf dem richtigen Weg sind.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das wird durch dauernde Wiederholungen nicht wahrer!)

Den Vorwurf an die Opposition, dass sie hier Anträge stellt, deren Finanzierbarkeit als fraglich zu betrachten ist, kann ich an dieser Stelle auch der FDP nicht ersparen. Ihr Vorschlag, alle Fünfjährigen verpflichtend in eine noch zu schaffende Kinderschule zu schicken, würde den Haushalt in einem noch weit stärkerem Maße belasten, als es die Umsetzung der Forderung im Antrag der SPD-Fraktion täte. Darüber hinaus bleibt zu fragen, welcher Nutzen den enorm hohen Ausgaben für die Kinderschulen entgegenstehen würde.

Liebe Kollegen von der FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion teilt Ihre Ansicht, dass das Entwicklungspotenzial der Kinder so früh wie möglich zu fördern ist. Brauchen wir dazu aber eine Kinderschule? Wir sollten die vorhandenen Strukturen besser nutzen, um das Lernpotenzial der Kleinen zu fördern und sie optimal auf die Schule vorzubereiten. Kinder sollten so früh wie möglich gefördert werden. Zwischen dem Kindergarten und der Schule darf kein Bruch entstehen. Deshalb bedarf es einer Kooperation der Eltern, der Kindergärten und der Schulen. Diesem Konzept trägt die Hessische Landesregierung mit dem Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren Rechnung.

(Beifall bei der CDU)

Wir halten dies für eine sinnvolle Lösung, um die Bildung der Kinder optimal zu fördern.

Der Antrag der FDP-Fraktion sieht vor, fünfjährige Kinder zum Besuch der Kinderschule zu verpflichten. Eine Zwangskinderschule ist weder notwendig noch liberal, zumal fast alle Kinder das letzte Kindergartenjahr in Anspruch nehmen.

(Zurufe von der SPD)

Auch mir ist klar, dass es auch dann, wenn die allermeisten Fünfjährigen das letzte Kindergartenjahr besuchen, immer noch Kinder gibt, auf die wir unser besonderes Augenmerk richten müssen, weil sie eine Randgruppe bilden, die uns eine besondere Aufmerksamkeit abfordert. Das halte ich an dieser Stelle für zutreffend. Das heißt trotzdem, dass praktisch jedes fünfjährige Kind heutzutage in den Genuss von Bildungs- und Förderungsmaßnahmen im Kindergarten kommt. Das kann sicherlich noch verbessert werden, auch durch die Weiter- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Ich glaube aber, dass der Nutzen der Kinderschulen im keinen guten Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln stehen würde, die man dafür bräuchte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Anträge der Opposition wohl weniger ernst gemeinte Beiträge zur Familienpolitik sind. Sie scheinen vielmehr lediglich dem Zweck zu dienen, sich gegenüber der Öffentlichkeit als Interessenvertreter der Familien aufzuspielen. Mit so etwas können Sie uns nicht beeindrucken.

Die CDU-Fraktion und die Hessische Landesregierung stehen weiterhin für eine kluge und seriöse Familienpolitik ein.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Das Gegenteil ist der Fall! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie die Wahrheit, und lesen Sie nicht das Zeug da ab!)

An erster Stelle steht für uns der Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren, bis im Jahr 2010 eine 20-prozentige Abdeckung erreicht ist. Das ist unsere Priorität. So lauten die Beschlüsse der CDU-Fraktion in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für den Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren. In diesem Bereich können wir den Eltern dabei helfen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren, und das Bildungsangebot für Kinder deutlich verbessern.

Es gibt noch einiges zu tun. Wir haben aber bereits viel bewegt und erreicht. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Zu einer Kurzintervention hat Frau Kollegin Hartmann, SPD-Fraktion, das Wort.

Karin Hartmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Reißer hat das Finanzierungskonzept der SPD angesprochen. Dieses Finanzierungskonzept haben wir wiederholt

vorgestellt. Ich will aber das, was darin steht, hier gerne noch einmal vortragen.

(Frank Gotthardt (CDU): Das haben wir im Zusammenhang mit Kassel gesehen!)

Wie ich vorhin schon ausgeführt habe, wurden im Jahr 2000 die Verstärkungsmittel im Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von rund 50 Millionen € gestrichen. Das heißt, die Kommunen finanzieren die Betriebskostenzuschüsse, die sie vom Land erhalten, aus ihrer eigenen Kasse.

(Frank Gotthardt (CDU): Sie wissen, dass sie nicht gestrichen worden sind, aber das macht nichts!)

Diese 50 Millionen € wollen wir zugunsten des Vorschuljahres umschichten. Vielleicht schauen Sie sich die Zahlen einmal an; dann können auch Sie mit genauen Zahlen hantieren. Das wird etwa 50.000 Kinder betreffen. Wir haben schon im Vorwahlkampf Gespräche mit Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände geführt. Wenn man den Trägern rund 1.000 € pro Kind und Jahr zukommen ließe, wären sie bereit, weitgehend auf Elternbeiträge zu verzichten – es sei denn, der Innenminister pfuscht hinein.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Gegenruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD): Nicht „Oh“! – Abg. Frank Gotthardt (CDU): Lest es euch doch einmal durch! Ihr müsst das wahrnehmen!)

Mit diesen 50 Millionen € könnte man für die 50.000 Kinder das letzte Kindergartenjahr kostenfrei stellen. Wir haben in allen Haushaltsberatungen Vorschläge dazu gemacht, wie wir das finanzieren können. Wir haben gesagt, dass man von dem Geld, das für SAP zum Teil in den Sand gesetzt wird, einiges abziehen und stattdessen hier investieren könnte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulz-Asche, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte hat gezeigt, dass wir alle uns darin einig sind, dass die fröher kindliche Bildung einen sehr hohen Stellenwert haben muss. Wir sind uns sicher ebenfalls darin einig, dass Bildungsangebote grundsätzlich kostenfrei sein sollten und dass dies auch für fröher kindliche Bildungsangebote gilt, bei denen es sich um ein erstrebenswertes und gesellschaftspolitisch wichtiges Ziel handelt.

Wir wissen, dass Kinder bereits fröher anfangen, zu lernen, und wir wissen, dass sie dabei unterstützt werden müssen. Eine bildungsanregende Umgebung und altersgemäße Bildungsangebote in Kinderbetreuungseinrichtungen oder in der Familientagesbetreuung fördern die musische, kognitive und seelische Entwicklung des Kindes. Dies sollte, unabhängig von der Finanzkraft ihres Elternhauses, allen Kindern zugute kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unabhängig von der Schuldfrage: Wir wissen, dass wir von diesem Ziel noch meilenweit entfernt sind, und wir meinen, dass die Landesregierung seit 1999 mehr hätte machen können.

Die Verstärkungsmittel der Betriebskostenförderung sind 2000 gestrichen worden. Der Haushaltsansatz im Kommunalen Finanzausgleich erhöht sich nur deshalb, weil die Zahl der Plätze aufgrund der Inanspruchnahme steigt. Das ist kein besonderes Verdienst der Landesregierung. Wie ich vorhin ausgeführt habe, gibt es bei Ihnen den Schwerpunkt Kinder- und Familienpolitik nicht mehr. Die Reduzierung der Landesmittel von 66,5 Millionen € auf 18,8 Millionen € – nicht auf 17 Millionen €, wie der Kollege Spies vorhin gesagt hat – zeigt das deutlich.

Mit dem Bildungs- und Erziehungsplan, den wir in weiten Teilen begrüßt haben, haben Sie sich einer bundespolitischen Entwicklung angeschlossen. Dieser Plan ist keine hessische Erfindung. Andere Länder setzen ihn längst um. Dagegen läuft in Hessen noch eine zweijährige Probephase.

Aber lassen Sie mich versuchen, unsere Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Wir fordern eine früher einsetzende, bessere und längere Bildung für alle Kinder. Auch wir GRÜNEN – das sage ich deutlich in Richtung SPD und FDP – diskutieren seit längerem über eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Doch unser Ziel ist es, eine solche Betreuung für alle Kinder zu erreichen. Hierbei stellen wir aber erhebliche Defizite fest.

Wir haben in Hessen nur für knapp 20 % der Kindergartenkinder Ganztagsplätze. Für kleinere Kinder fehlen nach aktueller Schätzung rund 25.000 Plätze. Bei den Hortkindern sehen sowohl die nachmittägliche Betreuung als auch die Betreuung vor Beginn des Unterrichts ausgesprochen mau aus.

Auf der anderen Seite haben wir heute 210.000 Kindergartenplätze für 205.000 Kinder. Das heißt, es gibt eine 100-prozentige Versorgung. Doch die Zahlen sagen überhaupt nichts über die Qualität dieser Einrichtungen aus.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich weder die Position der SPD noch die der FDP verstehe. Unsere Position ist: Wer für alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben will, der muss prioritär in die Qualitätsverbesserung investieren. Eine Kinderschule ist, vor allem aus bildungspolitischer Sicht, die falsche Antwort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen keine Verschulung des Kindergartenjahres; denn es geht um die umfassende Entwicklung des Potenzials und der Persönlichkeit von Kindern, nicht aber um die Vorbereitung auf die Schule, wie es die FDP uns hier weismachen will. Sie hängen offenbar immer noch der Auffassung an, in der Schule beginne der Ernst des Lebens. Das ist ein bildungspolitischer Ansatz, der seit der Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-Studie eigentlich obsolet sein müsste.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über Qualität sprechen, stellt sich doch die Frage: Wieso beginnt der Ernst des Lebens nicht mit der Auseinandersetzung in der Kindergruppe, wodurch die Kinder soziales Verhalten lernen und sich Kompetenzen im Umgang mit sozialen Konflikten aneignen? Wenn Sie jetzt antworten, darauf seien die Erzieherinnen bisher gar nicht vorbereitet, sage ich Ihnen: Das ist Wasser auf unsere Mühlen. Qualitätsverbesserung, nicht aber Kostenfreiheit, ist das Zauberwort, wenn es um die Verbesserung der Zukunftschancen unserer Kinder geht.

Apropos Kostenfreiheit: Wieso soll nicht das erste, sondern das letzte Kindergartenjahr kostenfrei sein? Wenn Sie meinen, dass vor allem die Kinder, die aus sozial schwierigen Lebensverhältnissen stammen, zu selten einen Kindergarten besuchen, müssten Sie doch gerade versuchen, den Eltern den Einstieg in die Kindergartenbetreuung zu erleichtern. Damit könnte man den Eltern zeigen, welche positiven Effekte eine frühkindliche Betreuung auf ihre Kinder hat. Warum sollte man also nicht den Einstieg in die Betreuung belohnen? Wenn wir alle der Meinung sind, dass die Bildungsangebote grundsätzlich kostenfrei sein sollen, stelle ich die Frage: Warum sollen wir das Pferd von hinten aufzäumen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in Kassel ist die Kostenfreiheit für die Betreuung jedes Kindes, das das sechste Lebensjahr vollendet hat, zugesagt. Aber das ist keine pädagogische, sondern eine aus finanziellen Gründen getroffene Entscheidung. Letztlich wird damit nämlich die Betreuung im letzten halben Jahr vor Schulbeginn kostenfrei gestellt. Wenn man sagt, es gehe darum, allen Kindern, auch denen aus sozial schwachen Familien, einen gerechten Zugang zur Bildung zu eröffnen, dann ist das Augenwischerei.

(Zuruf von der CDU)

Ich lasse es in der Diskussion auch nicht als Argument gelten, dass durch die Kostenfreiheit im letzten Jahr besonders die einkommensschwachen Familien unterstützt würden. Diese Familien werden nämlich in den meisten Fällen von der Zahlung freigestellt, und die Gebühren werden von der Jugendhilfe oder der Sozialhilfe übernommen. In Marburg betrifft das rund ein Drittel aller Kinder, in Darmstadt 43 %. Auch andere Kommunen sind bereits dazu übergegangen, die Kindergartenbeiträge zu senken und sozial zu staffeln. Das ist kein Argument. Sie entlasten die Mittelschichtfamilien, aber mit der Förderung von Kindern aus sozial schwachen Verhältnissen hat das eigentlich nichts zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber gerade die Bedeutung einer Staffelung der Gebühren nach sozialen Kriterien macht deutlich, wie gut es ist, dass der kinderfeindliche Erlass des Innenministers zurückgezogen werden musste. Wir wissen, dass es Kommunen gibt, z. B. meine Heimatstadt Eschborn, die jetzt die Kostenfreiheit für alle Kinder einführen. Doch wir wissen auch, dass Eschborn nicht unbedingt mit anderen Kommunen zu vergleichen ist.

Deswegen wiederhole ich: Zur Kostenfreiheit sagen wir grundsätzlich Ja – aber nur, wenn sie für alle Kinder gilt. Für uns heißt das aber, dass wir angesichts der aktuellen Mangelsituation zunächst in die Verbesserung der Qualität zu investieren haben. Unser Slogan – das ersehen Sie auch aus unserem Antrag – heißt „früher – länger – besser“. Das ist der richtige Ansatz; denn dadurch wird das Recht des Kindes auf eine von Anfang an erfolgreiche Bildung und Entwicklung seiner Persönlichkeit aufgegriffen.

Diese Qualitätsverbesserung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Ich will hier nicht künstlich Gräben aufreißen. Aber klar ist doch, dass die Kommunen auch die Unterstützung des Landes brauchen, wenn sie sich den gestiegenen Qualitätsanforderungen seitens der Eltern stellen müssen. Das reicht von der Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung bis zur notwendigen Einstellung von Pädagoginnen und Pädagogen, um für die Kinder den Übergang vom Kindergarten zur Grundschule vernünftig und

gut zu gestalten, damit die Verzahnung dort besser funktioniert.

Auch die Grundschule muss sich umorientieren. Eine auf das Kind ausgerichtete Bildung setzt eine Grundschulpädagogik voraus, die z. B. flexible Eingangsstufen vorsieht, wodurch eine individuelle Einschulung und Förderung des Kindes ermöglicht wird. Wenn wir Kinderbetreuungseinrichtungen als Bildungsinstitutionen betrachten, ist dies, nicht aber die verpflichtende Vorschule, der richtige Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles, worüber wir hier reden, hat auch einen finanziellen Aspekt. Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat beim DIW ein Gutachten zum finanziellen Mehrbedarf eines bedarfsgerechten Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebots für alle Kinder erstellen lassen. Nach diesen Berechnungen kostet in Hessen ein Kindergartenplatz rund 5.000 € pro Jahr.

Wenn das Land die Gesamtkosten für den letzten Kindergartenjahrgang – das sind ungefähr 60.000 Kinder – übernimmt, kämen wir auf eine Summe von rund 300 Millionen €. Die SPD sollte ihre Berechnungen, die sie hier gerade vorgestellt hat, noch einmal überprüfen. Dabei würden diese 300 Millionen € noch nicht einmal die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, die Ganztagsplätze, die Betreuung der unter Dreijährigen, das Einrichten von kleineren Gruppen, die Sprachförderung und die Verbesserung der Erziehung und Ausbildung abdecken.

Wir haben hier einen großen Nachholbedarf, und deswegen finde ich es wichtiger, hier darüber zu reden, wie wir zu einer guten Betreuung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen und zu einer guten Familientagesbetreuung für alle Kinder kommen und welche Schritte wir zur Kostenfreiheit tatsächlich unternehmen wollen – und zwar gemeinsam. Denn es ist doch logisch, dass wir mit vereinzelten Ansätzen hier nicht vorankommen.

Nach unserer Position ist der erste Schritt der bedarfsgerechte Ausbau von Angeboten, abgesichert durch eine ganztägige Betreuungsgarantie für Kinder. Betreuungsgarantie heißt nicht etwa Pflicht, sondern Verlässlichkeit für die Eltern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund dieser akuten Mangelsituation, angesichts des Defizits bei Qualität und Quantität, sehe ich nicht, wie wir im Moment tatsächliche Kostenfreiheit realisieren könnten. Deswegen springen beide Anträge zu kurz, sowohl der von der SPD als auch der von der FDP. Sie blenden eigentlich die tatsächlichen Probleme aus und geraten damit in die Gefahr eines billigen Populismus.

Meine Damen und Herren, es wird immer Familien geben, die ihr Kind nicht ausreichend in seiner Entwicklung fördern können. Manche Kinder benötigen aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation, ihrer spezifischen Probleme besondere Förderung, um gleiche Entwicklungschancen wie andere Kinder zu haben. Dazu gehören behinderte Kinder, Kinder in sozialen Brennpunkten, Kinder mit Migrationshintergrund – um nur einige zu nennen.

Die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebots ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Unser Ziel ist – analog des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz – die Ausweitung auf kleine Kinder bis zum dritten Lebensjahr. Als einen ersten Schritt dahin können wir uns auch eine Ausweitung

des Rechtsanspruchs, der sich derzeit auf die Kindergartenaltersgruppe bezieht, auf die zweijährigen Kinder vorstellen. Das finde ich einen sinnvollen Zwischenschritt, den wir hier unter Umständen gemeinsam vorschlagen könnten.

Meine Damen und Herren, da auch in Hessen die Zahl der Geburten rückläufig ist, müssen auch nicht in jeder Gemeinde neue Einrichtungen gebaut werden, um die benötigten zusätzlichen Plätze zu erreichen, sondern wir können zunehmend zu altersgemischten Gruppen übergehen, die übrigens auch pädagogisch sehr sinnvoll sind. Oder es können Angebote der Familientagesbetreuung an bestehende Einrichtungen angedockt werden. Es ist mehr Flexibilität zwischen den Angeboten notwendig.

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist statistisch gesehen in Hessen erfüllt. Für uns hat jetzt der Ausbau von Ganztagsangeboten, die erst tatsächlich eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen werden, eine besonders hohe Priorität. Das kommt nicht nur den Kindern zugute – denen zwar besonders, aber natürlich auch den Eltern, wenn sie neben dem Familienleben erwerbstätig sein wollen.

Meine Damen und Herren, die Forderung heute lautet: früher – länger – besser. Aber wenn wir einen Bildungsanspruch für alle Kinder unter sechs Jahren ernst nehmen, müssen wir über realistische Finanzierungskonzepte wie die Kostenfreiheit nachdenken. Dabei muss man genau überlegen, welches die notwendigen Leistungen des Bundes, welche die des Landes und welche die der Kommunen sind. Hier sollten wir wirklich ernsthaft drangehen, anstatt in einen Kommunalwahlkampf zu ziehen, in dem sich alle mit kurzfristigen Angeboten zur Kostenfreiheit überbieten, um die Stimmen der Eltern zu fangen.

(Zustimmung des Ministers Volker Bouffier)

Vielmehr sollten wir uns, wenn wir alle dieses Problem ernst nehmen, mit der Finanzierungsfrage seriös auseinander setzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die rot-grüne Bundesregierung hatte dazu mit der Entlastung der Kommunen im SGB II einen ersten Schritt getan. Aber ich gebe durchaus zu, dass hier noch weitere Möglichkeiten bestehen. Es muss auch wieder zu einer höheren Beteiligung des Landes an den Betriebskosten kommen. Wir müssen darüber nachdenken, wie das geschehen kann. Wir haben das in unserem Gesetzesentwurf – der morgen zur zweiten Lesung in dieses Haus kommt – vorgeschlagen: Hier müssten Landesmittel als Betriebskostenzuschüsse vorgesehen werden.

Meine Damen und Herren, natürlich haben auch die Kommunen ein großes Interesse daran, die hoch qualitative Kinderbetreuung auszubauen; denn Familienfreundlichkeit – da gibt es in diesem Hause keinen Widerspruch – ist ein harter Standortfaktor auch im Wettbewerb zwischen den Kommunen geworden.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss noch zu dem zweiten Antrag kommen, der in diese Auseinandersetzung über die Beitragsfreiheit hineingemengt wurde. In unserem Antrag fordern wir eine Modernisierung des Kindertengesetzes. Seit Jahren wird uns das versprochen. Die Ministerin hat hier im Hause angekündigt oder bemerkt, dass eine Evaluierung des Kindertengesetzes stattgefunden habe. Dann haben Sie hier in einem Omnibusgesetz die Verlängerung durchgezogen, ohne dass irgendetwas an diesem Gesetz geändert wurde. Die letzten Urteile

des Verwaltungsgerichtshofs zur Frage der Finanzierung und der Zuständigkeit machen diese Novellierung notwendig. Ich denke, es ist nicht möglich, hier einfach mit Omnibusgesetzen eine bloße Verlängerung durchzusetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich im August einen Brief an die Ministerin geschrieben, in dem ich ausdrücklich darum gebeten habe, dem Hause die Ergebnisse der Evaluierung mitzuteilen, aufgrund derer die Verlängerung um ein Jahr beantragt wurde. Darauf habe ich bis heute noch keine Antwort erhalten. Vielleicht können Sie hier die Gelegenheit nutzen --

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das ist schon lange raus!)

– Ich weiß nicht, was bei Ihnen geschehen ist, aber bei mir ist nichts angekommen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie müssen zum Ende kommen.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke schön. – Das Hauptproblem, das Frau Lautenschläger beim Thema Kinderbetreuung hat – und ich denke, das sollten wir alle im Hause sehr ernst nehmen –, ist, dass sie nicht ausreichend Geld zur Verfügung hat, um hier tatsächlich zu gestalten. Deswegen werden viele ihrer Ankündigungen nicht realisiert. Meine Damen und Herren, ich meine aber, wir sollten uns noch einmal ernsthaft überlegen, ob wir im Kommunalwahlkampf die Abschaffung der Elternbeträge fordern. Wir sollten die Beratung im Sozialpolitischen Ausschuss dazu nutzen, zu prüfen, wie wir gemeinsam mit einem vernünftigen Konzept die von allen angestrebte Verbesserung der fröhkindlichen Bildungsangebote, und zwar von Geburt an, erreichen können und wie wir dafür realistische Finanzierungskonzepte zusammentragen können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat die Sozialministerin, Frau Staatsministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns schon mehrfach im Sozialpolitischen Ausschuss zu dem Thema Bildung und Erziehung von Kindern auseinander gesetzt. Die heute vorliegenden Anträge umfassen die gesamte Spanne in diesem Bereich – von der Beitragsfreistellung bis zur Frage, wie wir Bildung und Erziehung besser verzahnen und konkret umsetzen können und wie wir deutlich machen – das hat heute schon jemand in der Debatte gesagt –, dass der Ernst nicht erst mit der Schule anfängt, sondern wie wir Bildung und Erziehung selbstverständlich in den Alltag von Kindergartenkrippe bis zu den Elternhäusern hineinbringen, eben nicht nur in das letzte Kindergartenjahr, sondern in alle Bereiche der fröhkindlichen Bildung und Erziehung.

Deswegen haben wir als Land Hessen naturwissenschaftliche Experimente und vieles mehr nicht einfach zu einem Bildungs- und Erziehungsplan zusammengefasst, sondern sind einen anderen Weg gegangen. Er ist durchaus anders als der anderer Bundesländer, aber er wird bundesweit außerordentlich beachtet. Denn wir haben gemeinsam mit Trägern und Kommunen, mit sehr vielen verschiedenen Gruppen, einen Bildungs- und Erziehungsplan erarbeitet, der sich derzeit in einer Erprobungsphase befindet. Dazu sind viele Anregungen eingegangen.

Diese Vorstellungen werden sich in der Erprobung weiterentwickeln können: Wie können diese Vorschläge in die Praxis umgesetzt werden, in Kindertageseinrichtungen wie in Krippen, im Zusammenhang mit Familienbildungsstätten und mit Tageselternvermittlung? Ich glaube, dieser Punkt ist wichtig. Es wäre schön, wenn wir uns in diesem Hause gemeinsam darauf verstständigen könnten, dass es ein wichtiger Prozess ist, dort nicht Einzelprozesse, nicht neue Lehrpläne für den Kindergarten aufzustellen, sondern einen gesamten Entwicklungsprozess von Kindern ins Auge zu fassen, dabei gleichzeitig Erzieherinnen zu schulen, damit sie gemeinsam mit der Grundschule tatsächlich das umsetzen und Kinder begleiten und fördern können, um von Anfang an Bildung möglich zu machen.

Ich denke, das ist der große Unterschied – dass es ein Plan für Kinder von 0 bis 10 Jahren ist. Er umfasst nicht nur den Kindergarten, nicht nur ein Vorschuljahr, sondern treibt die Verzahnung der verschiedenen Einrichtungen voran, auch die Weiterbildung von Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen, viel mehr, als das bisher irgendwo je der Fall gewesen ist. Selbstverständlich wird das in Zukunft einen viel stärkeren Austausch in diesen Bereichen ermöglichen.

Das gilt dann eben nicht nur für den Kindergarten, sondern genauso für die Grundschule. Dies gilt natürlich auch, wenn es darum geht, Nachmittagsangebote, beispielsweise zwischen Hort und Grundschule, noch wesentlich enger zu verzahnen und an den Grundschulen anzubinden.

Wir müssen sehen, dass alle Fachberatungen nun über den Bildungs- und Erziehungsplan – sowohl im Bereich des Kultusministeriums als auch im Bereich des Sozialministeriums – geschult und beraten werden. Ich möchte hier nochmals darauf hinweisen: Es werden nicht nur die geschult oder in Fachberatungen beraten, die bei den Jugendhilfeträgern für die Weiterbildung zuständig sind. Dies zeigt nochmals, dass wir in der ersten Phase die Modellstandorte und den erweiterten Kreis der direkten Weiterbildung der Erzieherinnen konzentrieren und dass alle Fachberatungen von Beginn an die Möglichkeit haben, geschult und beraten zu werden und das an alle Einrichtungen weiterzugeben, was wir mit dem Institut afw umsetzen.

Das macht nochmals deutlich, dass wir natürlich bei der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes auch Geld in die Hand nehmen. Denn wir sehen auch dort die Notwendigkeit der Schulung und der Fachberatungen vor Ort sowie der Unterstützung und Begleitung der Einrichtungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist auch wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, dass selbstverständlich auch heute die Fachberatungen eine Pflicht haben, gerade im Kindergarten die Schulung und Weiterbildung von Erzieherinnen dauerhaft zu begleiten. Im Übrigen haben wir dort rund 80 Stellen – vertraglich völ-

lig einheitlich – an die kommunale Seite abgegeben. Diese bzw. der Gegenwert in Geld sind genau in diese Fachberatungen gegangen.

Das heißt auch, dass es dort Möglichkeiten gibt, man diese umsetzen muss und man sie nicht anders in den Haushalten einsetzen darf. Auch hierauf möchte ich an dieser Stelle noch einmal hinweisen; denn es ist wichtig, dass die Schulung auch von den Jugendhilfeträgern vor Ort stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Erzieherinnenausbildung, die schon mehrfach zur Sprache kam, ist wichtig. Sie ist im letzten Jahr schon einmal novelliert worden, und es kann durchaus sein, dass aus der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans und aus den Erfahrungen, die dort gemacht werden, wiederum neue Impulse für weitere Entwicklungen bei der Erzieherinnenausbildung aufgenommen werden und davon weiterer Änderungsbedarf ausgeht.

Ich halte es deswegen auch für richtig, dass wir den Prozess offen gestaltet haben, der Erfahrungen aus der Praxis widerspiegelt, Anregungen aus der Praxis aufnimmt und das Ganze mit wissenschaftlicher Begleitung in die Bildungs- und Erziehungspläne aufnimmt. Denn es ist falsch, zu glauben, man könnte das in nur einem Kindergartenjahr umsetzen oder man könnte mit Versuchsanordnungen auskommen, die durchaus sehr wichtig sind, wenn es darum geht, Praxisbeispiele und Unterstützungsmaßnahmen für Eltern zu haben und ihnen an die Hand zu geben. Viel wichtiger ist es, das von Anfang an als einen gesamten Bildungsprozess zu sehen, es mit den Einrichtungen zu erproben und umzusetzen.

Heute Vormittag wurde ein Thema mehrfach angesprochen: Müssen wir als Land Hessen dazu das letzte Kindergartenjahr kostenfrei stellen? Wo ist an dieser Stelle die kommunale Aufgabe, und welche Möglichkeiten haben die Kommunen? Die Kommunen haben die Möglichkeit, Finanzierungsvorschläge zur Freistellung zu machen; das ist ganz klar geregelt. Es gibt da auch keine Irritationen mehr. Das haben wir im letzten Plenum gemeinsam behandelt. Es gibt da eine klare Lage, und wir sollten heute feststellen, dass Einigkeit zumindest darüber besteht, dass Kommunen all diese Möglichkeiten haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber ich sage noch etwas, was die CDU-Fraktion und auch die Kollegin Schulz-Asche deutlich gemacht haben. Aus unserer Sicht ist es nicht die Priorität des Landes, momentan an dieser Stelle für Entlastung zu sorgen. Eine solche Entwicklung kann wünschenswert sein; aber das Land sieht seine Prioritäten dort, wo weiterer Bedarf vorhanden ist.

Die Mittel sollen eingesetzt werden, um die Kindergärten dort weiter auszubauen, wo es um Ganztagsbetreuungsangebote geht, vor allem aber auch im Bereich der Krippen und der altersübergreifenden Gruppen, deren Zahl sehr stark zugenommen hat, gerade wenn es darum geht, Zweijährige in die Kindergartengruppen aufzunehmen. Das sind für uns die wichtigen Punkte, die bis 2010 umgesetzt werden müssen; so sieht es übrigens auch das TAG vor. Wir werden uns mit den Finanzmitteln des Landes darauf konzentrieren, dass dort die Schwerpunkte gesetzt werden.

(Reinhard Kahl (SPD): Was machen Sie da? Nennen Sie einmal eine Hausnummer!)

Alles andere ist eine Angelegenheit der kommunalen Trägerschaft. Ich will auch noch einmal darauf hinweisen, dass es natürlich ein ganz wichtiges Instrument ist und in Hessen im Gegensatz zu anderen Ländern längst die Möglichkeiten vorhanden sind, sowohl Elternbeiträge zu staffeln als auch die Frage einer Freistellung derjenigen zu klären, bei denen die Eltern die Gebühr nicht zahlen können. Dann übernehmen heute schon zu großen Teilen – die Zahlen sind genannt worden – die Jugendhilfeträger die Kosten.

Herr Kahl, Sie haben dazwischenrufen: Was ist mit den Kosten? Ich will Sie da nur auf eines hinweisen. Die SPD-Fraktion fordert auf der einen Seite, es am besten für die unter Dreijährigen noch schneller zu machen – wir haben dort einen Nachholbedarf; wir haben ihn von Ihnen mit übernommen –, und auf der anderen Seite sagt sie: Gleichzeitig müssen wir das andere komplett freistellen. – Ich glaube, wir sollten in der Debatte doch ein bisschen mehr Redlichkeit haben. Denn wenn wir den Haushaltssplan des Landes beraten, werden Sie genau das Gegenteil sagen und verlangen, dass das Land überall noch wesentlich mehr einsparen muss.

(Reinhard Kahl (SPD): Was wollen Sie denn jetzt machen? – Petra Fuhrmann (SPD): Eine Frage der Prioritäten, ganz einfach!)

Wir setzen klare Prioritäten, und wir bauen – das haben wir heute auch schon mehrfach diskutiert – die Betreuung aus,

(Petra Fuhrmann (SPD): Eine Frage der Prioritäten!)

vor allem mit dem Schwerpunkt der unter Dreijährigen. Die Kommunen haben die Möglichkeit, selbst flexibel zu entscheiden. Aber ich glaube, das ist nicht der wichtigste Punkt. Wir setzen auf das Thema Bildung und Erziehung

(Reinhard Kahl (SPD): Was machen Sie nun finanziell? – Petra Fuhrmann (SPD): Wo steht das im Haushaltssplan?)

und auf die Weiterbildung der Erzieherinnen. Ich könnte Ihnen viele Projekte nennen, von QUINT angefangen.

(Reinhard Kahl (SPD): Ganz konkret finanziell!)

– Das sage ich Ihnen doch gerade. Hören Sie einfach zu, Herr Kahl. Denn es wäre einfacher, wenn Sie sich damit auseinander setzen würden. – Wir haben Weiterbildungen für die Erzieherinnen gemacht. Es wäre schön, wenn daran alle Kreise teilgenommen hätten, als es darum ging, mit dem Projekt QUINT eine bessere Qualität der Kindertagesstätten für behinderte Kinder zu erreichen. Da hat das Land Geld in die Hand genommen. Beim Bildungs- und Erziehungsplan nimmt das Land Geld in die Hand, und die Betreuung der unter Dreijährigen werden wir weiter ausbauen.

Wir haben zumindest gemeinsam das Ziel, dass diese Priorität bis 2010 umgesetzt sein wird und dass dann der Grad der Betreuung über die Jahrgänge hinweg bei 20 % liegt. Ich teile die Auffassung, dass das im Bereich der Zwei- bis Dreijährigen notwendiger sein wird als im Bereich der Kleinkinder bis zu einem Jahr. Aber das wird sich in den Bedarfsplanungen vor Ort ergeben.

Nun zum letzten Punkt, zum Kindergartengesetz und zu seiner Novellierung. Ich habe dazu schon etwas im Ausschuss gesagt. Da konnten Sie, Frau Kollegin Schulz-Asche, nicht anwesend sein. Aber dazu ist auch etwas in

der Begründung des Verwaltungsstrukturreformgesetzes gesagt worden.

Wir haben evaluiert. Aber wir wussten zum einen, dass ein Urteil aussteht, das möglicherweise weiteren Novellierungsbedarf mit sich bringt, und wir hatten an einigen Stellen weitere Nachfragen zur Novellierung. Die Urteilsbegründung, die ganz dringend in die Novellierung einfließen muss, liegt leider bis heute nicht vor. Denn es geht darum, wie die Trägerschaft und die Verantwortlichkeit im Hessischen Kindergartengesetz geregelt werden. Deswegen haben wir nicht einfach die Geltungsdauer verlängert, sondern wir haben gesagt: Wir haben hier weiteren Bedarf. Das Gesetz wurde nur um ein Jahr verlängert, weil genau in diesem Bereich weiterer Handlungsbedarf besteht. Gleichzeitig soll das Kinder- und Jugendhilfegesetz mit umgesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auch darauf hinweisen, dass wir in Hessen keinen Handlungsbedarf hatten, aus dem TAG etwas zu dem Thema der Tagesmütter neu umzusetzen, weil wir genau in diesem Bereich Vorreiter waren und in Hessen längst Regelungen hatten, die etwas möglich machten, was in anderen Bundesländern nicht möglich war. Im Ausschuss hat die Fraktion der GRÜNEN selbst gesagt, man müsse noch einmal bei den Tagesmüttern darüber nachdenken, die Betreuung auch in anderen Räumen zuzulassen, wie das in Hessen schon längst der Fall ist. Wir haben dadurch auch keinen Handlungsdruck aufgrund des TAG. Wir haben unsere gesetzlichen Möglichkeiten bis hin zur Staffelung von Elternbeiträgen. Das ist in Hessen gängige Praxis; dazu brauchen wir keine neuen gesetzlichen Regelungen.

Deswegen würde es uns, glaube ich, allen gut tun, wenn wir uns auf der einen Seite die Möglichkeiten anschauen, die wir längst haben, und nicht einen Handlungsdruck aufbauen, der an dieser Stelle nicht vorhanden ist, und auf der anderen Seite gleichzeitig die Bildungs- und Erziehungsplanung gemeinsam so ernst nehmen, dass die Kommunen in ihrer Verantwortung die Erzieherinnen genauso schulen und weiterbilden, wie wir das als Land mit zusätzlichen Mitteln tun.

Herr Kahl, möglicherweise können Sie in der SPD-Fraktion noch einmal intervenieren. Dann sollten Sie der Redlichkeit halber klar dazusagen, woher Sie die Mittel nehmen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das haben wir bei den letzten Haushaltsberatungen ganz klar gesagt! Wir haben eine Gegenfinanzierung vorgeschlagen!)

Denn Sie werden dann, wenn wir bei den Haushaltsberatungen Mittel erhöhen, zwar sagen, dass Ihnen alles noch nicht genug ist, gleichzeitig aber kritisieren, dass die Verschuldung steigt. Das ist alles unredlich, und so kann man keine seriöse Politik machen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was Sie gerade sagen, ist gelogen!)

Das ist Unsinn. Wir werden deswegen unsere Politik fortsetzen, Bildung und Erziehung zu stärken, die Erzieherinnen zu begleiten,

(Petra Fuhrmann (SPD): Eine schlichte Lüge, was Sie erzählen!)

die Erprobungsphase umzusetzen, das, was dort stattfindet, in die Bildungs- und Erziehungsplanung weiter einzubringen, Tagesmütter und Krippen aber als die Priorität

zu betrachten, die wir in Zukunft mit Landesmitteln weiter ausbauen müssen, und dafür auch alle Spielräume zu nutzen.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Immer dieselbe Schallplatte!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Es gibt jetzt zwei Kurzinterventionen, zuerst Herr Dr. Jürgens, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und dann Herr Kollege Kahl.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, ich habe mich zu einer Kurzintervention gemeldet, als Sie gesagt haben, die Gestaltung der Kindertagengebühren liege in der kommunalen Verantwortung, und es gehe um eine richtige Prioritätensetzung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Genau!)

Das haben wir in Kassel gerade erleben können. Es gab einen Beschluss der Kasseler Stadtverordnetenversammlung. Sie wollte zum einen die Qualität der Betreuung durch eine Reduzierung der Gruppengrößen und die Schaffung von mehr Stellen schrittweise verbessern und zum anderen die Kostenbeteiligung schrittweise mit dem Ziel der vollständigen Kostenfreiheit reduzieren.

Dann gab es die Weisung des Regierungspräsidenten als Auflage zum Haushalt 2005, das genaue Gegenteil zu tun, nämlich zum einen die Gruppengrößen anzuheben und zum anderen die Kostenbeteiligung keinesfalls anzutasten, sondern allenfalls noch zu erhöhen. Es wäre allein schon schlimm genug, dass Ihr CDU-Regierungspräsident die Stadt Kassel anweist, die Situation bei der Kindergartenbetreuung zu verschlechtern.

Aber zum vollständigen Skandal wurde das Ganze, weil er auch noch eine völlig falsche Prioritätensetzung vornahm. Denn die im gleichen Haushalt enthaltenen Verpflichtungsermächtigungen für den Flughafen Kassel-Calden von 17 Millionen € in den nächsten Jahren sind völlig unbeanstandet geblieben. Wir wissen inzwischen alle: Diese 17 Millionen € sind und bleiben hinausgeworfenes Geld.

(Beifall des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jedes Jahr kommen eine halbe bis 1 Million € für laufende Betriebskosten hinzu, die weiter hinterhergeworfen werden. Genau das macht die Entscheidung zu einem Skandal. Sie sparen bei der Betreuung von Kindern, damit Sie das Geld haben, um die Landschaft mit Beton zukleisten zu können und Investitionsruinen in die Landschaft zu stellen. Diese falsche Prioritätensetzung ist und bleibt ein Skandal, und dafür trägt Ihr Regierungspräsident die Verantwortung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Herr Kollege Kahl.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, sicherlich sind wir uns in der Frage

einig, dass Kinderbetreuung die Zukunftsaufgabe ist und Priorität im Landeshaushalt zu haben hat.

(Petra Fuhrmann (SPD): Genau! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nur, eines lassen wir Ihnen nicht durchgehen, nämlich dass Sie behaupten, wir hätten dafür kein Finanzierungskonzept. Dann bitte ich Sie wirklich einmal eindeutig darum, unsere Anträge zum letzten Haushalt wenigstens nachzulesen und nicht nur einfach im Haushaltsausschuss abzulehnen. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

In einem unterscheiden wir uns in der Finanzierung schon. Das will ich noch einmal in der Sache klar und deutlich sagen. Die Zuweisung für die Förderung von Betriebskosten der Kindergärten, und zwar sowohl der kommunalen als auch der freien Träger, wollen Sie nach uns vorliegenden Zahlen im kommenden Jahr um 8,7 Millionen € anheben: 5,2 Millionen € für die kommunalen und 3,5 Millionen € für die freien Träger. Nur, meine Damen und Herren, das finanzieren Sie wieder ausschließlich aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Mit anderen Worten: Das, was die Kommunen zusätzlich bekommen, müssen die Kommunen von ihrem eigenen Geld bezahlen. Das ist Ihre Art der Finanzierung von Politik.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Kahl. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache beendet.

Es wird vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Tagesordnungspunkt 24 gemeinsam mit den Anträgen unter den Tagesordnungspunkten 30, 42 und 62 dem Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen. – Kollege Kahl ist anderer Meinung.

Reinhard Kahl (SPD):

Nein, wir bitten darum, dass die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 30 und 42 mitberatend auch an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 30 und 42 mitberatend an den Kulturpolitischen Ausschuss. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann machen wir das so.

Dann kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Entschuldigung! Dem Kulturpolitischen Ausschuss sollte der zusätzliche Antrag unter Tagesordnungspunkt 62 auch mitberatend überwiesen werden, weil der auch das gleiche Thema aufgreift!)

– Also wenn wir uns einig sind und Sie sich auch entschuldigt haben, Herr Kollege Kaufmann, dann machen wir das.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke!)

– Bitte sehr.

Dann rufe ich jetzt **Punkt 6** der Tagesordnung auf.

(Wortmeldung des Abg. Reinhard Kahl (SPD) zur Geschäftsordnung)

– Kollege Kahl?

(Reinhard Kahl (SPD): Rufen Sie erst einmal auf!)

– Schön langsam. – Also rufe ich Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) und des Gesetzes über den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (PlanvG) – Drucks. 16/4509 –

Das Gesetz wird eingebracht von der Landesregierung.

(Reinhard Kahl (SPD): Jetzt!)

– Jetzt, zur Geschäftsordnung, Kollege Kahl.

(Vizepräsidentin Ruth Wagner übernimmt den Vorsitz.)

Reinhard Kahl (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stellen den Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnungspunkte 40, Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Unterstützung der Kommunen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, und 41, Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rücknahme der Dringlichkeitserklärung Kultur, bitte jetzt zusammen mit Tagesordnungspunkt 6 aufzurufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich begründe das wie folgt: Beide Anträge gehören eindeutig zum Bereich Ballungsraumgesetz. Es war und ist Praxis in diesem Hause, Anträge mit Gesetzentwürfen zusammen zu beraten, wenn sie zum gleichen Thema gehören, zumal es auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion ist und wir keine zusätzliche Redezeit an der Stelle brauchen. Unverständlich ist, dass bei dieser Sachlage die CDU die gemeinsame Beratung verhindern will, immer nach der Devise: wegducken und verdrängen. Dies wird Ihnen aber nicht gelingen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Ballungsraumgesetz und der Dringlichkeitserklärung Kultur haben Sie bewusst einen massiven Konflikt mit allen Kommunen im Rhein-Main-Gebiet provoziert. Sie haben gleichzeitig einen Konflikt innerhalb der CDU-Fraktion, weil eine Reihe von CDU-Abgeordneten als Kommunalpolitiker im Ballungsraum genau in diesem Konflikt stehen. Diese Abgeordneten könnten wir natürlich nennen.

Eine isolierte Diskussion zu den vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes – Verlängerung der Befristung und Bestimmung über die Abberufung der hauptamtlichen Wahlbeamten – ist in dieser Situation schlicht weltfremd. Den Hauptkonflikt dieses Gesetzes können Sie damit nicht ausblenden. Sie können die Diskussion und Abstimmung heute verhindern, aber nicht auf Dauer. Ihre falsche Position gegenüber allen Kommunen und praktisch allen politischen Kräften im Rhein-Main-Gebiet werden Sie räumen müssen, weil dies ein massiver Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung ist.

(Beifall des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Meine Damen und Herren, dazu nur ein einziges Zitat, und da nehmen wir den Landkreis des Ministerpräsidenten als Beispiel. Der Kreistag hat einstimmig Folgendes beschlossen:

Der Kreistag spricht sich gegen den von der Landesregierung angestrebten Zweckverband „Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main“ aus. Dieser Zweckverband würde die Kommunen des Main-Taunus-Kreises finanziell überfordern,

(Frank Gotthardt (CDU): Ist das noch zur Geschäftsordnung?)

das Selbstverwaltungsrecht missachten und der angestrebten freiwilligen Zusammenarbeit in der Rhein-Main-Region erheblich schaden.

(Jürgen Walter (SPD): Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, dies als ein einziges Beispiel aus dem Heimatkreis des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kahl, ich bitte Sie, sich bei der Geschäftsordnungsdebatte sehr eng zu halten.

Reinhard Kahl (SPD):

Das ist auch schon mein letzter Satz. – Meine Damen und Herren, deshalb fordern wir Sie auf, unserem Geschäftsordnungsantrag zuzustimmen. Stellen Sie sich dieser Diskussion heute.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren – Moment, Herr Minister, wir sind in einer Geschäftsordnungsdebatte –, wir wollen zuerst klären, ob die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 40 und 41 mit aufgerufen werden. Dazu möchte ich jetzt um Wortmeldung bitten. Wer möchte sich dazu äußern? – Herr Kollege Gotthardt, Sie haben das Wort.

Frank Gotthardt (CDU):

Frau Präsidentin, der Kollege Kahl hat das so engagiert vorgetragen und sich so bemüht, dass wir einverstanden sind.

(Heiterkeit – Reinhard Kahl (SPD): Wenigstens einmal ein Erfolg!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Das freut mich sehr, meine Damen und Herren, zumal die Landtagsverwaltung die Akten so für die Präsidentin aufbereitet hat, dass sie offensichtlich vorausgesehen hat, dass das inhaltlich zusammengehört.

(Gerhard Bökel (SPD): Aha!)

Ich stelle also fest, dass alle Fraktionen des Hauses damit einverstanden sind, dass mit diesem Gesetzentwurf der Landesregierung auch die Anträge – ich sage das jetzt sehr formal – –

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte einmal die Abgeordneten rechts, aus dem Saal zu gehen oder den Mund zu halten und sich hinzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

– Ich meine die CDU auf der rechten Seite. Bitte sehr. Ich bin auch bereit, andere zu rügen, wenn es sein muss, alle.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber nicht die FDP, Frau Kollegin!)

Ich rufe also weiter **Tagesordnungspunkt 40:**

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Unterstützung der Kommunen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main – Drucks. 16/4524 –

und **Tagesordnungspunkt 41** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rücknahme der Dringlichkeitserklärung Kultur – Drucks. 16/4525 –

Die werden jetzt gemeinsam aufgerufen.

(Frank Gotthardt (CDU): Und Tagesordnungspunkt 36! – Reinhard Kahl (SPD): Das müssen die GRÜNEN sagen! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Logisch!)

– Jawohl, das gehört inhaltlich eigentlich auch dazu. Der Hesse hat dafür einen wunderbaren Ausdruck. – Ich rufe also **Tagesordnungspunkt 36** mit auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ablehnung des Kulturzwangsverbands – Drucks. 16/4519 –

Alles wird gemeinsam aufgerufen. Meine Damen und Herren Geschäftsführer, bleibt es bei der Redezeit von zehn Minuten? – Das machen wir so.

Dann hat für die Landesregierung Herr Kollege Bouffier das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich stelle mit Freude fest, dass wir zumindest beim Verfahren noch einig sind. Wir wollen einmal schauen, wie weit wir in der Sache kommen.

Ich bringe zunächst für die Landesregierung die Novellierung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main und des Gesetzes über den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ein. Nun haben wir ein kleines Problem.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, jetzt wird die linke Seite gerügt, Frau Fuhrmann, alle Menschen, die links Unruhe verbreiten.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Es dient sich hier eine große Koalition der Unruhe an. Meine Damen und Herren, ich bitte das draußen zu verhandeln.

(Heiterkeit)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Also fangen wir noch einmal an.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und zwar von vorn, bitte!)

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren!

(Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Jürgen Walter (SPD): Jetzt müssen Sie die Mitte rügen, Frau Präsidentin!)

CDU und FDP haben nach den Erfahrungen mit dem Umlandverband im Jahr 2000 einen neuen Ansatz dafür gewählt, wie die unbestreitbar notwendige Zusammenarbeit im Ballungsraum Rhein-Main gestaltet werden soll. Ergebnis dieses Ansatzes waren zwei Gesetze, die inhaltlich zusammengehören: zum einen das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit im Ballungsraum Rhein-Main und zum anderen das Gesetz über den Planungsverband des Ballungsraums. Beide Gesetze stehen zur Diskussion, und beide Gesetze sollen mit dem von mir eingebrachten Entwurf der Landesregierung erneut für fünf Jahre verlängert werden. Daneben sollen einige Änderungen vorgenommen werden, die sicherlich, gemessen an der Grundsatzdebatte, von geringerer Bedeutung sind.

Ich will zunächst einmal festhalten, dass sich alle Behauptungen der Opposition, dass z. B. das Ballungsraumgesetz einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten würde, als falsch erwiesen haben. Der Staatsgerichtshof hat ausdrücklich erklärt, dass von Verfassungs wegen keine Bedenken bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb haben wir eine Ausgangslage, die, wenn wir sie ein wenig abstufen, so aussieht: Der Umlandverband hatte 30 Jahre Zeit, die Probleme zu lösen, und hat sich am Schluss wegen mangelnder Handlungsfähigkeit sozusagen selbst ins Abseits gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Der neue Ansatz hat drei Grundelemente. Er setzt auf die interkommunale Zusammenarbeit, er ist für die Kommunen das freieste Instrument, das überhaupt organisationsrechtlich denkbar ist. Sämtliche Alternativen, ob Regionalkreis, Eingemeindungen, oder was es sonst alles gibt, schneiden weiter in die kommunale Selbstverwaltung ein.

Er baut auf das Prinzip der Freiwilligkeit nach dem Motto – das wir für richtig halten, was auch für Fragen gilt, die unter Kultur und Sonstigem hier zu diskutieren sind –, dass die Freiwilligkeit Priorität hat. Wir sind allerdings schon gemeinsam der Auffassung – wozu ich von niemandem gehört habe, dass es nicht so wäre –, dass sich die Debatte nicht darin erschöpfen kann, Probleme zu beschreiben, festzustellen, die Probleme sind immens, festzustellen, es gibt enorme Widersprüche, und weil das alles so schwierig ist, machen wir nichts. Das war die Situation, wie sie jahrzehntelang bestand. Das haben wir überwunden, indem wir hinzugefügt haben: Wir setzen auf Freiwilligkeit. Sollte es aber zu gar nichts kommen, dann nimmt der Landesgesetzgeber und in Ableitung dieser Verpflichtung die Landesregierung die Verpflichtung wahr, entsprechende Rahmendaten zu setzen.

Das ist die Grundsystematik dieses Gesetzes. Dabei bleibt es. Ich bin der Überzeugung, das Gesetz hat sich bewährt. Entgegen allen Aufgeregtheiten will ich aus meiner Sicht hinzufügen, warum es aus grundlegender Sicht notwendig ist, dass beide Gesetze fortgeführt werden.

Man kann über viele Einzelheiten streiten. Aus meiner Sicht kann man nicht ernsthaft darüber streiten, dass es, wenn dieser Raum in irgendeiner Weise gemeinschaftlich positiv entwickelt werden soll, eine gemeinsame Grundlage geben muss. Diese gemeinsame Grundlage ist durch den regionalisierten Flächennutzungsplan geschaffen. Dieser regionalisierte Flächennutzungsplan war und ist in der Bundesrepublik ein Vorreiter, den es in dieser Art und Weise noch nirgends gegeben hat. Er fügt die kommunale Kompetenz der Flächennutzungsplanung mit der notwendigen Regionalplanung zusammen, die gemeinsam mit den Gremien des Planungsraums und dem Regierungspräsidium in Darmstadt erarbeitet wurde. Das ist schon heute eine Erfolgsgeschichte.

Herr Kollege Walter, wenn ich das einmal an Sie persönlich richten darf. Mir fehlt jedes Verständnis. Wer fordert, beide Gesetze ersatzlos zurückzunehmen, der müsste konsequenterweise eine Antwort darauf geben, ob es richtig ist, dass in Zukunft wieder jede Kommune ausschließlich selbstständig ihre Planung ohne den notwendigen Abstimmungsprozess im Ballungsraum betreibt. Ich halte das für nicht richtig. Wenn man an dieser Grundelementenstruktur – nämlich der regionalisierten Flächennutzungsplanung – nicht festhält, dann kann man sich aus meiner Sicht von jeglicher Verdichtungsdiskussion absolut verabschieden.

Deshalb ist der regionalisierte Flächennutzungsplan die Grundlage für die gesamte Entwicklung dieses Raumes. Allein dieses Instrument macht es notwendig – das ist aus meiner Sicht auch richtig –, dass beide Gesetze verlängert werden und eine Abschaffung dieser beiden Gesetze meines Erachtens ernsthaft überhaupt nicht diskutiert werden kann. Es kann nicht richtig sein, dass jede Gemeinde ihre Flächennutzungsplanung völlig freihändig von allen anderen macht. Genau das war der Grund, weshalb wir dieses neue Instrument haben, das bundesweit beachtet wird.

Meine Damen und Herren, es hat auch eine Menge Erfolge gegeben. Die Debatte entwickelt sich – wie so viele – rein an der Oberfläche. Ich darf einmal darauf hinweisen, dass die Region mittlerweile schon neben vielem Fachlichen ein gemeinsames Leitbild entwickelt hat. Das ist für jede gemeinschaftliche Planung ungemein wichtig. Diese Region hat eine Einzelhandelsplanung. Oder, was vielleicht die GRÜNEN besonders interessiert und mir nicht mehr in Erinnerung war, sie hat eine gemeinsame Planung zur Windenergie und vieles andere mehr entwickelt.

Mir ist etwas besonders wichtig. Wir haben diesen Prozess mit den Kommunen, dem Planungsverband, dem Regierungspräsidium und den Experten in der Öffentlichkeit sehr transparent und mit großem Einvernehmen zusammengeführt. Nicht zuletzt das ist der Grund, warum jetzt das Land Nordrhein-Westfalen in ähnlicher Weise im Ruhrgebiet – aber nicht nur dort – die Arbeit aufnimmt, um den integrierten Flächennutzungsplan fortzuführen.

Meine Damen und Herren, die Erfolge der integrierten kommunalen Zusammenarbeit sind beim besten Willen nicht zu bestreiten. Das geht zum Teil weit über das hinaus, was öffentlich wahrgenommen wird, wenn Sie folgende Beispiele nehmen: die Frankfurt Ticket Rhein-Main GmbH, die Route der Industriekultur, das Internetportal für den Sport, die Initiative des Rates der Region zu den Handwerkerausweisen und zu den Handwerkerhilfestellungen, die Sportentwicklungen. Dort ist eine ganze Menge geschehen. Das verdient letztlich Anerken-

nung der integrierten kommunalen Zusammenarbeit im Rahmen dieser gesetzlichen Vorgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist das schon jetzt eine Erfolgsgeschichte. Besonders hervorzuheben – das darf man auch nicht vergessen – ist die Frankfurt Rhein-Main GmbH International Marketing. Am 24. März dieses Jahres haben 22 Gesellschafter aus dem Ballungsraum darüber hinaus eine neue Einrichtung geschaffen, die sehr gut geeignet ist, die vorhandenen und von allen nicht bestrittenen Defizite des Standortmarketings in Zukunft zu beseitigen. Genau diese Frankfurt Rhein-Main Marketing GmbH ist ein hervorragendes Beispiel dafür, dass das Instrumentarium, das beiden Gesetzen zugrunde liegt, greift.

Auch dieser Entscheidung, die dort aufgrund kommunaler Entscheidungen und kommunaler Gestaltung getroffen wurde, lag eine Dringlichkeitserklärung der Landesregierung zugrunde. Das ist vielleicht in der Debatte gelegentlich vergessen worden. Auch dort hat die Landesregierung, nachdem man zunächst zu gar nichts kam, eine Dringlichkeitserklärung abgegeben. Diese Dringlichkeitserklärung hat im Ergebnis dazu geführt, dass die Kommunen – wie ich denke – mit weiteren Partnern eine sehr vernünftige Entscheidung getroffen und für ihre Standortmarketingaufgaben eine zukunftsweisende Lösung gefunden haben. Mir ist es im Prinzip – das gilt übrigens auch für das Thema Kultur – völlig gleichrangig oder auch nachrangig, ob es das Ergebnis der Dringlichkeitserklärung, des Drucks der Landesregierung oder eigene Einsicht war.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ach je!)

– Frau Ypsilanti, wahr ist doch, man hat 30 Jahre diskutiert. Man hat gemeinsam beklagt, es gebe ein Defizit im Standortmarketing. Es ist nichts geschehen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das stimmt gar nicht! Das hat sich vorher schon bewegt!)

Als wir dann die Dringlichkeitserklärung abgegeben haben, hat es sich in die richtige Richtung bewegt, und die Kommunen haben entschieden. Das ist ein Erfolg genau dieses politischen Ansatzes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Februar 2005, Gesellschaft für integriertes Verkehrsmanagement, 15 Gebietskörperschaften im Rhein-Main-Gebiet sowie die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz – das sind doch nachweisbare Erfolge dieses Konzeptes.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Minister, die Zeit der Fraktionen ist abgelaufen.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, da die Fraktionen geschäftsordnungsmäßig noch ein weiteres Thema eingebaut haben, muss ich das bitte ein klein wenig überziehen. Ich will die Zeit nicht überstrapazieren. Aber zwei, drei Gedanken müssen schon noch sein.

Regionalparkentwicklung. 20. Juli 2005, Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gemeinnützige GmbH, 13 Gesellschafter, das Land Hessen, Planungsverband – alles Lösungen im Rahmen des Konzeptes integrierte kulturelle Zusammenarbeit. Meine Damen und Herren, nun

rügen und beantragen Sie, die Dringlichkeitserklärung Kultur zurückzunehmen. Ich habe bewusst darauf hingewiesen, wie es beim Standortmarketing war. Ich bleibe dabei, diese Dringlichkeit ist notwendig. Alle beklagen, dass etwas zu tun sei. Niemand bestreitet, dass Handlungsbedarf besteht. Alle sind der Auffassung, man müsse etwas tun. Gemeinsam stellt man fest, dass man leider keine gemeinsamen Vorstellungen hat.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das stimmt nicht!)

Das Ergebnis ist, dass wir – wie in den anderen Punkten auch – entweder vor der Vielzahl der Probleme kapitulieren und nichts tun oder den Kommunen die Chance geben, in eigener Entscheidung nach eigener Gestaltungskraft das, was sie schon begonnen haben, im Bereich der Kultur zu gestalten. Das muss mehr werden, als es heute ist. Ich bin der festen Überzeugung, es wird mehr werden. Wenn Sie sich das einmal anschauen: Der Rat der Region hat Widerspruch eingelegt. Wir haben jetzt ein Jahr Zeit. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich in diesem Jahr auf diesem Feld eine Menge bewegen wird. Nicht zuletzt gibt es auch eine Initiative der IHK mit dem Mediationsangebot. Die Signale, die aus dem Bereich kommen, zeigen doch, dass niemand bestreitet, dass Handlungsbedarf besteht, dass die Dringlichkeitserklärung im Sinne von „Es ist dringend etwas zu tun“ unbestritten ist.

(Andrea Ypsilanti (SPD): So kann man es auch interpretieren! Das ist sehr wohlwollend!)

Dann streiten wir über die Frage: Sollen wir die Dringlichkeitserklärung zurücknehmen mit dem Ergebnis, dass alle wieder hinter das zurückfallen, was wir haben, und sagen, wir haben es nicht so ernst gemeint? – Wir meinen es ernst und setzen darauf, dass die Kommunen in eigener Zuständigkeit und in eigener Entschlusskraft zu Ergebnissen kommen. Wir werden in diesem Jahr sehen – da bin ich sehr zuversichtlich –, dass wir entsprechende Ergebnisse vorzeigen können. So, wie es ist, kann es nicht bleiben. Wenn es besser werden soll, muss es anders werden. Das gilt auch und gerade im Bereich der Kultur.

Der Gesetzentwurf enthält drei Änderungen, auf die ich pflichtgemäß hinweisen will. Wir haben beim Planungsverband die Aufgabenstellung zu Mitwirkungsbefugnissen ausgestaltet, weil wir der Auffassung sind, die Aufgabenstellung der Planung ist so zentral, dass sie sich auf die Kernaufgaben konzentrieren sollte. Das hat in der Anhörung Zustimmung und Ablehnung gefunden. Es ist wie fast immer. Zugestimmt haben z. B. der Städte- und Gemeindebund und die Stadt Offenbach, abgelehnt haben der Stadttag und die Stadt Frankfurt und alle dazwischen. Wir haben die bisherigen Beteiligungen des Planungsverbandes ausdrücklich belassen, sind aber der Auffassung, dass zukünftig eine Mitwirkung und nicht eine weitere Ausdifferenzierung in Gesellschaften stattfinden soll. Wir haben hinsichtlich der Hauptamtlichen die Regelung der Abwahlmöglichkeiten nachgebildet, wie sie in der HGO vorgesehen sind. Es trifft die derzeitigen Beteiligten nicht, weil sie einen Bestandsschutz haben.

Meine Damen und Herren, im Ergebnis sind die Fragen, was den Planungsverband bzw. die Region angeht, und die Argumente nicht neu. Diejenigen, die seinerzeit gesagt haben, sie hielten das Ganze für falsch, haben diese Auffassung beibehalten. Die Landesregierung – ich hatte das eingangs gesagt – hat sich seinerzeit entschieden, wie Sie es kennen. Wir sind der Auffassung, dass das auch heute eine vernünftige und zukunftsweisende Maßnahme ist.

Zum Schluss. Die integrierte kommunale Zusammenarbeit hat sich schon heute bewährt. Das Instrumentarium ist geeignet. Es ist, was die Frage des regionalisierten Flächennutzungsplanes angeht, beispielhaft in Deutschland. Und es ist ein klares Signal an alle, dass es, wenn wir diesen wichtigen Raum in Hessen, der unser Herzstück ist, weiter voranbringen wollen, einer entschlossenen Politikbegleitung bedarf.

Diese führt sich so zusammen: Die Landesregierung fordert die Kommunen auf: Rauft euch zusammen, bringt die Kraft auf, wie beim Marketing eine eigene Lösung zu entwickeln. Dann bedarf es keines weiteren Rahmens durch die Landesregierung. Allerdings kann ein dissonanter Chor, der sich im Wesentlichen so zusammenfassen lässt, dass alle gegen das Vorgeschlagene sind, aber keiner eine gemeinschaftliche Vorstellung entwickelt, für die Zukunft nicht richtig sein. – Deshalb bleibt es dabei: Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in diesem Jahr, wenn mancher Theaterdonner verklungen und mancher Rauch verzogen ist, eine sehr zukunftsweisende Struktur auch bei der Kultur bekommen. Im Übrigen besteht in den Ausschussberatungen zu dem Gesetzentwurf die Möglichkeit, sich im Einzelnen noch zu äußern. – Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt Herrn Walter das Wort erteile, will ich Ihnen nur mitteilen, dass die Übereinkunft besteht, dass wir nachher über alle Initiativen sofort abstimmen. Ich sage das, damit die Kollegen, die sich in dem anderen Haus aufhalten, wissen, wann es losgeht. Die Redezeiten kennen Sie.

Zur Begründung des Entschließungsantrags der SPD-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, Herr Walter, das Wort. Herr Walter, Sie haben zehn Minuten Redezeit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat elfeinhalb Minuten Redezeit! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Frau Vizepräsidentin, das geht zuzüglich Mehrwertsteuer! – Gegenruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD): Das ist aber noch der alte Steuersatz!)

Jürgen Walter (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister, vorab möchte ich eines sagen: Ich weiß nicht, ob Sie es willentlich oder eher fahrlässig gemacht haben. Aber Sie haben mit Ihrer Darstellung den Eindruck erweckt – eigentlich haben Sie es sogar ausdrücklich gesagt –, dass wir Sie auffordern würden, beide Gesetze zurückzuziehen. Das ist natürlich nicht richtig.

Herr Innenminister, darf ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten, und zwar nur für einen kurzen Augenblick? Es dient der sachlichen Aufklärung.

Natürlich halten wir die regionale Flächennutzungsplanung für wichtig. Ein Blick auf unsere Anträge zeigt, dass wir Sie auffordern, das Ballungsraumgesetz zurückzuziehen. Wir fordern Sie aber nicht auf, die regionale Flächennutzungsplanung abzuschaffen. Das wollte ich nur zur Klarstellung sagen, damit da kein falscher Eindruck entsteht.

Warum befristen wir Gesetze? Wir befristen die Gesetze, damit vor einer Prolongation im Sinne einer Qualitäts-

kontrolle überprüft werden kann, ob das Gesetz sinnvoll ist. Es soll geprüft werden, ob die Ziele, die mit dem Gesetz erreicht werden sollten, tatsächlich erreicht wurden. Man kann es auch umgekehrt sagen: Es soll geprüft werden, ob die Probleme, die mit dem Gesetz gelöst werden sollten, tatsächlich gelöst wurden.

Herr Innenminister, diese Qualitätskontrolle haben Sie nicht vorgenommen. Hätten Sie wirklich die Frage gestellt: „Hat dieses Gesetz etwas dazu beigetragen, dass die Probleme im Ballungsraum besser gelöst werden können?“, dann hätten Sie diese Frage mit Nein beantworten müssen. Herr Innenminister, wenn die Qualitätskontrolle ernst gemeint sein sollte, dann hätten Sie zu dem Ergebnis kommen müssen, dass Sie uns dieses Gesetz nicht zur Prolongation vorlegen, sondern dass Sie dieses Gesetz auslaufen lassen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Was soll denn mit dem Ballungsraumgesetz erreicht werden? Das Problem besteht in der Tat in der mangelnden Organisation der Region. Das ist unstrittig. Wir wollen eine bessere Organisation mit dem Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit haben.

Dieses Gesetz wurde im Dezember 2000 beschlossen. Mittlerweile sind fünf Jahre vergangen. In diesen fünf Jahren ist die Organisation in unserem zentralen Wirtschaftsraum Rhein-Main nicht besser, sondern eher schlechter geworden. Herr Minister, Sie haben davon gesprochen, die Kommunen hätten sich geeinigt. Ich sehe aber momentan nur, dass es eine Einigung der Kommunen dahin gibt, die Politik der Landesregierung abzuwehren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, in dem Rat der Region sitzen nicht nur Sozialdemokraten. Die kommunale Ebene lehnt den Ansatz grundsätzlich ab, den Sie mit Ihrer Politik gewählt haben.

Sie haben das Standortmarketing angesprochen. Zum einen möchte ich dazu Folgendes sagen: Die Kommunen haben die ganze Zeit versucht, sich hinsichtlich des Standortmarketings zu verständigen. – Sie werden jetzt aber sagen: Ohne die Abgabe der Dringlichkeitserklärung hätte das nicht funktioniert.

Wir sollten das einmal auf den Kulturzwangsvorstand übertragen. Herr von Harbou hat hinsichtlich des drohenden Kulturzwangsvorstands eine Mediation initiiert. Wenn wir davon ausgehen, dass diese Mediation zu einem Ergebnis kommt, wüsste ich, wie Sie argumentieren würden. Sie würden nämlich sagen: Seht her, unsere Dringlichkeitserklärung hat dazu geführt, dass sich diese Freunde einmal zusammengesetzt haben, das ist unser Erfolg.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Freut euch nicht zu früh. Denn das Gegenteil wird eintreten. – Herr Innenminister, das Gegenteil wird Wirklichkeit werden.

Herr Innenminister, es gibt einen Unterschied zum regionalen Standortmarketing. Das, was hier zur Diskussion steht, ist sehr kostenintensiv. Ich habe Gespräche mit sozialdemokratischen Kommunalpolitikern geführt, aber nicht nur mit ihnen. Herr Banzer hat Herrn von Harbou eine deutlich ablehnendere Antwort gegeben, als es Herr Grandke getan hat.

Die Position der Kommunalpolitiker ist doch relativ eindeutig. Sie sagen: Wir sind nicht bereit, über die Frage der kulturellen Zusammenarbeit ernsthaft zu verhandeln, wenn uns die Landesregierung die Pistole vorhält.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, es ist nicht so, dass Ihr Gesetz nicht zu Ergebnissen führen würde. Es handelt sich dabei auch nicht um ein Thema, das wir in den Parlamenten besonders intensiv diskutieren, das aber in Wirklichkeit in der Welt relativ wirkungslos ist. Das Grundproblem Ihres Gesetzes besteht doch darin, dass es kontraproduktiv ist.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ja!)

Herr Innenminister, ich bin mir relativ sicher, dass sich kein vernünftiger Kommunalpolitiker, dem mit der Dringlichkeitserklärung die Pistole vorgehalten wird, ernsthaft auf diese Mediation einlassen wird. Mit der Dringlichkeitserklärung verhindern Sie das, was gewollt und notwendig ist, nämlich eine bessere Zusammenarbeit in unserer Region.

(Beifall bei der SPD)

Verehrter Herr Ministerpräsident, was ich hier mache, ist doch nicht die Rhetorik der Opposition. Ich könnte Ihnen hier zog Zitate von Kommunalpolitikern aus Ihren eigenen Reihen vorlegen. Herr Kollege Kahl hat aus dem Main-Taunus-Kreis berichtet, aus dem Sie kommen. Kein Kommunalpolitiker ist bereit, Sie sozusagen als Vormund der kommunalen Familie anzuerkennen. Kein Kommunalpolitiker ist bereit, den Hessischen Ministerpräsidenten als denjenigen anzuerkennen, der der kommunalen Familie im Einzelnen vorschreiben kann, was sie zu machen hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn die kommunale Familie diesen Weg gehen würde, dann bräuchten wir über kommunale Selbstverwaltung nicht mehr zu reden.

Jetzt kommen wir zu den Grundfehlern, also zu den Fehlern, die Ihr Gesetz schon in der Anlage hat. Zum einen sieht Ihr Gesetz eine viel zu enge räumliche Begrenzung vor.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ja!)

Das haben wir Ihnen oft genug gesagt. Der Pressemeldung des Herrn von Harbou kann ich entnehmen, dass er der Auffassung ist, dass der Ballungsraum 5,5 Millionen Einwohner hat. Das Land Hessen hat knapp über 6 Millionen Einwohner. Seiner Auffassung nach reicht der Ballungsraum wahrscheinlich bis nach Baden-Württemberg.

Sie haben den Ballungsraum so festgelegt, dass Landkreise wie der Landkreis Groß-Gerau oder der Wetteraukreis durchtrennt werden. Das funktioniert natürlich nicht. Denn es könnte der Fall sein, dass sich die eine Kommune an der Finanzierung beteiligen muss, während die Nachbarkommune, die nicht mehr Mitglied des Ballungsraums ist, völlig frei von Zahlungen ist. Herr Ministerpräsident, das werden Sie in dem Parlament eines Landkreises vor Ort niemandem erklären können. Herr Ministerpräsident, Sie werden auch niemandem erklären können, dass die Stadt Darmstadt und die Stadt Wiesbaden nicht zum Ballungsraum Rhein-Main gehören.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens geht es um den Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Hinter Ihrem Gesetz steht folgende

Konzeption: Wir, die Landesregierung, beschreiben die Ziele. Dann geben wir den Kommunen ein Jahr Zeit. Während dieses Jahres haben die Kommunen gefälligst das zu erledigen, was wir von ihnen wollen. Wenn sie das nicht tun – Sie haben mit freundlicheren Worten dasselbe beschrieben –, werden wir für die Kommunen handeln. – Herr Innenminister, wo bleiben die viel beschworene Freiwilligkeit und die kommunale Selbstverwaltung?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie wollen von Wiesbaden aus entscheiden, und zwar bis ins Detail hinein, wie die Probleme der Rhein-Main-Region auf kommunaler Ebene gelöst werden sollen.

Sie schütteln den Kopf. Herr Innenminister, nachdem Sie aber die Dringlichkeitserklärung zum Kulturzwangsvorband abgegeben haben, können wir bis auf den Euro genau berechnen, wie Sie die Kommunen zur Finanzierung des kulturellen Angebots heranziehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, das ist ein Sachverhalt, der noch zu wenig beleuchtet wurde.

Drittens. Sie bevorzugen ausschließlich monothematische Zweckverbände. In der Begründung zum Planungsverband steht: Wir wollen den Planungsverband nicht mehr an anderen Themen als dem der regionalen Flächennutzung beteiligen, weil wir Verbände ablehnen, die mehreren Zwecken dienen.

Herr Ministerpräsident, ich kann da Ihre Sichtweise verstehen. Ganz offensichtlich ist es so, dass Sie es nicht wollen – möglicherweise befürchten Sie sogar, dass es ein Stück weit so kommen könnte –, dass tatsächlich so etwas wie ein kommunales Kompetenzzentrum entsteht, das dann auch zu einem kommunalen Machtzentrum werden könnte.

Das ist doch augenfällig. Natürlich ist es sinnvoll, verschiedene Themen gemeinsam zu behandeln. Ich gebe einer anderen Kommune etwas für die Kultur, um etwas für die Wirtschaftsförderung zu bekommen. Das ist nicht möglich, wenn es verschiedene, voneinander unabhängige Zweckverbände gibt.

Das von Ihnen in Auftrag gegebene Gutachten des Herrn Pfäffli geht auch in diese Richtung. Dies spricht natürlich, sachlogisch gesehen, nicht für Regelungen über monothematische Zweckverbände. Vielmehr spricht dies dafür, dies mit einem großen Ansatz zu machen, der all die Probleme umfasst, die in der Region Rhein-Main gelöst werden müssen. Das spricht also dafür, dass alles in einem Verband zu erfassen. Herr Innenminister, wir Sozialdemokrinnen und Sozialdemokraten bezeichnen unseren Ansatz, den wir in diesem Zusammenhang haben, als Regionalkreis.

(Minister Volker Bouffier: Warum ist dann der Umlandverband in 30 Jahren nicht einen Schritt vorangekommen?)

– Herr Innenminister, nur wenn man diese Themen zusammengefasst betrachtet, kann man zu einem ernsthaften Ergebnis kommen. Dann hätte man einen Ansatz, mit dem man alle Probleme lösen kann, die es im Rhein-Main-Gebiet gibt.

Sie sehen das doch mittlerweile auch. Ihre Landtagsabgeordneten, die auf der kommunalen Ebene selbst noch als Stadtverordnete oder Kreistagsabgeordnete tätig sind,

müssen doch momentan aus der Sitzung hinausgehen, wie das Herr Grüttner in Offenbach macht,

(Norbert Schmitt (SPD): Er geht sogar hier schon hinaus!)

oder sie müssen gucken, wie sie in irgendeiner anderen Art und Weise das Spannungsfeld lösen, das sich hinsichtlich der Loyalität gegenüber ihrer Landesregierung und gegenüber ihrer eigenen kommunalen Fraktion ergibt. Herr Ministerpräsident, es wird in der Region doch augenfällig, dass Sie mit Ihrer Konzeption Schiffbruch erlitten haben. Wir stehen kurz vor der Kommunalwahl. Ihre Freunde auf kommunaler Ebene weigern sich, mit Ihnen bei der Kommunalwahl unterzugehen. Deswegen erleben Sie, dass eine Resolution nach der anderen gegen Ihren Politikansatz verabschiedet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Jürgen Walter (SPD):

Kurz vor der Kommunalwahl gefällt es mir als Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, dass Sie eine deutlich kommunalfeindliche Politik betreiben. Es freut mich, dass Ihre Freunde vor Ort sagen: Die Politik dieses Ministerpräsidenten und dieser Landesregierung lehnen wir ab. – Das ist für uns für die Auseinandersetzung im Kommunalwahlkampf keine schlechte Ausgangslage.

(Zuruf von der CDU)

– Lieber Herr Kollege, Sie müssten das doch aus Mörfelden-Walldorf kennen. Ich habe nicht geguckt, ob das bei euch schon beschlossen ist. Aber wenn es eingebracht werden sollte, bin ich mir relativ sicher, dass die Parteifreunde in Mörfelden-Walldorf die Resolution gegen den

– –

(Zuruf)

– Das wurde also schon beschlossen. Man sprach sich einstimmig gegen die Politik der Landesregierung aus.

Das ist natürlich für uns eine bequeme Position. Herr Ministerpräsident, die Schwächung der CDU vor Ort und die Stärkung der kommunalen SPD vor Ort ist etwas, was uns natürlich freut. Herr Ministerpräsident, das Problem besteht aber doch darin, dass Sie mit Ihrer Politik dem Land Hessen schaden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn Sie verstärken damit, dass die Kommunen gegeneinander arbeiten. Es wäre allerhöchste Zeit, dass Sie das Scheitern Ihrer regionalpolitischen Konzeption einräumen und dass Sie auf die Opposition in diesem Hause, zumindest auf die Opposition der Sozialdemokraten und GRÜNEN, zugehen, die Ihnen die Hand zu einem mutigen Schritt reicht.

Denn wir alle wissen – in manchen Ihrer Reden, die sich um Berlin drehen, höre ich das auch –, dass der Wettbewerb im globalen Bereich für kleinteilige Lösungen mittlerweile zu groß ist. Wir brauchen eine große Lösung für die Probleme in unserem Land.

Wir reden über die Föderalismusreform in Berlin. Wir reden über ein System gegenseitiger Verantwortungslosigkeit. Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister, wir haben die Probleme doch nicht nur in Berlin. Wir haben die Probleme auch in unserem eigenen Lande Hessen.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege Walter, Ihre Redezeit ist ausgeschöpft.

Jürgen Walter (SPD):

Mit einzelnen kleinteiligen Lösungen werden Sie die Probleme des Ballungsraums Main-Rhein nicht lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich brauchen wir eine Föderalismusreform in unserem eigenen Lande. Wir brauchen eine vollständige Neuorganisation, jedenfalls in unserem Ballungsraum, die Hinführung zu einer Ebene, die Zusammenführung der Landkreise und der Regierungspräsidien zu einem Regionalkreis. Dies wäre eine Lösung, die unser Land nach vorne bringt, die unser Land wettbewerbsfähig macht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Walter, Sie müssen zum Ende kommen. Sie haben schon Verlängerung.

Jürgen Walter (SPD):

Ich kann nur an Sie appellieren, Herr Ministerpräsident und Herr Innenminister: Ziehen Sie als Allererstes diese Dringlichkeitserklärung zurück. Dann hat ein Mediationsverfahren eine Chance.

(Lachen des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Zum Zweiten – –

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nicht mehr zum Zweiten. Sie haben jetzt schon zwei Minuten zusätzlich bekommen.

Jürgen Walter (SPD):

Nur kurz. – Lassen Sie das Ballungsraumgesetz auslaufen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, ich wollte es für die weiteren Redner aus dem Plenum sagen: Zwölf Minuten haben sie alle. Aber nun hat sich – das ist sein Recht – der Ministerpräsident zu Wort gemeldet.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, es spart uns allen am Ende Zeit, wenn ich mich jetzt

melde. Denn das führt zu einer ganz anderen Redezeitzurechnung, und ich mache es auch ganz kurz.

(Jürgen Walter (SPD): Reden Sie jetzt als Ministerpräsident oder als Mitglied der Opposition?)

Ich will nur zwei Punkte sagen. Herr Kollege Walter, ertüts ist es ein läblicher und richtiger Streit, den Regierung und Opposition führen können, ob ein Regionalkreis mehr kommunale Entmachtung ist, wie ich und meine politischen Freunde das empfinden,

(Beifall bei der CDU)

oder eine sachliche Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen. Das kann man diskutieren. Das sind unterschiedliche Modelle. Die sind bekannt.

Der zweite Punkt. Man kann natürlich auch über die Schwerpunktsetzung diskutieren. Auch das ist legitim. Sie haben dieser Tage gesagt, Sie wollten auf diesen Stuhl oder den, der drüben im Landtagsgebäude neu gebaut wird. Dann müssen Sie sich mit einem auseinander setzen, und das jeden Tag: Die Summe kommunaler Wünsche ist nicht Landespolitik, so bedauerlich das ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Summe kommunaler Wünsche ist nicht Landespolitik. Ich habe in Ihrer Anwesenheit die Gelegenheit gehabt, ein paar Bemerkungen beim Städtetag dazu zu machen. Die Landespolitik ist oft gefordert, sich zu fragen, was das allgemeine Wohl des Landes ist. Sie ist auch verpflichtet, das dann zu realisieren, wenn es möglicherweise eine Diskussion zwischen den Ebenen gibt. Hier haben wir logischerweise eine Diskussion zwischen den Ebenen. Sie werden sich der Verantwortung unter dem Gesichtspunkt stellen müssen, ob Sie in der Sache etwas bewirken.

An der Stelle bleibt die Frage, die Sie nicht beantwortet haben. Seitdem es das Ballungsraumgesetz gibt, bewegt sich in der Region etwas in Fragen, wo sich bisher nichts bewegt hat. Ich sage Ihnen: Wir können Ihrem Ratschlag heute nicht folgen, auch wenn selbstverständlich alle Kommunen das einstimmig entscheiden. Was glauben Sie denn, wie das in den Kommunen zugeht? Da gibt es doch keine CDU-Kommunalpolitik, die lieber Geld zahlt, weil das Land es für das Allgemeinwohl für notwendig hält, als eine SPD-Kommunalpolitik. Das gibt es auf Länderebene auch nicht. Der Kollege Beck und ich, ob große Koalition oder nicht, verständigen uns doch auch seit vielen Jahren in zwei Minuten untereinander, wenn der Bund von uns Geld haben will und wir es ihm nicht geben wollen. Trotzdem muss der Bund Regelungen schaffen, weil er für das Gemeinwohl auf der nationalen Ebene zu sorgen hat. Da gibt es unterschiedliche Rollen, und die gibt es auch hier. Die Frage ist, ob man die Kraft hat, sie wahrzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das müssen Sie sich fragen lassen. Wer mir heute den Ratschlag gibt, die Dringlichkeitserklärung zurückzuziehen und das Ballungsraumgesetz abzuschaffen, kann Herrn von Harbou in Urlaub schicken. Der hat überhaupt keine Chance mehr, mit irgendjemandem darüber zu sprechen, ob in der Kultur etwas geschieht.

Wer fordert, das alles wegzulassen, der sagt entweder, dass mehr Zwang auf der regionalen Ebene geschaffen werden soll, oder er sagt: Es ist uns egal, ob in der Kultur in der Rhein-Main-Region etwas passiert oder nicht. – Dazu sage ich Ihnen: Es ist im Interesse des ganzen Landes Hessen, dass an dieser Stelle etwas passiert. Deshalb werden wir uns auch daran beteiligen.

(Norbert Schmitt (SPD): Ihr Vorschlag bedeutet das Ende der Kultur auf kommunaler Ebene!)

Das geht nur, wenn eine Landesregierung eine klare Position hat. Das Werkzeug dazu werden wir auch in Zukunft brauchen. Deshalb ist das Gesetz hier zur Verlängerung angesetzt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat Herr Mathias Wagner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Herr Wagner, das sind jetzt 13 Minuten.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister, Sie können SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jetzt wirklich nicht vorwerfen, dass es kein alternatives Konzept zur Organisation des Rhein-Main-Gebiets gibt. Dieses Konzept von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt es.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt hat sich die Landesregierung für ein anderes Konzept entschieden, für das Ballungsraumgesetz. Aber Sie können uns, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nicht die Fehler dieses Gesetzes und die Probleme vorwerfen, zu denen dieses Gesetz jetzt führt. Das geht redlicherweise nicht, Herr Innenminister und Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fand die Einbringungsrede des Herrn Innenministers erstaunlich kleinteilig. Sie haben ein paar Bereiche angesprochen.

(Ministerpräsident Roland Koch: Er sollte doch evaluieren!)

– Herr Koch, ich komme noch zur Evaluation. Die Evaluation ist mir besonders wichtig, auch bei diesem Gesetz. Das wissen die Vertreter meiner Fraktion.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das, was Innenminister Bouffier an Evaluation vorgenommen hat, war sehr kleinteilig. Sie haben ein paar Bereiche angesprochen, wo die interkommunale Zusammenarbeit klappt. Das ist richtig, das wird von uns nicht bestritten, das finden wir gut.

Aber wir müssen doch einmal schauen, von wo wir kommen. Was waren vor fünf Jahren die Zielsetzungen dieses Gesetzes? Es ist doch der Sinn von Evaluation, und es ist der Sinn der Befristung von Gesetzen, dass wir nach fünf Jahren schauen, ob die Ziele erreicht worden sind, die wir uns oder die Sie sich mit diesem Gesetz gesetzt haben.

Vor fünf Jahren klang das ein bisschen anders. Da war das Ziel: Wir wollen mit den beiden Gesetzen, über die wir heute beraten, die Wettbewerbsfähigkeit der Rhein-Main-Region verbessern. Wir wollen den Wettbewerb aufnehmen mit London und mit Paris. Da war die Rede davon, dass wir die Verwaltungsstrukturen durchschaubarer und einfacher machen wollten. Wir wollten Bürokratie abbauen, sodass Unternehmen gerne in die Rhein-Main-

Region kommen, dass sie Ansprechpartner haben, dass sie einfache Strukturen haben, dass sie nicht durch Bürokratie bei der Ansiedlung im Rhein-Main-Gebiet behindert werden. Es war davon die Rede, dass wir das Verhältnis der Kommunen untereinander und das Verhältnis der Kommunen zum Land mit diesen Gesetzen auf eine neue Basis stellen wollten. Das waren doch die Zielbestimmungen, und gemessen daran kann man nur sagen: Sie haben all diese Ziele mit dem Instrumentarium Ballungsraumgesetz nicht erreicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Ich glaube, man muss der Opposition in diesem Hause nicht angehören, um bei der Beantwortung der Problemkreise, die ich gerade geschildert habe, zu sagen, dass das noch nicht verwirklicht ist. Aber wenn das alles nicht verwirklicht ist, dann muss man, wenn man Evaluation ernst meint, sagen, Herr Ministerpräsident: Bei der Evaluation kommen wir zu dem Ergebnis, dass der Ansatz falsch war, dass er gescheitert ist. – Genau das vertritt meine Fraktion in diesem Haus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir die Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Regionen. Wir hatten in der vergangenen Woche schon eine massive Debatte über die Arbeitslosenzahlen und Wachstumszahlen in Hessen. Da spielt das Rhein-Main-Gebiet natürlich eine entscheidende Rolle. Es ist der Motor für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land. Wenn es in diesem Bereich stockt, dann zeigt das, dass wir im Rhein-Main-Gebiet mit der Wettbewerbsfähigkeit nicht vorangekommen sind, dass wir da Probleme haben und dass die Ziele, die Sie mit dem Ballungsraumgesetz hatten, eben nicht erreicht wurden, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Ich erkenne ausdrücklich den Zusammenschluss für die Standortmarketinggesellschaft an, den die Kommunen zusammengebracht haben. Aber dass damit die Wettbewerbsfähigkeit mit London und Paris – darunter machen Sie es nicht, es muss immer ziemlich groß sein – gegeben sei, das können wir nicht ernsthaft sagen. Leider ist das noch nicht gegeben.

Ich zitiere aus der „FAZ“ von heute. Unter der Überschrift „Vortritt für Hamburg – Rhein-Main auf der Expo Real“ heißt es in einem Artikel von Matthias Alexander:

Noch verschlungenener als in der Frankfurter Kommunalpolitik sind die Entscheidungswege in der Region. Roth röhmt zwar gerne die Zusammenarbeit über die Stadtgrenzen hinweg. Viel zu spüren ist davon auf der Expo Real nicht. Immerhin hat man sich in einer Halle zu einer „Straße“ zusammengefunden, zu einem einheitlichen Design, unter dem etwa die Städte des Ruhrgebiets antreten, hat es aber wieder nicht gereicht. Darmstadt und Wiesbaden präsentieren sich in Weiß, Frankfurt in Rot. Auch der Planungsverband Frankfurt – Rhein-Main ist mit einem eigenen Stand vertreten, die Stadt Eschborn hat es jedoch wiederum vorgezogen, sich als Partner am Frankfurter Stand zu präsentieren, wie auch die Offenbacher Hafenprojektgesellschaft. So bekommen potenzielle Investoren gleich einen treffenden Eindruck von der polyzentrischen Region. Kein Wunder also, dass es Hartmut Schwersinger, Geschäftsführer der neuen regionalen

Wirtschaftsförderung, vorgezogen hat, während der Messe auf Geschäftsreise zu gehen. Da kann er kurzfristig den Eindruck erwecken, die Region spräche mit einer Stimme.

Das ist das Problem im Rhein-Main-Gebiet, und deshalb greift Ihr Ansatz zu kurz; und Ihre Darstellung, es sei ein Erfolg des Ballungsraumgesetzes, ist falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Schauen wir uns den Bereich Verwaltungsstruktur und Bürokratie an. Ist es wirklich einfacher geworden im Rhein-Main-Gebiet? Wir haben das Regierungspräsidium, das sich um das Rhein-Main-Gebiet kümmert. Wir haben den Planungsverband, der sich um das Rhein-Main-Gebiet kümmert. Das Rhein-Main-Gebiet ist von der EU als europäische Metropolregion anerkannt. Der Zuschnitt des Ballungsraumgesetzes hat nichts mit dem Zuschnitt der europäischen Metropolregion zu tun. Wir haben als Auswirkung des Ballungsraumgesetzes zahlreiche Klubs und Zweckverbände gebildet, die alle eigene Strukturen, eigene Geschäftsführer, eigene Zuschnitte haben.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, da kann man nicht sagen, dass die Strukturen im Rhein-Main-Gebiet einfacher geworden sind. Das Gegenteil ist richtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Exemplarisch zeigt sich das – das hat Kollege Walter schon angesprochen – an Ihren Plänen zum Kulturzwangsvorband. Wenn es irgendwo offenkundig wird, dass der Zuschnitt des Ballungsraumgesetzes ungeeignet ist, dann bei Ihrem Kulturzwangsvorband. Wie wollen Sie denn Kultur im Rhein-Main-Gebiet organisieren, wenn Sie die Städte Wiesbaden und Darmstadt heraus lassen? Wie wollen Sie den anderen Kommunen erklären, dass es da eine intensive Landesförderung für die Theater gibt und dass es das in den anderen Kommunen nicht gibt? Da zeigt sich die volle Unzulänglichkeit Ihres Ballungsraumgesetzes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt mindestens einen CDU-Abgeordneten hier im Hause, der Sie auch schon aufgefordert hat, davon Abstand zu nehmen: Das ist Herr Bellino aus dem Hochtaunuskreis. Er hat in der Gemeindevertretung von Neu-Anspach gesagt, er wolle den Kulturzwangsvorband nicht.

(Norbert Schmitt (SPD): Dann haben wir ja eine Mehrheit!)

Damit ist die Mehrheit für den Kulturzwangsvorband weg. Meine Damen und Herren, das ist auch gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Ministerpräsident, Sie überspannen den Bogen bei der Kultur. Es gibt die Bereitschaft der Gemeinden, im öffentlichen Wohl zusammenzuarbeiten. Man darf dabei den Bogen aber nicht überspannen. Was Sie da machen, ist nicht einfach: Leuchttürme, wie Sie es so gerne nennen, im kulturellen Bereich zu definieren, Leuchttürme, die dann für die internationale Bedeutung des Kulturstandortes Frankfurt/Rhein-Main entscheidend werden. Nein, Sie wollen von Wiesbaden aus einen breiten Teil des kulturel-

len Angebots in der Rhein-Main-Region bestimmen. Das ist ein grundfalscher Ansatz, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn es Ihnen darum ginge, Leuchttürme in der Region zu schaffen, dann wären das drei, vier oder fünf. Wenn wir von internationaler Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Kultur reden, von Angeboten, die über die Region, die über die Grenzen des Nationalstaates hinausgehen, dann sind das drei, vier, fünf. Es ist aber eben nicht die Menge an Projekten, wie Sie es in Ihrem Konzept darstellen. Es sind zu viele, um wirklich Exzellenz zu schaffen, um wirklich Leuchttürme zu schaffen. Um die tatsächliche kulturelle Vielfalt der Region abzubilden, sind es zu wenige. Deswegen ist Ihr Ansatz an diesem Punkt völlig ungeeignet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es sollte Ihnen schon zu denken geben, wenn ausgerechnet dieser Landesregierung, die sich immer für entscheidungsstark hält und die glaubt, sie gebiert alles aus der eigenen Machtvollkommenheit der absoluten Mehrheit, als Rettung eine Mediation angeboten werden muss, um aus der völlig verfahrenen Situation, die sie im Kulturbereich herbeigeführt hat, wieder herauszukommen. Es sollte Ihnen wirklich zu denken geben, dass der Herr Ministerpräsident und der Herr Innenminister jetzt zu einem Fall für die Mediation geworden sind. Das zeigt: Dieser Ansatz trägt hinten und vorne nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Kurz vor der Couch!)

Wir haben also nach wie vor ernsthafte Probleme in der Region. Herr Innenminister, einiges hat geklappt. Ich habe das angesprochen. Aber die wesentlichen Fragen sind ungelöst. Daher finde ich es unter dem Gesichtspunkt der Evaluation – Herr Ministerpräsident Koch hatte das angesprochen – schon etwas merkwürdig, zu welchen Ergebnissen die Landesregierung bei der Evaluation kommt. Wir sind im Rhein-Main-Gebiet noch nicht mit anderen europäischen Regionen wettbewerbsfähig. Wir sind bei der Kultur noch nicht wettbewerbsfähig. Wir sind auch in vielen anderen Bereichen noch nicht wettbewerbsfähig.

Was schlägt die Landesregierung angesichts dieser Situation vor? Was ist die größte Sorge der Landesregierung angesichts dieser Situation? Die Abwahl der hauptamtlichen Wahlbeamten beim Planungsverband. Das ist die wesentliche Änderung, die die Landesregierung an ihrem Ballungsraumgesetz vorschlägt. Da kann ich nur sagen: Sie haben die Dimension und die Aufgabe, die wir in Frankfurt/Rhein-Main haben, nicht begriffen, wenn das Ihre größte Sorge ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen korrigieren Sie mit dem, was Sie vorschlagen, nur das, was Sie vor fünf Jahren verpennt haben. Sie hätten es vor fünf Jahren machen können. Sie haben schlicht und ergreifend vergessen, dass man die Regelung der Abwahl der hauptamtlichen Wahlbeamten aus der HGO auch auf den Planungsverband hätte übertragen müssen. Das korrigieren Sie jetzt. Das ist wahrlich keine sehr große Reform.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dabei hat er jetzt einen Job!)

Dann machen Sie ein Zweites: Sie schränken die Kompetenzen des Planungsverbandes weiter ein.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war ein bewusster Akt!)

Sie haben sie zum ersten Mal eingeschränkt, als Sie aus dem Umlandverband den Planungsverband gemacht haben. Sie tun es jetzt ein zweites Mal. Ich glaube, dass dieser Weg falsch ist. Sie wissen, dass auch wir nicht hundertprozentig glücklich mit dem Planungsverband sind. Unser Modell ist ein Regionalkreis mit direkt gewähltem Parlament. Aber solange wir diesen Zustand nicht haben, fänden wir es richtig, den Planungsverband in einer Motorrolle, in der Rolle des Impulsgebers zu belassen. Deshalb halten wir die zweite Änderung, die Sie vorschlagen, nämlich dass Sie die Rolle des Planungsverbandes zurückstutzen, für falsch. Sie brauchen, wenn Sie die Region organisieren wollen, auch einen regionalen Player. Bei allen Unzulänglichkeiten, die er hat, ist das der Planungsverband. Deshalb ist es falsch, dass Sie ihm diese Rolle mit dem Gesetz nehmen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie machen den Planungsverband zu einem Rumpfverband. Sie konzentrieren ihn auf die regionale Flächennutzungsplanung. Das ist sicherlich eine wichtige Aufgabe. Aber wir kommen in der Frage, wie wir die Region organisieren, nicht weiter, weil Sie einen Impulsgeber wegnnehmen.

Ich habe es zu Beginn meiner Rede gesagt, ich will es auch am Ende meiner Rede sagen: Das Gegenmodell liegt auf dem Tisch. Es ist nicht von heute auf morgen zu realisieren. Das behaupten wir GRÜNEN nicht, und, soweit ich weiß, behaupten es auch die Freunde von den Sozialdemokraten nicht.

(Rudi Haselbach (CDU): 2040!)

– Herr Haselbach, das alternative Modell könnte früher als 2040 greifen. Wir sind ein bisschen fixer als Sie. – In dem Regionalkreis gingen die bisherigen Landkreise, Teile des Regierungspräsidiums und der Planungsverband auf. Das bedeutete auf jeden Fall deutlich weniger Verwaltung und deutlich weniger Bürokratie sowie klarere Entscheidungsstrukturen im Rhein-Main-Gebiet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Wagner, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Ministerpräsident, die Debatte über den Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung müssen wir dann führen. Wir sagen in der Tat, wir können uns perspektivisch vorstellen, die Kompetenzen der Landkreise zum einen Teil auf die Kommunen zurückzuverlagern und zum anderen Teil regional zu organisieren.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Die Zeit ist zu Ende: 13 Minuten.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der letzte Satz. – Ich glaube, dass das ein Modell ist, über das man mit den Kommunen sehr gut sprechen könnte. Herr Ministerpräsident, über Ihr Konzept will, ehrlich gesagt, niemand mehr von den GRÜNEN reden.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Haselbach das Wort.

Rudi Haselbach (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ganze Diskussion kommt mir etwas gespenstig vor, weil man sich offensichtlich nicht gerne daran erinnert, warum das Ballungsräumungsgesetz der Vorgängerregierung im Jahr 2000 überhaupt erforderlich gewesen ist. Damals hatte der Umlandverband Frankfurt bei den Trägeraufgaben im wahrsten Sinne des Wortes Schiffbruch erlitten – um Ihre Worte zu verwenden, Kollege Walter. Er hatte tatsächlich Schiffbruch erlitten. Es gab große Einigkeit, dass es so nicht weitergeht. Es hat deshalb nicht funktioniert, weil 43 Gemeinden zwangsverpflichtet waren, Trägeraufgaben wie die Abfallentsorgung völlig unabhängig von ihrer Struktur einheitlich durch den Umlandverband Frankfurt regeln zu lassen. Das war der große Nachteil. Deshalb mussten wir dieses Gesetz schaffen. Wir haben die Trägeraufgaben in den freiwilligen Bereich hingenommen. Lediglich die Planungsaufgaben mit dem Aperçu des regionalen Flächennutzungsplanes, der in Deutschland ziemlich einmalig sein wird, haben wir aufgenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, das muss man einmal zur Vorgeschichte sagen. Dass wir gleichzeitig den Geltungsbereich von 43 auf 75 Kommunen erweitert haben, ist eine stolze Leistung, die diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen bewältigt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, schon damals war die Rede davon, man müsse die Landkreise einfach abschaffen, man könne doch Regionalkreise schaffen, und damit sei das ganze Problem erledigt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Abschaffung von Landkreisen ohne jeden Zweifel eine Steigerung des Zwangs gegenüber etwa einer Dringlichkeitserklärung darstellt,

(Jürgen Walter (SPD): Gegenüber wem?)

darüber brauchen wir doch überhaupt nicht zu diskutieren, Kollege Walter. Das ist doch dummes Zeug.

(Beifall des Abg. Frank Gotthardt (CDU) und des Ministers Volker Bouffier – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Man kann doch nicht sagen: „Wir sind gegen Zwang“, aber selbst Vorschläge machen, die ausschließlich aus Zwang bestehen. Das wäre eine Vergewaltigung der Landkreise.

(Jürgen Walter (SPD): Nein, die sind dann nicht mehr da!)

Das wäre eine ganz eindeutige Bevormundung bestehender Struktur in der kommunalen Familie, Kollege Walter.

(Jürgen Walter (SPD): Die sind dann weg! – Norbert Schmitt (SPD): Jetzt reden Sie dummes Zeug!)

Vielleicht wird das einmal im Jahr 2040 realisiert werden. Ich habe berechtigte Zweifel, dass Sie dann immer noch Vorsitzender der SPD-Fraktion sein werden.

(Norbert Schmitt und Gerhard Bökel (SPD): Das stimmt!)

Man weiß es nicht. Altersbeschränkungen gibt es da keine. – Aber ich gehe davon aus, es wird so nicht zum Tragen kommen. Es wäre ganz eindeutig gegen den Willen der Landkreise. Außerdem wäre es ein zentralistischer Ansatz. Bei der SPD verstehe ich das noch. Vor allem der Zentralismus ist gewissermaßen mit der Muttermilch entwickelt worden.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Jürgen Walter (SPD): Das ist doch völlig falsch!)

Dass die GRÜNEN das aber auch nachbeten, finde ich schon sehr bemerkenswert.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt kommt das „Dummes Zeug!“ zurück!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Übrigen würde sich ein Regionalkreis ganz vehement gegen das so genannte Subsidiaritätsprinzip richten, dem wir uns sehr verpflichtet fühlen. In der einen oder anderen Wahlkampfrede tun Sie das zwar auch, meinen es aber offensichtlich nicht so. Deshalb kann Ihrem Vorschlag unter gar keinen Umständen gefolgt werden.

Heute stellt sich lediglich die Frage der Verlängerung der Geltungsdauer dieses wichtigen und guten Gesetzes mit geringfügigen Änderungen. Es stellt sich also die Frage: Brauchen wir dieses Gesetz? Selbstverständlich wird das Gesetz gebraucht, z. B. als Grundlage für die Arbeit des Planungsverbands Frankfurt. Anders ist es nicht denkbar, dass er weiterhin bestünde. Sie wissen, dass sich Art. 2 des Gesetzes mit dem Planungsverband beschäftigt.

In Kürze erwarten wir den Entwurf eines regionalen Flächennutzungsplans. Es wird Sie vielleicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass aus Nordrhein-Westfalen, aus Niedersachsen und aus anderen Ländern bereits Anfragen vorliegen, die sich sehr intensiv mit dem befassen wollen, was der Planungsverband zustande bringt. Da der Planungsverband schon als Umlandverband Frankfurt eine ganz tolle Planungsarbeit geleistet hat, können Sie davon ausgehen, dass sich die Qualität der Arbeit eher noch verbessert hat.

Es ist ganz selbstverständlich, dass wir wollen, dass der Planungsverband plant – und zwar nur plant. Für alle anderen Aufgaben bleibt überhaupt kein Raum, sonst hätten wir den Umlandverband Frankfurt so belassen können, wie er war, der sich aber, das wissen wir doch alle, nicht bewährt hat.

Ich halte es für ganz schwierig, zu akzeptieren, Kollege Walter, dass man eine Dringlichkeitserklärung, wie in dem Gesetz vorgesehen, zurücknimmt. Sie mögen das anders sehen. Sie mögen das als einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung beschreiben. Das ist es aber nicht.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist es sehr wohl!)

Es ist schade, dass man einem Juristen erklären muss, dass die kommunale Selbstverwaltung ihre Grenzen an den gesetzlichen Bestimmungen findet. Lesen Sie das doch einfach einmal im Grundgesetz nach. Dann wüssten Sie das. Wenn in einem Gesetz eine gewisse Einschränkung vorgegeben ist, dann ist es doch ganz eindeutig so, dass eine solche Einschränkung nicht gegen den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung verstößt.

(Norbert Schmitt (SPD): Wenn Sie so weiterreden, beantragen wir eine Verlängerung der Redezeit!)

Im Übrigen darf man festhalten, dass Art. 1 des Gesetzes vollumfänglich vom Staatsgerichtshof bestätigt worden ist. Wenn Sie hier mit Ihren Pläritüden daherkommen und sagen, es handele sich um einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung,

(Norbert Schmitt (SPD): Das sagt der Richtige! – Weitere Zurufe von der SPD)

dann könnten Sie auch sagen, jedes Steuergesetz sei ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Sie merken doch selber, dass Sie hier auf dem falschen Dampfer sind, wenn Sie die kommunale Ebene völlig aufheben wollen und gleichzeitig davon reden, hier gebe es böse Buben, die am Werk seien und die kommunale Selbstverwaltung ausöhnen wollten.

(Norbert Schmitt (SPD): So platt, wie Sie argumentieren, dagegen ist selbst ein Maulwurfshügel eine große Erhebung!)

Sie wissen doch selbst, dass da irgendetwas nicht in Ordnung ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Dringlichkeitserklärung mit Blick auf eine kulturelle Zusammenarbeit erfolgt ist, ist doch ein richtiger, wie ich denke, von uns allen gewollter Schritt. Sie als Opposition argumentieren mit den Gutachten, in denen ganz nüchtern aufgeführt ist, das Umland nutze diese Einrichtungen zu 30 %. Das mache in etwa 60 Millionen € aus, und das mache für Mörfelden-Walldorf 570.000 € und für die Stadt Offenbach zwischen 3 und 4 Millionen € im Jahr aus. Das ist in hohem Maße unredlich. Es ist lediglich eine Beschreibung, wie das Nutzungsverhältnis und das Entgeltverhältnis derzeit sind, sonst gar nichts.

Ich sage dazu Folgendes. Erstens. Es gibt keinen Kulturzwangsverband. Zweitens. Nicht nur der Kollege Bellino, sondern wir alle wollen keinen Kulturzwangsverband. Die Einrichtung eines Kulturzwangsverbandes können wir sehr einfach dadurch verhindern, dass sich die Gemeinden, wie in anderen Fällen bereits geschehen, auf den Weg machen und zu einer freiwilligen kommunalen Zusammenarbeit kommen.

(Beifall bei der CDU)

Diese freiwillige kommunale Zusammenarbeit mag ganz anders aussehen als das, was in den Gutachten steht. Möglicherweise werden die Einrichtungen nur zu 20 % genutzt; ich weiß es nicht. Es wird Aufgabe der Landesregierung sein, nachdem sie jetzt eine Frist ins Laufen gebracht hat, nach einem Jahr festzustellen, ob das, was die Kommunen freiwillig machen wollen, genügend ist für das, was die Landesregierung für erforderlich hält, oder nicht. Ich denke, das war erstens ein mutiger Schritt der Landesregierung, zweitens ist es aber ganz wichtig, dass wir Vertrauen in die Kommunen setzen, dass wir sagen: Ihr könnt das, wenn ihr wollt. Schafft etwas Gescheites, dann bleibt euch ein Pflichtverband erspart. – Ich denke, das ist eine

Möglichkeit, Politik zu gestalten. Ich betone, Politik muss gestalten.

Wir werden den Gesetzentwurf der Landesregierung vollumfänglich unterstützen. Ich vermute, es wird eine Anhörung dazu geben, die morgen in der Mittagspause beschlossen wird. Am Ende wird es viel Arbeit für die Kommunen im Rhein-Main-Raum geben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, das Thema treibt uns um. Es gibt zwei Wortmeldungen zu Kurzinterventionen. Danach wird Herr Hahn reden. Wir drei im Präsidium drohen Ihnen an, dass wir die Mittagspause verkürzen. Drüben warten ein paar Menschen auf uns. Ich bitte, das zu beachten.

Herr Kaufmann, Sie haben das Wort zu einer Kurzintervention.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sicherlich knurrt der Magen, und andere warten auf uns. Das, was der Kollege Haselbach hier abgelassen hat, zwingt aber einfach dazu, zu widersprechen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

So viel Unsinn vor der Mittagspause lässt sich nicht unkommentiert ertragen. Ich muss mich auf wenige Punkte konzentrieren, schon wegen der Redezeit.

Herr Kollege Haselbach, wenn Sie sich hierhin stellen und erklären, es werde keinen Kulturzwangsverband geben, dann interpretiere ich das als eine Ankündigung, dass Sie unserem Antrag zustimmen werden. Unser Antrag fordert nämlich genau dieses.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn dem aber nicht so sein sollte, wie ich Ihrer Handbewegung entnehme, Herr Haselbach, dann haben Sie hiermit erklärt, dass die Landesregierung ein Papiertiger ist. Sie haben nämlich erklärt, es werde keinen Zwangsverband geben, obwohl die Landesregierung genau damit mittels einer Dringlichkeitserklärung gedroht hat. Sie hat nämlich gesagt, wenn innerhalb des Jahres nichts passiere, dann komme der Zwangsverband. Darüber diskutieren doch alle. Wenn Sie aber sagen, der Zwangsverband kommt nicht – der Herr Ministerpräsident sagt es etwas feinsinniger, er sagt, er wolle ihn nicht –, dann haben wir hier eine Mischung von Leuten, die ihn nicht wollen, der Ankündigung, dass er nicht kommt, und der Tatsache, dass Sie alle dafür gesorgt haben, dass er angedroht wurde.

Herr Haselbach, Ihre Anmerkung zu den Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung ist zutreffend. Die kommunale Selbstverwaltung hat aber Verfassungsrang. Es hat auch schon Entscheidungen von Verfassungsgerichten gegeben, die Gesetze aufgehoben haben, die die kommunale Selbstverwaltung verletzt hätten. Hier mit gesetzlichen Bestimmungen zu kommen ist deshalb kein Argument.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zu dem entscheidenden Argument, das Herr Haselbach gegen die Vorstellungen der GRÜNEN und auch der SPD ins Feld führt, sprich: gegen den Regionalkreis. Herr Haselbach hat gesagt, dann wären die Kreise weg, und er nennt das einen viel größeren Zwang. Sie haben überhaupt nicht verstanden, Herr Haselbach, und auch andere in Ihrer Fraktion haben es offensichtlich nicht verstanden, dass es primär nicht um die Organisationsform, sondern darum geht, dass der Wille des Volkes zur Wirksamkeit gelangt.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Regionale Probleme müssen regional gelöst werden – mittels der Organisationsform Regionalkreis mit einem direkt gewählten Parlament. Das ist das Entscheidende, nicht die Frage, ob sich eine Institution hält. Institutionen müssen nämlich den Menschen dienen, nicht umgekehrt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege Walter, Sie haben das Wort zu einer Kurzintervention.

Jürgen Walter (SPD):

Frau Präsidentin! Lieber Kollege Haselbach, das war mir jetzt verfassungs- und verwaltungsjuristisch tatsächlich ein bisschen zu sophisticated. Das habe ich nicht ganz verstanden.

Ich erkläre Ihnen in einfachen Worten, was Ihre Dringlichkeitserklärung im Zusammenhang mit der Freiwilligkeit bedeutet. Sie müssen es sich so vorstellen, dass sich die Landesregierung und die kommunale Ebene gegenüberstehen. Die Landesregierung hat eine geladene Pistole, setzt sie der kommunalen Ebene auf die Brust und sagt: Gib mir dein Geld. – Wenn die Kommunen der Landesregierung das Geld geben, dann empfindet die Landesregierung das als eine „freiwillige“ Leistung. Wenn das nicht geschieht und das Jahr abgelaufen ist, dann drückt die Landesregierung ab und nimmt sich das Geld von dem Opfer, den Kommunen. Das ist das Bild, das wir bei der Dringlichkeitserklärung der Landesregierung vor Augen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten das Gutachten Pfäffli nicht so weit herunterreden, auch wenn ich verstehe, dass Sie das tun. Ein Blick in die Dringlichkeitserklärung des Innenministerium zeigt – die haben Sie wahrscheinlich noch nicht gelesen, Herr Haselbach –: Die Dringlichkeitserklärung ist relativ detailliert formuliert, und das muss nach dem Gesetz auch so gemacht werden. Da wird auf das Pfäffli-Gutachten Bezug genommen. Wenn das Jahr abläuft und die kommunale Ebene nicht zu einer Regelung findet, steht relativ genau fest, was dann geschehen wird, weil die Landesregierung nach dem Ballungsraumgesetz verpflichtet ist, vorher zu sagen, was ungefähr passiert. Man muss also nur in die Dringlichkeitserklärung schauen.

Der letzte Punkt richtet sich in erster Linie an Sie, Herr Ministerpräsident. Mit der Darstellung: „Wenn wir die geladene Pistole den Kommunen nicht auf die Brust setzen, dann passiert nichts“, zeichnen Sie ein Bild vaterlandsloser Kommunalpolitiker. Ich sage Ihnen: Sie unterschätzen die Kommunalpolitiker in unserer Region.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, es sind die Kommunalpolitiker aus Ihrer und aus meiner Partei, die für die Kommunen Verantwortung tragen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege Haselbach, Sie wollen nicht antworten?

(Rudi Haselbach (CDU): Nein! – Zurufe)

– Er darf, aber er muss nicht. Das ist ein Unterschied. – Als nächster Redner hat Herr Hahn für die FDP-Fraktion das Wort.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache mir keinen Vorwurf, weil ich jetzt Ihre Mittagspause und die Einladung der „Frankfurter Rundschau“ etwas durcheinander bringe. Ich glaube, es gehört sich, dass jede Fraktion in diesem Hause zu diesem richtig wichtig gewordenen Punkt – das war zunächst nicht erkennbar – ausführlich Stellung nehmen kann.

Ich greife zunächst das auf, was Jürgen Walter gesagt hat: Wir beschäftigen uns heute mit dem Thema, weil die Landesregierung den Auftrag hat, das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main vom 19. Dezember 2000 zu evaluieren. Evaluieren heißt in unseren Augen, das Gesetz daraufhin zu prüfen, was sinnvoll ist und was nicht. Wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass etwas nicht mehr sinnvoll ist, wird es gestrichen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sozusagen zur Entkrampfung der Situation darf ich Ihnen jetzt etwas vorlesen. Herr Innenminister, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir kurz zuhören könnten. In § 4 Abs. 5 – Rat der Region – des gültigen Gesetzes steht:

Den Vorsitz für die Dauer der ersten Wahlzeit hat die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main. Der Rat der Region wählt für die Dauer der Wahlzeit nach Abs. 4 die stellvertretende Vorsitzende ...

Wenn dieses Gesetz ordentlich evaluiert worden wäre, hätte man feststellen müssen, dass das bereits erledigt ist. Deshalb ist das schlicht und ergreifend zu streichen.

(Beifall bei der FDP)

Ich empfehle also der Landesregierung, den Passus, in dem steht, dass Frau Roth vor vier Jahren Chefin geworden ist, einfach aus dem Gesetz herauszunehmen.

Einerseits sage ich das mit einem belustigten Unterton. Andererseits fragt man sich, ob die Evaluierung wirklich präzise durchgeführt wurde; denn es springt einem ja ins Auge, dass diese Formulierung nicht dorthin gehört.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich für die FDP-Fraktion dieser Legislaturperiode, aber auch für die der vorherigen sagen, dass wir weiterhin voll und ganz hinter der Zielsetzung dieses von uns mit verabschiedeten Gesetzes stehen. Zu glauben, dass die Männer und Frauen aller hier im Parlament vertretenen Parteien – die Sie, Herr Kollege Walter, eben als „vaterlandslose Kommunalpolitiker“ bezeichnet haben – in der Lage waren, die Region Rhein-Main eigenständig und selbstverantwortlich zu organisieren, ist eine Schimäre, die offensichtlich umso größer wird, je länger das schon zurückliegt.

Sie hatten, mit einem demokratisch legitimierten Parlament im Umlandverband, 20 Jahre lang Zeit. Sie haben es aber nicht gemacht. Sie haben diese Aufgabe schlicht nicht erfüllt. Jeder von uns in diesem Raum, der ein bisschen Ahnung vom Rhein-Main-Gebiet hat und nicht nur weiß, dass Eintracht Frankfurt dort manchmal in der ersten, manchmal in der zweiten Bundesliga spielt, begreift auch, woran das liegt.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Weitere Zurufe)

– Ich habe jetzt nicht über Kickers Offenbach geredet. Die Darmstädter habe ich auch nicht erwähnt, weil man nie genau weiß, wo die spielen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Es liegt daran, dass sich die Kommunalpolitiker nicht einig waren. Jeder hat zwar einmal kurz über den eigenen Gartenzaun geschaut, war aber nicht bereit, zusammen mit einem anderen ein Gärtchen zu bepflanzen.

(Beifall bei der FDP)

Das war der Grund, warum das Umlandgesetz abzuschaffen und der Umlandverband aufzulösen war. In allen Lesungen in diesem Hause haben wir das immer wieder gesagt. Wir haben ein neues Modell entwickelt, das im Dezember 2000 in der „FAZ“ in den ersten Umrissen publiziert wurde – damals noch unter den Namen Roland Koch und Ruth Wagner.

Ich habe bereits in der letzten Legislaturperiode für die FDP-Fraktion mehrfach gesagt – ich habe nie von „vaterlandslosen Kommunalpolitikern“ gesprochen, wie Sie, Herr Walter, es eben getan haben –, dass man Zuckerbrot und Peitsche kombinieren muss. Das ist das System, das hinter dem Ballungsraumgesetz steht. „Zuckerbrot“ heißt: Wir sagen euch jetzt, was aus Landessicht bei euch zu organisieren ist. Bitte organisiert das selbst.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Ihr kriegt auch noch Geld dafür!)

– Ihr kriegt auch noch Geld. – Wenn ihr das nicht in einem gewissen Rahmen macht, kommt die Peitsche. „Peitsche“ heißt: Wenn ihr das auf der kommunalen Ebene nicht selbst machen wollt, weil ihr kaum über euren eigenen Gartenzaun hinausschaut usw., muss die Landesregierung weitere Schritte einleiten; denn so ist das Gesetz aufgebaut.

Wenn sich also jemand hierhin stellt und Krokodilstränen darüber vergießt, dass die Landesregierung in mehreren Punkten – teilweise noch mit der Beteiligung von Dieter Posch und Ruth Wagner – dem Zuckerbrot die Peitsche hinzugefügt hat, sage ich: Das ist erstens gesetzeskonform und zweitens auch klug.

(Beifall bei der FDP)

Die Frage ist, ob das immer klug ist. Dazu komme ich gleich. Hier ist ein paarmal der Name Schwesinger gefallen. Ich kann mich erinnern, dass die Diskussionslage bei diesem Thema gerade andersherum war. Die Frankfurter waren relativ schnell bereit, eine Organisation für das weltweite Standortmarketing zu schaffen. Es waren die Fürsten – die Landräte und Vizelandräte; ich kenne den einen oder anderen persönlich relativ gut –, die, als sie den Namen Schwesinger gehört haben, sofort erklärt haben: Das kann aber nicht sein, das ist ein Frankfurter.

Ich kann mich an den Neujahrsempfang der IHK erinnern. Ich stand mit zwei Landräten und zwei Vizelandräten zusammen und habe gesagt: Jetzt kommt doch bitte in die Puschen. Begleitet den hinaus in die Welt. Dann könnt ihr sehen, dass er es kann. Er kann die ganze Region vertreten. – Daraufhin wurde mir gesagt: Das kann doch nicht sein, das ist ein Frankfurter.

Liebe Freunde, die ihr euch um das Thema kümmert: Es musste eine Organisationsstruktur gefunden werden, weil das Land ein vitales Interesse daran hat, dass es mit dem Rhein-Main-Gebiet weiterhin aufwärts geht, sowohl wirtschaftlich und kulturell als auch in anderer Hinsicht.

Das ist das System. Deshalb ist es vollkommen richtig, wenn der Herr Ministerpräsident darauf hinweist, dass es die berühmte Standortmarketinggesellschaft und die Einigung zwischen den Kommunen und der Stadt Frankfurt nicht gegeben hätte, wenn das Ballungsraumgesetz nicht so, wie es vorgesehen war, verabschiedet und umgesetzt worden wäre.

(Beifall bei der FDP)

Nächste Bemerkung. Sie haben jetzt zwei oder drei Änderungen in den Gesetzentwurf geschrieben. Volker Bouffier hat sie eben für die Landesregierung vorgetragen. Da die Redezeit relativ begrenzt ist und ich Ihnen etwas zum Kulturzweckverband – oder „Kulturzwangerverband“ – sagen möchte, will ich ankündigen, dass wir Liberalen noch einige andere Änderungsvorschläge haben.

Uns geht die Eingrenzung der Aufgaben des Planungsverbands nicht weit genug. Warum darf er sich eigentlich noch beratend mit Sachen beschäftigen, wenn wir nicht wollen, dass er dies macht? Bisher standen ihm dafür sogar noch Geld und Personal zur Verfügung. Wir müssen uns überlegen, dass all dies von den Mitgliedskommunen bezahlt wird. Ich verstehe sowieso nicht, dass die Politiker in den Mitgliedskommunen bereit sind, so viel Geld an den Planungsverband zu zahlen, wohl wissend, dass er eigentlich nur die Aufgabe hat, die regionalisierte Flächennutzungsplanung durchzuführen. Aber das ist ein Thema für die Stadtverordneten in Frankfurt und anderswo.

(Beifall bei der FDP)

Wir möchten den Finger auf die Wunde legen. Auch wünschen wir uns ein anderes System der Vertretung. Es kann nicht sein, dass eine Person zwölf Stimmen hat. Damit mich jeder richtig versteht: Es geht nicht um das, was dort geschehen ist. Es geht um mehr Demokratie. Nach unserer Auffassung fehlt das bisher im Planungsverband. Ob die Wahlzeit so oder so organisiert wird, ist mir relativ egal. Als einer der Väter des Gesetzes bekenne ich aber, dass wir uns zumindest zum damaligen Zeitpunkt keine Gedanken über die Abwahl gemacht haben, weil wir alle glaubten, dass die HGO anwendbar ist.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die hahnsche Gesetzgebung!)

Das gleiche Problem hatten wir vor einigen Monaten beim Landeswohlfahrtsverband. Auch da haben wir gedacht, dass die HGO und die HKO anwendbar seien. Das war aber nicht der Fall. Das kommt eben davon, wenn man Sondergesetze macht. Man vergisst, dass es auch Generalgesetze gibt.

Lassen Sie mich noch eines sagen. Wenn die Sozialdemokraten und die GRÜNEN den Menschen zu erklären versuchen, ein Regionalkreis sei die Lösung des Problems, sage ich erstens, dass sie sich irren, und zweitens, dass sie damit das Rhein-Main-Gebiet entdemokratisieren.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ganz einfach zu erklären. Wenn Sie sechs oder sieben Landkreise – da gibt es verschiedene Modelle – zu einem Regionalkreis zusammenfassen, schaffen Sie 7 mal 81 Kommunalparlamentarier schlicht und ergreifend ab. Das ist keine Politik, die die FDP vor Ort haben möchte.

(Beifall bei der FDP)

Die letzte Bemerkung betrifft den Kulturvertrag. Nicola Beer hat das für die FDP-Fraktion vor einigen Monaten von diesem Pult aus in einer sehr dezidierten Rede deutlich gemacht: Wir empfanden es nicht als richtig, dass die Dringlichkeitserklärung zum damaligen Zeitpunkt – es war vor der Sommerpause – abgegeben wurde. Wir haben schon zum damaligen Zeitpunkt gesehen, dass es in den Kommunen Bemühungen gibt, eine eigenständige Lösung zu finden. Wir meinen, dass die Gutachten, die als Grundlage zur Verfügung gestellt worden sind, die Kulturpolitik und die Ziele der Kulturpolitik im Rhein-Main-Gebiet nicht richtig beschreiben.

Nun ist die Dringlichkeitserklärung aber abgegeben worden. Deshalb ist es in unseren Augen völlig unlogisch – um in diesem Plenum kein zu rügendes Wort in den Mund zu nehmen –, dass wir jetzt dafür stimmen sollten, diese Erklärung zurückzunehmen. Das ist der falsche Weg.

Der richtige Weg ist – das ist der Antrag der Sozialdemokraten, dem wir auch zustimmen werden –, dass die Entscheidung der CDU/FDP-Gruppe im Rat der Region unterstützt wird. Die Kommunalpolitiker haben genau das Richtige getan. Sie haben formal, aber auch inhaltlich auf das reagiert, was die Landesregierung mit der Dringlichkeitserklärung begonnen hat. Sie haben zum einen Widerspruch eingelegt – mit den rechtlich bekannten Folgen. Zum anderen haben sie damit deutlich gemacht, dass sie bereit sind, in eine Diskussion über die Neuorganisation der Kultur im Rhein-Main-Gebiet einzutreten.

Nun weiß jeder von Ihnen – Nicola Beer hat es hier sehr ausdrücklich gesagt –, dass wir gegen einen „Zwangsvorstand Kultur“ sind. Einerseits überfordert er die die Kommunen hinsichtlich ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit – lieber Rudi Haselbach, darin bin ich anderer Auffassung als Sie –, andererseits missachtet er das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Das Selbstverwaltungsrecht wirkt nicht formal, sondern über die Finanzen. Wenn nämlich das gemacht werden soll, was beabsichtigt ist und auch dem Gutachten zugrunde liegt, sind die Kommunen mit ihrem Geld nicht mehr dort unterwegs, wo sie unterwegs sein wollen, sondern sie geben alles an den Zwangsvorstand ab.

Zufälligerweise habe ich gestern eine Zahl aus dem Landkreis des Ministerpräsidenten bekommen: Immerhin werden den Städten und Gemeinden des Main-Taunus-Kreis-

ses 2,5 Millionen € abgeknöpft, die in den Zwangsvorstand gehen sollen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das kann nicht richtig sein, und deshalb ist die FDP gegen diesen Zwangsvorstand.

(Beifall bei der FDP)

Wir finden, Freiwilligkeit ist eine Voraussetzung dafür. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung, dass die Kommunalpolitiker – hier sitzt doch eine Reihe von Kommunalpolitikern aus dem Rhein-Main-Gebiet – jetzt hier nicht nur aus landespolitischer Sicht Reden halten, sondern bitte auch in ihren Kreistagen und ihren Stadtverordnetenversammlungen aus ihrer kommunalen Verantwortung heraus handeln sollen. Setzt euch zusammen.

Es gibt schon ein Modell der Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main GmbH, die nach unserer Auffassung der Motor und der Transportriemen sein kann, um die Kultur zu organisieren. Natürlich müssen Finanzströme neu organisiert werden. Aber eines muss doch jedem Landespolitiker klar sein: Ohne eine erhebliche finanzielle Beteiligung des Landes Hessen, ohne eine Gleichstellung der Frankfurter im Zusammenhang mit den Finanzzahlungen an Darmstadt, Gießen, Kassel und Wiesbaden wird es eine Lösung dieses Problems nicht geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb zum Abschluss zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung: Er ist ein bisschen schnell gemacht. Ich habe es an dem Beispiel bewiesen, dass dort noch ein Paragraph enthalten bleibt, der nie mehr Anwendung finden kann. Er ist in einigen Punkten etwas zaghaft – nach unserer Auffassung soll der Planungsverband vollständig der Aufgaben entledigt werden, die er bisher wahrnimmt; er soll ausschließlich die regionalisierte Flächennutzungsplanung durchführen. Wir sind gegen ein SPD- oder GRÜNEN-Modell des Regionalkreises, denn das ist eine Entdemokratisierung des Rhein-Main-Gebietes.

Bei der Kultur sagen wir: Jawohl, es muss eine Zusammenarbeit geben, aber nicht im Wege des Zwangs. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, nun liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen. – Herr Kahl, zur Geschäftsordnung.

Reinhard Kahl (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der SPD-Fraktion beantrage ich, dass über unseren Entschließungsantrag Drucks. 16/4524 in nemtlicher Abstimmung entschieden wird, damit wir den Kolleginnen und Kollegen aus der CDU die Möglichkeit geben, ihr Abstimmungsverhalten zwischen Landtagsabgeordneten und kommunalen Mandatsträgern richtig zu koordinieren.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, keine Aufregung. Der Antrag ist gestellt. Ihm muss gefolgt werden.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, je länger Sie hier sitzen, desto später kommen Sie in die Mittagspause. Das ist auch gegenüber den Kollegen ungastlich.

Zunächst zu Tagesordnungspunkt 6: Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main und des Gesetzes über den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, Drucks. 16/4509. Er wird an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und den Innenausschuss überwiesen, federführend der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

(Frank Gotthardt (CDU) und Reinhard Kahl (SPD): Nein, Federführung Innenausschuss!)

– Okay, gut, in Ordnung, also Federführung Innenausschuss.

Dann zu Tagesordnungspunkt 36: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ablehnung des Kulturzwangsverbands, Drucks. 16/4519. Darüber soll sofort abgestimmt werden.

Wer diesem Antrag seine Stimme gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD abgelehnt.

Dann kommen wir zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Unterstützung der Kommunen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, Drucks. 16/4524. Über diesen Antrag wird namentlich abgestimmt. Ich bitte um Aufruf.

(Namensaufruf – Abstimmungsliste siehe Anlage)

Meine Damen und Herren, ich sage jetzt schon: Die Mittagspause wird um 14.30 Uhr beendet sein. Dann tagen wir weiter. Wir müssen unser Arbeitspensum erledigen.

Meine Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis lautet: 52 Stimmen haben für diesen Entschließungsantrag der SPD gestimmt, 55 dagegen. Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 41 auf: Antrag der SPD-Fraktion betreffend Rücknahme der Dringlichkeitserklärung Kultur, Drucks. 16/4525.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung von 13.37 bis 14.34 Uhr)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung am heutigen Nachmittag. Verabredungsgemäß kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 43**:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend Modernisierung und Konsolidierung – Hessen auf einem guten Weg in die Zukunft – Drucks. 16/4527 –

Dieser Antrag wird gemeinsam aufgerufen mit **Tagesordnungspunkt 37**:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Hessen steigt weiter ab – Drucks. 16/4520 –

(Frank Gotthardt (CDU): Er wird für unzulässig erklärt!)

Für die CDU-Fraktion hat sich ihr Vorsitzender, Herr Dr. Jung, zu Wort gemeldet. Herr Dr. Jung, die Redezeit beträgt 15 Minuten.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der verteidigungspolitische Sprecher!)

Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach zweieinhalb Jahren ihrer Regierungszeit mit einer absoluten Mehrheit der CDU-Landtagsfraktion, der stärksten Fraktion, die es je in diesem Hause geben hat

(Beifall bei der CDU)

– wenn ich in diesen Saal schaue, sehe ich, dass die Dominanz noch größer ist –, können wir feststellen: Hessen ist auf einem guten Weg. Wir sind einen entscheidenden Schritt vorangekommen, unser Land nach vorne zu bringen.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Das habe ich schon einmal gehört, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Kahl, die Wende haben – das ist wahr – 1999 CDU und FDP gemeinsam eingeleitet.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja, abwärts!)

Aber wir haben 2003 die absolute Mehrheit bekommen und haben die erfolgreiche Politik mit der absoluten Mehrheit der CDU fortgesetzt

(Reinhard Kahl (SPD): Weiter abwärts!)

und Hessen weiterhin in der Spitzenposition der Bundesländer platziert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Kahl, ich habe manchmal den Eindruck, die Opposition kritisiert – das ist ihre Aufgabe –, macht aber teilweise auch destruktive Politik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kennen Sie doch, Herr Kollege!)

Sie kritisiert die Arbeitslosigkeit. Doch wer hier antritt und Zahlen zur Arbeitslosigkeit kritisiert, aber zur gleichen Zeit Perspektiven für Arbeit wie beispielsweise am Frankfurter Flughafen mit einer Perspektive von 100.000 Arbeitsplätzen beanstandet,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Millionen!)

ist – auch in seiner Rolle als Opposition – unglaublich.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Wie bitte?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erfüllen unser Regierungsprogramm Stück für Stück nach dem Motto – anders, als das bei Rot-Grün war, Herr Al-Wazir –: Versprochen und gehalten.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen nach der Wahl das um, was wir vor der Wahl gesagt haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kann man so realitätsfern sein?)

Deshalb ist Hessen in der Spitzengruppe und baut seine Position weiterhin aus.

Meine Damen und Herren, ich will etwas zu den zentralen Feldern der Politik sagen, zunächst zur Bildungspolitik. Ich glaube, es ist unbestritten, dass das ein zentrales Thema für die Zukunft unseres Landes ist. Wenn wir uns das einmal vor Augen führen, können wir festhalten: Zum Ersten ist in diesem Land noch nie so viel Geld in die Bildungspolitik investiert worden wie unter unserer Führung und unserer absoluten Mehrheit.

(Beifall bei der CDU)

Zum Zweiten gab es noch nie eine derart hohe Anzahl von Unterrichtsstunden in den hessischen Schulen wie unter unserer Verantwortung. 1.210.000 Lehrerstunden werden an unseren Schulen erteilt. Als wir angetreten sind – das muss man immer wieder in Erinnerung rufen –, sind pro Woche 100.000 Unterrichtsstunden ausgefallen. Das haben wir beseitigt. Wir haben die Unterrichtsgarantie erfüllt, die Kinder erhalten wieder ihren Unterricht. Hier haben wir unsere Verantwortung entsprechend umgesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man den ruhigen Unterrichtsbeginn in diesem Jahr sieht, werden wir zusätzlich bestätigt. Aber man kann einen weiteren Punkt hinzufügen. Wir haben jetzt die Unterrichtsgarantie Plus für eine verlässliche Schule umgesetzt und auf den Weg gebracht; die Kultusministerin hat das in der letzten Woche vorgestellt. Das heißt, wir werden dafür sorgen, dass der Unterricht auch dann, wenn er wegen Krankheit oder aus einem anderen Grund ausfallen würde, abgedeckt wird, indem die Schulen in eigener Verantwortung dafür sorgen, dass Unterricht nicht mehr ausfällt. Das ist ein zusätzlicher Punkt, den die hessische CDU mit ihrer Regierung umgesetzt hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt von der Unterrichtsgarantie den Schritt zur Qualitätsgarantie getan. Wir haben das Gesetz zur Qualitätssicherung in hessischen Schulen in diesem Parlament mit unserer Mehrheit verabschiedet. Ich nenne weiter das Thema Modernisierung der Lehrerbildung und das Thema Modernisierung des Abiturs, aber beispielsweise auch die Einführung eines qualifizierten Hauptschulabschlusses.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil das nicht so oft im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht: Ich halte es für eine ganz wichtige Aufgabe, dass es dieser Landesregierung und uns gelungen ist, die Zahl derjenigen, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, erheblich zurückzuführen, und zwar durch entsprechende Förderprogramme, um gerade jungen Menschen dort eine Perspektive für die Zukunft zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Ganztagsangebote verdoppelt. Wir sind im Bereich der Überwachung, was die Frage der Qualität anbelangt, mit der Einführung des Schul-TÜV ein Stück weitergegangen. Wir fördern jedes Kind nach seiner Begabung. Das ist der Unterschied zu der Philosophie der Sozialdemokraten in diesem Parlament, die wieder zurück zur Einheitsschule wollen. Wir wollen die Fähigkeit und Begabung jedes einzelnen Schülers fördern, angefangen bei demjenigen, der nicht so leistungsstark ist, bis zu dem Hochqualifizierten. Das ist unsere Politik, und die setzen wir in der Praxis um.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dazu gehört beispielsweise auch das gesamte Thema der Eliteförderung auf Schloss Hansenberg. Sie haben bei dem letzten Haushaltsberatungen gesagt, dass Sie das wieder abschaffen wollen.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja, dabei bleiben wir!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einmal vor Ort begeben und sich anschauen, mit welchem Engagement dort hoch qualifizierte Schüler und Schülerinnen über die Leistung in der Schule hinaus sich engagieren, hervorragende Leistungen erbringen und das positiv umsetzen, kann ich nur sagen: Es war richtig, diesen Schritt vonseiten der Landesregierung gewählt zu haben und umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich füge hinzu: In der Schul- und Bildungspolitik geht es auch um die Frage von Inhalten. Im Gegensatz zur SPD in Berlin werden wir, wenn wir eine Wertediskussion führen, den Religionsunterricht nicht abschaffen, sondern weiterhin an unseren Schulen Religionsunterricht erteilen.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Das steht in der Verfassung!)

Aber ich füge auch hinzu, Herr Kollege Kahl, weil Sie damals dagegen gestimmt haben: Wenn es darum geht, über Werte und über die Erziehung der Kinder im Interesse unserer Verfassung zu diskutieren, ist es auch richtig, dass wir gesagt haben: Wer als Lehrerin mit einem islamischen Kopftuch unterrichten will, hat bei uns keinen Platz, weil sich das gegen unsere Verfassung und gegen unsere Werte richtet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will das Thema der Hochschulen nennen. Wir haben noch nie so viele Mittel in diesem Bereich investiert wie unter unserer Verantwortung in diesem Parlament und mit dieser Landesregierung. Der Hochschulpakt ist abgeschlossen worden und, wenn man so will, auf eine neue Grundlage gestellt worden. Wir haben das Gesetz zur Technischen Universität in Darmstadt im Hinblick auf die Unabhängigkeit, Eigenverantwortung und Autonomie einer Hochschule beschlossen. Wir sind hier in Deutschland beispielhaft. Wenn davon gesprochen wird, dass wir einen Wettbewerb unter den Hochschulen brauchen, haben wir hier einen Akzent gesetzt, einen Punkt auf den Weg gebracht, der meines Erachtens beispielhaft in Deutschland und für die Hochschullandschaft ist.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist einstimmig verabschiedet worden!)

Wenn Sie dazwischenrufen, will ich auch hinzufügen: Die Fusion der Universitätskliniken in Gießen und in Mar-

burg, die Perspektive für eine Privatisierung bedeuten eine zukünftige Sicherung in dem gesamten Bereich von Mittelhessen, um hier auch weiterhin hoch qualifizierte Medizin und medizinische Versorgung anbieten zu können und Forschung und Lehre umzusetzen. Sie betreiben auch in diesem Punkt – dort sind die Sozialdemokraten mit im Boot – Destruktion, statt die Dinge vernünftig nach vorne zu bringen und im Interesse unseres Landes positive Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich erwähne nur am Rande die Modernisierung der Hochschulen. Goethe-Universität in Frankfurt: 600 Millionen € von Campus West über Campus Riedberg, über House of Finance usw. Ich könnte das fortsetzen: Förderung der Nanotechnologie, Innovationszentrum Biotechnologie. Meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot-Grün,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das alles, Herr Kollege?)

– Herr Kaufmann, Sie haben den Hochschuletat zum Steinbruch für Finanzpolitik gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen Prioritäten im Bereich von Schule und Bildungspolitik.

Auch was wir im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ hier beschlossen haben – darüber wird ja immer viel diskutiert –, nämlich die Einführung der Langzeitstudiengebühren, das war der richtige Weg. Es war ein sozial gerechter Weg, weil ich denke, dass man von Studentinnen und Studenten verlangen kann, dass sie, wenn ihre Regelstudienzeit beispielsweise acht Semester beträgt und wir noch einen Zuschlag bis zwölf Semester geben, ab dem 13. Semester entsprechend bezahlen. Das ist sozial verantwortlich und auch sozial gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich nenne das Feld der inneren Sicherheit. Wir haben in Hessen die höchste Aufklärungsquote seit 35 Jahren. Wir haben das modernste Polizeigesetz in diesem Lande eingeführt. Wir sind Vorreiter in der Videoüberwachung, um Kriminalität konkret zu bekämpfen. Wir sind diejenigen, die gegen Ihren Widerstand den freiwilligen Polizeidienst umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir machen jetzt das Projekt „Schutzmann vor Ort“.

Meine Damen und Herren, Sie haben gestern die Bilanz im Bereich der Justiz gehört. Wir sind auch hier Vorreiter. Mit der Einführung und Eröffnung der ersten teilprivatisierten Justizvollzugsanstalt in Hünfeld gehen wir beispielhaft nach vorne. Wir leisten einen Beitrag für die innere Sicherheit. Das ist auch ein Punkt, den wir hier unter dem Erfolgskonzept abhaken können.

(Beifall bei der CDU)

Weil die Zeit etwas drängt, konzentriere ich jetzt die anderen Punkte etwas. Thema: Entbürokratisierung. Das kommt in der gesamten Diskussion viel zu kurz. Wir sind in der größten Umbauphase dieses Landes, wo wir Behörden zusammenführen, wo wir über 10.000 Stellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umstrukturieren, wo wir die Kommunalisierung der Oberbürgermeister und Landräte umgesetzt haben, wo wir dabei sind, das gesamte EDV-System zu modernisieren, und zwar bis zu dem

Thema, dass wir jetzt einen Produkthaushalt beraten und vorlegen werden. Wir machen die Verwaltung effizienter, schneller und flexibler. Das liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Auch das ist ein Erfolg dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn ich auf das Thema Wirtschaft und Arbeit zu sprechen komme, weil das besonders auch von Ihnen, Herr Kollege Walter, kritisiert worden ist, muss man doch in aller Ruhe und Gelassenheit festhalten: Auch die Bertelsmann Stiftung kam zu dem Ergebnis, dass wir uns weiterhin unter den Top 3 im Ranking aller Bundesländer in Deutschland befinden. Wir sind das Gründerland Nummer eins. Wir haben im Vergleich mit den anderen Bundesländern in Hessen die meisten Existenzgründungen. Wir haben die beste Förderung im Bereich des Mittelstands. Was wir jetzt mit dem Gesetz zur Stärkung der innerstädtischen Geschäftsquartiere gemacht haben, ist ein Schritt, um das Ausbluten der Innenstädte zu verhindern, aber auch um die Stärkung des Einzelhandels in diesem Bereich zu ermöglichen. Auch das gehört dazu, wenn wir hier über positive Akzente unserer Politik sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das Thema Infrastruktur ist zu erwähnen. Wir haben gerade jetzt den ersten Bauabschnitt der A 44 eingeweiht. Herr Kaufmann, Sie haben alles getan, um derartige Straßenverkehrsverbindungen zu verhindern. Wir haben im Bereich des Flughafens jetzt bis zum –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn hier alles so toll ist, warum wollen Sie dann weg? – Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

– Ich will Ihnen mit der Halbzeitbilanz vor Augen führen, was positive Ergebnisse dieser Landespolitik und positive Ergebnisse unserer Arbeit innerhalb dieser zweieinhalb Jahre im hessischen Parlament sind. Das muss man Ihnen immer wieder deutlich vor Augen führen, weil man sonst immer hört, was Sie teilweise an destruktiven Argumenten vorbringen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt lese, dass uns der Steuerzahlerbund mit Kassel-Calden kritisiert, dann kann ich nur sagen: Es war richtig, dass wir die Entscheidung zum Flughafen für die A-380-Halle getroffen haben und vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden sind. Damit sind 32.000 Arbeitsplätze der Lufthansa in Frankfurt gesichert worden.

(Beifall bei der CDU)

Der Flughafenausbau gehört dazu. Aber dazu gehört auch die Perspektive in Nordhessen. Wir haben auch hier eine Verantwortung. Die Arbeitslosigkeit ist in Nordhessen am stärksten zurückgegangen, weil sich dort positive Entwicklungen – von Logistik bis zu anderen Bereichen – ergeben haben. Aber auch der Flughafen Kassel-Calden ist eine zusätzliche Perspektive für diese Region. Wenn der Steuerzahlerbund meint, das kritisieren zu müssen, liegt er einfach falsch. Wir wollen eine positive Entwicklung auch für Nordhessen.

(Beifall bei der CDU)

Das Thema ländlicher Raum müsste ich anfügen – von dem Thema Förderrichtlinie unter einem Dach über das

Thema Umweltallianz, über die effektivere Gestaltung des Verbraucherschutzes

(Lachen des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

bis um Thema Hochwasserschutz, ein Thema, das in den letzten Jahren aktuell war. Meine Damen und Herren, Sie haben 1 Million € im Haushalt für Hochwasser investiert. Wir investieren 10 Millionen €, um Hochwasserschutz in unserem Lande effektiv zu gestalten und damit Bürgerinnen und Bürgern vor einer entsprechenden Gefahr zu sichern, wie sie beispielsweise Hochwasser darstellen kann.

(Beifall bei der CDU)

Der Nationalpark Kellerwald-Edersee wird zum Besuchermagnet.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben in anderen Bereichen weitere positive Akzente gesetzt, auch wenn es darum geht, über regenerative Energien zusätzliche Perspektiven für die Landwirtschaft zu sichern. Wenn ich über Biomasse rede, wenn ich über das Biorohstoffzentrum Witzenhausen rede, zeigt das, dass wir zusätzliche Akzente gesetzt haben, um eine Perspektive für die Entwicklung regenerativer Energien, aber auch für die Landwirtschaft zu sichern.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Dr. Jung, Sie müssen zum Schluss kommen. Die Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):

Herr Präsident, lassen Sie mich vielleicht noch kurz drei Sätze sagen.

Ich möchte hier die familienpolitische Initiative vortragen, die wir eingeleitet haben.

(Günter Rudolph (SPD): Ach du lieber Vater, da musst du selber lachen! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir heute Morgen gehört. Ich nenne unser Engagement zum Ehrenamt und andere Punkte, die wir geleistet haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass wir unseren positiven Weg, den wir in den letzten zweieinhalb Jahren gegangen sind, auch in der Zukunft fortsetzen – für eine gute Bildung, für Wirtschaft und Arbeit, für Freiheit und soziale Gerechtigkeit, für Familie, für die Bewahrung der Schöpfung.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und eine starke Bundeswehr!)

Meine Damen und Herren, wir arbeiten im Interesse der Menschen dieses Landes und bringen dieses Land weiter nach vorn. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. – Besten Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Dr. Jung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war der Abschied! – Günter Rudolph (SPD): Schwache Abschiedsrede!)

Herr Walter, Sie haben als Nächster für die SPD-Fraktion das Wort.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, dass es in der kurz zurückliegenden Vergangenheit

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

wüste Spekulationen gibt. Der eine oder die andere scheint zumindest bundesweit daran zu zweifeln, ob Kollege Jung ausreichende Kompetenzen im Bereich der Verteidigung hat. Ich glaube, das hat er heute bewiesen. Wer so eine grottenschlechte Bilanz einer Landesregierung mit so großem Mut hier verteidigen kann, der zeigt, dass er in dem Bereich tatsächlich hervorragend strukturiert ist.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Jung, unser Land Hessen

(Clemens Reif (CDU): Ist Spitze!)

hat sich in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren an vielen Stellen verändert. Unser Land Hessen hat sich verändert

(Clemens Reif (CDU): Zum Guten hin! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Träumen Sie weiter!)

in Kassel, in Marburg, in Hanau, in den Kreisstädten Friedberg und Heppenheim und im Landratsamt des Rheingau-Taunus-Kreises in Bad Schwalbach. Herr Kollege Fraktionsvorsitzender Jung, in all diesen Städten waren vor zweieinhalb Jahren Christdemokraten an der Regierung. Auch wegen der von Ihnen als hervorragend beschriebenen Politik der Landesregierung hat sich dies mittlerweile geändert. In Kassel mit Bertram Hilgen, in Marburg mit dem Kollegen Vaupel, in Hanau, in Friedberg, in Heppenheim und im Landratsamt in Bad Schwalbach regieren jetzt Sozialdemokraten. Auf diesem guten Weg wollen wir das Land weiter nach vorne bringen.

(Beifall bei der SPD – Clemens Reif (CDU): Sie verlassen gerade das Kanzleramt in Berlin!)

– Herr Kollege Reif, mit dem „Berlin“ muss man auch vorsichtig sein.

Vor zweieinhalb Jahren haben diese Landesregierung und die sie tragende CDU unbestritten die absolute Mehrheit in diesem Land gewonnen. Bei der letzten landesweiten Wahl, der Bundestagswahl, ist die CDU mit einem deutlich schlechteren Ergebnis als die SPD aus der Wahl hervorgekommen. Sie werden verstehen, dass uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen das ausgesprochen optimistisch stimmt, lieber Herr Kollege Reif.

(Beifall bei der SPD)

All diese Ergebnisse sind sicherlich zu erklären mit örtlichen Begebenheiten und dem Thema der Wahl. Aber es macht eines deutlich, was wir dem Herrn Ministerpräsidenten bereits am Beginn der Legislaturperiode gesagt

haben: dass er mit diesem Landtagswahltermin seinen Zenit erreicht hat und seit diesem Landtagswahltermin, der nun zweieinhalb Jahre zurückliegt, auf einem stetigen, aber konsequenteren Abwärtstrend ist. Dieser Abwärtstrend wird immer deutlicher.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden diesen Abwärtstrend die nächsten zweieinhalb Jahre sehen. Dann werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diese Tendenz wieder umkehren und unser Land nach vorne bringen.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU):
Der Schröder ist dann Spitzenkandidat!)

Es gibt einige, die an der Stelle noch Direktwahlen vor sich haben. Die sind jetzt ein bisschen lauter als diejenigen, die die Direktwahl hinter sich haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Lassen Sie mich auf einzelne Punkte eingehen, die der Kollege Jung angesprochen hat. Ich möchte mit einem Thema beginnen, das er – für mich nicht verwunderlich – vollkommen ausgeklammert hat, nämlich die Frage: Wie sieht es mit den Finanzen in unserem Lande aus?

(Günter Rudolph (SPD): Schlecht! – Volker Hoff (CDU): Schöne Grüße an Eichel!)

Das ist die zentrale Frage, weil jeder, der Politik in dem Land machen will, dafür die entsprechenden finanziellen Mittel braucht. Die Aussage, dass die Landesfinanzen in einem katastrophalen Zustand sind, wird mittlerweile selbst von der Presse eher als eine Untertreibung angesehen. In der Regierungszeit des Herrn Ministerpräsidenten Koch, also in insgesamt sechseinhalb Jahren, haben sich die Schulden unseres Landes von einem Stand um die 23 Milliarden € auf einen Stand von 32 Milliarden €, möglicherweise sogar 33 Milliarden € am Ende dieses Jahres, erhöht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ein strukturelles Haushaltsdefizit in Höhe von ungefähr 2,4 Milliarden €. Wenn die Landesregierung am Donnerstag den Kabinettsbeschluss „Haushalt 2006“ fassen wird, wird sehr deutlich, dass dies keine Aussage des Oppositionspolitikers ist, sondern dass dies das zentrale Problem in unserem Lande ist, Herr Kollege Jung.

(Beifall bei der SPD)

1,6 Milliarden € Neuverschuldung und 0,8 Milliarden € Privatisierungserlöse, also 2,4 Milliarden € strukturelles Defizit – und einen Finanzminister, der in der Debatte der letzten Plenarwoche seine Ratlosigkeit und seine Handlungslosigkeit eingestanden hat. Er hat hier gestanden und gesagt: Ich weiß auch nicht mehr, was ich machen soll.

(Ministerpräsident Roland Koch: Na, na, na!)

Nur den einen Satz, der konsequent gewesen wäre, hat er nicht hinzugefügt: Und deshalb trete ich von meinem Amt zurück.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Volker Hoff (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sie haben die schlimmste Haushaltskatastrophe in der Geschichte dieses Bundeslandes zu verantworten. An dieser Stelle nutzen Ihnen auch die Reden nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union. Die Zahlen sind unbestreitbar. Die Zahlen in Hessen werden tendenziell noch schlechter. „Steuerrückgang weiter über dem Durchschnitt“, „Minister weist Kritik an Verschiebung zu-

rück“ – das war die Diskussion um die Einbringung des Haushalts. Wir haben in unserem Bundesland Hessen im ersten Halbjahr dieses Jahres 2005 Steuerrückgänge in Höhe von 9,3 % zu beklagen, im Bundesdurchschnitt 0,3 %.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Union, anstatt hier Lobeshymnen zur Halbzeitbilanz zu verkünden, hätte die Opposition, ich glaube mehr noch, hätten die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande einen Anspruch darauf, dass Sie erklären, was in unserem Lande los ist. Warum sind wir so viel schlechter als die anderen Bundesländer? Vor allen Dingen erwarten die Leute zu Recht eine Antwort, was Sie tun wollen, um diese Tendenz umzudrehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Haushaltssituation hat Ursachen. Eine der zentralen Ursachen ist, dass es in unserem Lande Hessen auch wirtschaftlich nicht mehr so gut geht, wie es in diesem Lande einmal ging und in diesem Lande gehen könnte. Ich habe an dieser Stelle mehrfach gesagt: Unter sozialdemokratischen Ministerpräsidenten war Hessen stets an der Spitze bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Unter dieser Landesregierung sind wir im Jahre 2004 insgesamt elfmal im bundesweiten Vergleich an der Spitze bei der Zunahme neuer Arbeitslosigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat dann dazu geführt, dass wir in der Arbeitslosenstatistik im September 2005 mittlerweile eine Arbeitslosenquote von 9,6 % haben. Diese Zahl hat kein sozialdemokratisches Institut veröffentlicht, sondern die Bundesagentur für Arbeit. Damit liegen wir mittlerweile deutlich vor dem Land Rheinland-Pfalz, das im September 2005 „nur“ eine Arbeitslosenquote von 8,3 % aufwies. Die hier anwesenden, länger dienenden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können sich noch an die Zeiten erinnern – ich sehe den ehemaligen Wirtschaftsminister Lothar Klemm in diesen Reihen sitzen –, in denen wir Hessen regiert haben. Da war die Arbeitslosenquote stets niedriger als in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun schicken wir uns auch noch an, das nächstschlechtere Bundesland, das Saarland, zu überholen. Meine sehr verehrten Damen und Herren dieser Landesregierung, das ist die unmittelbare Folge Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Ich will jetzt über die Wirtschaft reden. Herr Kollege Dr. Jung hat das zentrale Infrastrukturprojekt unseres Landes angesprochen, nämlich den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Ich denke, es ist gut, dass wir, die Mitglieder der beiden großen Volksparteien, für den Ausbau des Frankfurter Flughafens sind. Denn wenn eine der beiden großen Parteien dazu eine andere Auffassung hätte, würde das schwierig werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Herr Walter, der Ausbau könnte schon seit drei Jahren fertig sein!)

– Herr Kollege Boddenberg, man sollte nicht mit Steinen werfen, wenn man im Glashaus sitzt. Wir stellen fest, die Landesregierung hat beim Ausbau des Frankfurter Flughafens, den wir wollen und unterstützen, mehrfach massive handwerkliche Fehler begangen.

Der erste grundsätzliche Fehler bestand in der allzu frühen Festlegung auf eine Bahnvariante. Die Europäische Kommission hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass man die Entscheidung nicht vor Eintritt in die Abwägung vornehmen kann. Es ist schon fast sachlogisch, dass man in ein Abwägungsverfahren ergebnisoffen einzutreten hat. Wer in das Abwägungsverfahren mit einer Entscheidung geht, die schon feststeht, riskiert, dass ihm nachher Gerichte attestieren, dass die Ermessensabwägung fehlerhaft ist, weil das Ermessen nicht gebraucht wurde. Wenn dies geschehen würde, würde es den Prozess des Ausbaus des Frankfurter Flughafens um Jahre zurückwerfen.

(Hildegard Pfaff (SPD): So ist das!)

Zweiter Punkt. Sie haben den Bau der Halle für den Airbus 380 am Flughafen Frankfurt angesprochen. Herr Wirtschaftsminister, auch wir sind froh, dass das funktioniert hat. Die Halle wird in Frankfurt gebaut werden. Sie wissen, dass damit jetzt nicht Sie, sondern Ihr Vorgänger gemeint ist. Mit dem Hinzufügen weiterer Vorgaben in den Regionalplan Südhessen hat die Landesregierung riskiert, dass der Bau der Wartungshalle für den Airbus 380 so lange verschoben werden muss, dass zu befürchten stand, dass diese Halle nicht in Frankfurt, sondern in München gebaut würde. Wegen der Hinzufügung dieser weiteren Vorgaben hat der Verwaltungsgerichtshof in Kassel dem Regionalplan die höchste Strafe gegeben. Er hat ihm nämlich den Makel gegeben, nichtig zu sein. Wir alle mussten gemeinsam mit unseren Regionalpolitikern in der Regionalversammlung dafür sorgen, dass erneut ein Beschluss dazu gefasst wurde. Das war also ein klarer handwerklicher Fehler.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Ministerpräsident, ich komme zum dritten Punkt.

(Ministerpräsident Roland Koch: Wer hat denn in der Regionalversammlung dagegen gestimmt? Was ist denn das für eine Wahrnehmung?)

Er betrifft das Nachtflugverbot. Wir alle wissen, dass das Nachtflugverbot eines der zentralen Themen beim Ausbau des Frankfurter Flughafens ist. Seit dem Ende des Mediationsverfahrens sagen wir alle in großer Einigkeit: Ohne Nachtflugverbot wird es den Ausbau nicht geben.

Herr Ministerpräsident, allerdings nicht nur die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dieses Hauses hätten erwartet, dass diese Landesregierung seit dem Ende des Mediationsverfahrens wenigstens schrittweise etwas zur Umsetzung des Nachtflugverbots getan hätte. Nichts ist geschehen. Es ist sogar noch schlimmer: Im Jahre 2001 hat Herr Minister Posch ein Punktesystem für die Nachtflüge am Frankfurter Flughafen eingeführt. Das kann man machen. Er hat den Lärm nach einem Punktesystem bewertet und das mit dem Versprechen verbunden – Herr Kollege Posch, korrigieren Sie mich gegebenenfalls, aber ich glaube, es sollte ab dem Sommerflugplan 2006 gelten –: Ab dem Sommerflugplan 2006 werden wir die Punkte in diesem Punktesystem jeweils schrittweise um 5 % reduzieren. – Damit wäre etwas getan worden, um in Richtung des Nachtflugverbots zu kommen. Damit hätte die Belastung der Menschen in der Region jedenfalls in der Nacht reduziert werden können.

Was müssen wir Mitte dieses Jahres feststellen? Die Landesregierung hat in den zweieinhalb Jahren, seitdem die CDU und Ministerpräsidenten Koch allein regieren,

nichts, aber auch gar nichts getan, um eine Verfügung zu erlassen, mit der die Reduzierung der Nachtflüge, die versprochen wurde, umgesetzt würde. Das wurde mit der Begründung verschoben: Wenn wir jetzt eine entsprechende Verfügung erlassen, wissen wir nicht, ob sie Bestand haben würde, wenn die Fluggesellschaften diese Verfügung angreifen würden. – Herr Minister Rhiel, das steht so in Ihrer Pressemitteilung.

Wir hatten von Ihnen erwartet – ich glaube, die Menschen, die in der Region leben und durch die Nachtflüge erheblich belastet sind, hatten dies auch erwartet –, dass Sie die zweieinhalb Jahre, die Sie gehabt haben, darauf verwenden würden, eine Verfügung zu erarbeiten, die Bestand haben kann. Sie sagen aber: Wir fangen jetzt damit an, wir bitten noch um ein Jahr weitere Frist, um eine Reduzierung der Nachtflüge, die dann zum Nachtflugverbot führt, vorzunehmen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer bei dem Nachtflugverbot so fahrlässig arbeitet, wie Sie das zurzeit tun, wird das Vertrauen der Menschen in der Region nicht gewinnen können. Ich habe mehrfach gesagt: Das Fundament dieser Bahn muss Vertrauen sein. Herr Ministerpräsident, Sie sind gerade dabei, das Vertrauen der Menschen in der Region zu verspielen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zur Bildungspolitik kommen. Ich will dabei etwas zur Unterrichtsgarantie sagen. Ich bin mittlerweile der Auffassung, dass es für die Opposition keinen besseren Wahlkampslogan gibt, als wenn die Christdemokraten in Hessen von der Unterrichtsgarantie sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir hören tagtäglich von den Eltern und den Schülerinnen und Schülern unseres Landes, dass der Geschichtsunterricht drei Wochen lang ausgefallen ist oder dass es in dem ganzen Schuljahr noch keinen Mathematikunterricht gegeben hat. Manches Elternteil sagt: Mein Kind kommt morgens um 11 Uhr nach Hause, ich weiß überhaupt nicht, wie ich das mit meiner Arbeit vereinbaren soll.

In diesem Land fallen unendlich viele Unterrichtsstunden aus. Die Bürgerinnen und Bürger merken das. Die Menschen merken das. Meine sehr verehrten Damen und Herren der Union, fahren Sie damit fort, den Menschen zu erklären: In Hessen gibt es die Unterrichtsgarantie. – Ich glaube, dass die Menschen bereit sind – –

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Kollege Boddenberg, ich glaube, dass die Menschen bereit sind, sich auf diesen Diskussionsprozess einzulassen, wenn man ihnen ernsthaft erklärt, dass Probleme bestehen.

(Zuruf von der CDU: Das, was Sie sagen, ist doch die Unwahrheit!)

Wenn Sie aber einem Elternpaar, das von seinem Kind gerade erfahren hat, dass es bisher in dem ganzen Schuljahr noch nicht eine Stunde Mathematikunterricht gehabt hat, erklären, dass wir in Hessen eine Unterrichtsgarantie haben, dann ist es doch einleuchtend, dass sich diese Menschen auf den Arm genommen fühlen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie brauchen sich nicht zu wundern, dass die Menschen zunehmend der Auffassung sind, dass Sie mit Ihrer Politik abgewirtschaftet haben.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Walter, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Jürgen Walter (SPD):

Ich verstehe schon, dass Sie dazwischenrufen. Das können Sie machen. Sie reden dann gern über das Jahr 1995. Gestern, als wir über den Justizvollzug gesprochen haben, redeten wir über Dinge aus dem Jahr 1977. Meine sehr verehrten Damen und Herren, all das wird Ihnen aber nichts nützen.

(Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

– Herr Haselbach, wir, also all diejenigen, die sich mit Politik beschäftigen, müssen doch auf eine Frage eine Antwort finden. Dabei geht es um die Frage: Was tut ihr jetzt, um den schlechten Zustand zu verbessern? – Nach der Rede, die Herr Kollege Jung gehalten hat,

(Günter Rudolph (SPD): Das war seine Abschiedsrede!)

entsteht der Eindruck, dass diese Landesregierung noch nicht einmal bereit ist, wahrzunehmen, welche Probleme wir in diesem Land haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung und die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion, die vor den Problemen, die es in unserem Land gibt, die Augen verschließen, können die Probleme dieses Landes dann auch nicht lösen. Deshalb bin ich sehr optimistisch, dass sich die Tendenz in der zweiten Halbzeit dieser Legislaturperiode, also in den nächsten zweieinhalb Jahren, fortsetzen wird, der zufolge die Sozialdemokraten auf kommunaler Ebene in quantitativer und qualitativer Hinsicht stärker werden.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Walter, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

Jürgen Walter (SPD):

Ich komme zu meiner letzten Bemerkung. – Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr verehrter Herr Kollege Jung, im Jahre 2008 werden wir die Tendenz umkehren, dass es in diesem Land nach unten geht. Wir werden mit einer von den Sozialdemokraten geführten Regierung dieses Land wieder dahin bringen, wo es hingehört, nämlich auf einen Spitzenplatz in Deutschland.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Ui! – Wortmeldung des Abg. Michael Boddenberg (CDU) – Frank-Peter Kauffmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist zu spät! Die Diskussion ist zu Ende! Er muss sich während der Rede zu Wort melden! – Reinhard Kahl (SPD): Das ist zu spät! Die Rede war zu Ende!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Walter, vielen Dank. – Meine Damen und Herren, Herr Boddenberg hatte sich am Ende der Rede des Herrn Walter vom Platz aus zu Wort gemeldet. Er hat mit dieser Meldekarte signalisiert, dass er eine Kurzintervention wünscht. Ich habe das zugelassen. – Herr Boddenberg, bitte schön, Sie haben für zwei Minuten für eine Kurzintervention das Wort.

Michael Boddenberg (CDU):

Vielen Dank. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Walter, Sie haben wider besseres Wissen wieder einmal viele Unwahrheiten verbreitet. Eine Unwahrheit regt mich mittlerweile aber wirklich auf. Dabei geht es darum, dass Sie hinsichtlich des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und des Nachtflugversuchs das Gleiche versuchen, was die GRÜNEN tun. Herr Walter, Sie wissen sehr genau, dass ein Wirtschaftsminister nicht gerade einmal so hergehen und sagen kann: Wir schränken die Nachtflüge nach dem Gusto und den Vorstellungen ein, die wir als Mitglieder der Landesregierung haben.

Herr Walter, Sie wissen ganz genau, dass es bei dieser Frage um ein sehr sensibles Thema geht, das auch die Glaubwürdigkeit der Politik betrifft. Sie wissen ganz genau, dass die GRÜNEN seit Jahren die Unwahrheit verbreiten, indem sie die Forderung „Nachtflugverbot sofort“ plakatieren. Damit tun sie genau das, was auch Sie heute in Ihrer Rede getan haben. Sie haben den Menschen nämlich den Eindruck vermittelt, das könne per Regierungserlass gerade einmal so beschlossen werden, wie Sie es gerne hätten.

Sie wissen, dass vieles notwendig ist, um ein Nachtflugverbot durchzusetzen. Sie wissen auch, dass es eine völlig neue Qualität bei der Realisierung dieses Ziels gibt, die darin besteht, dass der Antragsteller Fraport in seinem Antrag auf Genehmigung des Flughafenausbau genau das formuliert hat, was wir wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Walter, Sie wissen, dass es da eine einzige Möglichkeit gibt und dass da gemeinsam noch einige Dinge unternommen werden müssen. Ein Stichwort dazu lautet: Ausbau des Flughafensystems mit den Flughäfen Frankfurt am Main und Frankfurt-Hahn.

Sie wissen ganz genau, dass all das notwendig ist, um zu erreichen, dass die Menschen in der Nacht sechs Stunden weniger Lärmbelastung haben, als das heute der Fall ist. Tun Sie bitte nicht so, als handele es sich da um ein Versäumnis der Landesregierung. Bitte hören Sie auf, den Menschen die Unwahrheit zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Walter, Sie haben die Möglichkeit zur Antwort, auch zwei Minuten.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident! Herr Kollege Boddenberg, mit Verlaub, aber Sie haben das Thema nicht verstanden, über das ich geredet habe.

(Lachen bei der CDU)

Es ist wirklich so. Der Herr Posch wird nachher sicherlich noch etwas dazu sagen, wenn er dazu spricht. Aber für die FDP-Fraktion wird vermutlich Herr Hahn reden. – Es geht nicht um das absolute Nachtflugverbot. Es geht um eine Verfügung aus dem Jahr 2001,

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist doch durchsichtig!)

die die Landesregierung gegenüber Fraport als Flughafenbetreiberin erlassen hat, in der ein Punktesystem für den jeweiligen Nachtsektor festgelegt wurde.

(Michael Boddenberg (CDU): Dann reden Sie nicht vom Nachtflugverbot in diesem Zusammenhang!)

– Aber das führt natürlich dahin, dass in der Nacht weniger Flugbewegungen stattfinden. Es wurde im Zusammenhang mit dieser Verfügung den Menschen versprochen, auf dem Sommerflugplan 2006

(Michael Boddenberg (CDU): Das hat nichts zu tun mit dem Nachtflugverbot!)

dieses Lärmkontingent um 5 % zu reduzieren. Jetzt ist die Landesregierung nicht dazu in der Lage, eine entsprechende Verfügung sofort zu erlassen – das steht in der eigenen Presseerklärung –, da Fluggesellschaften angedroht haben, dagegen zu klagen. Herr Minister Rhiel, Sie sagen: Wir wollen juristisch auf der sicheren Seite sein, wir müssen das durchprüfen.

Um diesen Sachverhalt geht es. Mein Angriff und meine Kritik, Herr Wirtschaftsminister, ist: Wenn der Kollege Posch in seinem Amt als Wirtschaftsminister im Jahre 2001, getragen von der Landesregierung, eine entsprechende Verfügung erlässt und im Jahr 2001 ankündigt, ab dem Sommerflugplan 2006 eine fünfprozentige Reduzierung vorzunehmen, dann erwarten wir, dass Sie nicht mit Ablauf des Sommerflugplans 2005 beginnen, sich darüber Gedanken zu machen, wie man eine entsprechende Verfügung formulieren könnte, sondern dass Sie die lange Zeit, die seitdem verstrichen ist, dafür verwenden, eine Verfügung hieb- und stichfest erlassen zu können. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass das, was ihnen unstrittig im Jahre 2001 versprochen wurde, auch umgesetzt werden kann.

Sie haben es verabsäumt, in den letzten zweieinhalb Jahren das zu tun, was notwendig ist, nämlich eine rechtskräftige Verfügung vorzubereiten. Daran besteht meine Kritik. Das hat nichts mit dem absoluten Nachtflugverbot zu tun, sondern es ist der Vorwurf der Tatenlosigkeit und Planlosigkeit an diese Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Volker Hoff (CDU): Das macht es auch nicht besser!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Walter. – Herr Al-Wazir, Sie haben als Nächster das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe der Abg. Michael Boddenberg und Volker Hoff (CDU))

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fand die Tatsache, dass der Herr Kollege Jung in der ihm eigenen und für die hessische

CDU so typischen Art erklärt hat, dass hier alles wunderbar ist, sehr amüsant. Denn wie Herr Kollege Kaufmann richtigerweise bemerkt hat, Herr Kollege Dr. Jung: Wenn hier alles so doll ist, warum wollen Sie eigentlich so dringend weg?

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Diese Frage müssten Sie schon einmal beantworten. Die zweite Frage hat auch etwas mit dem Weggang zu tun, ob er gelingt oder nicht. Mich wundert, wie eine CDU-Fraktion, die in Hessen erstmals über die absolute Mehrheit verfügt – das war eine der wenigen Äußerungen, die gestimmt haben –, die zweieinhalb Jahre eine absolute Mehrheit hat, dann zu einer Bundestagswahl mit dem Spitzenkandidaten Franz Josef Jung antritt und dabei das schlechteste Ergebnis der hessischen CDU seit 1953 einfährt, da noch der Meinung sein kann, sie hat alles richtig gemacht. Das geht nicht in meinen Kopf hinein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Naturgemäß ist es so – das kann gar nicht anders sein –, dass Regierungsfraktionen die Arbeit der Regierung positiver und Oppositionsfraktionen die Arbeit der Regierung eher kritischer sehen. Das ist sozusagen schon im Wesen des parlamentarischen Systems. Aber dass man angesichts einer solchen Bilanz, die man in der Realität vorzuweisen hat, solche Anträge einbringt und solche Reden hier hält, sehr verehrter Herr Dr. Jung, das ist wirklich etwas, was ich nicht für möglich gehalten hätte. Da wir in den letzten zweieinhalb Jahren schon sehr viel über die Frage geredet haben, was die reale Bilanz dieser Regierung ist, und alles Reden offensichtlich bei Ihnen nicht angekommen ist, habe ich, um diesem fortschreitenden Realitätsverlust vorzubeugen, jetzt nicht nur eine Rede vorbereitet, sondern auch etwas zum Gucken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn manchmal kann die Wahrnehmung mit zwei Sinnen, also mit Ohren und Augen, dazu führen, dass irgend etwas ankommt. Fangen wir einmal an. Ich habe mir Ihren Antrag vorgenommen, und dieser Antrag beginnt mit dem Bildungsbereich. Der Kollege Walter hat völlig Recht. Wenn man in irgendeiner Schulaula im Lande Hessen das Wort Unterrichtsgarantie in den Mund nimmt, dann sorgt man für Gelächtersalven. Aber schauen wir es doch einmal an. Herr Ministerpräsident, Frau Kultusministerin, Sie rühmen sich der Unterrichtsgarantie, die nicht existiert. Schauen Sie sich auf diesem Bild die Entwicklung der Lehrerstellen an.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): In welchem Jahr habt ihr angefangen?)

– 2003/2004; wir sind jetzt bei der Halbzeitbilanz dieser Periode. – Wenn Sie sich die Lehrerstellen anschauen, dann werden Sie feststellen, dass die Halbzeitbilanz ist, dass ihre Zahl immer weiter nach unten geht.

(Michael Boddenberg (CDU): Es hat vorher schon nicht geklappt! Lassen Sie es sein! – Volker Hoff (CDU): Wir sind hier nur im ersten Stock! Das reicht nicht aus! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nicht einmal die Zahl stimmt! – Heiterkeit)

– Ich verstehe Ihre Aufgeregtheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich jedenfalls habe mir vorgenommen, ganz ruhig zu sein und Ihnen die Zahlen zu zeigen. Herr Kollege Dr. Jung, wenn Sie sich rühmen, dass Sie die Zahl der Hauptschülerinnen und Hauptschüler ohne Abschluss reduziert haben, dann ist das zwar richtig.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Aber es gibt noch eine zweite Seite dieser Medaille. In derselben Zeit ist die Zahl derer, die an Sonderschulen abgeschoben werden, exorbitant nach oben gegangen. Wenn Sie diese Linie fortsetzen, sehen Sie ungefähr, wo wir am Ende dieser Legislaturperiode landen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Was heißt denn „abschieben“? Was ist das für ein unerträglicher Sprachgebrauch?)

– Herr Generalsekretär der He-Partei, ich verstehe,

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist wirklich unanständig!)

dass Sie aufgeregt sind, wenn Sie mit den Realitäten konfrontiert werden. Aber ich glaube, für diese Aufgeregtheit gibt es keinerlei Grund.

Herr Kollege Dr. Jung, Sie haben sich ansonsten dafür gerühmt, dass die Kriminalität in Hessen angeblich im Griff sei. Betrachten Sie einmal, wo wir bei der erfassten Kriminalität sind.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sind das die Ausbrecher? Von Plottnitz!)

Sie werden feststellen, dass die Zahl der erfassten Straftaten seit 2001 um 13 % gestiegen ist, nachdem sie vorher unter Rot-Grün jahrelang zurückgegangen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Wenn man sich dann hinstellt und sagt, man habe eine positive Bilanz, verstehe ich es nicht mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Schriftführer Abg. Horst Klee: Lachhaft!)

– Dass inzwischen das Präsidium hinter mir „Lachhaft!“ ruft, das hätte ich mir als Schriftführer nicht erlaubt. Wer war es? – Ach so, der Herr Klee. Der darf das.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Ich habe das mit meinem Kollegen schon sehr freundschaftlich geregelt, Herr Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gut. – Herr Kollege Dr. Jung, Sie haben die Frage der Erwerbslosigkeit angesprochen. Ich finde, das ist einer der Punkte, die fast das Katastrophalste an dieser Bilanz sind. Man kann sich die Quote der Jugendarbeitslosigkeit betrachten. Wenn Sie sich betrachten, wie sie sich in Hessen entwickelt hat, dann sehen Sie, dass wir eine dramatische Situation bei den unter 25-Jährigen haben. Jetzt kann man sagen, wir sind im selben Umfeld, und dieselbe Nummer abziehen, die noch genau drei Wochen funktionieren wird. Bei Ihnen ist immer die Bundesregierung schuld. Ich bin gespannt, was Sie in drei Wochen sagen werden. Dann

werden Sie wahrscheinlich immer noch dasselbe sagen. Aber bitte sehr, das werden wir sehen.

Sie werden sagen, das liege alles daran, dass die Bundesregierung schuld ist. Aber wenn wir sehen, dass die Jugendarbeitslosigkeit seit 2002 im Bundesdurchschnitt um 27 % gestiegen ist und im gleichen Zeitraum in Hessen um 63 % gestiegen ist, dann sage ich: Hessen war und ist ein Teil der Bundesrepublik. Alle anderen Länder haben dieselbe Bundesregierung gehabt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Armes Deutschland!)

Ich finde, bei diesem Punkt müssen wir uns alle miteinander Gedanken machen, wie wir von dieser Position wegkommen. Das wird nicht alleine mit Beton beim Flughafenausbau funktionieren, Herr Kollege Boddenberg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Betrachten Sie einmal die gesamten Arbeitslosenquoten. Ich finde, es ist an der Zeit, dass wir die Abteilung Agitation und Propaganda beiseite lassen und uns anschauen, was die Septemberzahlen gesagt haben. Das ist ein wenig untergegangen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Al-Wazir, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Boddenberg?

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein. Herr Boddenberg ist geübt in Kurzinterventionen, die eigentlich nicht mehr zulässig sind.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war eine Kritik an dem Präsidenten!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Al-Wazir, ich habe erklärt, warum ich sie zugelassen habe. Dazu stehe ich auch. Ich erlaube es jeder Fraktion, wenn es am Ende der Rede vom Platz aus deutlich signalisiert wird. Das war unter uns immer unstreitig. Das soll auch so bleiben.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Betrachten Sie sich die Arbeitslosenquoten. Wir sind im September des Jahres 2005

(Zurufe von der CDU)

– ich finde die Zahl viel zu ernst für die Zwischenrufe, die ich hier höre – in Hessen bei 9,6 % Erwerbslosigkeit. Die 9,6 % liegen natürlich unter dem Bundesdurchschnitt. Aber ich kann Ihnen sagen: Es ist das erste Mal, seit es in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitslosenstatistiken gibt, dass das Bundesland Hessen einen schlechteren Schnitt hat als die westdeutschen Bundesländer. Die westdeutschen Bundesländer haben einen Schnitt von 9,5 %, wir sind in Hessen inzwischen bei 9,6 %. Das hat es noch nie gegeben, dass Hessen schlechter ist als die westdeutschen Länder. Wie man sich dann hinstellen und sagen kann, wir sind super, wir sind toll, das verstehe ich nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie schreiben dann in Ihrem Antrag – wortwörtliches Zitat –:

Die Konsolidierung des Haushalts trotz schwierigster gesamtstaatlicher Rahmenbedingungen ist ein Merkmal solider hessischer Landespolitik.

(Lachen bei der SPD)

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Dann zeige ich Ihnen diese Linie hier: den Schuldenstand des Landes Hessen. Wir haben einmal die Trendlinie weiter gezogen, davon ausgehend, dass Sie so weitermachen. Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir im Bundesland Hessen knapp unter 40 Milliarden € Schulden haben. In diesem Jahr werden wir allein 1,4 Milliarden € an Zinsen zahlen. Man kann sagen: „Auch anderen Ländern geht es schlecht.“ Aber dann muss man sich die Frage stellen, was die eigene Verantwortung ist, wenn man jahrelang im Bundesrat jede Einnahmeverbesserung des Staates verhindert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dann schreiben Sie in Ihrem Antrag von der „vorbildlichen Familienpolitik“ und dem „Ausbau des Kinderbetreuungsangebots“. Das fanden wir schon fast putzig. Auch hier: Dies sind die Zahlen der unter dreijährigen Kinder. Dies sind die Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder. Das sind nicht 100 %, sondern die 20 %, von denen wir heute Vormittag geredet haben, die aus unserer Sicht für eine Betreuungsgarantie nötig wären. Wir haben einmal ausgerechnet, wie dieser Trend weitergeht. Wenn Sie in dem Tempo zusätzliche Plätze bei der Betreuung der unter Dreijährigen schaffen, dann haben wir in sage und schreibe 34 Jahren für 20 % der unter dreijährigen Kinder ein Angebot. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie man dann von einer vorbildlichen Familienpolitik reden kann, das verstehe ich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch hinzufügen: Bis heute sprechen Sie von der „Operation düstere Zukunft“ als Erfolg.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Kollegin Lannert, wir haben selbst konstruktive Vorschläge gemacht, auf die Sie nicht eingegangen sind. Ich erinnere nur an das andere Modell beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Beamtinnen und Beamten. Das hat Sie gar nicht interessiert. Aber bitte sehr, wir sind immer dabei, wenn es darum geht, Vorschläge für Einsparmöglichkeiten zu machen. Da lassen wir uns als GRÜNE von niemandem in diesem Hause übertreffen. Das Problem ist, die absolute Mehrheit denkt, sie habe die absolute Wahrheit und damit auch die absolute Arroganz und müsse deshalb absolut nicht auf irgendetwas anderes eingehen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich finde es bis heute dermaßen schäbig, in welcher Art Sie bei der „Operation düstere Zukunft“ mit den sozialen Initiativen im Lande Hessen umgegangen sind, deren Einsparbeitrag zu dem, was am Ende wirklich Konsolidierungsbedarf ist, nur einen Bruchteil, einen Promillebetrag ausmacht. Das ist eines der schäbigsten Kapitel des Um-

gangs einer Landesregierung mit Bürgerinnen und Bürgern und auch mit ehrenamtlich engagierten Menschen im Lande Hessen, den es je gegeben hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ein letzter Punkt, auch mit Zahlen unterlegt. Sie haben sich dafür gerühmt, dass Sie die Bewahrung der Schöpfung unter anderem dadurch betreiben, dass Sie etwas mit erneuerbaren Energien anfangen. Man könnte jetzt viel zum Nationalpark Kellerwald sagen. Ich lasse das.

Sehr verehrte Damen und Herren, bei den erneuerbaren Energien sehen Sie hier auch zwei Linien. Die obere Linie zeigt die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Die Linie hier unten zeigt die Entwicklung in Hessen. Ich glaube, wenn wir tiefer in die Zahlen einsteigen, wenn man sich mit der Realität beschäftigt und nicht mit dem, was Herr Metz in seiner großen Trommelabteilung in der Staatskanzlei immer macht, dann können wir sehen, dass Ihre Bilanz keine gute ist. Aus unserer Sicht geht es Ihnen ungefähr so wie dem berühmten Kaiser und seinen neuen Kleidern. Herr Ministerpräsident, auch da gab es viele Menschen, die Bücklinge gemacht haben. Die ganze CDU-Fraktion sagt immer: „Ja, alles wunderbar, Sie sind toll.“ Sie sind nicht der Kaiser, sondern – ich weiß nicht, welchen Spitznamen Sie haben – RoKo, oder was auch immer.

(Rudi Haselbach (CDU): Machen Sie sich keine Gedanken um uns!)

Sie wissen, am Ende gab es ein kleines Kind, das gesagt hat: „Der Kaiser hat gar nichts an.“ Herr Kollege Dr. Jung, die Tatsache, wie Sie hier geredet haben und wie das in Zusammenhang mit der Realität im Lande Hessen zu bringen ist, wird am Ende dazu führen, dass im Frühjahr 2008 das Kind, in dem Fall der Souverän, sagt: „Der Kaiser hatte gar nichts an“, und diese Mehrheit im Hessischen Landtag wieder eine andere wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir auf die letzten zweieinhalb Jahre zurückblicken und uns an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu Beginn der Legislaturperiode erinnern, dann stellen wir fest, dass es damals einen Appell gab, Herr Koch, die großen Trommeln einzupacken.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da war etwas! Das stimmt!)

Die großen Trommeln sind nicht eingepackt worden. Sie sind, das geben wir zu, von manchen mehr und von manchen weniger eingepackt worden. Ich glaube allerdings, der größte Trommler, den es in der hessischen Landespolitik gibt, ist Dirk Metz. Wenn Sie davon ausgehen, dass die Trommeln eingepackt werden müssen, dann müssen Sie den Oskar-Matzerath-Verschnitt in der Staatskanzlei

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

unbedingt dazu bringen, dass er aufhört, ständig zu trommeln. Denn ich glaube, Herr Ministerpräsident, dass Sie am Ende etwas einholen wird, was Sie selbst einmal gesagt haben – ich möchte zitieren, was Sie 1999 gesagt haben –: „Oppositionsparteien werden nicht wegen ihrer Schönheit gewählt, sondern Regierungen wegen ihrer Hässlichkeit abgewählt.“

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, das ist ein Zitat, an das Sie sich 2008 bei der Landtagswahl noch einmal mit Grausen erinnern werden. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Kurzinterventionen liegen unstrittig nicht vor. Ich darf dann zum nächsten Redner kommen. Herrn Hahn für die FDP-Fraktion, bitte schön.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist immer gut, wenn man ein gutes Gedächtnis hat, und noch besser ist es, wenn man ein gutes Archiv hat. Am 28. März des Jahres 2001 hat Ministerpräsident Roland Koch zur Halbzeit der 15. Legislaturperiode höchstpersönlich eine Regierungserklärung abgegeben. Das ist der erste Unterschied der ersten Regierung Koch zur zweiten Regierung Koch.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Gerhard Bökel (SPD) und Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gerhard Bökel (SPD): Das ist bemerkenswert! Warum wohl?)

Die Regierungserklärung, die Roland Koch für die damalige Koalitionsregierung von CDU und FDP abgegeben hat, hatte den Titel: „Aus Chancen werden Erfolge – die neue Politik in Hessen“. Recht hatte Roland Koch damals. Das war die Halbzeitbilanz der Regierung von CDU und FDP in Hessen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun fragt man sich: Was ist anders geworden? Warum gibt es keine Halbzeitbilanz in Form einer Regierungserklärung? Warum muss bei der Plenarsitzung, die in dieser Phase stattfindet, eine Regierungserklärung zum Thema Strafvollzug vorgebrachten werden?

(Gerhard Bökel (SPD): Gute Frage!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum diskutieren wir dieses Thema so intensiv? Wie Sie gesehen haben, war ich gestern auch engagiert bei der Sache gewesen.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Aber warum kommt der Ministerpräsident nicht selbst und gibt eine Regierungserklärung über die Halbzeitbilanz seiner absoluten CDU-Mehrheit ab? Weil es eigentlich fast nichts Neues zu erklären gibt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist der Grund, warum der Ministerpräsident nicht selbst aktiv geworden ist. Das ist auch der Grund, warum der Ministerpräsident um den 4. Oktober dieses Jahres nicht aktiv geworden ist, sondern ein bisschen getrieben zu einer Pressekonferenz in Form eines Frühstücks in die Rosselstraße geladen hat. Irgendwann fingen die Roten und die GRÜNEN an, einen Tag auszusuchen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Andersherum!)

– Wegen mir: die GRÜNEN und die Roten. Das ist mir vollkommen egal. – Wir wurden jedenfalls auch gefragt, ob wir diesen Tag als den Tag der Halbzeit ansehen. Wir haben gesagt: „Rechnet ihr, wie ihr wollt. Da wir eine andere Art von Opposition machen als Rot und Grün, beteiligen wir uns nicht daran.“ Dann kam auf einmal die VhU und wollte auch etwas machen. Irgendwann wurde dann urplötzlich auf 8.30 Uhr zu einem Frühstück in die Rosselstraße eingeladen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es auch so nicht war, wenn der gerade von Herrn Al-Wazir so groß gelobte Sprecher der Landesregierung das alles schon weit vorausschauend geplant hatte, ist das jedenfalls ein Unterschied zu der ersten Regierung von Roland Koch und Ruth Wagner. Damals gab es einen ordentlichen Rechenschaftsbericht, der zur Halbzeit im Parlament abgegeben worden ist. So muss es auch sein.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Jürgen Walter und Gerhard Bökel (SPD))

Bei diesem Frühstück – das entnehmen wir der „FAZ“ – hat Herr Heptner offensichtlich gut aufgepasst. Kein anderer als er hat geschrieben, dass der Ministerpräsident einen Seitenhieb auf die FDP abgegeben hat oder, wie Bernd Heptner es schreibt: „Einen Seitenhieb ... konnte sich der Ministerpräsident nicht verkneifen.“

(Gerhard Bökel (SPD): Unglaublicher Vorfall!)

– Herr Kollege Bökel, das sehe ich auch so. Die Formulierung, die er dort gewählt hat, ist noch unglaublicher, Herr Kollege Bökel, wenn ich Ihre geschätzte Aufmerksamkeit noch einmal haben darf. Er hat nämlich gesagt, er sei sich sicher, dass ihn neben der Regierungspartei CDU auch die FDP gelobt hätte, wenn sie nicht zu Beginn der Legislaturperiode sein Angebot ausgeschlagen hätte, trotz absoluter CDU-Mehrheit die vorherige CDU/FDP-Koalition fortzusetzen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat er Recht! – Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Herr Kollege Bökel, da hat er Unrecht. Denn eine Arbeit, wie sie die jetzige CDU-Mehrheit in der Regierung abliefer, hätte es mit dem Koalitionspartner FDP nicht gegeben.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, dass sich jetzt alle hinter meiner Äußerung wieder finden können, dass der Ministerpräsident irrt, wenn er meint, dass er alles so fortgesetzt hat – und mit ihm seine Mitstreiter im Kabinett und seine Mitstreiter in der CDU-Fraktion –, wie das in den Jahren von 1999 bis 2003 inhaltlich und auch vom Stil her angelegt worden ist.

Herr Ministerpräsident, ich möchte erst etwas zum Stil sagen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na!)

Ich kann mir schon vorstellen, warum es aus Ihrer Fraktion ein bisschen Widerhall dagegen gibt. Die Unionsfraktion hat es nicht nötig, die Opposition rechtzeitig zu informieren.

Das gilt – das habe ich gestern für meine Fraktion festgestellt – für den Justizminister bei besonderen Vorkommnissen im Justizvollzug, das gilt für den Innenminister bei besonderen Vorkommnissen im Bereich des Inneren, das gilt aber auch für Absprachen zwischen Obleuten, und das gilt insbesondere bei den unsäglich langen Vorlagen zur

Korrektur von Gesetzentwürfen der Landesregierung, die wenige Stunden vor den Ausschusssitzungen eingereicht werden.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Stil, den es während unserer gemeinsamen Regierungszeit nicht gab. Dieser Stil begründet sich dadurch, dass eine einzige Fraktion in diesem Hause meint, ihr gehören alles, sie habe überall die Mehrheit und könne alles durchsetzen, was sie wolle. Das klappt aber nicht. Das merken Sie z. B. daran, dass großes Missvergnügen sogar bei Personen herrscht, die zwar nicht Ihrer Fraktion angehören, aber inhaltlich an vielen Punkten mit Ihnen einig sind. Ich führe mir beispielhaft die Thematik Schulgesetz vor Augen, wo innerhalb weniger Stunden 20 oder mehr Seiten durchgearbeitet werden mussten. Dann wird selbst der wohlmeinendste Begleiter Ihrer Politik nicht mehr mitmachen – einfach deshalb, weil er merkt, dass sein Mitmachen nicht erwünscht ist.

(Beifall bei der FDP)

Das sollte sich nach unserer Auffassung bei Ihnen bitte ändern. Bezuglich der politischen Fragen möchte ich gerne das Bild aufnehmen, das Roland Koch selbst immer gern benutzt oder von Dirk Metz benutzen lässt, nämlich das Bild von den Baustellen. Es ist zutreffend: Im Jahr 1999 ist eine Vielzahl von Baustellen neu angelegt worden. Ich habe das Gefühl, dass bei vielen Baustellen – nachdem die FDP nicht mehr mit in der Bauleitung ist – die Organisation nicht mehr klappt, dass die Baustellenlogistik nicht mehr klappt, dass darüber hinaus eine Reihe von Baustellen angelegt worden ist, wo immer nur der Chef spricht, die Facharbeiter sich aber nicht richtig kümmern.

Um es anders zu formulieren: Es gibt eine Reihe von Aufgaben, die ausschließlich Chefsache sind. Der Chef turnt aber auf so vielen Baustellen herum, dass wenigstens die Facharbeiter auf den Baustellen weiterarbeiten sollten. Hier stimmt es also bei der Abstimmung im Baukonzern „CDU-Hessen führt dieses Land AG“ nicht. Deshalb kann ich eigentlich nur empfehlen, dass die Ressortzuständigkeiten wieder mehr Einfluss gewinnen, wie es sich gehört, dass z. B. der Wissenschaftsminister wieder dafür zuständig ist, in welcher Form die Kliniken organisiert werden. Ich will keine weiteren Beispiele nennen, weil ich nicht möchte, dass die Missstimmung rechts von mir und das Grimm und Grollen immer größer werden. Ich glaube aber, jeder Betrachter der Politik in Hessen weiß, was ich meine, jeder hier im Raum weiß, was ich meine. Wir haben Fachminister. Die müssen die Facharbeit leisten. Das muss der Ministerpräsident nicht alles selbst machen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die eine Seite der Halbzeitbilanz. Sie wird auf der anderen Seite leider von einer Diskussion in diesem Hause begleitet, an der wir uns von Anfang an nicht beteiligt haben, die aber in ritualisierter Form immer wieder geführt wird. Die Mehrheitsfraktion – das ist auch gerade jetzt wieder der Fall – legt einen Jubelantrag vor, und die Fundamentalopposition von Roten und GRÜNEN setzt entgegengesetzte Schaufensteranträge auf die Tagesordnung. Das ist zwar hier nicht der Fall, das war aber bei den eben geführten Debatten so.

(Beifall bei der FDP)

Warum kann man dieses Ritual, das in diesem Hause seit Jahrzehnten gepflegt wird – ich gebe zu, Jörg-Uwe Hahn ist nicht ganz unbeteiligt daran gewesen, dass das eine Zeit lang sehr aktuell und sehr engagiert gemacht worden ist –, nicht beenden? Was soll das eigentlich bringen? Die Menschen erwarten von uns nicht, dass wir uns gegenseitig erklären, was wir von dem jeweils anderen halten, sondern die Menschen erwarten von uns, dass wir konkrete Vorschläge erarbeiten. Wenn die Menschen sogar meinen, dass große Koalitionen das am besten können, so wissen wir Insider, dass die Menschen an diesem Punkte irren. Auf alle Fälle zeigt es aber sehr deutlich, dass sie eine bestimmte Erwartungshaltung an die Politik haben. Deshalb frage ich: Warum muss es eigentlich immer Schaufensteranträge zum Jubeln oder des Inhalts geben, dass die Landesregierung von vorne bis hinten schlecht arbeite? Wir hatten das gestern z. B. beim Thema Justizvollzug. Es ist wirklich nicht richtig, was die Fundamentalopposition von Sozialdemokraten und GRÜNEN dem Justizminister ans Revers zu heften versucht hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich rufe deshalb unter Hinweis auf der Frage der Trommeln, die Roland Koch bei seiner Vereidigung im April des Jahres 2003 hier aufgegriffen hat, dazu auf, mit den Trommeln piano umzugehen. Das tun wir in der letzten Zeit ein bisschen besser als früher. Ich rufe aber auch dazu auf, die Rituale zu beenden, sodass wir endlich das tun können, was die Menschen von uns erwarten, nämlich Politik für dieses Land zu gestalten.

Ich finde es einfach Klasse, wenn, wie eben geschehen, der Kollege Rudolph zu mir und zu Herrn Dr. Jung kommt und fragt: Können wir die Frage der Wahlkreiseinteilung nicht endlich gemeinsam lösen? Muss es denn sein, dass wir weiterhin konfliktorisch gegeneinander anrennen? – Viele, die sich mit dem Thema beschäftigen, wissen, es gibt nur noch ein einziges Problem, nämlich die Aufteilung der Gemeinden des Kreises Gießen in zwei Wahlkreise. Ich finde, so sollte unsere Arbeit vonstatten gehen.

(Zurufe von der SPD)

– Ich weiß, dass die Damen und Herren aus der Landeshauptstadt ein weiteres Problem haben. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass Sie an der Stelle relativ alleine gelassen werden, weil das die anderen ein bisschen anders sehen. Ich glaube, das ist in den Fraktionen schon diskutiert worden.

(Florian Rentsch (FDP): Nicht dieses Fass aufmachen! – Heiterkeit)

– Ich weiß doch, Kollege Pighetti, Kollege Rentsch, dass man euch motivieren kann. Ich habe doch darauf gewartet, dass dieser Zwischenruf kommt.

(Heiterkeit)

Ich will damit nur Folgendes deutlich machen. Beenden wir diese ritualisierten Diskussionen, versuchen wir, die Probleme gemeinsam zu lösen. Das schaffen wir auch. Wir sind dazu Manns und „Fraus“ genug. Dazu brauchen wir wirklich nicht diese Art der ritualisierten Auseinandersetzung.

Wir haben in sechs Punkten das zusammengefasst, was wir für die Zukunft unser Land als wichtig erachten. Ich will mich jetzt nicht mit Vergangenheitsbewältigung beschäftigen, weil das die ritualisierte Auseinandersetzung nur noch toppen würde. Ich will Ihnen vielmehr sagen, wir Liberale meinen, dass eine strukturelle Haushaltskonsoli-

dierung – die Betonung liegt ganz bewusst auf „strukturelle“ – vorgenommen werden muss, dass wir entschieden mehr für den Bildungsstandort Hessen leisten müssen, dass wir eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und eine zukunftsfähige Sozialpolitik organisieren müssen, dass wir die Mobilität ausbauen müssen und dass wir den demographischen Wandel beachten müssen. Ich gebe zu, das zuletzt genannte Thema ist noch nicht in unser aller Köpfen verankert; es war Ruth Wagner vorbehalten, uns in der Fraktion daran zu erinnern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese sechs zentralen Punkte müssen in den kommenden zweieinhalb Jahren von der Landesregierung, aber auch von uns ernsthaft besetzt werden. Eines dürfen wir alle – damit meine ich auch die CDU-Fraktion – dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten aber nicht mehr durchgehen lassen: den in meinen Augen relativ unsympathischen Vergleich der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich einerseits und der Einnahmen z. B. des Landes Rheinland-Pfalz andererseits. Ich glaube, es klingt auf der anderen Seite des Rheines relativ arrogant, wenn wir so tun, als ob Rheinland-Pfalz unser Kostgänger wäre. Wie sollte man es denn sonst formulieren? Gerade der Ministerpräsident, gerade der Finanzminister – ich weiß, wovon ich spreche – sind dafür verantwortlich, dass es den Länderfinanzausgleich in der jetzigen Form gibt, denn der Ministerpräsident hat ihn verhandelt.

(Beifall bei der FDP)

Er hat ihn – auch für die Koalition aus CDU und FDP – führend verhandelt. Lieber Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Koch, eines darf aber doch nicht wahr sein: Sie können doch nicht auf der einen Seite etwas verhandeln und als gut bezeichnen, und auf der anderen Seite jetzt so tun, als sei das alles Mist. Entweder gibt es einen Finanzausgleich, der die Unterschrift von Roland Koch trägt – ich gebe zu, die Unterschrift ist auch für die hessische FDP abgegeben worden –, oder es gibt ihn nicht. Wenn es ihn gibt, dann hören Sie doch bitte mit dem Nölen über den Länderfinanzausgleich auf. Man glaubt fast, dass Sie sagen wollen, Sie haben schlecht verhandelt, Sie haben die Interessen des Landes Hessen nicht wirklich berücksichtigt. Ich sage das nicht. Es gibt eine Solidarität zwischen den Bundesländern, die in den bestehenden Verfahren nur so gelöst werden kann. Wir alle wissen aber, dass im Rahmen einer Föderalismusreform auch die Frage der Finanzströme noch einmal neu diskutiert werden muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine strukturelle Haushaltkskonsolidierung fängt im Kopf an. Ich sage das sehr bewusst. Solange man nicht bereit ist, zu akzeptieren, dass man nur so viel Geld ausgeben kann, wie man einnimmt, hat man nicht nur ein Ausgabenproblem und ein Einnahmenproblem, sondern auch ein mentales Problem. Man bekommt die Schere im Kopf nicht zusammen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Finanzminister hat diese mentale Haltung anscheinend noch nicht. Er erzählt uns jedes Mal von neuem, er habe ein Einnahmenproblem, und weil er das nicht lösen könne, müsse er die Ausgaben über Schulden finanzieren. Ich wette einen hohen Einsatz, das werden wir am Ende der Woche in der selben Diktion wieder hören.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dagegen wettet keiner!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Hahn, Sie müssen zum Schluss kommen.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, ich habe die Glocke gehört. – Deshalb gehört es zu einer strukturellen Haushaltkskonsolidierung, kurzfristig ein ordentliches Beteiligungsmanagement einzuführen, die Vermögenswerte, die dieses Land hat, zu ermitteln und eine vernünftige Veräußerung durchzuführen. Ich wiederhole, was Kollege von Hunnius das letzte Mal hier gesagt hat: Geben Sie uns für vier Wochen Prokura. Wir werden einen hervorragenden Preis für die Nassauische Heimstätte erzielen, sodass Sie mindestens 1 Milliarde € mehr an Einnahmen für den Haushalt des Landes Hessen noch in diesem Jahre generieren können.

Wir appellieren an Sie, die Haushaltspolitik zu konsolidieren. Das ist der Grundstein dafür, die anderen Aufgaben, die wir in unserem Antrag aufgeführt haben, ebenfalls zu erfüllen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Hahn. – Herr Ministerpräsident Koch, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden in etwa sechs Wochen mit etwa vierfacher Redezeit – jeder der Beteiligten, inklusive mir – Gelegenheit haben, wieder über diese Fragen zu diskutieren.

Daher ist es so, dass es in einer solchen Debatte, die wir früher, entsprechend unserer Tradition, nach zwei Jahren führten, jetzt aber logischerweise – dankenswerterweise auf Antrag der CDU-Fraktion – nach zweieinhalb Jahren ansetzen und die wir auch bei den Haushaltsberatungen in wenigen Wochen wieder erleben werden, keine völlig neuen Argumente geben wird. Es ist auch klar, dass die Interessenlagen immer unterschiedlich sind.

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD und der GRÜNEN wollen gerne wieder an die Regierung kommen – die einen ganz nach vorne, während die anderen wenigstens daran beteiligt sein möchten. Möglicherweise wollen sie ein Team bilden, wobei die SPD nicht genau weiß, ob sie lieber mit den GRÜNEN oder doch mit jemand anders zusammengehen möchte. Die GRÜNEN wissen auch nicht mehr so genau, ob sie lieber mit der SPD oder mit wem auch immer zusammenarbeiten möchten.

(Jürgen Walter (SPD): Freie Partnerwahl!)

– Herr Kollege Walter, Sie haben eben zwei offene Flanken: Frau Ypsilanti und die GRÜNEN.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Allerdings wird es sich auch immer wiederholen, dass die Kolleginnen und Kollegen von der FDP dem Wähler erklären, es sei besser, wenn sie beim nächsten Mal wieder dabei sind – wohl wissend, dass wir über vieles reden, was wir gemeinsam durchgeführt haben, indem wir das beendet haben, was unter Rot-Grün begonnen worden ist. Die FDP hätte selbstverständlich ein Interesse daran gehabt – ich verhehle nicht: die CDU auch –, die Zusammenarbeit der ersten vier Jahre fortzusetzen. Jetzt ist die FDP natürlich daran interessiert, dem Wähler zu erklären, dass sie beim nächsten Mal dabei sein sollte.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist ja auch besser!)

Was kann einen daran überraschen? Deshalb sind wir auch nicht überrascht. Ich verweise auf die Rede, die Herr Dr. Jung hier gehalten hat. Damit es hier keine Missverständnisse gibt: Ich teile übrigens die Auffassung, dass er im Verteidigen prima ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber ich habe für die Regierung zu erklären – was Sie nicht verwundern wird, weil wir, da wir mit absoluter Mehrheit regieren, nicht andere dafür verantwortlich machen können, wie wir regieren –, dass wir mit dem, was wir die letzten zweieinhalb Jahre gemacht haben, zufrieden sind. Ich gehe sogar ein Stück weiter, zu sagen: Wir sind ein bisschen stolz auf das, was wir als Landesregierung in den letzten zwei Jahren geleistet haben. Auch das kann niemand bestreiten.

(Beifall bei der CDU)

Nun gibt es die nächste Diskussion über die Frage: Wieso könnten ihr darauf stolz sein? Es gibt doch auch Probleme. – Nun kenne ich niemanden – jedenfalls solange ich mich politisch engagiere –, der die Regierungsverantwortung trägt und in der Lage ist, von einer problemlos verlaufenden Regierungstätigkeit zu berichten. Wahrscheinlich hat es das auch zu anderen Zeiten nicht gegeben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): In Berlin wird das jetzt noch schlimmer werden!)

– In Berlin werden wir jetzt darüber diskutieren, wer bei wem und warum aufräumt. Wenn diejenigen, die mit dafür verantwortlich waren, meinen, es müsse nicht aufgeräumt werden, wird die Diskussion natürlich noch schwieriger. Das macht die Schwierigkeit einer Koalition aus.

Hier ist alles einfacher. Es ist einfacher, weil sich die Denkrichtung, die Prinzipien und die Arbeitsweise, was die grundlegenden Fragen betrifft, in den letzten sechs einhalb Jahren nicht geändert haben. Herr Kollege Hahn hat, unabhängig davon, ob er mit dem Baustellenmanagement zufrieden ist oder nicht, den Flächennutzungsplan mit beschlossen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wenn man sich an dieser Stelle um Koordination bemüht, steht man auch nicht auf so unterschiedlichen Standpunkten.

Da ich nun schon einmal über Baustellen spreche, will ich darauf hinweisen, dass wir, wenn wir in diesem Land über aktuelle Daten im Wettbewerb reden, nach wie vor auch darüber sprechen müssen, dass wir Rückstände haben.

Deswegen sage ich Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, die Sie von 1991 bis 1999 die Verantwortung getragen haben, dass ein paar Fragen Sie weiter begleiten werden. Es gab wahrlich keinen sachlichen Grund, die Debatte über die Erweiterung des Frankfurter Flughafens erst aufgrund eines Gesprächs, das eines Abends mit Herrn Weber in der Binding-Brauerei stattfand, beginnen zu lassen, nachdem Sie als Regierungsfraktionen vorher ideologisierte Koalitionsverträge geschlossen hatten, in denen es um die Bedeutung eines zufällig in den Wald gepflanzten Zaunes ging. Das war das Ergebnis von Politik.

(Beifall bei der CDU)

Die Tatsache, dass Sie in den Koalitionsverhandlungen so inbrüstig um jenen Zaun gestritten haben, zeigt, dass Sie in diesen Jahren schon darüber nachgedacht haben und

dass Ihnen bewusst war, dass eigentlich eine andere Entscheidung auf der Tagesordnung stand.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben eine Entscheidung getroffen, indem Sie nicht entschieden haben. Deshalb sage ich Ihnen ganz klar: Was die Länge der Verfahrensdauer betrifft, so stimmen wir durchaus mit Ihnen überein. Möglicherweise haben CDU und SPD in Zukunft die Möglichkeit, eine ganze Reihe dieser Zeiten zu verringern. Herr Kollege Posch und andere haben in der letzten Zeit mit Mitgliedern unserer Regierung diskutiert. In den nächsten Tagen werden sie darüber sprechen. Wir haben eine ganze Menge Ideen, wie man die Zeitspannen wesentlich verringern kann.

Egal um wie viele Jahre es geht: Hätten Sie in den Jahren 1992, 1993, 1994 oder 1995 – es ist mir ganz egal, wann – damit begonnen, diese Diskussion zu führen, die Sie erst Ende 1998 angeregt haben, nachdem Herr Weber Sie dazu gedrängt hatte, wären wir heute unstreitig bei der Einweihung der Landebahn und nicht erst beim Planfeststellungsverfahren angelangt.

(Beifall bei der CDU)

Ich schätze auch sehr, dass Herr Kollege Eichel die A 44 kurz vor der Einweihung mit dem Fahrrad befahren hat. Aber dabei darf nicht verkannt werden, was passiert wäre, wenn wir in den Jahren 1989 und 1990, als die Verkehrsprojekte deutsche Einheit aufgelegt worden sind, mit der Planung begonnen hätten. Es gab nur neun Projekte in Deutschland. Sieben davon sind sofort in Planung gegangen. Das achte Projekt – in Schleswig-Holstein – ist mit Verzögerung in Planung gegangen, und unseres kam zulässig.

Wäre Herr Kollege Dieter Posch nicht 1999 zum Bund gegangen und hätte gesagt: „Bitte, bitte, gebt uns nachträglich das Recht, diesen Schwachsinn zu beenden, dass wir nach einem langsameren Planungsverfahren planen müssen, als es bei allen anderen Verkehrsprojekten deutsche Einheit der Fall ist“, wären wir heute nicht einmal dabei, den ersten Abschnitt fertig zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir könnten mehr haben. Für den hohen Wohlstand des Landes Hessen bleibt die Frage der Verkehrsinfrastruktur existenziell. Was die Verkehrsinfrastruktur betrifft, so sind wir dabei, eine Aufholjagd zu betreiben und das wettzumachen, was Sie während eines Dreivierteljahrzehnts aus politischen Gründen nicht wollten. Es handelt sich um nichts, was Sie nicht gekonnt oder gewusst hätten. Vielmehr haben Sie aus politischen Gründen entschieden, in Hessen das zu verhindern, was in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland möglich war.

Deshalb sage ich Ihnen auch: Verschonen Sie uns mit Diskussionen über den Wettbewerb. Ich werde Ihnen gleich sagen, auf welchen Plätzen wir jeweils stehen. Wir haben kein Problem damit, darüber zu diskutieren. Aber dass Sie sich hierhin stellen und darüber sprechen, auf welchem Platz Hessen steht, obwohl Sie ein Dreivierteljahrzehnt damit verbracht haben, die Wettbewerbsbedingungen schlechter zu machen, als sie hätten sein können, delegitimiert Sie für eine ganz schön lange Zeit, hier eine solche Diskussion mit uns zu führen.

(Beifall bei der CDU)

Auch was Bildung und Wissenschaft betrifft, hat ein Land viel zu fordern. Das bezieht sich auch auf den gemeinsamen Flächennutzungsplan. Gehen Sie mit offenen Augen

durch das Land, bevor Sie über andere Sachen diskutieren. Vielleicht gibt es auch gar nicht immer Gründe, darüber zu streiten. Die Sozialdemokraten und die GRÜNEN haben mit dem Kauf des I.G.-Farben-Hochhauses den Grundstein für den Campus Frankfurt gelegt. Wir haben dann die ersten Planungen gemacht. Die Kollegen Weimar und Corts planen jetzt die wirtschaftliche Verwertung der alten Gelände und zugleich den Bau der neuen Gebäude. Wir werden allein an dieser Stelle sehr schnell 1 Milliarde € verbauen.

Wir sind dabei, mehr Geld – absolut, in Prozenten, oder wie auch immer Sie rechnen – für einen Universitätsstandort aufzuwenden, als es irgendjemand anders in dieser Republik macht. Das bezieht sich auf die Physik und das Innovationszentrum Biotechnologie, das inzwischen läuft und über seinen zweiten Bauabschnitt nachdenkt. Auf dem Gelände der Universitätsklinik in Frankfurt befindet sich die größte Baustelle, die wir in der Bundesrepublik im Universitätsbau zurzeit haben. Das ist die Politik, die wir heute machen.

(Beifall bei der CDU)

Reisen Sie jetzt einmal durch Europa, und reden Sie über Autonomie. Versuchen Sie, jemanden zu finden, für den das, was in der Technischen Universität Darmstadt als Modellprojekt aufgelegt worden ist, inzwischen als das Kriterium dafür gilt, ob es der deutschen Universitätspolitik der Zukunft gelingt, für mehr Autonomie zu sorgen. Das reicht von dem, was wir begonnen haben, damit die TU Darmstadt zur Modelluniversität wird, bis zu dem, was diese Landesregierung jetzt unternimmt: kein zwangswise Beamtenstatus für Professoren mehr, die Möglichkeit für die Universität, Unternehmen zu gründen, keine Beteiligung mehr an der Berufung, eigene Bau- und Personalhoheit. Das findet in Darmstadt – in Hessen – statt; es ist von uns geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Nehmen Sie die Diskussion zur Kenntnis, die in diesen Tagen geführt wird. Es kann durchaus politischen Streit geben. Das ist in Ordnung; Streit gehört zu unserem Geschäft. Aber bei dem, worüber wir im Augenblick in den Universitätskliniken diskutieren und was in Marburg und Gießen passiert, handelt es sich um das entscheidende Modell, wenn es um die Frage geht: Können wir in einer Zeit, in der Universitätskliniken sterben, weil wir uns leider Gottes in der Situation befinden, dass wir all das nicht halten können, einen Standort, der schwerpunktmäßig von der Medizin abhängig ist, durch privatwirtschaftliche Einflüsse retten, statt ihn zu schwächen? Kann man es schaffen – diese Debatte führen wir im Landtag –, privatwirtschaftliche Interessen, die Sicherung der Qualität und die Freiheit von Forschung und Lehre zusammenzubekommen? Alle wissen, dass, was Universität und Medizin angeht, die Krankenhäuser nicht auf die Dauer staatlich bleiben können. Das wissen auch alle Sozialdemokraten. In allen sozialdemokratisch regierten Ländern wird darüber diskutiert.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da hab ich meine Probleme!)

– Einzelfälle ausgeschlossen. – Das weiß jeder. Diese Diskussion findet in Hessen statt. Wir werden die Vorreiter dabei sein. Wir hätten uns auch bequem zurücklehnen und sagen können: Das soll jemand anders ausprobieren.

Ob Sie nach Darmstadt, nach Marburg/Gießen oder nach Frankfurt gehen: Wir wissen, dass, neben der Infrastruktur,

die zweite Herausforderung für dieses Land und seine Gestaltung Wissen, Wissensentwicklung und Wissentransfer sind. Wir befinden uns in der Situation, dass der Rest der Bundesrepublik Deutschland auf unser Land schaut, nicht umgekehrt. Das ist einer der Gründe, warum wir sagen: Wir sind stolz auf unsere Arbeit und auf die Politik, die wir machen.

(Beifall bei der CDU)

Es war lieb, dass der Kollege Al-Wazir hier vorne die Charts gezeigt hat. Ich behaupte – es hat nie jemand bestritten –, dass es meine Erfindung ist, vom Rednerpult des Hessischen Landtags aus Charts zu zeigen. Das ist also durchaus nichts, was ich kritisieren. Ich bin deshalb auch mit der Technik vertraut, wie man, wenn man die Zahl von 50.000 Lehrern darstellen will, es so einrichten kann – z. B. indem die letzten 200 mithilfe von Balken gekennzeichnet werden –, dass der Eindruck entsteht, die Hälfte der Lehrer sei weggefallen.

(Heiterkeit bei der CDU)

All das ist okay. Wir empfehlen Ihnen, beim nächsten Mal die Seitenstriche etwas dicker zu machen; denn nicht einmal der Kollege Hoff – der ist in dem Alter, in dem man eine Brille braucht, und er hat sogar eine – konnte sie erkennen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der ist jünger als ihr!)

Herr Al-Wazir, das zeigt relativ schnell – im Vergleich zu der Frage, die ich zu beschreiben versucht habe –, über welche Chaosreden wir diskutieren.

Natürlich, wir haben Stellen abgebaut. Ja. Aber gleichzeitig haben wir Lehrerstunden aufgebaut. Das hat unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht erfreut. Ich könnte jetzt rübergehen und Ihnen meine Charts zeigen: Jedes Jahr, in dem wir regieren, gibt es mehr Unterrichtsstunden als im Vorjahr. Das ist gut.

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme ausdrücklich in Anspruch, die beiden Dinge zu trennen. Denn Sie haben die Haushaltssahlen angesprochen. Auch dazu werde ich gleich einen Satz sagen. Man muss diese beiden Dinge auseinander halten.

Mir ist wichtig, den Haushalt nicht aus den Augen zu verlieren, aber wir müssen trotzdem mehr Unterrichtsstunden haben. Das ist extrem schwierig.

Ich sage jetzt, jenseits der Fronten, den Kolleginnen und Kollegen der Opposition sehr offen: Angesichts der lichtvollen Äußerungen des Bundes der Steuerzahler müssen wir, finde ich,

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

in der Kommunikation mit den Bürgern ein paar Dinge erörtern.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

Wer mir sagt, ich solle 10 % Personal über alles streichen, den muss ich fragen: Wir haben 150.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Land; davon sind rund 50.000, in Vollzeitstellen gerechnet, Lehrer. Soll ich davon 10 % streichen?

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist es nämlich!)

Davon sind alles in allem etwa 20.000 Polizei und Umfeld. Soll ich davon 10 % streichen?

Dann sind 15.000 Personen aus den Hochschulen dabei. Sollen wir davon 10 % streichen?

Dann kommen die Leute aus dem Justizvollzug; und dann bleiben 30.000, vielleicht 35.000, je nachdem, wie man es rechnet, übrig. Von denen streichen wir keine 10 %, von denen streichen wir mehr. – Die Regierungspräsidenten haben mich immer gefragt: Warum wir? Ich habe ihnen geantwortet: Weil sie sich so gut eignen. – Dort nehmen wir 25 % des Personals in drei Jahren heraus. In der hessischen Forstverwaltung reduzieren wir das gesamte Personal um wahrscheinlich mehr als 35 %. Das heißt, dort, wo es machbar und notwendig ist, reden wir über sehr viel Personal. Sie haben lange genug darüber geschimpft.

Wenn wir zu der Frage kommen, die mit finanzieller Entwicklung zu tun hat, sage ich sehr klar: Ich bin auch unter den jetzigen Bedingungen, in dieser schwierigen Übergangszeit in Wirtschaft und Entwicklung, nicht bereit, eine Politik zu verantworten, in der wir bei Wissenschaft und Ausbildung unserer Kinder und der jüngsten Generation sparen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da muss das Notwendige investiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Hahn, nur in diesem Zusammenhang ist aus meiner Sicht das Argument des Länderfinanzausgleichs von einer gewissen Relevanz. Denn wir müssen aufpassen, dass sich hier die Enden nicht falsch begegnen. Ich respektiere, dass die Opposition – die andere, sozusagen die Opposition jenseits des Ganges – sagt:

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die ohne den Flächennutzungsplan!)

Wir gehen zum Staatsgerichtshof, denn ihr haltet die Regelgrenze der Verfassung bei der Verschuldung nicht ein. – Ob das aussichtsreich ist oder nicht, mag der Staatsgerichtshof entscheiden. Aber das ist eine Diskussion, die doch geführt werden kann. Denn die Regelgrenze halten wir nicht ein. Wir glauben, das ist begründbar und richtig, aber wir tun es.

Unterstellen wir einmal für den Augenblick, der Staatsgerichtshof würde sagen: Richtig. Unterstellen wir weiter für den Augenblick – der Satz ist eigentlich richtig –, in den Bereichen, die nicht Bildung und Sicherheit sind, streichen wir in einer solchen Größenordnung, dass wir gar keine Neuen mehr einstellen, also eigentlich nichts machbar ist. Und stellen wir uns als Drittes nur einmal vor: Wir fahren diese Mittel zurück, und in einem Nachbarland – Ich mag denen nichts Böses. Die rheinland-pfälzische Entwicklung bezahlen wir übrigens ein Stück mit, aus guten eigenen Interessen. Bei dem Teil des Wirtschaftswachstums, der dort gerade entsteht, können Sie ziemlich genau – in Tausenderzahlen – ein Projekt angeben, das in Gesellschafterbeteiligung des Landes Hessen gemacht wird,

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

weil wir Gott sei Dank die Region in Rheinland-Pfalz mit dem Flughafen Hahn in eine unglaublich gute Position bringen.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Aber das ist in unserem Interesse, das ist nicht gegen uns. Das ist nichts, wofür ich etwas haben will, aber daraus entsteht natürlich eine statistische Entwicklung.

Es geht aber nicht, dass wir am Ende dort den Finanzausgleich bezahlen – das können wir nicht ändern –, damit

eine Verschuldung erreichen – denn ohne Finanzausgleich haben wir gar keine Verschuldung – und anschließend die Lehrerstellen kürzen, die mithilfe unseres Finanzausgleichs in Rheinland-Pfalz geschaffen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das theoretische Modell müssen wir miteinander bereuen. Das hat nichts damit zu tun, dass ich nach wie vor der Auffassung bin, dass Länderfinanzausgleichssysteme richtig sind. Aber an dieser Stelle geraten wir in eine Schwierigkeit, die ich so entschieden habe und so vertrete, dass ich sage: Ich glaube, in Anerkennung eines Finanzausgleichssystems, das ich nicht jedes Jahr zur Disposition stellen kann – –

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Ruth Wagner?

Roland Koch, Ministerpräsident:

Gleich. – Die Situation ist doch die: Wenn ich sage, die Verschuldung ist nicht legitim, dann muss ich automatisch an die Anzahl der Lehrer gehen. In diesem Kreislauf gibt es nicht endlos offene Türen.

Das ist der spannende Punkt dieser Diskussion. Dies ist ein wichtiger Punkt in einer Verfassungsdiskussion und in der politischen Debatte über Verschuldung und ihre Rechtfertigung sowie den Wunsch, diese abzubauen.

Deshalb sage ich an dieser Stelle: Ich vertrete den Haushalt, den wir Ihnen hier vorgelegt haben, auch mit diesen Schwierigkeiten – in der Abwägung der verschiedenen Dinge zwischen Solidarität unter den Ländern und dem, was für die nächste Generation notwendig ist.

Dann füge ich hinzu: Natürlich ist ein Land, das relativ „reich“ ist – obwohl es in den Siebziger- und Achtzigerjahren sehr viele Schulden gemacht hat, insgesamt aber sehr reich ist –, verpflichtet, sich im Verhältnis zu den anderen Ländern nicht zu verschlechtern. Diesen Maßstab legen Sie bitte an. Wir sind immer das dritt- oder viertbeste Land – ob es die Verschuldung pro Kopf, die Gesamtverschuldung oder den Verschuldungsanstieg pro Land betrifft; wir gehören immer zu den Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und manchmal Sachsen, zu diesem Dreieck. Im Augenblick nähern wir uns den Baden-Württembergern an, weil es denen bedauerlicherweise schlechter geht als uns, was deren augenblickliche Pro-Kopf-Verschuldung und deren Entwicklung angeht.

Das ist die Situation Hessens. Auf der einen Seite muss Hessen die Herausforderung schultern, jungen Menschen Ausbildung und Menschen im Land Sicherheit zu geben, Verkehrsinfrastruktur zu schaffen; auf der anderen Seite darf es nicht stärker in eine Verschuldung hineingeraten, als es andere tun. Hessen kann aber nicht den Anspruch erheben, auf einer Insel zu leben.

Wenn Sie sehen, dass Nordrhein-Westfalen in einem Nachtragshaushalt einfach 2,1 Milliarden € Nettoneuverschuldung in einem Jahr zusätzlich macht und deren Neuverschuldung damit jetzt bei insgesamt 7,6 Milliarden € liegt, dass ein Land wie Schleswig-Holstein bei der Regierungsübernahme nach Rot-Grün – verehrte Damen und Herren von der Opposition diesseits des Ganges – eine genauso hohe Verschuldung wie wir hat, bei nicht einmal einem Drittel unseres Haushaltes, wenn Sie die Situation

sehen, die Christian Wulff in Niedersachsen übernommen hat, und sich dann ansehen, wie wir in Hessen in den letzten Jahren unter der Federführung von Karlheinz Weimar im Haushalt gearbeitet haben, dann sage ich Ihnen: Die Lage dieses Haushaltes ist schwierig, aber trotzdem sind wir stolz darauf, es mit diesen Mitteln so beherrschbar gemacht zu haben, wie wir es getan haben. Wir haben nicht die Absicht, uns dafür zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU)

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Das passt jetzt sehr gut. Herr Ministerpräsident, erinnern Sie sich an eine öffentliche Sitzung des Deutschen Bundesrates, in der wir über genau diese Frage des Länderfinanzausgleichs bis 2019 geredet haben und das anders als viele Länder gehandhabt haben? Wir beide haben unsere unterschiedlichen Positionen vorgetragen, nämlich dass z. B. ich glaube, dass der Kompromiss nicht bis 2019 hält, wegen der Argumente, die Sie eben alle vorgetragen haben; daraufhin haben Herr Eichel, Herr Clement für Nordrhein-Westfalen und Herr Stoiber für Bayern gesagt: Da ist eine einzige FDP-Ministerin, die gegen diesen wunderbaren gemeinsamen Beschluss „anstinkt“.

Meine Damen und Herren, ich will nur fragen,

(Heiterkeit)

ob diese Argumente wirklich erst heute vorgetragen werden und nicht auch schon zu dem Zeitpunkt, als wir den Kompromiss bis 2019 geschlossen haben.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Werte Frau Kollegin, erstens beantworte ich Ihre Frage, ob ich mich daran erinnere, mit: Ja, das ist korrekt.

Zweitens. Die Hessen haben wie viele andere – insbesondere die zahlenden – Länder diesen Kompromiss nicht gerne geschlossen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja, ja!)

Ich habe die Position vertreten, wenn drei Länder im Augenblick den gesamten Finanzausgleich zahlen – na gut, nehmen wir den Stadtstaat Hamburg mit einem kleinen Betrag dazu, also vier Länder –, dann ist eine Zweidrittelmehrheit zu deren Gunsten schwer zu erlangen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist nachvollziehbar!)

Karlheinz Weimar sagt uns – das werden wir in der Haushaltsdebatte hören –, so zwischen 700 und 750 Millionen € werden wir in diesem Jahr weniger zahlen als vor dem Kompromiss. Das in einem sehr schlechten Jahr, denn je mehr die Wirtschaftsentwicklungen wieder ansteigen, desto günstiger ist der Vorteil, den das Land hat. Ich teile das nach wie vor. Ich hätte mir auch Besseres gewünscht.

Ich finde es bedauerlich, in nächster Zukunft wahrscheinlich öfter in einer Situation zu sein, einen solchen Satz sagen zu müssen, als mir das möglicherweise lieb ist.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Genau! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das unterscheidet uns dann!)

– Ja, Opposition ist auch eine ganz bequeme Position. Herr Abgeordneter, das bestreite ich gar nicht.

(Widerspruch der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Aber die haben Sie sich ja herbeigesehnt.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss Folgendes sagen. Dieses Bundesland ist in der Mitte einer Wahlperiode in der Wahrnehmung derer, die das beurteilen, in einer Situation, in der wir uns sehr, sehr viele Chancen erarbeitet haben und diese Chancen auch nutzen. Aber wir sind nicht frei von den Risiken dieser Zeit. Wir sind ein Land mit viel Automobilindustrie und deshalb nicht frei von deren Risiken. Wir sind ein Land mit viel Finanzindustrie und deshalb von den Schwierigkeiten, die wir dort haben, besonders gebeutelt. Das wollen wir nicht niederreden. Sie können sicher sein: Die Arbeitsmarktbilanz ist das, was ich mir jeden Monat, manchmal jede Woche, als Erstes anschau. Fest steht aber auch: Die ersten vier Plätze sind die Plätze, in denen wir uns bewegt haben und weiterhin bewegen.

Die Statistiken, die Sie genannt haben, zeigen, dass wir uns bedauerlicherweise bei der Jugendarbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen – wenn ich das richtig sehe – um einen Platz verbessert, nicht verschlechtert haben, obwohl die von Ihnen genannten absoluten Zahlen richtig sind.

Das heißt, wir reden in der Bundesrepublik Deutschland über ein Problem. Deshalb wird der Streit über die Arbeit in den nächsten Monaten und Jahren äußerst wichtig sein – ob wir in Deutschland Veränderungen erreichen. Mein Ziel ist es, dieses Land in einer Position zu haben, in der jede kleine Verbesserung in Deutschland einen größeren durchschnittlichen Effekt in unserem Land haben wird als in anderen.

Das konnten Sie sehen, wenn Sie gestern die Statistik des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung der letzten Monate zum Auftragseingang der Unternehmen betrachtet haben. Wenn er langsam anzieht – und er hat im letzten Monat angezogen –, sind das in Hessen 1 bis 2 % mehr Inlandsaufträge und 1 bis 2 % mehr Auslandsaufträge als in den anderen Bundesländern. Das ist gut erkläbar, und das ist unsere Chance. Daran müssen wir mitwirken.

Deshalb habe ich jedenfalls persönlich ein großes Interesse daran, dass es zu einer Bundesregierung kommt, die am Ende trotz aller schwierigen Bedingungen Erfolge hat. Wir werden bei den Voraussetzungen, die wir geschaffen haben, davon abhängen, dass wir in Deutschland ein vernünftiges Umfeld haben. Deshalb wird der Kreis derer, die dafür an anderer Stelle die Verantwortung tragen, möglicherweise mit dem ersten Redner dieser Debatte, unserem Fraktionsvorsitzenden Jung, zu tun haben.

Ich hoffe sehr, dass wir in der Umgebung in Deutschland eine Politik machen können, die den erfolgreichen Weg im Rahmen des damals beschlossenen Flächennutzungsplans, aber mit einer ganzen Reihe von Einweihungen und Übergaben in den nächsten zweieinhalb Jahren fortsetzt, weil die Projekte, die wir begonnen haben, fertig werden und weil wir neue Projekte wie die Unterrichtsgarantie Plus im Schulbereich und vieles andere beginnen.

Wir sind auf einem guten Weg. Wir sind mitten auf diesem Weg. Es ist gut, wenn man das zwischendurch auch einmal lobt. Aber vor allen Dingen ist eines wichtig. Am Ende dieser Wahlperiode werden wir wieder vor die Wählerinnen und Wähler treten und sagen: Das war unser Regierungsprogramm, und hier ist unsere Bilanz. Ihr könnt jeden Satz vergleichen und stellt fest: Wir halten die Zusagen ein, mit denen wir vor die Wählerinnen und Wähler

getreten sind. Das ist mir sehr wichtig. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache.

(Weiterhin anhaltender Beifall bei der CDU)

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache.

Ich habe gehört, dass man sich unter den Geschäftsführern darauf geeinigt hat, doch gleich über die Anträge abzustimmen. Ist das richtig?

Dann kommen wir zur Abstimmung, zunächst zu Tagesordnungspunkt 43: Antrag der Fraktion der CDU betreffend Modernisierung und Konsolidierung – Hessen auf einem guten Weg in die Zukunft, Drucks. 16/4527. Wer ist für die Annahme dieses Antrags? – Gegenstimmen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Wir kommen zu Punkt 37; das ist der Antrag der Fraktion der SPD betreffend Hessen steigt weiter ab, Drucks. 16/4520. Wer ist für die Annahme dieses Antrags? – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 65, Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend zukunftsfähige Politik zum Wohle des Landes Hessen, Drucks. 16/4556**. Wer ist für die Annahme dieses Antrags? – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Damit sind wir am Ende dieser Tagesordnungspunkte und kommen zu **Tagesordnungspunkt 8**:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein zweites Gesetz zur Wiederherstellung der Chancengleichheit an Hessens Schulen – Drucks. 16/4528 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Zur Einbringung des Gesetzes hat das Wort die Frau Kollegin – –

(Wortmeldung des Abg. Reinhard Kahl (SPD) zur Geschäftsordnung)

Reinhard Kahl (SPD):

Frau Präsidentin, wir bitten, diesen Tagesordnungspunkt auf morgen zu verschieben. Die Ministerin ist – das wurde angekündigt – jetzt in Berlin, und es ist auch kein Staatssekretär da. Wir halten es aber nicht für sinnvoll, jetzt die Debatte ohne die Verantwortlichen in der Landesregierung zu führen.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Das ist vereinbart. Dann wird dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

(Nicola Beer (FDP): Verschoben! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): „Absetzen“ wäre richtig! – Reinhard Kahl (SPD): Der Antrag lautete anders!)

– Dann wird dieser Punkt für heute von der Tagesordnung abgesetzt und auf morgen verschoben.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 9**:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet – Drucks. 16/4503 zu Drucks. 16/4360 –

Zur Berichterstattung erteile ich Herrn Abg. Bender das Wort.

Bernhard Bender, Berichterstatter:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Hauptausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Hauptausschuss in der 78. Plenarsitzung am 22. September 2005 zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Der Hauptausschuss hat sich in seiner Sitzung am 28. September 2005 mit dem Gesetzentwurf befasst und ist einstimmig zu seiner Beschlussempfehlung gekommen. – Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank. – Zu diesem Tagesordnungspunkt ist keine Aussprache vorgesehen.

Deswegen kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Dann brauche ich gar keine Gegenprobe mehr zu machen. Das Gesetz ist einstimmig angenommen. Ich bedanke mich.

Wir kommen jetzt vereinbarungsgemäß zu **Tagesordnungspunkt 10**:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zum öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) – Drucks. 16/4504 zu Drucks. 16/3880 –

Der Berichterstatter, Herr Abg. Denzin, ist nicht anwesend. Wer übernimmt? – Herr Kollege Kaufmann übernimmt.

Frank-Peter Kaufmann, Berichterstatter:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in der 68. Plenarsitzung am 27. April 2005 überwiesen worden. Der Änderungsantrag Drucks. 16/4478 war dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr am 28. September 2005 vom Präsidenten überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat zu dem Gesetzentwurf und zu dem Antrag Drucks. 16/3753 am 30. Juni 2005 eine öffentlichen Anhörung betroffener Verbände und Organisationen durchgeführt. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat sich in seiner Sitzung am 29. September 2005 mit dem Gesetzentwurf befasst und ist mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der von mir eingangs erwähnten Empfehlung gekommen. Zuvor war der Änderungsantrag Drucks. 16/4478 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD abgelehnt worden. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Ich rufe vereinbarungsgemäß mit dem Tagesordnungspunkt 10 den **Tagesordnungspunkt 26:**

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Sicherung einer mittelstandsfreundlichen ÖPNV-Politik – Drucks. 16/4394 –

und den **Tagesordnungspunkt 46** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Novellierung des Gesetzes zum öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNV) – Drucksache 16/3880 – Drucks. 16/4506 zu Drucks. 16/4484 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten. Die Frau Kollegin Pfaff hat das Wort für die SPD-Fraktion.

Hildegard Pfaff (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in zweiter Lesung die Novelle des ÖPNV-Gesetzes. Vorausgegangen ist dazu im Verkehrsausschuss eine breit angelegte Anhörung, in der gleichzeitig die neu geordnete Wettbewerbs- und Ausschreibungspraxis des Landes im ÖPNV gemäß Güttler-Erlass vom März 2004 mit behandelt und angehört wurde. Diese von uns beantragte Erweiterung der Anhörung war überaus sinnvoll, da nicht zuletzt die Ausschreibungspraxis in kausalem Zusammenhang mit der Novelle steht und zudem für die Weiterentwicklung des ÖPNV in Hessen von herausragender Bedeutung ist.

Nach einer sorgfältigen Auswertung der Anhörung sieht sich die SPD-Fraktion in ihrer kritischen Haltung bestätigt und bestärkt.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Dann waren Sie auf einer falschen Veranstaltung!)

Novelle und Erlass haben in der Anhörung eine breite Kritik erfahren. Insbesondere die Kommunalen Spitzenverbände, die Verkehrsunternehmen und deren Interessensverbände, Sachverständige und Gewerkschaften sind mit der Novelle an entscheidenden Stellen und in wichtigen Punkten nicht einverstanden.

Sie selbst, Herr Minister Rhiel, haben im Ausschuss einigermaßen, dass Sie von allen Seiten massiv Kritik erfahren haben. Davon abzuleiten, dass Sie auf dem richtigen Weg sind, halte ich für falsch.

(Beifall bei der SPD)

Einzig und allein die beiden großen Aufgabenträgerorganisationen, also die Verbünde, waren allem Anschein nach zufrieden und begrüßten die Novelle. Kein Wunder, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn dieses Gesetz ist ganz nach dem Munde der beiden Verbünde gestaltet und stellt eine überaus einseitige Stärkung der Verbünde dar, während die lokalen Aufgabenträger, die Städte und Gemeinden, die kommunalen Verkehrsbetriebe und die Privaten einen drastischen Kompetenzverlust erfahren.

Das zentrale Anliegen der Novelle, die strikte Trennung der Besteller- und Erstellerebene, wird von unserer Seite nicht infrage gestellt, wie wir überhaupt einen fairen und diskriminierungsfreien Wettbewerb mit sozial- und arbeitsrechtlichen Standards, also mit Marktplatzregeln, voll und ganz unterstützen. Die konkrete Ausgestaltung dieses Prinzips in der vorgelegten Novelle führt jedoch nicht zu einem von mir definierten Wettbewerb und nicht zu einer konstruktiven Partnerschaft der Besteller und Ersteller. Vielmehr werden die Verkehrsunternehmen zu reinen Fahrdienstleistern degradiert, deren Know-how und Mitwirkung bei der Erfüllung dieser Aufgabe wie bislang nicht mehr gefragt sind. Wir kommen jedenfalls auf der Basis der Anhörung und der dort vorgetragenen Stellungnahmen weiterhin zu dem Ergebnis: Mit der Novelle wird die Landesregierung ihre selbst gesteckten Ziele nicht erreichen, nämlich Bewährtes zu erhalten und auszubauen, klare Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb zu schaffen und die Finanzierung des ÖPNV zu optimieren. Ich will unsere Vorstellungen und unsere Forderungen anhand dieser drei Ziele darstellen.

Zunächst zum ersten Ziel: Bewährtes erhalten und ausbauen. Meine Damen und Herren, wir sehen nicht, dass der Entwurf in wichtigen Bereichen Bewährtes erhalten will, geschweige denn ausbauen; ganz im Gegenteil, die bewährten Grundsätze und bewährten Strukturen des öffentlichen Verkehrs in Hessen werden vollständig verändert. Das macht sich zunächst an dem Prinzip der öffentlichen Daseinsvorsorge fest. Das alte Gesetz enthält in § 2 Abs. 2 eine sehr klare Regelung, die heißt: „Der öffentliche Personennahverkehr ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.“

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das ist im Bundesrecht geregelt!)

Dieses klare Bekenntnis ist weggefallen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das ist doch Bundesrecht!)

Wir fordern die Wiederaufnahme in der bisherigen Fassung, denn dies, Herr Kollege Dr. Lübcke, ist der eindeutige Auftrag, den das Bundesregionalisierungsgesetz den Ländern im Rahmen der Bahnreform aufgegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Folgerichtig stellt der Bund den Ländern dafür öffentliche Gelder zur Verfügung. Hessen erhält für den Betrieb und die Infrastruktur alljährlich über 500 Millionen € vom Bund.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Union, an dieser Stelle beginnt allerdings Ihr Problem. Anders als dem Bundesgesetzgeber ist Ihnen der ÖPNV als Aufgabe der Daseinsvorsorge des Landes ein Dorn im Auge. Dementsprechend streben Sie dreierlei an: a) kurzfristig die Verlagerung der politischen und finanziellen Verantwortung auf die kommunale Ebene, b) längerfristig den generellen Ausstieg aus der Daseinsvorsorge und c) die drasti-

sche Absenkung der öffentlichen Mittel für den ÖPNV, was Sie auch bereits in Hessen seit einigen Jahren praktizieren und was Herr Koch im Rahmen des Subventionsabbaus bei den Regionalisierungsmitteln schon durchgesetzt hat. Getreu Ihrem marktradikalen Wettbewerbsmodell würden Sie sehr gern den ÖPNV europaweit vollständig liberalisieren und ganz den Kräften des freien Marktes übereignen.

Übrigens, Herr Kollege Rhiel,

(Heiterkeit – Dr. Walter Lübcke (CDU): So weit sind wir!)

Herr Minister Rhiel, beim Postmonopol war das ebenfalls Ihr Weg und waren das ebenfalls Ihre Wettbewerbsvorstellungen. Sie sind damit im Bundesrat an den eigenen CDU-geführten Ländern gescheitert. Ihre Wettbewerbsvorstellungen gehen jedenfalls weit über die der EU-Kommission hinaus, wie inzwischen nach Vorlage des neuen Verordnungsentwurfs Verkehr der EU-Kommission bekannt geworden ist. Ihre marktradikalen Wettbewerbsvorstellungen im ÖPNV würden im Ergebnis allerdings zu einer massiven Benachteiligung der Mobilitätsverhältnisse im ländlichen Raum mit einer Ausdünnung des Angebots gegenüber den Ballungszentren führen; denn niedrigere Kostendeckungsgrade, die ja gerade bei den Linien im flachen Lande eher entstehen, sind für gewinnorientierte Unternehmen vollkommen unattraktiv. Ihr Wettbewerbsmodell lehnen wir daher ab. Wir wollen gleiche Lebensverhältnisse in allen Landesteilen.

(Beifall bei der SPD)

Lediglich aufgrund massiver Proteste wegen der bundesgesetzlichen Vorgaben haben Sie die Daseinsvorsorge so ganz am Rande in einem Nebensatz wieder hineingeschrieben.

Damit wäre ich bei einem weiteren Punkt, den grundsätzlichen Zielen, die in § 1 des alten Gesetzes enthalten sind und die nach Ihrer Lesart ideologischer Schnickschnack sind und gestrichen wurden. Auch dies findet nicht unsere Zustimmung. Neben der zentralen Ausgabe als überaus wichtigem Teil des Gesamtverkehrssystems, zur Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse und des Gesamtverkehrs aufkommens beizutragen, erfüllt der ÖPNV noch weitere Funktionen. Diese müssen Bestandteil eines modernen Gesetzes sein:

Erstens soll der ÖPNV Umweltqualität und Lebensbedingungen der Menschen durch eine deutliche Verringerung der Verkehrsimmisionen verbessern, zweitens soll er als Teil des Umweltverbundes dem Umweltschutz, der Verkehrssicherheit, der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sowie der Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse dienen, und drittens soll er als möglichst vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr zur Verfügung stehen. Die Inhalte des neuen § 3 halten wir für zu unbestimmt, um als gesetzliche Grundlage den Ansprüchen an Verfügbarkeit, Qualität und Service gerecht werden zu können.

Ich komme zum zweiten Ziel: klare Rahmenbedingungen für faire Wettbewerbsbedingungen schaffen. Sehr geehrter Herr Minister Rhiel, meine Damen und Herren von der Union, von diesem Ziel sind Sie mit Novelle und Erlass Lichtjahre weit entfernt,

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na!)

insbesondere von § 8 Abs. 2. Dort heißt es:

... eine Angebotsvielfalt (ist) zu fördern, mittelständische Strukturen des Verkehrsgewerbes sind zu unterstützen.

In Wirklichkeit passiert in Hessen, als einzigm Bundesland übrigens, genau das Gegenteil. Sie haben mit Erlass vom März 2004 den bundesweiten Alleingang fast übergangslos im Hauruckverfahren im europaweiten Ausschreibungswettbewerb verordnet. Alle anderen Bundesländer ermöglichen einen behutsamen Übergang in den Wettbewerb. Daher lassen diese neben der Ausschreibung weiterhin entsprechend Bundes- und EU-Recht eine Direktvergabe unter Beachtung der Kriterien, die der Europäische Gerichtshof zur Finanzierung aufgestellt hat, zu. Die Novelle selbst verankert zwar keine generelle Ausschreibungspflicht, eine solche Regelung war Ihnen dann doch zu riskant; allerdings normiert sie in § 9 in Verbindung mit dem genannten Erlass faktisch die ausnahmslose Ausschreibungspflicht. Das lehnen wir ab, und das lehnen auch die Kommunalen Spitzenverbände ab, wie in der Anhörung deutlich geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Daher wurden Sie, Herr Minister Rhiel, in der Anhörung insbesondere vom Städtetag aufgefordert, entsprechend der Rechtsprechung des EuGH und den Vorgaben des vorliegenden EU-Verordnungsentwurfs den Städten wie in den anderen Bundesländern auch ein Wahlrecht einzuräumen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister Rhiel, seit Monaten fordern wir Sie auf, Ihre Wettbewerbspraxis dahin gehend zu verändern. Sie haben unsere Forderungen und Warnungen in den Wind geschlagen, und jetzt, nach Vorlage des neuen EU-Verordnungsentwurfs,rudern Sie zurück und müssen die von uns seit Monaten geforderte Kurskorrektur vornehmen. In der letzten Ausschusssitzung mussten Sie einräumen, dass die hessischen Vergaberichtlinien mit dem EU-Verordnungsentwurf nicht kompatibel sind. Herr Minister, Sie haben überaus vorsichtig anklingen lassen, Ihren Erlass anpassen zu wollen, und den Rückzug auf Raten bereits eingeläutet.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Da ging es doch um ganz andere Fragestellungen!)

Ihr bundesweiter Alleingang ist damit kläglich gescheitert,

(Gerhard Bökel (SPD): Mittelstandsfeindlich!)

und der so genannte hessische Weg ist ein verhängnisvoller Irrweg,

(Beifall bei der SPD)

ein Irrweg, der bereits heute zahlreiche kleine Mittelständler in die Insolvenz geführt hat, Dumpinglöhne bewirkt hat und einigen Städten unverantwortliche finanzielle Risiken gebracht hat. Das habe ich bereits in der Debatte zur ersten Lesung deutlich gemacht. Wir fordern Sie in unserem Antrag zur Novelle erneut auf, den Erlass zurückzunehmen und eine Veränderung Ihrer Vergaberpraxis vorzunehmen. Wir raten Ihnen, relativ schnell zu handeln, da Ihnen ansonsten ein riesiger Ärger ins Haus steht. Sie wissen, Herr Minister, dass die Städte Kassel, Gießen, Marburg, Wetzlar und Hanau eine Direktvergabe unter Beachtung der EuGH-Vorgaben prüfen und gegebenenfalls auch in die Tat umsetzen. Kassel zumindest hat bereits öffentlich angekündigt, sich mit Ihnen in dieser Frage anzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir begrüßen in diesem Zusammenhang überaus den Antrag der FDP, der ebenfalls eine Modifizierung des Erlasses verlangt. Allerdings geht uns eine Modifizierung an dieser Stelle nicht weit genug. Zudem halten wir die Aufnahme einer Verordnungsermächtigung in den vorliegenden Gesetzentwurf für erforderlich. Um tatsächlich einen fairen, diskriminierungsfreien und mittelstandsfreundlichen Wettbewerb in Hessen zu erreichen, muss auf der Ermächtigungsgrundlage parallel zum Gesetz eine Rechtsverordnung erlassen werden, die alle Anbieter zur Vollkostenkalkulation verpflichtet, kleinere Losgrößen bei Ausschreibungen vorsieht und diese zeitlich versetzt ermöglicht, die Einhaltung von Mindeststandards bei der Produktion und der Leistungsqualität und insbesondere auch tariftreue Entlohnung vorsieht und letztlich den Gebietskörperschaften die Erbringung von Verkehrsdienstleistungen ohne Ausschreibung gemäß EU-Verordnung ermöglicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum letzten der Ziele: die Finanzierung optimieren. Die in der Novelle vorgesehene Finanzierungsregelung läuft diesem Ziel eklatant zuwider. Auch an dieser Stelle wurde die Kritik der Kommunalen Spitzenverbände, insbesondere des Städttetages und des Städte- und Gemeindebundes, sehr deutlich vorgetragen. Ich halte die Fünfjahresbudgets für die beiden großen Verbünde mit der Zusammenführung der konsumtiven und investiven Mittel durchaus für einen Fortschritt. Aber das ist nicht neu, Herr Kollege Dr. Lübcke. Das wird seit einiger Zeit praktiziert. Voraussetzung ist für uns allerdings, dass die Mittel nicht, wie in den vergangenen Jahren, sukzessive gekürzt werden. Zudem erwarten wir mindestens eine Beibehaltung der Status-quo-Finanzierung, da diese jetzt schon eine große Herausforderung für die Weiterentwicklung des Angebotes darstellt.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Frau Kollegin Pfaff, kommen Sie bitte zum Schluss.

Hildegard Pfaff (SPD):

Ich komme zum Schluss. Gestatten Sie mir noch zwei letzte Anmerkungen.

Herr Minister Rhiel, wir erwarten, dass die pauschalen Zuwendungen für den lokalen Verkehr konkretisiert werden, und zwar konkretisiert mit landeseinheitlichen Kennzahlen und Größen, und dass es auch für die öffentlichen Aufgabenträger mehrjährige Finanzierungsvereinbarungen gibt.

Ein letzter sehr wichtiger Punkt ist für uns, dass wir erwarten, dass in dem Gesetz wieder eine Regelung auftaucht, wonach die Regionalisierungsmittel des Bundes für den ÖPNV zweckgebunden werden. Auch das ist weggefallen. Wir vermuten an dieser Stelle, dass der Finanzminister die eine oder andere Million Euro gerne aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes für andere Zwecke einsetzen und damit abgrundtiefe Löcher stopfen will.

(Günter Rudolph (SPD): So sind sie! – Gerhard Bökel (SPD): Hart und radikal!)

Deshalb gehört diese Regelung wieder in das Gesetz. – Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Kollegin Pfaff. – Als Nächster hat Kollege Dr. Lübcke für die CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Walter Lübcke (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Pfaff, Ihre Rede hat dieselbe Qualität wie Ihr eingebrachter Antrag – viel Schall, viel Rauch, viele Vermutungen, nichts Konkretes.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ich kann nur sagen: Auch von der Anhörung habe ich persönlich, wie meine Kollegen, einen anderen Eindruck. Herr Kollege Rudolph, wir behandeln heute in der zweiten Lesung das ÖPNV-Gesetz für das Land Hessen. Frau Pfaff, dieses Gesetz ist im politischen Sinne ein Rahmengesetz, das in erster Linie die Organisation und die Finanzierung regelt. Wenn Sie dabei gleich kritisieren, die Da-seinsvorsorge sei aus dem hessischen Gesetz verschwunden, weise ich darauf hin: Das ist Bundesrecht, das das regelt. Dann braucht man hessische Gesetze nicht aufzublähen und Bundesgesetze abzuschreiben, nur damit der Begriff erscheint. Ich glaube, diese Forderung, die Sie aufstellen, ist ein weiterer Beweis für die Lächerlichkeit Ihres Vortrages.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ÖPNV-Gesetz legt ganz klar fest, welche Finanzierungsinstrumente genommen werden und wie die Rollen der Aufgabenwahrnehmung in Hessen verteilt sind. Wie schon in der ersten Lesung als auch bei der Behandlung im Ausschuss hält die CDU-Fraktion an dem vorliegenden Gesetzentwurf fest. Frau Pfaff, die Veränderungen gegenüber dem bestehenden Gesetz sind notwendig, da das bisherige Gesetz von 1996 nicht mehr in allen Punkten den heutigen Anforderungen gerecht wird. Die bisherige Beratung im Ausschuss und die dort durchgeführte Anhörung der Verbände bestätigen die Richtigkeit des vorgelegten Entwurfs und den von der Landesregierung eingeschlagenen Weg.

Ein Großteil der Diskussion, wie auch aus dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zu ersehen ist, wird um die Ausschreibung im ÖPNV geführt, obwohl das vorgelegte Gesetz dazu keine Regelung trifft. Die entsprechenden Vorgaben sind bundes- und europarechtliche Bestimmungen, auf die der Landesgesetzgeber keinen Einfluss hat. Frau Manuela Rottmann – ich glaube, sie war einmal im Landtag beschäftigt – erteilt in ihrem Beitrag im Heft „Infrastruktur und Recht“ vom Februar 2005 eine klare Aussage an die so genannte marktorientierte Direktvergabe. Ich empfehle der SPD-Fraktion und insbesondere Frau Pfaff, sich diesen Artikel einmal in einer ruhigen Minute zu Gemüte zu führen, was hier unter einer marktorientierten Direktvergabe – wie der Begriff auch immer heißen mag – verstanden wird und warum dieses Verfahren abzulehnen ist.

Unser Ziel bei der Gesetzesnovellierung ist eine übersichtliche Strukturierung, größere Transparenz und die Beseitigung überflüssiger Regelungen. In der Organisation bleibt es bei der Zusammenfassung aller Zuständigkeiten im Nahverkehr bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten. Dabei wird die Eigenverantwortung der kommunalen Aufgabenträger gestärkt, Frau Pfaff. ÖPNV wird zu einem gestaltbaren kommunalen Politikfeld. Frau Pfaff, diejenigen von Ihnen, die

diese größere Transparenz ablehnen, müssen sich fragen lassen, warum sie Angst vor zusätzlicher Eigenverantwortung in den Kommunen haben. Mehr Verantwortung auf die kommunale Ebene entspricht unserem Leitbild vom Subsidiaritätsprinzip. Natürlich gehört auch dazu,

(Zuruf des Abg. Uwe Frankenberger (SPD))

dass eine fehlerhafte Politik vor Ort, Herr Frankenberger, schneller erkannt wird und die Verantwortlichen dafür geradestehen müssen. Wir verstehen darunter bürgernahe Politik, die den Staat zurücknimmt, wo er nicht unbedingt benötigt wird, und den handelnden Akteuren mehr Freiheiten lässt. Auch der Finanzierungsbereich wird in Zukunft klarer und einfacher strukturiert. Frau Pfaff, ich freue mich, dass Sie das Budget über das Verfahren, dem Sie sich angeschlossen haben --

(Dieter Posch (FDP): Es gibt noch einen zweiten!)

– Das eine ist die Infrastruktur. Frau Pfaff hat beide angesprochen. Sie haben ein Zweites gefordert – mehr Verlässlichkeit. Aber ich glaube, dass hier der richtige Weg eingeschlagen worden ist.

Die Förderung soll flexibler gestaltet und zielorientiert ausgerichtet werden. Das Land wird die öffentlichen Fördermittel bündeln und sie vorrangig den Aufgabenträgerorganisationen zur Verfügung stellen, um so die Aufgabenträger – d. h. vorrangig die Kommunen – zu entlasten. Durch eine mehrjährige Budgetierung der Fördermittel wird eine Planungssicherheit für die Träger garantiert. Das Besteller-Erststeller-Prinzip im neuen ÖPNV-Gesetz schafft deutlich mehr Transparenz zwischen öffentlichem Gemeinwohlauftrag und unternehmerischem Handeln bei der Leistungserstellung.

Dazu gehört natürlich auch, dass die europa- und bundesrechtlichen Vorgaben bei den Ausschreibungen wirken sollen, dass mehr Wettbewerb zu einem effizienteren Einsatz staatlicher Fördermittel führen kann. Dabei wird es niemandem helfen, wenn er künstlich vom Wettbewerb ausgeschlossen wird. Es macht keinen Sinn, marktwirtschaftsfreie Inseln zu schaffen. Jedes kommunale Unternehmen – für die Privatwirtschaft gilt das ohnehin schon, und es gibt dazu keine Alternativen –, das jetzt noch versucht, sich vor dem Wettbewerb zu drücken, verpasst eine große Chance, sich rechtzeitig auf die Veränderungen einzustellen und sich damit zukunftsfähig aufzustellen. Dies wird spätestens dann nötig sein, wenn in diesem Bereich unmittelbar geltendes Europarecht zum Tragen kommt.

Die Hessische Landesregierung und die Mehrheitsfraktion dieses Hauses wollen mit diesem neuen Gesetz allen Beteiligten des ÖPNV in Hessen dabei helfen, bestmögliche Ausgangspositionen für den Wettbewerb zu erbringen. Die schon bei der Einbringung des Gesetzes von der SPD-Fraktion geforderte marktorientierte Direktvergabe ist weder nach nationalem noch nach EU-Recht möglich. Die Anhörung hat mir gezeigt, dass keiner der Angehörten gegen Ausschreibung im Wettbewerb ist. Es gab lediglich einige kleine Korrekturwünsche. Die wurden aufgenommen, und es wurde zugesagt – Herr Posch, Sie und Herr Denzin waren bei der Veranstaltung –, dass ihre Wünsche aufgenommen werden. Die öffentliche Ausschreibung wird sogar vom neuen Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission, der übrigens für Deutschland mit Günter Verheugen ein Sozialdemokrat angehört, als Regelfall vorgeschrieben.

Die CDU-Fraktion fühlte sich dabei von der EU-Kommission bestätigt, dass wir mit dem vorliegenden Gesetz-

entwurf auf dem richtigen Weg verfahren. Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion, dieses von fast allen Seiten als richtig und zukunftsweisend bezeichnete Gesetz erneut zu überarbeiten, zeigt, dass Sie in allen Debatten, die wir geführt haben, und in der Anhörung nichts dazugelernt haben. Immer noch offenbaren die sozialdemokratischen Kollegen ihre ausgeprägte Wettbewerbsfeindlichkeit, ihr Beharren auf staatlichem Einfluss und den damit verbundenen Hang zur Überregulierung.

Wie schon bei der Einbringung des Gesetzentwurfs wird dabei von zügellosem oder ruinösem Wettbewerb gesprochen, sodass eigentlich nur noch der Hinweis auf die Heuschenken fehlt, Frau Pfaff. Hier kommt ein ziemlich gestörtes Verhältnis zur sozialen Marktwirtschaft zum Ausdruck. Dagegen zeigen die Erfahrungen der letzten Zeit, dass überall dort, wo wir Wettbewerb unnötig einschränken oder gar verhindern, die betroffenen Akteure im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr wettbewerbsfähig sind und damit sowohl Wachstumschancen als auch zusätzlichen Wohlstand für unsere Gesellschaft verspielen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion steht aus voller Überzeugung hinter dem Konzept des Wettbewerbs im ÖPNV, wie es in dem vom Wirtschaftsminister eingebrachten Gesetzentwurf verankert ist. Dieses Gesetz ist ein neuer Meilenstein in der hessischen Verkehrspolitik. Es führt zu einer neuen und zeitgerechten Organisation der Durchführung des ÖPNV einerseits und seiner Finanzierung andererseits.

Herr Wagner, der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist von der äußeren Form her sehr sauber ausgearbeitet. Sicherlich sind Sie mittlerweile aus den Turnschuhen herausgewachsen. Inhaltlich enthält dieser Antrag lediglich die immer wiederkehrenden alten Forderungen, die der grünen Ideologie entspringen, so z. B. Vorrang für den ÖPNV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr oder Stärkung des Umweltverbundes.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch richtig!)

Der Änderungsantrag enthält auch weite Passagen, mit denen das geregelt werden soll, was bereits durch Bundesrecht geregelt ist. Das wäre also eine künstliche Aufblähung des Gesetzestextes durch ständige Wiederholung. Das wurde ähnlich von der SPD hier vorgetragen. Das betrifft z. B. die Daseinsvorsorge.

Herr Wagner, wenn wir die von Ihnen geforderte Schlichtungsstelle für den Nahverkehr einrichten würden, würde sicherlich das Konnektionsprinzip greifen. Das heißt, das Land müsste dann die Finanzierung allein sicherstellen. Das ist weder angebracht noch mit den heute vorhandenen Instrumentarien zur Finanzierung durchführbar.

Der vorliegende Änderungsantrag wurde bereits im Ausschuss mit Mehrheit abgelehnt. Herr Wagner und Frau Pfaff, ich würde mich deshalb sehr freuen, wenn Sie nach dieser Debatte auch die bisher in Ihren Reihen vorhandenen Skeptiker davon überzeugen könnten, dass die Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs wichtig ist. Es wäre schön, wenn Sie unserem Vorschlag folgen könnten. Denn wir werden damit in Hessen einen zukunftsweisenden öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin aufrechterhalten können. Wir werden damit ein Angebot vorhalten können, das Masse, Qualität und Struktur hat. – Ich danke

für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche mir, dass wir vielleicht doch noch einen Konsens finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Dr. Lübcke, vielen Dank. – Als nächstem Redner ertheile ich Herrn Abg. Posch für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Er hat noch gar nicht gesprochen, da fangen die schon mit Klatschen an!)

Dieter Posch (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. Liebe Frau Pfaff, ich schätze Sie sehr als eine sachkundige Abgeordnete, die sich mit unglaublich viel Engagement mit diesem Thema befasst. Sie haben sich hier aber hingestellt und behauptet, bei der Anhörung sei vernichtende Kritik zutage getreten.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das war falsch!)

Dazu muss ich schon sagen: Wir waren wohl auf zwei völlig unterschiedlichen Veranstaltungen.

(Dorothea Henzler (FDP): Das ist öfter so!)

Ich sage dies insbesondere deswegen, weil während der Anhörung Gegenstand der dort geübten Kritik nicht der Gesetzentwurf selbst war, sondern genau jener Erlass, von dem die Anzuhörenden nachher gesprochen haben.

(Hildegard Pfaff (SPD): Herr Kollege, es betraf beides!)

Denn in der Tat ist Folgendes richtig: Die Ausschreibungsbedingungen und die Frage, wie der Wettbewerb beim öffentlichen Personennahverkehr realisiert werden soll, ist nicht Regelungsgegenstand dieses Gesetzentwurfs.

Verehrter Herr Dr. Lübcke, Sie wissen aber auch, dass wir in der Vergangenheit bereits den Wettbewerb eingeführt haben. Es geht deshalb etwas zu weit, zu sagen, es handele sich dabei um eine Sternstunde des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Einführung des Wettbewerbs haben wir während der vergangenen Legislaturperiode bereits gemeinsam mit den Verbündeten realisiert. Wenn es nur um die Frage der Umsetzung des Wettbewerbs ginge, bräuchten wir ein solches Gesetz überhaupt nicht. Denn das haben wir schon in der Vergangenheit realisiert.

Sie selbst haben dargestellt, dass wir – ich füge hinzu: leider – seit geraumer Zeit auf die entsprechende Rechtsverordnung der Europäischen Union warten. Ich sage es einmal so: Hier liegt ein Vollzugsdefizit vor, das letzten Endes zulasten aller Beteiligten geht. Herr Dr. Rhiel, wir sind uns sicherlich einig, dass es dazu eine berechtigte Diskussion gibt. Auf der einen Seite führen die kommunalen Verkehrsunternehmen diese Diskussion. Auf der anderen Seite wird diese Diskussion auch von den mittelständischen Unternehmen betrieben. Das röhrt genau daher, dass wir im Grunde genommen seit Jahren darauf warten, zu erfahren, zu was sich die Europäische Union bei dieser Frage durchringt.

(Beifall bei der FDP)

Ich halte es deswegen für falsch, diesen Zusammenhang in der Art und Weise zu problematisieren, wie das hier getan wurde.

Das Gleiche gilt hinsichtlich des Stichworts „Daseinsvorsorge“. Ich halte es für richtig, dass aus dem Gesetzeswerk das herausgenommen werden soll, was zum Vollzug und zur Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs nicht notwendig ist. Dass der öffentliche Personennahverkehr auch in Zukunft eine Aufgabe der Daseinsvorsorge bleiben wird, ergibt sich allein daraus, dass wir beispielsweise beim Wettbewerb auf das Vergaberecht Rücksicht nehmen müssen. Denn auf absehbare Zeit wird der öffentliche Personennahverkehr ohne öffentliche Bezugsschaltung nicht möglich sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal auf etwas zu sprechen kommen, was ich in diesem Zusammenhang auch nicht verstehe. Verehrte Frau Pfaff, Sie haben gesagt, wir seien in Hessen einen Weg gegangen, der nicht mittelstandsfreundlich sei und der die Belange der kommunalen Betriebe nicht ausreichend berücksichtige.

Ich sage einmal in Richtung der Landesregierung sehr bewusst: Ich freue mich darüber, dass der Kurs des Wettbewerbs fortgesetzt wird, den wir in der vergangenen Legislaturperiode eingeschlagen haben.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Denn es gibt zur Einführung des Wettbewerbs im öffentlichen Personennahverkehr überhaupt keine Alternative.

Bei der Frage, wie der Wettbewerb organisiert werden soll, bin ich wieder bei Ihnen. Es muss sichergestellt werden, dass mittelständische Unternehmen auch tatsächlich eine Chance haben. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass es ohne diesen Wettbewerb nicht geht und dass das die einzige mögliche und denkbare Form ist, das zu realisieren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sagen würden, damit würden die Verbünde in unzulässiger Weise gestärkt – verehrte Frau Pfaff, das waren jetzt meine Worte –, dann sage ich Ihnen dazu Folgendes: Hätten wir die Verbünde mit dem Einbezug der Kommunen nicht, wären wir heute beim Wettbewerb nicht so weit, wie wir sind. – Es ist geradezu das Verdienst des Nordhessischen Verkehrsverbundes und des Rhein-Main-Verkehrsverbundes, dass sie die Kommunen davon überzeugt haben, dass es dazu keine Alternative gibt. Das ist der entscheidende Punkt, auf den es in diesem Zusammenhang ankommt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage deswegen für die FDP-Fraktion: Die Art und Weise, wie der öffentliche Personennahverkehr hier organisiert wird, stellt eine Säule des integrierten Verkehrssystems dar, wobei ich immer davon ausgehe – Herr Dr. Lübcke, da teile ich Ihre Auffassung –, dass jeder Verkehrsträger entsprechend seiner Stärke im Verkehrssystem eingesetzt werden muss. Die einseitige Bevorzugung eines Verkehrsträgers würde der Sache schlicht und ergreifend nicht dienen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Es gibt Menschen, die darauf angewiesen sind, über den so genannten und manchmal verpönten Individualverkehr an ihren Arbeitsplatz zu kommen. Denn wir als Vertreter der öffentlichen Hand können gar nicht die Bedienung aller Strecken sicherstellen. Ich bin deshalb der Meinung: Eigentlich waren wir schon weiter. Die Auseinandersetzung nach dem Motto: „Derjenige, der für den öffentlichen Personennahverkehr ist, ist ein guter Mensch, und derjenige, der für den Individualverkehr ist, ist ein böser Mensch“, ist irrsinnig und falsch. Im Grunde genommen dient das den Menschen auch in keiner Art und Weise.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen sage ich: Die FDP-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu der hervorragenden Arbeit, die die Verbünde geleistet haben. Die Verbünde haben maßgeblich dazu beigetragen, dass wir den Wettbewerb tatsächlich realisieren konnten. Gerade die Einbeziehung der Kommunen hat dazu geführt.

Verehrte Frau Pfaff, an dieser Stelle möchte ich noch Folgendes sagen: Auch Sie haben doch während der Anhörung wahrgenommen, dass auch der Landkreistag durchaus Positionen bezogen hat, die im Interesse der Verbünde waren. Sie haben in gleicher Art und Weise das gesagt, was auch die Verbünde gesagt haben.

Herr Dr. Lübecke, das Besteller-Erststeller-Prinzip ist vorteilhaft. Das wurde in Hessen erfunden und realisiert. Bei dieser Gelegenheit will ich noch schnell hinzufügen: Das wurde nicht von mir gemacht, sondern das geschah schon während der Amtszeit des verehrten Herrn Kollegen Klemm.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) und Heinrich Heidel (FDP))

Wir haben im Hessischen Landtag immer versucht, das Thema öffentlicher Personennahverkehr ideologiefrei zu diskutieren.

(Hildegard Pfaff (SPD): Das ist richtig!)

Das Besteller-Erststeller-Prinzip, das damals erstmals diskutiert wurde, ist die Grundlage dafür, dass man wirklich darüber nachgedacht hat, nur das zu bestellen, was man auch wirklich bezahlen kann. Es wird dann nicht nach dem Motto verfahren: Wenn aus politischen Gründen irgendwo entschieden wird, eine Linie aufrechtzuerhalten, muss ich mich überhaupt nicht mehr darum kümmern, was das kostet. – Ich glaube deswegen, dass die Entscheidung, das Besteller-Erststeller-Prinzip einzuführen, eine sehr grundlegende Entscheidung war, die richtig ist.

Ich komme jetzt noch zu den Problemen. Die Probleme will ich gar nicht gering schätzen. Es gibt zwei Probleme.

Die mittelständischen Busunternehmer kritisieren, dass sie gegenüber den kommunalen Betrieben einen Wettbewerbsnachteil hätten. Ich sage Ihnen sehr offen: Uns alle beschleicht immer wieder ein gewisses Unbehagen. Wir fragen uns, ob da nicht sogar etwas dran sein könnte. Denn die Frage, ob es bei öffentlichen kommunalen Unternehmen zu einer Quersubventionierung kommt, ist sehr schwer verifizierbar. Wer sagt denn, dass der Sachbearbeiter, der morgens auf der Bestellerseite sitzt, nachmittags nicht auf der Bestellerseite zu finden ist? Ich habe das jetzt einmal etwas flapsig ausgedrückt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Damit würde im Grunde genommen dieses Prinzip etwas konterkarriert.

Auf der Seite der mittelständischen Unternehmen gibt es ein Problem. Sie müssen sich an diesen Wettbewerb gewöhnen. Sie müssen sich darauf einstellen.

In diesem Zusammenhang muss man daran erinnern, wie die Struktur früher aussah. In der Vergangenheit waren viele mittelständische Busunternehmer nicht in dem eigentlichen Sinne unternehmerisch tätig. Denn sie haben sich nicht an Ausschreibungen beteiligt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Vielmehr waren sie als Subunternehmer der öffentlichen Betriebe tätig. Dabei haben sie sich wohl gefühlt. Sie haben mit zwei oder drei Bussen die Leistung als Subunternehmer erbracht. Auf einmal sagen wir jetzt den mittelständischen Unternehmen: Das geht so nicht mehr, ihr habt eine schwierige Aufgabe zu bewältigen. Ihr müsst kooperieren, gemeinsam Angebote unterbreiten und Ähnliches mehr.

Herr Dr. Rhiel hat zu Recht auf die Erfolge hingewiesen, die wir im mittelhessischen Raum dazu haben. Da waren Unternehmen bereit, dies zu tun.

Gleichwohl gibt es diese Probleme. Wir haben diese Probleme mit den Verbänden diskutiert. Es gibt in diesem Zusammenhang einen berühmten Brief. Der wurde wegen eines Gesprächs zwischen Vertretern der Landesregierung und den Vertretern verschiedener Verbände geschrieben. In diesem Brief wurden bestimmte Zusagen gemacht. Deswegen bin ich noch einmal darauf zu sprechen gekommen.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das ist auch Gegenstand unseres Antrags. Wir wollen, dass parallel mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes die Vergabерichtlinien zugunsten der mittelständischen Unternehmen so geändert werden, dass die Lösung ihrer Probleme Berücksichtigung findet.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Frau Pfaff, Sie haben angekündigt, dass eine dritte Lesung stattfinden wird. Ich hoffe, dass bis dahin auch tatsächlich dieser „Vergabeerlass“ vorgelegt werden wird. Dann kann man deutlich sagen: Bei den Losen kann man dieses oder jenes machen. – Das ist eine Problematik, die man beispielsweise auch bei jedem Generalunternehmer hat. Dabei geht es um die Frage, ob man da etwas zugunsten der mittelständischen Unternehmen mindern kann. Ich wollte das nur als ein Beispiel nennen.

Wie gesagt, wir haben ein Interesse daran, dass das geregelt wird. Denn natürlich besteht da eine Gefahr. Deswegen wird immer auch zu Recht auf die Situation in anderen Ländern hingewiesen. Die Einführung des Wettbewerbs darf nicht dazu führen, dass wir am Schluss drei große Unternehmen haben, während die kleinen und mittleren Unternehmen überhaupt keine Chance mehr haben.

(Beifall bei der FDP)

Dass das entsprechend geregelt wird, ist ein ganz entscheidender Punkt. Das war der Grund, weshalb wir diesen Antrag eingebracht haben. Wir wollen dies sichergestellt wissen.

Herr Dr. Rhiel hat das während der Ausschusssitzung schon angekündigt. Ich gehe deshalb davon aus, dass eine solche Korrektur des Erlasses stattfinden wird.

Da spielen auch andere Fragen noch eine Rolle, die im Zusammenhang mit dem kommunalen Wirtschaftsrecht stehen. Ich hoffe, dass das noch ausreichend geklärt wird.

Ich fasse für die FDP-Fraktion zusammen. Wenn man Marktwirtschaft in diesem Bereich will, dann kann man das nicht nach dem Motto machen: „Wir sind nur ein bisschen schwanger“, sondern dann muss man Wettbewerb einführen, und man muss dafür sorgen, dass diejenigen, die sich am Wettbewerb beteiligen, faire Bedingungen vorfinden.

An dieser Stelle sehe ich ein großes Problem. Ich glaube, dass es dringend notwendig ist, diejenigen Busunternehmen, die sich am Wettbewerb beteiligen, besser zu informieren über Möglichkeiten, sich an Ausschreibungen zu beteiligen. Herr Dr. Lübecke, ich sage einmal, das ist keine Frage der Verbände. Ich impliziere damit keine Kritik an den Verbänden. Denn in den Verbänden sind diejenigen vertreten, die gleichzeitig bei Ausschreibungen als Wettbewerber auftreten. Dann können Sie von einem Verband nicht verlangen, dass er selbst diese Schulung unternimmt.

Ich habe schon einmal mit dem einen oder anderen Kollegen gesprochen und will es an dieser Stelle anregen: Hier sind meines Erachtens beispielsweise die Kammern gefordert, das Überführen in den Wettbewerb so zu organisieren, dass Unternehmen informiert und geschult werden, um so etwas besser tun zu können.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, dass das jenen Betrieben eine vernünftige Hilfe sein könnte.

Die FDP begrüßt dieses Gesetz, weil damit ein Weg fortgesetzt wird, der in der Vergangenheit begründet und erfolgreich eingeführt worden ist. Wir sehen die Probleme, die im Vollzug bestehen. Wir wollen sie nicht gering schätzen. Wir haben das gegenüber den Verbänden zum Ausdruck gebracht und hoffen, dass bis zur dritten Lesung im Ausschuss dementsprechend erfolgreich berichtet werden kann, dass den Problemen Rechnung getragen werden kann.

Wir sind alles in allem in der Tendenz und in der Zielsetzung mit diesem Gesetz einverstanden. Nicht zuletzt ist es eine kontinuierliche Fortsetzung dessen, was wir in der vergangenen Legislaturperiode begonnen haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Begonnen wurde es schon etwas früher, nicht in der letzten Legislaturperiode!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Posch. – Als Nächster hat Herr Kollege Mathias Wagner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass mit diesem ÖPNV-Gesetz eine Chance vergeben worden ist. Ich glaube, es hätte die Chance bestanden,

dass das, was in den Neunzigerjahren unter rot-grüner Verantwortung mit dem zu damaliger Zeit richtungweisenden ÖPNV-Gesetz auf den Weg gebracht wurde, mit einer sehr viel breiteren Mehrheit hier im Landtag hätte fortgeführt werden können als der absoluten CDU-Mehrheit. Wir hätten uns durchaus vorstellen können, dass wir dem ÖPNV-Gesetz zustimmen. Aber dafür wäre es notwendig gewesen, dass die absolute Mehrheit den Themen in unserem Änderungsantrag ein bisschen mehr Aufmerksamkeit geschenkt hätte, als sie einfach mit Nichtbeachtung zu strafen. Eines kann nicht sein: Wir machen eine Anhörung zu dem Gesetz, und selbst mit absoluter Mehrheit kann es nicht sein, dass in der Anhörung überhaupt nichts geäußert wird, das lohnend gewesen wäre aufzunehmen. Insofern wurde hier wirklich eine Chance vertan, das auf eine sehr breite Basis zu stellen. Ich bedauere das sehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Fraktion hat im Gegensatz zur SPD sehr detaillierte Vorschläge vorgelegt, wie wir uns Änderungen an dem Entwurf des Gesetzes vorgestellt hätten. Leider hat das keine Mehrheit gefunden. So kann man über das Gesetz jetzt in drei Bereichen urteilen. Im Bereich der Ziele, für einen modernen, für einen ambitionierten ÖPNV, ist dieses Gesetz ein Rückschritt gegenüber der geltenden Rechtslage. Im Bereich des Wettbewerbs und der Regelungen zum Wettbewerb sind das Gesetz und der damit verbundene Erlass – wir haben vorgeschlagen, auch eine Rechtsverordnung zu machen, um den Wettbewerb näher zu regeln – auf jeden Fall unzureichend. Im Bereich der Fahrgastrechte, dem dritten Bereich, der meiner Fraktion sehr wichtig war, ist dieses Gesetz schlicht nicht auf der Höhe der Zeit. Deswegen können wir dem Gesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, nicht zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auf die drei Bereiche eingehen. Zum Ausschreibungswettbewerb ist schon einiges gesagt worden. Auch wir halten das im Prinzip für das richtige Instrument, um Vergaben im ÖPNV durchzuführen. Allerdings darf man nicht die Augen davor verschließen, welche Probleme es dabei gibt. Man muss die Einwände, die von Gewerkschaften geäußert werden, ernst nehmen. Man muss sich damit beschäftigen, dass darüber geklagt wird, dass der Wettbewerb und die Kosteneinsparungen im ÖPNV zulasten der Beschäftigten, zulasten der Busfahrer gehen, somit zulasten von Personen, die ohnehin nicht in besonders guten Lohngruppen eingestuft sind und die ohnehin knapsen müssen, damit sie ihre Familien ernähren können. Dieses Problem gibt es, und man muss es deshalb bearbeiten und darf es nicht einfach mit Nichtbeachtung bestrafen, wie es die absolute Mehrheit hier tut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Wir müssen auch sehr ernst nehmen, dass von den mittelständischen Omnibusunternehmern gesagt wird, dass sie Sorge haben, ob sie faire Wettbewerbsbedingungen haben. Auch das muss man ernst nehmen und bearbeiten. Man muss auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen, dass die kommunalen Betriebe sagen: Es ist schon recht mit dem Wettbewerb. Aber was machen wir in unserer Stadt dann, wenn ein anderes Unternehmen die Ausschreibung gewinnt und wir auf dem Personal unserer Stadtwerke sitzen bleiben? – Dieses Problem muss man zur Kenntnis nehmen. Man muss es bearbeiten.

Deswegen hat meine Fraktion vorgeschlagen: Wir machen eine Rechtsverordnung zu diesem Gesetz, in der man alle diese Fragen näher hätte bearbeiten können. Ich glaube, es wäre für eine absolute Mehrheit nicht unzumutbar gewesen, sich auf diesen Vorschlag zuzubewegen. Vor allem hätten wir in der Sache sehr viel mehr regeln können und wären zu einer sehr viel besseren Lösung gekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es auch sehr interessant: Was hat die CDU eigentlich dagegen, wie von uns vorgeschlagen, einen jährlichen Wettbewerbsbericht vorzulegen? Damit hätten wir eine völlige Transparenz über das Marktgeschehen. Damit könnten wir den Teil der Ängste, die unbegründet sind, wegnehmen, indem wir Fakten gegenüberstellen. Wir hätten ein Instrument und einen Bericht in der Hand, auf dessen Grundlage wir dann sagen könnten, wenn es Fehlentwicklungen gibt: Wir wollen sie korrigieren. – Was hätte dagegen gesprochen? Natürlich ist es ein Ex-post-Instrument. Das ist mir schon klar. Aber ein Ex-post-Instrument ist immer noch besser als gar kein Instrument, um auf Marktverzerrungen reagieren zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die FDP schlägt vor, den Wettbewerb näher auszustalten. Der Kollege Posch hat darauf hingewiesen, der Antrag der FDP fordert, den Erlass zur Ausschreibung neu zu fassen. Dieser Idee können wir nahe treten. Wir schlagen eine Rechtsverordnung vor, Sie schlagen eine Neufassung des Erlasses vor. Darüber wollen wir nicht lange streiten. Deshalb können wir Ihrer Idee zustimmen, Herr Kollege Posch.

Auch bei den Fahrgastrechten verstehe ich es nicht. In anderen Bundesländern, wo über die Novellierung von ÖPNV-Gesetzen nachgedacht wird, wird das berücksichtigt und findet es Eingang. Ich verstehe nicht, wieso das in Hessen nicht möglich ist. Sie wissen, wir haben sehr detaillierte Vorstellungen dazu, Herr Kollege Lübecke. Wir haben eine Kundencharta dazu vorgelegt etc. pp. Das haben wir jetzt alles nicht gesagt, weil wir meinen, das muss man nicht in einem Gesetz regeln. Das Einzige, was wir vorgeschlagen haben, ist, dass die Verbünde per Gesetz verpflichtet werden, bis zum Fahrplanwechsel 2006/07 verbindliche Fahrgastrechte zu definieren. Das war unser Ansinnen. Ich glaube, die absolute Mehrheit muss vor den Fahrgästen des ÖPNV verantworten, warum sie den Fahrgästen diese Rechte nicht geben will. Ich habe es, ehrlich gesagt, nicht verstanden.

(Dr. Walter Lübecke (CDU): Der RMV macht es doch schon! Der NVV will es auch!)

Ich habe aber auch die Haltung der SPD in dieser Frage nicht verstanden, wie sich die SPD überhaupt aus meiner Sicht sehr weit von dem entfernt hat, was unter rot-grüner Verantwortung in den Neunzigerjahren zum Thema ÖPNV vereinbart und auf den Weg gebracht wurde.

(Florian Rentsch (FDP): Schön war die Zeit!)

Wenn die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag sagt, dass unsere Vorschläge zu den Fahrgastrechten zu bürokratisch und deshalb nicht machbar seien, dann bin ich sehr erstaunt. Denn das ist exakt die Regelung, die in Nordrhein-Westfalen unter rot-grüner Verantwortung getroffen wurde.

(Hildegard Pfaff (SPD): Das haben wir nie gesagt! Ich habe gesagt, wir wollen eine bundesweite Lösung!)

Ich kann nur sagen, die SPD in Hessen ist entgegen dem, was sie oft verkündet, offenbar in einer vorweggenommenen großen Koalition. Für den ÖPNV ist das nicht gut, Frau Kollegin Pfaff, es tut mir Leid.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hätte eigentlich gegen die Schlichtungsstelle Nahverkehr gesprochen, Herr Kollege Lübecke? Auch das ist ein Instrument, das in Nordrhein-Westfalen hervorragend funktioniert. Da gibt es ein Beispiel. Das ist nichts, was man hätte neu erfinden müssen. Auch das hätte einen immensen Imagegewinn für den ÖPNV gebracht. Auch da bedauere ich sehr, dass diese Chance nicht genutzt wurde.

Noch nicht einmal die stärkere Beteiligung von Fahrgastbeiräten war mit dieser CDU möglich. Es gibt im Bereich des ÖPNV ganz viele Menschen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren, die gute Vorschläge zur Weiterentwicklung haben, die sich gerne in Fahrgastbeiräten engagieren und ihre Vorschläge einbringen würden. Wir wollten im Gesetz eine Grundlage verankern, dass die Vorschläge dieser Menschen auch Gehör finden. Auch das war leider nicht möglich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den Zielen steht schließlich im geltenden Recht, dass der ÖPNV seinen Teil zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen soll, indem er sich an der Reduzierung der Emissionen aus dem Individualverkehr dadurch beteiligt, dass die Leute öfter das Auto stehen lassen können und auf den ÖPNV umsteigen. Wieso muss man das streichen? Das ist doch ein völlig richtiges Ziel angesichts der Klagen von vielen Menschen über Lärmelastung und Abgasbelastung durch den Individualverkehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, was ist falsch an dem Ziel, wie es im geltenden Recht steht und Sie es jetzt streichen wollen, dass der ÖPNV eine möglichst vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr ist? Was ist falsch an dem Ziel, dass der Schienenpersonennahverkehr das Rückgrat für das gesamte ÖPNV-Angebot bieten soll? Was ist an diesen Feststellungen falsch? Sie müssen sich schon gefallen lassen, dass man argwöhnisch wird, was Sie im ÖPNV vorhaben, wenn Sie sich zu so einfachen Zielen in Ihrem Gesetz nicht mehr bekennen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedauere, dass sich die SPD auch bei den Zielen von dem verabschiedet hat, was unter Verantwortung von Lothar Klemm, unter rot-grüner Verantwortung in den Neunzigerjahren Konsens war, nämlich dass der ÖPNV beim Ausbau Vorrang vor dem Individualverkehr haben soll. Die Frau Kollegin Pfaff hat im Ausschuss wörtlich gesagt, sie halte das nicht mehr für zeitgemäß. Ich bedauere sehr, dass die SPD hier hinter Positionen zurückgeht, die sie schon einmal hatte. Ich halte es auch inhaltlich für falsch. Ich bin in der Tat der Meinung, dass, nachdem der Individualverkehr über Jahre und Jahrzehnte in der Verkehrspolitik immer Vorrang hatte und immer privilegiert wurde, es uns nach wie vor sehr gut ansteht, weiter eine Aufholjagd des ÖPNV zu organisieren und den ÖPNV beim Ausbau und bei der Finanzierung zu privilegieren. Frau Pfaff, ich halte das für sehr zeitgemäß.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch kurz auf die Anträge eingehen, auf die ich noch nicht eingegangen bin. Ich habe bereits gesagt:

Dem FDP-Antrag können wir zustimmen. – Es wundert mich ein bisschen, warum die SPD nach einer Debatte von einem Dreivierteljahr über das ÖPNV-Gesetz, nach einer fraktionsinternen Anhörung, die die SPD gemacht hat, nach einer großen Anhörung, die meine Fraktion gemacht hat, nach der Anhörung, die der Ausschuss gemacht hat, hier als einziges Ergebnis vorlegt, man beantrage, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Ich glaube, das wird den Problemen, die man mit diesem Gesetzentwurf hat, und den Problemen, die es in der Praxis gibt, überhaupt nicht gerecht. Meine Damen und Herren, deshalb können wir diesem Teil des SPD-Antrags auch nicht zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Antrag der SPD setzt sich mit der marktorientierten Direktvergabe auseinander. Ich teile nicht die Auffassung, wie sie der Minister im Ausschuss dargestellt hat und wie er sie gleich wieder bringen wird – wahrscheinlich gleich wieder bringen wird; wir kennen uns ein bisschen, Herr Minister; insofern habe ich mir erlaubt, das zu sagen –, dass durch den Vorschlag, den die EU-Kommission jetzt gemacht hat, die hessische Position gestärkt wird. Es ist mitnichten so, sondern das, was die EU-Kommission jetzt vorgeschlagen hat, ist eine Öffnung in Richtung marktorientierte Direktvergabe.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Nein!)

Bloß weil man das nicht gut findet und weil man findet, dass der Ausschreibungswettbewerb das bessere Organisationsprinzip für den ÖPNV ist, kann man diese Feststellung nicht ignorieren. Insofern ist der Teil der Feststellung, den die SPD macht, durchaus richtig. Dennoch halten wir es für falsch, über eine marktorientierte Direktvergabe vor allem die kommunalen Betriebe erneut über Jahre in falscher Sicherheit zu wiegen, Frau Kollegin Pfaff. Wir haben in den Neunzigerjahren mit dem Besteller-Erststeller-Prinzip unter rot-grüner Verantwortung begonnen. Seit den Neunzigerjahren war völlig klar, wohin diese Entwicklung führen wird. Es war allen Marktteilnehmern völlig klar, und es war auch den Stadtwerken völlig klar: Sie müssen sich auf diese Situation vorbereiten. Sie müssen sich auf diese Entwicklung einstellen. – Ich habe wirklich große Zweifel, ob es eine sinnvolle Position ist, dass wir zum weiteren Schutz der Leute, die ihre Hausaufgaben über Jahre nicht gemacht haben, in Kauf nehmen, dass wir weniger Geld für den ÖPNV zur Verfügung haben. Ich glaube, liebe Kollegen von den Sozialdemokraten, das ist keine gute Position.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wird es Sie nicht überraschen, dass wir auch dem Antrag zur marktorientierten Direktvergabe nicht zustimmen können. Wie gesagt, es gibt die rechtliche Grauzone. Die Irritation ist durch das, was jetzt als Vorschlag durch die EU-Kommission kommt, größer geworden. Aber wir sagen: Jenseits der rechtlichen Debatte ist es als Organisationsprinzip für den ÖPNV sinnvoll, auf den Ausschreibungswettbewerb zu setzen. Aber man muss dann die vorhandenen Probleme bearbeiten. Das habe ich zu Beginn meiner Rede gesagt. Da versagt leider der Vorschlag, den die Landesregierung macht und den die CDU-Fraktion trägt. So kann man den Ausschreibungswettbewerb nicht machen, wenn er zulasten der Busfahrer geht und wenn er dazu führt, dass es im Mittelstand weit gehende Verunsicherungen gibt.

Ich fasse zusammen. Es wäre eine Voraussetzung gewesen, das, was unter rot-grüner Verantwortung begonnen wurde, mit schwarz-grüner Mehrheit heute zu verabschie-

den. Die Chance wurde verpasst, weil die CDU auf unsere Änderungsanträge leider nicht eingegangen ist. Ich bedaure das sehr. Aber man sieht sich immer zweimal im Leben. In dem Sinne gebe ich es nicht auf und gibt es meine Fraktion nicht auf, für den ÖPNV in Hessen noch mehr zu erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Wirtschaftsminister Rhiel das Wort.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich am Ende dieser Debatte deutlich festhalten, dass wir uns bei aller Kritik, die aus unterschiedlicher Richtung an dem Gesetzentwurf geäußert wird, im Großen und Ganzen auf der Basis einer breiten Übereinstimmung aller Redner im Hause befinden. Ich glaube, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die ÖPNV-Politik im Lande Hessen seit Jahrzehnten – insbesondere Herr Wagner hat darauf hingewiesen –, seit das Besteller-Erststeller-Prinzip eingeführt wurde, eine hohe Kontinuität aufweist. Es hat immer wieder Verbesserungen gegeben, die dazu geführt haben, dass die ÖPNV-Politik in Hessen eine hohe Akzeptanz erfahren hat und damit auch eine Erfolgsgeschichte geworden ist.

Das neue ÖPNV-Gesetz wird die Mobilität bei Bahnen und Bussen in Hessen weiter verbessern. Es ist ein Schritt nach vorne. Damit wird eine Weiterentwicklung eingeläutet. Es stärkt insbesondere aber das Grundprinzip in Hessen, dass nämlich die Kommunen, sei es im Verbund oder als lokale Verantwortungsträger, weiter die Verantwortung übernehmen und dass wir mit diesem Gesetz deren Verantwortung weiter stärken, und zwar bei voller Aufrechterhaltung der Mittelausstattung. Ich glaube, das ist sehr wichtig.

Wir können die Mittelausstattung an einem Bild verdeutlichen. Der ÖPNV ist und bleibt eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das wird schon daran deutlich, dass pro Fahrschein etwa 50 % der Mittel aus allgemeinen Steuermitteln bezuschusst werden müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns geht es bei diesem Gesetzentwurf vor allem darum, dass diese knappen, aber ebenso wertvollen öffentlichen Mittel effizient eingesetzt werden, d. h. dass mit den vorhandenen Mitteln ein Maximum erreicht wird. Das wird auch an der Leistung deutlich, die im ÖPNV angeboten wird.

Als das Regionalisierungsgesetz damals verabschiedet wurde, als damals die Beträge definiert wurden, die den Ländern vom Bund zugeteilt werden, hatten wir ein Angebot – ich will das am Beispiel des Schienennahverkehrs deutlich machen –, das um 8.000 km pro Jahr niedriger war als jetzt. Umgekehrt und positiv formuliert heißt das, dass wir mit den gleichen öffentlichen Fördermitteln des Bundes, die wir nun sinnvoller und effizienter verwenden, im Verbund inzwischen 8.000 km mehr Leistung pro Jahr anbieten. Dieses Beispiel macht uns Mut, fortzufahren und den ÖPNV und dessen Finanzierung weiter zu modernisieren – so, wie es in diesem Gesetzentwurf geschieht.

Das wird neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen, vor allem indem wir die Vielfalt der Fördertöpfe in nur noch zwei Fördertöpfe vereinheitlichen. Der erste Fördertopf enthält die pauschale Mittelausstattung, die wir mit Fünfjahresverträgen kontinuierlich und verlässlich sichern. Herr Wagner, die Einführung des Bonus-Malus-Systems in dem Zusammenhang soll die Qualität sichern. Gerade können wir in der Zeitung über die hohe Akzeptanz dieser Vorgehensweise lesen.

Der zweite Fördertopf beinhaltet die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen, die aber nur dann gewährt wird, wenn sie – da kommt das Stichwort Wettbewerb ins Spiel – diskriminierungsfrei für alle Anbieter im ÖPNV zur Verfügung gestellt wird.

Meine Damen und Herren, der am meisten diskutierte Punkt in Verbindung mit dem neuen ÖPNV-Gesetz steht gar nicht im ÖPNV-Gesetz. Das ist nämlich die Frage, wie die Vergabe nach dem Besteller-Erststeller-Prinzip in der Realität zustande kommt. Herr Wagner, Sie haben genauso wie Herr Posch deutlich unterstrichen, dass Sie dieses Prinzip für richtig halten.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wir auch!)

– Herr Dr. Lübcke, von Ihnen habe ich das unterstellt. – Es ist klar, dass diese Vergabe auf der Basis einer Ausschreibung zustande kommt, bei der das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit den Vorzug erhält. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann nicht sein, dass beispielsweise kommunale Unternehmen oder andere öffentliche Unternehmen hohe Zuschussbeträge einfordern, sie erhalten, sich aber nicht dem Leistungswettbewerb stellen. Der Leistungswettbewerb – das sehen wir auch in anderen Bereichen – dient vor allem den Kunden und damit den Nutzern, d. h. – den Passagieren, hätte ich fast gesagt – den Nutzern des ÖPNV in Hessen. Die Zahlen sind kontinuierlich gestiegen, und sie werden bei der Qualität, die wir haben, auch weiter steigen.

Ich will nicht zu lange reden, weil ich weiß, dass Sie auf die Uhr schauen. Lassen Sie mich einige wenige Punkte aus der kontroversen Debatte noch einmal aufgreifen. Zum einen sind die Deckungsgrade im Schienenverkehr im ländlichen Gebiet heute geringer als die Deckungsgrade im Ballungsraum, speziell bei der S-Bahn. Dennoch müssen wir dafür sorgen, dass auch dauerhaft gerade im ländlichen Gebiet ein ausreichendes qualitatives und auch zeitlich dichtes Angebot im ÖPNV-Verkehr vorhanden sein wird. Deswegen muss die Mittelausstattung so sein, dass dies auch auf Dauer gewährleistet wird.

Deswegen ist es so, dass wir die Mittel, die uns aus der Bundeskasse zugewiesen werden – Stichwort: Regionalisierungsgesetz –, vollständig an die Verkehrsverbünde weiterreichen, die sie ihrerseits für die regional bestellten Verkehre verwenden, aber auch die lokalen Aufgabenträger, die LNGs, entsprechend unterstützen. Dies reicht aber in Zukunft nicht aus, nicht nur deswegen, weil wir die Qualität weiter steigern wollen, sondern auch deswegen, weil aufgrund der Inflationsrate die reale Kaufkraft, die eingebracht werden kann, sinken wird. Deswegen bleibt nur eine Variante übrig, nämlich das, was durch Effizienzsteigerung zu erreichen ist, durch Ausschreibung herauszulösen und dem Kunden verfügbar zu machen. Das ist in Hessen eine Erfolgsgeschichte ohnegleichen.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu nur zwei Zahlen. Wir haben inzwischen etwa 19 % der regionalen und lokalen Busverkehre ausgeschrieben,

und wir haben trotz höherer Qualität – Niederflurbusse, Klimaanlagen in den Bussen – eine Einsparung von 20 Millionen € pro Jahr. Das ist in der Tat ohne Beispiel, weil dadurch zum einen die Kreise entlastet werden, was die Umlage betrifft – übrigens auch ein interessanter Ansatz in der Frage des Finanzausgleichs, den man einbeziehen muss –, und weil zum anderen die Qualität und damit der Umfang der Angebote sukzessive erweitert werden können, sei es bezüglich der Länge der Strecken oder bezüglich einer höheren Taktintensität.

Ich will noch einen Punkt aufgreifen, weil dieser, bezogen auf die Ausschreibung, von zwei Seiten angesprochen worden ist. Frau Pfaff, es ist richtig, dass die Kommunen auf der einen Seite Kritik an diesem Gesetz geäußert haben, vor allem an der Ausschreibungspraxis; denn die Kommunen sitzen in einem warmen Nest, weil sie sich in der Vergangenheit nicht danach richten mussten, was andere Anbieter zu leisten in der Lage sind.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Deswegen kann ich Herrn Wagner nur zustimmen, wenn er sagt, genau hier muss deutlich werden, dass die öffentlichen Mittel, auch die Mittel der kommunalen Haushalte, nicht verschwenderisch eingesetzt werden dürfen.

(Zurufe von der SPD)

Das ist ein Gebot der Stunde. Sehr verehrte Frau Pfaff, auf der anderen Seite haben Sie gesagt, dass auch die Mittelständler Kritik geübt hätten. Die Mittelständler haben aber an der bisherigen Situation Kritik geübt, dass nämlich kommunale Unternehmen bereit sind – und es offenbar auch realisiert haben –, an Ausschreibungen außerhalb des kommunalen Gebietes, in dem sie beheimatet sind, teilzunehmen. Ich unterstreiche diese Kritik. Sie hat aber nichts mit der Kritik am ÖPNV-Gesetz zu tun, sondern sie spornt uns an, an der Zielsetzung festzuhalten und dafür zu arbeiten.

Eine kurze Anmerkung zum Thema Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ob Sie es leugnen wollen oder nicht, Realität und Fakt ist Folgendes. Bevor wir vor zwei Jahren mit den Ausschreibungen begonnen haben, wurden 85 % der regionalen und lokalen Buslinien von der DB Regio bedient. Wenn wir heute schauen, wer bei den 19 % inzwischen ausgeschriebenen Buslinien den Zuschlag bekommen hat, wer also den Wettbewerb gewonnen hat, dann sehen wir, dass 26 % dieser Verkehre durch mittelständische private Busunternehmen bedient werden. Sie sind die großen Gewinner dieses Ausschreibungswettbewerbs. Wenn man hinzunimmt, dass weitere 25 % der Verkehre – das sind zusammen also über 50 % – von privaten und kommunalen Unternehmen, die sich zusammengeschlossen haben, in diesem Ausschreibungswettbewerb gewonnen wurden, dann kann man sich in der Tat nicht hierhin stellen und sagen, dass die privaten Busunternehmer, insbesondere die Mittelständler, die Verlierer seien. Nein, sie sind die Gewinner dieses offenen Systems, das im Sinne eines Leistungswettbewerbs den Besseren nach vorne bringt.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den Gesprächen mit dem LHO, mit dem Verband der Omnibusunternehmer, deutlich gemacht, dass wir deren Punkte mit aufnehmen. Es geschieht bereits, dass wir kleine Teillose vergeben, hier und da bereits in der Größenordnung von 160.000 km pro Jahr. All das wollen wir

deutlich machen, auch in dem Erlass. Deswegen werden wir in dem Erlass alle Punkte aufnehmen, einschließlich derer, die aufgrund der in dem Verordnungsentwurf der EU erkennbaren Linie jetzt möglich sind.

Die EU hat nun endgültig Rechtsklarheit geschaffen, auch was mögliche Ausnahmen angeht. Wichtig ist, sehr geehrte Frau Pfaff, dass die Ausnahmen nicht den Blick auf die Hauptsache verstellen. Die Hauptsache ist, so schreibt die EU in ihrem Verordnungsentwurf eindeutig fest, dass alle Verkehrsleistungen als Konzessionen vergeben werden – was ein zeitlich begrenztes Monopol darstellt, wie wir wissen – und dass alle Verkehrsleistungen, auch die in der deutschen Terminologie vorkommenden so genannten eigenwirtschaftlichen Linien, die es de facto nicht gibt, ausgeschrieben werden müssen, bevor sie in Form einer Konzession vergeben werden. Damit steht fest, dass die EU-Kommission den hessischen Weg – damit stehe ich durchaus in der Kontinuität meiner beiden Vorgänger – voll und ganz bestätigt. Sie hat aber – dafür bin ich dankbar – auch Klarheit bezüglich der Ausnahmen festgeschrieben. Für diese Ausnahmen gelten sehr, sehr strenge Kriterien.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Rhiel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Pfaff?

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich möchte das erst zu Ende führen, dann gerne.

Die für Ausnahmen geltende Formulierung lautet, dass eine Direktvergabe innerhalb eines kommunalen Gebietes an einen kommunalen Aufgabenträger dann erfolgen kann, wer er sich mit seinem Betrieb hundertprozentig auf sein Gebiet konzentriert, nicht an einer Ausschreibung jenseits dieses Gebietes teilgenommen hat und nicht mit Dritten verbunden jenseits seines Gebietes an einer Ausschreibung oder an einer Vergabe teilgenommen hat. Wenn Sie auf die Landkarte Hessens schauen, werden Sie erkennen, dass es hier nur ganz, ganz wenige Ausnahmen gibt.

Wir werden, wenn wir dies zulassen, aber auch deutlich machen, dass dies nicht zulasten der großen ÖPNV-Gemeinschaft gehen darf, dass die Kommunen nicht gleichzeitig Zuschüsse empfangen können, wenn sie sich weigern, die Effizienzreserven auszuschöpfen. Das werden wir nicht zulassen, denn das würde ein unsolidarisches Verhalten gegenüber der Gemeinschaft der ÖPNV-Teilnehmer bedeuten. Deswegen ist klar, dass unser Weg voll bestätigt ist, dass wir Ausnahmen entsprechend handeln

können und für Hessen eine Basis geschaffen werden ist, die den Kunden dient. Das ist das eigentliche Ziel.

Jetzt bin ich bereit für eine Zwischenfrage. – Okay, keine Fragen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Bitte gehen Sie mit uns gemeinsam diesen Weg.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Dr. Rhiel. – Herr Kollege Kahl hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Reinhard Kahl (SPD):

Namens meiner Fraktion beantragen wir die dritte Lesung für diesen Gesetzentwurf.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kahl. – Wir sind am Ende der Aussprache, da es keine weiteren Wortmeldungen gibt.

Die dritte Lesung ist beantragt. Daher sollten wir beschließen, dass dieser Gesetzentwurf nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen wird. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Gesetzentwurf dem Ausschuss überwiesen.

Der Tagesordnungspunkt 26 soll ebenfalls an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden. Gibt es dagegen Widerspruch? – Nein, dann machen wir das so.

Über Tagesordnungspunkt 46 lasse ich abstimmen. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Gegenstimmen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 48:**

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/4469 –

Wer den Beschlussempfehlungen zu den Petitionen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die Beschlussempfehlungen angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich beende die heutige Sitzung. Wir treffen uns morgen früh um 9 Uhr wieder. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

(Schluss: 17.35 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 40)

Abstimmungsliste

über die namentliche Abstimmung zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD bereffend Unterstützung der Kommunen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main – Drucks. 16/4524 –

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt	Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt
Al-Wazir, Tarek	GRÜNE	x				Klemm, Lothar	SPD		x		
Apel, Elisabeth	CDU		x			Koch, Roland	CDU			x	
Becker (Nidda), Gerhard	SPD	x				Kölsch, Brigitte	CDU			x	
Beer, Nicola	FDP	x				Kühne-Hörmann, Eva	CDU			x	
Bellino, Holger	CDU		x			Landau, Dirk	CDU			x	
Bender, Bernhard	SPD	x				Lannert, Judith	CDU			x	
Beuth, Peter	CDU		x			Lautenschläger, Silke	CDU			x	
Bocklet, Marcus	GRÜNE	x				Lenhart, Roger	CDU			x	
Boddenberg, Michael	CDU		x			Lennert, Dr. Peter	CDU			x	
Bökel, Gerhard	SPD	x				Lenz, Aloys	CDU			x	
Bouffier, Volker	CDU		x			Lortz, Frank	CDU			x	
Caspar, Ulrich	CDU		x			Lübcke, Dr. Walter	CDU			x	
Corts, Udo	CDU		x			May, Jürgen	SPD				x
Denzin, Michael	FDP	x				Milde (Griesheim), Gottfried	CDU			x	
Dietz, Klaus	CDU		x			Möller, Klaus Peter	CDU			x	
Dietzel, Wilhelm	CDU		x			Müller (Gelnhausen), Dr. Rolf	CDU			x	
Dörr (Bergstraße), Ilona	CDU		x			Oppermann, Anne	CDU			x	
Eckhardt, Hannelore	SPD	x				Osterburg, Gudrun	CDU			x	
Erfurth, Sigrid	GRÜNE	x				Otto, Reinhard	CDU			x	
Faeser, Nancy	SPD	x				Pauly-Bender, Dr. Judith	SPD	x			
Frankenberger, Uwe	SPD	x				Peuser, Helmut	CDU			x	
Frömmrich, Jürgen	GRÜNE	x				Pfaff, Hildegard	SPD			x	
Fuhrmann, Petra	SPD	x				Pighetti, Marco	SPD			x	
Gerling, Alfons	CDU		x			Posch, Dieter	FDP			x	
Gotthardt, Frank	CDU		x			Quanz, Lothar	SPD	x			
Gottschalck, Ulrike	SPD	x				Ravensburg, Claudia	CDU			x	
Grumbach, Gernot	SPD	x				Reif, Clemens	CDU				x
Grüttner, Stefan	CDU		x			Reißer, Rafael	CDU			x	
Habermann, Heike	SPD	x				Rentsch, Florian	FDP			x	
Hahn, Jörg-Uwe	FDP	x				Reuter, Dr. Michael	SPD			x	
Hammann, Ursula	GRÜNE	x				Rhein, Boris	CDU			x	
Hartmann, Karin	SPD	x				Riege, Bernd	SPD			x	
Haselbach, Rudi	CDU		x			Rudolph, Günter	SPD			x	
Häusling, Martin	GRÜNE	x				Schäfer-Gümbel, Thorsten	SPD			x	
Heidel, Heinrich	FDP	x				Schmitt, Norbert	SPD			x	
Henzler, Dorothea	FDP	x				Scholz, Angelika	CDU			x	
Hermanns, Rüdiger	CDU		x			Schulz-Asche, Kordula	GRÜNE			x	
Herr, Dr. Norbert	CDU		x			Siebel, Michael	SPD			x	
Hoff, Volker	CDU		x			Sorge, Sarah	GRÜNE			x	
Hoffmann, Christel	SPD	x				Spies, Dr. Thomas	SPD			x	
Hofmann, Heike	SPD	x				Tesch, Silke	SPD			x	
Hofmeyer, Brigitte	SPD	x				Wagner (Lahntal), Dr. Christean	CDU			x	
Hölldobler-Heumüller, Margaretha	GRÜNE	x				Wagner (Taunus), Mathias	GRÜNE			x	
Holler, Christoph René	CDU		x			Wagner (Darmstadt), Ruth	FDP			x	
Holzapfel, Hartmut	SPD	x				Walter, Jürgen	SPD			x	
von Hunnius, Roland	FDP			x		Waschke, Sabine	SPD			x	
Irmer, Hans-Jürgen	CDU		x			Weimar, Karlheinz	CDU			x	
Jung (Rheingau), Dr. Franz Josef	CDU		x			Weinmeister, Mark	CDU			x	
Jürgens, Dr. Andreas	GRÜNE	x				Wiegel, Kurt	CDU			x	
Kahl, Reinhard	SPD	x				Williges, Frank	CDU			x	
Kartmann, Norbert	CDU		x			Wintermeyer, Axel	CDU			x	
Kaufmann, Frank-Peter	GRÜNE	x				Wolff, Karin	CDU			x	
Klee, Horst	CDU		x			Ypsilanti, Andrea	SPD	x			
Klein (Wiesbaden), Armin	CDU		x			Zeimetz-Lorz, Birgit	CDU			x	
Klein (Freigericht), Hugo	CDU		x			Ziegler-Raschdorf, Margarethe	CDU			x	